

**Die Entwicklung des japanischen Finanzsystems mit Fokus  
auf der Rolle des japanischen Postsparwesens**

Inaugural-Dissertation  
zur  
Erlangung der Doktorwürde  
der

Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

**Niels Bernd Fuhrmann**

aus

Neuss

Bonn

2005

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen  
Fakultät der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-  
Universität Bonn

1. Berichterstatter: Professor Dr. Peter Paul Pantzer
2. Berichterstatter: Privatdozent Dr. Günther Distelrath

Tag der mündlichen Prüfung: 03.11.2004



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Vorwort:</b>	11
<b>Anmerkung zur Transliteration</b>	13
<b>1. Einleitung</b>	14
1.1 Hintergrund und Problemstellung	14
1.2 Forschungsstand	18
1.3 Ziel und Aufbau der Arbeit	24
<b>2. Theoretische Fundierung</b>	39
2.1 Politische Ökonomie	39
2.1.1 Die politische Ökonomie der Regulierung	41
2.1.2 Protektionistische Regulierung	44
2.2 Die Logik der Deregulierung	47
2.3 Der Entscheidungsprozeß	48
2.3.1 Der Hintergrund des Entscheidungsproblems	48
2.3.2 Ursprung des Entscheidungsprozesses	51
2.3.3 Entscheidungsträger	51
2.3.3.1 Der einzelne Bürger	52
2.3.3.2 Die Parteien	53
2.3.3.3 Interessenvertretungen	56
2.3.3.4 Die Bürokratie	57

2.4 Der Entscheidungsprozess in Japan	60
<b>3. Der Ursprung des modernen japanischen Finanzwesens</b>	<b>62</b>
3.1 Historische Herleitung	64
3.2 Gesellschaftspolitischer Kontext	65
3.3 Die Emanzipation der Kaufleute	66
3.4 Grundsteinlegung - die Meiji Restauration	69
3.4.1 Politische Entwicklung	69
3.4.2 Wirtschaftliche Entwicklung	70
3.4.2.1 Finanzpolitische Projekte	72
3.4.2.2 Fiskalpolitische Reform	73
3.4.2.3 Industriepolitische Projekte	74
3.5 Anpassung des Bankengesetzes im Jahr 1876	75
3.5.1 Der Beginn des japanischen Privatbankwesens	77
3.5.1.1 Private Initiative als Anstoß des Privatbankwesens	77
3.5.1.2 Die Gründung der ersten Nationalbank	79
3.5.1.3 Die Gründung der ersten Privatbank	81
3.5.2 Die Rolle des Staates beim Aufbau des Finanzwesens	82
3.5.2.1 Das Ende des Nationalbankwesens	83
3.5.2.2 Direktfinanzierung des Außenhandels	84

3.5.2.3 Die Einführung des Zentralbankwesens	85
3.5.2.4 Anordnung des Finanzwesens	87
3.5.3. Konsolidierung des japanischen Finanzwesens	88
3.5.3.1 Die Bank von Japan	88
3.5.4 Das Bankwesen der Vorkriegszeit	89
3.5.4.1 Die Hypotheken Bank	90
3.5.4.2 Die Hokkaidô Kolonialbank	90
3.5.4.3 Die japanische Industriebank	91
3.5.4.4 Die Dominanz der <i>zaibatsu</i> Banken	92
3.5.4.5 Das japanische Postsparwesen	95
<b>4. Das japanische Bankwesen unter dem <i>main-bank</i>   System</b>	96
4.1 Hintergrund der Veränderungen der Nachkriegszeit	96
4.2 Neuformierung des Bankwesens	97
4.2.1 Die Einführung des Trennbankensystems	99
4.2.2 Die Segmentierung des Kreditmarktes	101
4.2.3 Dominanz indirekter Finanzierung	104
4.3 Rolle öffentlicher Finanzinstitute	105
4.4 Eintritt des Finanzwesens in das Hochwachstum	107
4.4.1 Dominanz des Bankwesens über die Industrie	108

4.4.2 Die japanische <i>corporate governance</i> Struktur	112
4.5 Die Entwicklung zur Krise	114
4.5.1 Verneinung der Krise	115
4.5.2 Die Natur der Krise	116
4.5.3 Auswirkung der Krise	117
4.5.4 Eine verlorene Dekade	118
4.6 Transparenz durch Kontrolle- Kontrolle durch Verantwortung	120
<b>5. Das japanische Postsparsystem (<i>yûbin chokin ginkô</i>)</b>	121
5.1 Geschichtlicher Hintergrund	122
5.2 Einbettung des Postsparwesens in das Finanzwesen	123
5.2.1 Das Setzen von Standards	125
5.2.2 Die staatstragende Bedeutung des Postsparwesens	128
5.2.3 Mobilisierung von Kapital	130
5.3 Das Postsparwesen als Bestandteil des Staates	131
5.3.1 Politische Einflußfaktoren	132
5.3.2 Der Einfluß politischen und bürokratischen Fraktionalismus	133
<b>6. Das Postsparwesen als integraler Bestandteil des FILP</b>	134
6.1 Das staatliche Investitions- und Darlehensprogramm	136
6.2 Das Postsparwesen als Teil des Systems	136

6.2.1 Öffentliche Finanzierung vor Einführung des FILP	137
6.2.2 Ausweitung der Förderung	139
6.2.3 Das FILP als strukturpolitisches Instrument	140
6.3 Das staatliche Investitions- und Förderungsprogramm	144
6.3.1 Die Problematik des FILP und des Postsparwesens	146
6.3.1.1 Die politische Dimension	147
6.3.1.2 Die bürokratische Dimension	148
6.3.1.3 Gesellschaftspolitische Dimension	150
6.3.1.4 Die ökonomische Dimension	152
6.3.2 Das Problem in der politischen Ökonomie	153
6.3.2.1 Entstehung des Problems	154
6.3.2.2 Die Wirtschaftskrise - Initial des Entscheidungsprozesses	156
6.4 Das FILP im Fokus der Auseinandersetzung	158
6.4.1 Der Weg zur Privatisierung	159
6.4.2 Überführung in ein öffentliches Unternehmen	160
6.4.3 Transformation der Post	161
6.5 Zustandsbewertung	162

<b>Fazit</b>	164
<b>Ausblick</b>	167
<b>Anhang</b>	169
Tabelle 6: Japanische Verschuldung im internationalen Vergleich	169
Tabelle 7: Statistik des Bankwesens der Vorkriegszeit	170
Diagramm 1: Postspareinlagen und Darlehen 1994-2000	171
Diagramm 2: Postspareinlagen und Darlehen 1994-2000	172
Diagramm 3: Entwicklung japanischer Banken 1888-1991	173
Tabelle 8: Notleidende Kredite - Stand September 2004	174
Tabelle 9: Entwicklung der Geschäftsfelder nationaler Postunternehmen	175
Diagramm 4: Entwicklung der Geschäftsfelder nationaler Postunternehmen	175
Diagramm 5: Reorganisation des MIAC	176
Diagramm 6: Reorganisation der Postdienstleistungsagentur	176
Diagramm 7: Kostenstruktur der Post 2002	177
Diagramm 8: Entwicklung postalischer Guthaben 1875-1999	178
Diagramm 9: Schwerpunkt FILP 1995-2003	179
Diagramm 10: Das FILP vor und nach 2001	180
Diagramm 11: Formulierung des FILP im Haushalt vor und nach der Reform	181
Diagramm 12: Finanzierung der FILP Körperschaften nach der Reform	182
Tabelle 10: Strukturmodelle der Post	183
Diagramm 13: Struktur der Postdienstleistungsagentur	183

## **Vorwort:**

Die vorliegende Schrift wurde im November 2004 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn als Dissertation angenommen.

Gegenstand der Arbeit ist die Betrachtung des japanischen Finanzwesens mit Fokus auf dem postalischen Sparwesen. Schwerpunkt liegt auf der systematischen Entwicklung des größten Finanzinstitutes Japans, dem ehemals staatlichen Postsparswesen.

Die Bedeutung der Post als Einnahmequelle für die staatlich induzierte Förderung von der Industrialisierung Japans in der Meiji Periode angefangen, über den Wiederaufbau nach 1945 bis heute lässt sich schwer ermessen. Da die Privatisierung der Post nun auf vorderster politischer Agenda steht, verklärt sich Argumente von Befürwortern wie Gegnern über die Auswirkungen einer Privatisierung. Da diese bislang nicht abgeschlossen ist, muß auch eine abschließende Beurteilung der Rolle des postalischen Sparwesens ausstehen. Daher ist diese Dissertation einerseits nur Grundsteinlegung einer sehr komplexen Forschung, die die Einteilung akademischer Disziplinen ignoriert. Andererseits ist es gelungen, sämtliche Aspekte dieses Themas anzuschneiden und die tragende Rolle des Postsparswesens innerhalb des japanischen Finanzwesens zum Vorschein zu bringen.

Gerade die Aktualität des Themas hat die Recherchen zu einer Herausforderung gemacht. Daß die Arbeit zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnte, verdanke ich der Unterstützung vieler lieber Menschen. So möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Pantzer für akademische Anleitung danken, die stets von Geduld und Wohlwollen begleitet wurde. Außerdem gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Baron. Wann immer äußere Faktoren den Rahmen der Arbeit zu sprengen schienen, war es Prof. Baron, der mich mit seiner langen Erfahrung in Wirtschaft und Kultur Japans wieder und wieder auf den richtigen Pfad zurückgeleitet hat. Für ihre große, uneigennützig Unterstützung möchte ich meinen Doktorvätern an dieser Stelle aufrichtig danken.

Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Maruya von der Kôbe Universität, der mir während meines Forschungsaufenthaltes zur Seite gestanden hat. Interviews mit Vertretern von Interessensgemeinschaften, wie der Postgewerkschaft, sind, durch ihn ermöglicht, in die Arbeit eingeflossen. Ihm und den Angestellten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gebührt Dank für unbürokratische Hilfe während meines Aufenthaltes in Kôbe.

Neben diesen drei hervorragenden Personen gilt mein Dank nicht weniger den vielen Menschen und Organisationen, die die Fertigstellung dieser Dissertation gefördert haben. So bin ich Herrn Prof. Dr. Yoshino von der Keiô Universität und späterem Leiter der Privatisierungskommission für häufige Einblicke in den aktuellen Entscheidungsprozess und angeregte Diskussion sehr dankbar. Für finanzielle Förderung meines Vorhabens möchte ich mich bei dem japanischen Ministerium für Erziehung, Sport, Wissenschaft und Technologie bedanken, das für Forschung und Aufenthalt in Japan aufgekommen ist. Gedankt sei ebenfalls dem deutschen akademischen Austauschdienst, dessen Teilstipendium zusätzliche Reisekosten gedeckt hat. Der Mitsubishi Yamamuro Gedächtnisstiftung bin ich für die Unterstützung des vorbereitenden, ersten halben Jahres meines Forschungsaufenthaltes zu Dank verpflichtet.

Daß nicht alle Personen, die genannt werden sollten, auch hier erscheinen, ist bedauerlich. Trotzdem möchte ich abschließend noch einer kleinen Anzahl von Personen besonderen Dank und Hochachtung aussprechen. So Frau Naoko Sugiyama, die mir in der schwersten Zeit mit scharfem Verstand und Disziplin auf die Sprünge geholfen hat. Ihre profunden Kenntnisse der deutschen Sprache hat entscheidend zu Recherchen und Übersetzungen beigetragen.

Ganz besonders tiefen Dank schulde ich meiner Mutter, Frau Karin Fuhrmann, die als Germanistin die Hauptlast der Korrektur zu tragen hatte. Auch wenn man oft die Unterstützung der eigenen Familie, als Selbstverständlichkeit nimmt, so gebe ich gerne zu, daß der Anteil meiner Familie an der erfolgreichen Fertigstellung dieser Arbeit nicht größer hätte sein können.

## Anmerkung zur Transliteration:

In der vorliegenden Arbeit werden japanische Personen- und Ortsnamen nach dem modifizierten Hepburn-System wiedergegeben. Bei der Nennung von Personennamen wird auf die im Japanischen übliche Aufführung des Familiennamens an erster Stelle, gefolgt von dem Vornamen, rekuriert. Bei Studien insbesondere der die *Meiji* und *Taishô* Perioden betreffenden Literatur verbleibenden Unsicherheiten hinsichtlich der Lesung bestimmter Personennamen, wurde der gebräuchlicheren Lesung der Vorzug gegeben.

Ein Beispiel ist der Vorname von *Ikeda*, der von 1918 bis 1933 Direktor der Mitsui Bank und anschließende Gouverneur der japanischen Zentralbank und Finanzminister war. So wurde in der verwendeten Literatur in einem Verhältnis von 1:2 die *kun*-, oder japanische- Lesungen *Norito* oder *Akira* und die *on*, bzw. sino-japanische Lesung *Seihin* gefunden. Zwecks Verifikation wird in diesem wie in ähnlichen Fällen auf die gebräuchlichere Lesung in den für die Thematik existierenden Standardwerken zurückgegriffen und Aussagen von japanischen Wirtschaftshistorikern Vertrauen geschenkt.

Namen von Institutionen bzw. Unternehmen werden bei erster Nennung im Original mit international geläufigen Übersetzungen in Klammern angeführt. Welcher beider Namen in Folge verwendet wird, hängt von der in der Literatur dominierenden Verfahrensweise ab. So hat sich für das ehemals größte japanische Handelshaus des *Mitsui zaibatsu* der Name *Mitsui bussan*, oder schlicht *bussan* etabliert. Hingegen wird die Zentralbank von Japan je nach Herkunft des Autors und verwendeten Sprache in einem Verhältnis von 1:2 als *nihon ginkô* bzw. der gängigen Abkürzung *nichigin*, oder als Bank of Japan, kurz *BOJ*, bezeichnet. Sämtliche ausländische Namen und Ausdrücke werden dabei zwecks Hervorhebung in kursiver Schrift wiedergegeben.

Bei Einführung japanischer Terminologie wird bei erstmaliger Nennung das Original mit der durch den Autor gewählten bzw. der offiziellen Übersetzung in Klammern folgend aufgeführt. Die Entscheidung über Groß- und Kleinschreibung ausländischer Nomina steht im Zusammenhang mit der gebräuchlichen Verfahrensweise, also der Kleinschreibung bis auf durch den Duden erfaßte Nomen, die groß geschrieben werden. Bei der Schreibweise wird allerdings dem Hepburn-System vor der im Duden

enthaltenen Schreibweise der Vorrang eingeräumt. Die Trennung längerer Komposita richtet sich nach Sinnbestandteilen. Die vorliegende Arbeit schließt sich damit geltender Praxis an.

## **1. Einleitung**

### **1.1 Hintergrund und Problemstellung**

Der Eintritt in das 21. Jahrhundert wurde nicht nur als Eintritt in ein neues Zeitalter sondern auch als Beginn einer neuen Zeit euphorisch gefeiert. Tatsächlich geschah in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts vieles, was die Weltöffentlichkeit in großes Erstaunen versetzte. Darunter vielversprechende Ereignisse wie die Umsetzung einer geeinten Währung in Europa als Symbol für die Vereinigung mitteleuropäischer Staaten über Landesgrenzen hinweg.

Zugleich entstand eine neue Dimension des internationalen Terrorismus, der der wirtschaftlichen und politischen Supermacht USA die Schattenseiten der Globalisierung vor Augen führte. Nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern die internationale Staatengemeinschaft insgesamt wurden dramatisch an den physikalischen Grundsatz, der jeder Aktion erbarmungslos eine Reaktion zuweist, erinnert und daran, daß mit weltpolitischem Gewicht eine ebensolch große Verantwortung einhergeht, der sich im heutigen Zeitalter niemand entziehen kann. Moderne Transportmittel und der unbeschränkte Datenfluß des Internets lassen ehemals schier unüberwindliche Entfernungsparameter dahinschmelzen. Genauso wirklichkeitsfremd wie es wäre, die Augen vor den dadurch neu entstandenen Herausforderungen zu verschließen, ist die Annahme, daß sich bestehende Probleme mit Anbruch des neuen Jahrhunderts in Luft aufgelöst hätten. Viel eher ist wahrscheinlich, daß im Zuge der fortschreitenden Globalisierung geographisch entfernte Probleme näher an uns herangerückt sind.

So blickt Japan im Jahr 2004 auf ein Jahrzehnt voller Rückschläge zurück, während das jährlich um 7 % pendelnde chinesische Wirtschaftswachstum seinen Druck auf den Inselstaat erhöht, anstatt durch Exportalternativen die Lähmung der japanischen Wirtschaft und Industrie zu mildern. Die Sogwirkung des Festlandes ist so groß, daß

japanische Unternehmen nun nach einem beeindruckenden Anstieg qualitativ hochwertiger Produktion vermehrt arbeitsintensive Prozesse nach China verlagern. Die Aushöhlung der japanischen Wirtschaft ist damit zu einem etablierten Trend geworden, dem der Staat bislang hilflos gegenübersteht.

Angesichts eines derart wachsenden Konkurrenzdrucks, dem anhaltenden weltweiten konjunkturellen Abschwung, der durch die Vorkommnisse in den USA 2001 an Fahrt gewann und durch militärische Intervention in Afghanistan und im Irak neue Nahrung erhielt, schwelt seit den neunziger Jahren die hausgemachte Wirtschaftskrise Japans weiter. Das japanische Bankwesens ist in einem ähnlich desolaten Zustand wie zu dem Zeitpunkt, als die berühmte japanische *bubble* gegen Ende 1989 platzte. Nach nun mehr als zehn Jahren, in denen eine Regierung nach der anderen die Bereinigung der zurückgebliebenen notleidenden Kredite vor sich hergeschoben hat, scheint man durch das größte wirtschaftspolitische Reformprogramm seit 1945 auf der Suche nach einer probaten Lösung einen entscheidenden Schritt voran zu tun (siehe Tabelle 6).

Der historischen Tatsache, daß Japan - wie Deutschland - seinen steilen Aufstieg sowohl während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, als auch in der Nachkriegszeit einem stabilen Bank- und Finanzwesen zu verdanken hat, trägt die Liberalisierung des japanischen Finanzwesens und die Einführung internationaler Bewertungsstandards Rechnung. Ein schwerwiegendes Hindernis besteht in etablierten Interessen, die sich der Veränderung widersetzen und das reformatorische Moment bremsen, das nötig ist, um die Liberalisierung der japanischen Wirtschaft zügig umzusetzen. Mit Koizumi Junichirô betrat 2001 eine schillernde Persönlichkeit die vorderste politische Bühne. Mit markigen Slogans über eine Reformierung des öffentlichen Sektors, der Einführung einer, dem Niedrigwachstum angepaßten Wirtschaftspolitik, einer Konsolidierung des Haushaltes, sowie dem Widerstand gegen die informellen Netzwerke erwarb er große Popularität in der Öffentlichkeit.

Die großen japanischen Stadt- oder auch Citybanken sind derweil in einer Zwickmühle zwischen der Bereinigung der notleidenden Kredite und dem Anspruch gefangen, die Führung aus der Wirtschaftskrise heraus zu übernehmen. Nach einer Dekade der Untätigkeit und des Gesundheitsprechens geht die Regierung Koizumi das Problem des Banksektors durch die *Financial Supervisory Agency* ernsthaft an, so daß der Spielraum für das Bankwesen enger wird. Internationalen Forderungen, in Asien eine dem wirtschaftlichen Gewicht Japans angemessene Verantwortung und

Führungsrolle einzunehmen, ist Japan weniger denn je gewachsen. Ein, durch Koizumi angekündigter, radikaler Reformprozeß, in dessen Zentrum die Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Hand steht, wird allgemein als Schritt in die richtige Richtung gewertet.

Privatisierung steht als magischer Begriff seit dem britischen *big bang* der Thatcher Regierung als Allheilmittel für desolate staatliche Unternehmen, von dessen Umsetzung weiteres Initial für Konjunktur, Kapital- und Arbeitsmärkte erwartet wird. Und tatsächlich könnte die Privatisierung einer japanischen Unart, dem *amakudari* (Vom Himmel herabsteigen), die seit Jahrzehnten ehemaligen Staatsbeamten wohldotierte Positionen in besagten öffentlichen Unternehmen sichert, ein Ende bereiten. Doch welche Auswirkungen hätte eine konsequente Umsetzung für das japanische Bank- und Finanzwesen, das bereits seit geraumer Zeit einer umfassenden Deregulierung harrt? Private Finanzinstitute fordern seit langem die Privatisierung des japanischen Postsparswesens. Statt wie die private Konkurrenz unter der *bubble* zu leiden, hat die Post dank staatlicher Garantie von dem in der japanischen Bevölkerung verbreiteten Gefühl der Unsicherheit profitiert und steht als weltweit größtes Bankinstitut gesünder da als jede der Stadtbanken.

Die Post zu privatisieren, wie bereits unter dem ehemaligen Premier Hashimoto Ryūtarō angedacht, paßt aber so gar nicht in tradiertes japanisches Kalkül und noch weniger zu dem britischen Vorbild, das durch die Privatisierung maroder staatlicher Unternehmen den öffentlichen Haushalt sanierte. Der Größe und dem Erfolg der Post eingedenk, wäre eine Privatisierung wie bei der ehemals staatlichen Telefongesellschaft NTT tatsächlich nur sinnvoll im Hinblick auf die Konsolidierung der zerrütteten Staatsfinanzen Japans. Doch die *baisse* des japanischen Aktienmarktes verhindert selbst die Veräußerung der noch in Staatsbesitz befindlichen Anteile an NTT, so daß auch dieses Argument an Gewicht verliert.

Der Klage über unfairen Wettbewerb durch Institutionen der öffentlichen Hand, die seit Jahren durch die Privatwirtschaft erhoben wird, wäre durch eine Privatisierung zwar Genüge getan. Die Frage bleibt aber offen, ob man sich unter den momentanen Umständen besser gegen einen privatisierten Konkurrenten, noch dazu unbelastet durch notleidende Kredite, behaupten könnte. Befreit von dem bis dato gültigen wohlfahrtsstaatlichen Postulat Postdienstleistungen zu stabilen Tarifen bis in die hintersten Winkel des Landes anzubieten und denen durch die Großbanken bis dato völlig vernachlässigten Kleinkunden durch minimale Versicherungs- und

Finanzdienstleistungen sinnvolle Anlagemöglichkeiten zu eröffnen, wäre die Post in der Lage, einen formidablen Rivalen abzugeben.

Inwiefern die bis heute zur allgemeinen Zufriedenheit ausgeführten Serviceleistungen der Post auch nach der Privatisierung ihre Qualität behalten und die universale Verfügbarkeit bestehen bleibt, ist ein weiteres Problem. Die Herausforderungen, die sich dem ersten Land, das sich einer langjährigen Deflation ausgesetzt sieht, stellen, bieten Gelegenheit, die Implementierung bekannter Reformmaßnahmen wie der Privatisierung zu studieren und den Erfolg bzw. Mißerfolg unter neuen Gesichtspunkten zu analysieren. Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit darf sich daher nicht ausschließlich auf wirtschaftswissenschaftliche Aspekte konzentrieren, sondern in der Tradition der deutschen Japanologie einen facettenreichen, interdisziplinären Komplex zum Gegenstand haben, dessen Bearbeitung einen Beitrag zum weiteren Verständnis von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft Japans leisten wird.

Allzu optimistische Ausblicke, wie z.B. Stefan Georgs Dissertationsschrift (1996), die dem populärwissenschaftlichen Trend folgend Japan einen geheimnisumwitterten Bonus einräumen, wird sich die vorliegende Arbeit besseren Wissens enthalten<sup>1</sup>. Stattdessen soll eine Betrachtung der Evolution nationalspezifischer Charakteristika des nationalen Bank- und Finanzwesens helfen, den sich in Japan vollziehenden Prozeß unter Gesichtspunkten der politischen Ökonomie zu analysieren.

Die Entwicklung mit dem Ausland unverständlichen japanischen Eigenheiten abtun zu wollen, zeugt von allzu myopischer Fixierung auf die Instrumentarien moderner Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre. So bettet die vorliegende Arbeit den im 2001 begonnenen Privatisierungsprozeß des Postsparswesens in den Kontext der allgemeinen Historie und Entwicklung des japanischen Finanzwesens ein. Auf diese Weise kommt der eigentliche Vorteil des polit-ökonomischen Ansatzes der vorliegenden Arbeit zum Tragen und wird helfen, zum Verständnis der Tragweite der seit 1945 tiefgreifendsten Reformen des öffentlichen Sektors und des Finanzwesens der bis dato noch zweitgrößten Wirtschaftsnation beizutragen.

---

<sup>1</sup> Siehe (Georg 1996). Bei einem Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Dr. hc. Multi Ahlbach anlässlich eines Symposiums am 15.04.2001 an der Privathochschule von Koblenz antwortet dieser auf die Frage nach seiner Meinung über die jüngste Entwicklung des japanischen Bankwesens, daß es dazu wenig gäbe, das nicht in Georgs Promotionsschrift enthalten sei. Der Autor respektiert diese Aussage aufgrund der hohen Reputation, die Herr Prof. Ahlbach in der Fachwelt einnimmt, kann sich ihr aber auf dem Hintergrund der jüngeren Entwicklung nicht anschließen.

## 1.2 Forschungsstand

Insbesondere das japanische Wirtschaftssystem, seine Entwicklung und einzelne Aspekte des Prozesses haben in den siebziger und achtziger Jahren in hohem Maße das Interesse sowohl japanischer Wissenschaftler wie ausländischer Akademiker geweckt. Beim Studium der Literatur in japanischer, englischer und deutscher Sprache galt es daher die Spreu vom Weizen zu trennen. Häufig waren japanische und ausländische Studien durchsetzt von Wunschvorstellungen oder Vorurteilen, die das Ergebnis verklärten.

Ab den späten sechziger Jahren wurden japanische Beiträge durch ein wachsendes Selbstbewußtsein<sup>2</sup> bzgl. der Qualität des heimischen Finanzwesens geprägt, dem auf ausländischer Seite Staunen, das sich teils in Mißtrauen, teils in Bewunderung äußerte, gegenüberstand<sup>3</sup>. Gleichzeitig existierte eine, sich unter japanischen Akademikern hoher Beliebtheit erfreuende linkslastige Interpretation der japanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung. Gemein war ihnen jedoch die Abkehr von der blanken Wirtschaftswissenschaft und die Verwendung von Ansätzen, die kulturelle, politische und soziologische Aspekte miteinbezogen (Rixtel 2002) (Morris-Suzuki 1989). Vor allem die politische Ökonomie erfreute sich wachsender Popularität, da sie Erklärungsansätze wirtschaftswissenschaftlicher Phänomene durch Einbeziehung der genannten Aspekte anbot. Aufbauend auf der Einteilung von Kôsai (1984), Okimoto (Okimoto 1989), World Bank (World Bank 1993) und van Rixtel (Rixtel 2002) läßt sich die bisherige Forschung politischer Ökonomie durch Einteilung in wenigstens drei verschiedene Schulen grob voneinander unterscheiden; (Yutaka 1984). Beginnend mit den Extrempositionen wurde ein Ansatz vor allem durch das Bild der *'Japan Incorporated'* geprägt, die eine omnipotente Triade aus Politik, Bürokratie und Wirtschaft hinter den Kulissen vermutet. Obgleich eine Einteilung in diesem Rahmen oberflächlich bleiben muß und sich mitunter ein Wandel der einzelnen Positionen ereignet haben mag, sind doch Morishima (Morishima 1982; 1991), Johnson (Johnson

---

<sup>2</sup> Für ein anschauliches Beispiel pseudowissenschaftlicher Literatur, die man auch als *'Japan-bashing'* bezeichnet siehe u.a. (Wolferen 1989)

<sup>3</sup> Der Glaube in die Besonderheit japanischer Charakteristika in ökonomischer, aber auch in soziologischer, kultureller und sogar ethnischer Hinsicht ist als Genre unter *nihonjinron* (Theorie der Japaner) zusammengefaßt. Einen Überblick gibt Minami, Hiroshi: *Nihonjinron: Meiji kara konnichi*, Iwanami Shôten, Tôkyô 1994; als neueres Beispiel mag Watanabe, Tamotsu: *Kanjinchô: Nihonjinron no genzô* (Schrift der Tugenden: ursprüngliches Statut der Theorie der Japaner) Chikuma shobô, Tôkyô, 1995, dienen.

1982; 1995) und Schaede (Schaede 1994 a; 1994 b) Vertreter einer Sichtweise, die der staatlichen Intervention bzw. der Rolle der Bürokratie große Bedeutung beimessen und das völlige Fehlen oder die Verzerrung frei wirkender, marktwirtschaftlicher Kräfte konstatiert (Schaede 1994 a; 1994 b)<sup>4</sup>, (Morishima, Michio 1984; 1991 ).

Ausprägungen des revisionistischen Konzepts existieren in reicher Vielfalt, die von der Vermutung einer absoluten Verschwörung bis hin zu einer abgemilderten Vision eines bürokratisch dominierten wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesses reichen<sup>5</sup>. Unter den die Bürokratie in den Vordergrund rückenden Autoren finden sich als prominenteste Vertreter Chalmers Johnson (Johnson und Chalmers 1986; 1995), Zysman (Zysman 1989), Rosenbluth (Rosenbluth 1998) und Pempel (Pempel 1981; 1990). In jüngerer Zeit läßt sich bei diesen von van Rixtel als Interventionisten bezeichneten Akademikern auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und der andauernden Deregulierung ein Argumentationswandel attestieren, der wie bei Schaede (Schaede 2001; Schaede und Grimes 2003) und Pempel (Pempel 1993: 2)<sup>6</sup> zwar weiter dem Staat große Bedeutung beimißt, aber Wirkung und Einfluß marktwirtschaftlicher Aspekte auf die aktuelle Entwicklung akzeptiert (Rixtel 2002: 21). So verliert die vergleichsweise beschränkte interventionistische Sichtweise allmählich an publizierendem, akademischen Rückhalt.

Konträr zu dieser Schule, aber nicht weniger extrem, präsentiert sich der pluralistische Ansatz, der wesentliche Unterschiede zwischen Japan und vergleichbaren westlichen Nationen in ökonomischer, politischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht leugnet und die Bedeutung pluralistischer Interessengruppen betont. Der Beitrag von Suzuki und Tresize verweist auf die Existenz eines den westlichen Demokratien ähnlichen Systems von *checks and balances*. Vertreter dieser Schule sind Okuno-Fujiwara (Okuno-Fujiwara 1993;1997) und Odagiri (Odagiri 1992:197 ff.); (Aoki et al. 1998). Van Rixtel geht soweit, auch Aoki in die Klasse der Pluralisten einzuordnen, dies ist jedoch als Übergang zur dritten Schule zu verstehen. Hier wird die

---

<sup>4</sup> Siehe Schaede, Ulrike (1995): *The 1995 Financial Crisis in Japan*, Mimeo, University of California, San Diego Graduate School of International Relations and Pacific Studies, <http://www.jiaponline.org/dereg/papers/bbankfa.html>, Stand 12.09.2004 und Schaede, Ulrike (2001): *Is Japan Changing - 'Permeable Insulation'*, in: Japan's Political Economy, (Japan Information Access Project Paper, 08.06.2001), Washington D.C., <http://www.jiaponline.org/whatsnew/events/2001/june8/June%208,%202001%20-%20Final%20Ulrike%20Paper.pdf>, Stand 12.09.2004

<sup>5</sup> So werden die Anhänger dieser Schule auch als Revisionisten bezeichnet, siehe World Bank (1993).

<sup>6</sup> Siehe Pempels Diskussionsbeitrag im Rahmen des SSJ Forums vom August 1999 unter <http://web.iss-u-tokyo.ac.jp/newslet/SSJ17/SSJ17.pdf>, Stand 12.09.2004 .

Konsensbildung durch formale und informelle Netzwerke als wesentlich für den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß in Japan verstanden (Rixtel 2002). Der dritte Ansatz wird als moderatere Position in jüngerer Zeit populärer. Er betont die Netzwerkstrukturen, die Bürokratie als auch die Politik und Wirtschaft durchziehen. Institutionen werden selber als vergleichsweise schwach perzipiert, während das eigentliche Moment von Gruppen, die durch Netzwerke über Institutionsgrenzen hinweg miteinander verbunden sind, ausgeht<sup>7</sup>.

Bis dato in der Diskussion politischer Ökonomie Japans betonte Charakteristika wie die *gyōsei shidō* (Administrative Leitung) werden als Produkt dieser Verbindungen zwischen Privatwirtschaft, Politikern und Bürokraten interpretiert. Verifiziert werden kann dies an der grundsätzlich widerspenstigen Haltung einzelner, nichtsdestotrotz erfolgreicher Unternehmen wie Sony gegenüber den Behörden, jedoch nicht. Gleichzeitig läßt diese Schule Raum für, wie van Rixtel sie nennt, hybride Modelle, die großen akademischen Zulauf verzeichnen, im Gegensatz zu den bereits genannten Extrema, die wir als Interventionisten und Pluralisten kennengelernt haben (Rixtel 2002).

Die einzelnen Schulen in Herkunft, wie bei Aoki (Aoki 1988), oder nach Qualität aufspalten zu wollen, ist in dem vorliegenden Rahmen müßig. Stattdessen gilt es, Elemente der Argumentation genau wie unterschwellige Tendenzen, sprich linkslastige japanische Wirtschaftshistorik im Hinblick auf den hier behandelten Prozeß zu überprüfen. So ist den systemkritischen Beiträgen von Shibagaki, der der revisionistischen Schule zugerechnet werden kann, u.a. in seiner Analyse der frühen Entwicklung des japanischen Finanzwesens *Nihon kinyū shihon bunseki* (Shibagaki 1965) eine sehr differenzierte Sichtweise zu der Strategie einzelner Großbanken zu verdanken. Den Werken von Horiuchi Akiyoshi ist eine umfassende japanische Darstellung der makroökonomischen Sicht von Veränderung des Finanzwesens (Horiuchi 1980; 1994), sowie des Finanzierungsverhaltens japanischer Industrieunternehmen, Horiuchi (Horiuchi 2000), zu entnehmen. Glänzende Ergänzung findet Horiuchis Forschung durch die bewährten detaillierten Beiträge von Hoshi, Takeo und Anil Kashap (Hoshi und Kashap 2001; 2000) und Hoshi (Hoshi 1996); hier sei auf das neue Werk *„Corporate financing and governance in Japan: the road to the*

---

<sup>7</sup> Diese Sichtweise japanischer Netzwerke ist damit konträr zum Standpunkt Schaedes, die durch ihr *‘old-boy-network’* ein semi-permeables Verhältnis von Politik und Bürokratie im Vordergrund erkannt haben will. Die Netzwerke Okimotos leisten stattdessen notwendige Kommunikation unter vergleichsweise schwachen institutionellen Rahmenbedingungen, die wechselseitig Unzulänglichkeiten kompensieren.

*future*“ (Hoshi 2001) verwiesen, das wie die vorliegende Arbeit auch einen Brückenschlag zwischen dem japanischen Wunder der Hochwachstumsperiode von Anfang der 1950er zum ersten Ölschock und der seit den 1990ern existierenden Problematik des japanischen Bankwesens herzustellen sucht. Patrick, dem in Zusammenarbeit mit führenden japanischen Wissenschaftlern als auch selbst hervorragende Forschungsergebnisse über die Erfolgsfaktoren japanischer Großbanken sowie der japanischen Wirtschaft insgesamt zu verdanken sind, identifiziert in diesem Prozeß die Initiative privater Akteure, die keinesfalls von stets erfolgreicher Wirtschaftspolitik begleitet wurde<sup>8</sup>.

In einer Synthese der dem Autor zugänglichen Literatur aus japanischen und ausländischen Quellen abzüglich der teilweise enthaltenen ideologischen Verwirrungen ergibt sich ein klares Bild der bisherigen Entwicklung des japanischen Bank- und Finanzwesens. Aus einer neo-institutionellen Perspektive in der Tradition von Alfred Chandler und Yamamura Kôzo offenbaren sich neue Erkenntnisse hinsichtlich der Interaktion zwischen Systemwandel, also der Evolution von Institutionen, Märkten und der sie begleitenden Wirtschaftspolitik. Die japanischen Banken bildeten in einem von Chandler als *“group enterprise capitalism”* bezeichneten System und als Kern von Ahlbachs *“strategischen Unternehmensfamilien”* typische Konstellationen, die in Aoki Masahikos *“Main bank system”* (Aoki 1994) auf ihre Charakteristika dargestellt werden.

Die Betrachtung ihrer Entstehung geht dabei bis zu der Öffnung des Landes durch die Meiji-Restauration im Jahr 1868 zurück. Die sich in den folgenden Jahrzehnten vollziehende industrielle Aufholjagd hat in der Literatur zu erheblichen Diskussionen über die Frage nach dem Verhältnis zwischen privater Initiative und der Rolle des Staates geführt. Während die vorliegende Arbeit sich Positionen namhafter Wissenschaftler wie Patrick und Teranishi grundsätzlich anschließt, die auf die Bedeutung des kleinen und mittleren Unternehmertums, also des Übergewichts privatwirtschaftlicher Elemente im Gegensatz zu staatlich gelenkter Industrialisierung hinweisen, dürfen genauso wenig Erkenntnisse aus Beiträgen der Gegenmeinung übersehen werden. Für eine Analyse und Darstellung der Entwicklung der japanischen Wirtschaft in der Meiji-Zeit greift die vorliegende Arbeit auf wirtschaftshistorische Standardwerke wie Nakamura Takafusa (Takafusaa 1971) *“Senzeki nihon keizai no*

---

<sup>8</sup> Siehe ( Patrick, 1967); (Patrick, Hugh und Hoshi Takeo Hg. 2000).

*bunseki*” (Analyse des japanischen Wirtschaftswachstums in der Vorkriegszeit) und Teranishi “*Nihon keizai hatten to kinyū*” (Teranishi 1982), sowie die hervorragenden Studien Patricks über die Entwicklung des japanischen Finanzwesens zurück. Eine gute Klassifizierung der Kaufleute der Meiji Periode in Chō Yukio (Chō 1959) “*Nihon ni okeru ginkō no hattatsu*” (Über die Entwicklung der Banken in Japan) in Kaufleute mit speziellen Kontakten zu Regierungskreisen (*shishō*), ehemalige Mitglieder der Hofaristokratie (*kuge*) bzw. des Kriegerstandes (*bushi*) und letztlich Geldwechsler und Kaufleute (*shōnin*), deren Ursprung auf die Zeit vor der Meiji Restauration zurückgeht, erwies sich als sehr aufschlußreich. Für die Veränderungen, die sich in der Taishō und frühen Shōwa Periode bis zum Kriegsende 1945 ereigneten, wurden u.a. auf Studien der Hitotsubashi Universität, Beiträgen von Prof. Teranishi selbst und auf Standardwerke zurückgegriffen (Teranishi 1979; 1999). Hinsichtlich makroökonomischer Daten wurde auf Rosovsky (Rosovsky 1961) “*Capital formation in Japan, 1868 – 1940*” und Ôkawa und Rosovsky (Ôkawa und Rosovsky 1973) “*Japanese economic growth – trend acceleration in the twentieth century*” rekurriert und ergänzende Erkenntnisse neuerer Studien z.B. des IMES (Institute for Monetary and Economic Studies) eingearbeitet. Für die spezielle Entwicklung des Bankwesens, in dem bis 1945 die Banken der großen japanischen Industriekonglomerate, zaibatsu, dominierten, wurden Standardwerke wie das von Tamaki (Tamaki 1991) verfaßte “*Japanese banking – A history, 1859 – 1959*” und Tatewaki (Tatewaki 1991) “*Banking and finance in Japan*” verwendet, sowie eine Fülle von japanischsprachiger Literatur hinzugezogen.

Der Rolle, die die japanischen Unternehmenskonglomerate bis zum Ende des Pazifischen Krieges einnahmen, wurde durch intensive Studien der bis in die späten 80er blühenden zaibatsu Forschung Rechnung getragen. In den Archiven der Sammlung der *Mitsui bunko* und des *Nihon kinyū kenkyūjo* wurden die meisten der Beiträge zu den großen vier *zaibatsu* zusammengefaßt. Publikationen jüngerer Zeit über das japanische Finanz- und Bankwesen erschienenen entweder direkt in englischer Sprache, oder es folgte rasch eine englische Übersetzung. Auf die englische Version wurde dann zurückgegriffen, wenn es sich um internationale Koproduktion oder daran anknüpfende Beiträge handelte. Die Werke von Fukao und Wada (Fukao und Wada 1996), Kofuji (Kofuji 2001) und Fukao und Yoshikawa (Fukao und Yoshikawa 2000), die zu den Koryphäen japanischer Bank- und Finanzwirtschaftswissenschaften zählen, wurden im japanischen Original verwendet (Fukao und Wada 1996) (Kofuji 2001).

Verifiziert wurde die Literatur wenn immer möglich durch Primärquellen, die zu einem großen Teil von dem ehemaligen Finanzministeriums, dem ehemaligen Post und Telekommunikationsministeriums und der japanischen Zentralbank herausgegeben wurden. Auch die Publikationen von Verbänden wie dem Bankverband (*Zengin kyôkai*) wurden hinzugezogen. Das japanische Postsparwesen ist ein Thema, das wie in der Politik in der Vergangenheit genauso durch die Forschung nahezu ignoriert worden ist. Erst in den vergangenen Jahren häufen sich Beiträge im Zusammenhang mit der Reform des öffentlichen Sektors, angefangen von Publikationen der Behörden, d.h. des Ministeriums für Post und Telekommunikation, des Finanzministeriums, der japanischen Zentralbank, der Post selbst, des angeschlossenen Forschungsinstituts *Yûsei kenkyûjô* (Forschungsinstitut für Poststrategie), zu privatwirtschaftlichen Interessenverbänden, wie dem Arbeitgeberverband *Keidanren*, der Interessenvertretung japanischer Banken und affilierten universitären Forschungsinstituten. Mit Beginn der Diskussion über eine Privatisierung der Post entstand auch eine Fülle an japanischsprachiger Populärliteratur, die sich gleichmäßig in Befürworter und Gegner unterteilte. Gemeint ist die eingeschränkte Aussagekraft, da der Inhalt sich in rührender Darstellung des Beitrages der Post für die japanische Wohlstandsgesellschaft, und Beschreibungen einer marktwirtschaftliche Freiheit unterdrückenden, die Staatsfinanzen bedrohenden, übermächtigen Verschwörung von Politik und Bürokratie andererseits erschöpft<sup>9</sup>. Daher ist der Autor dankbar für die fundiert wissenschaftlichen Analysen von Yoshino (Yoshino 1991; 1999), Yoshino und Robaschick (Yoshino und Robaschick 2000) und Cargill und Yoshino (Cargill und Yoshino 2003). Die jüngste Neuerscheinungen zum Thema der Privatisierung Takigawa „*Aete `yûseimineika` wo hantai suru*“ (Takigawa 2004) ist trotz exzellenter Reputation des Forschungsinstituts, an dem es entstanden ist, oberflächlich und tendenziös<sup>10</sup>.

Sonstige Informationslücken konnte der Autor durch Interviews mit Prof. Matsubara von der Chuô Universität, Prof. Teranishi, Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Hitotsubashi Universität, Prof. Saitô Professor der Universität von Nagoya und Leiter des *Nihon kinyû kenkyûjô*, Prof. Horiuchi, ehemals Professor der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Tôkyô, Beamten des ehemaligen Ministeriums für Post und Telekommunikation, zahlreichen speziellen

<sup>9</sup> Siehe *All about Yûbinkyoku – keijiban* (2004), <http://www.asahi-net.or.jp/~r15y-nk/link/gyokaku.html>, Stand 22.09.2004.

<sup>10</sup> Für einen Überblick über in jüngster Zeit erschienene Artikel und Beiträge, siehe <http://www.asahi-net.or.jp/~r15y-nk/link/gyokaku.html>, Stand 22.09.2004

Postfilialleitern, innerhalb der Post vertretenen Gewerkschaftsrepräsentanten, Prof. Takigawa von der Universität Kôbe und durch einen wertvollen wissenschaftlichen Austausch mit Prof. Yoshino von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Keiô Universität und Leiter des Forschungsinstituts für das Finanzwesen der staatlichen *Financial Services Agency* (FSA) schließen.

### **1.3 Ziel und Aufbau der Arbeit**

Zwecks Einführung in die Methodik der vorliegenden Arbeit beginnt das erste Kapitel mit einer überblickartigen Darstellung der verwendeten Theorie der politischen Ökonomie und definiert einzelne Elemente des Entscheidungsprozesses im Hinblick auf ökonomische Probleme in Japan. Im Fall der behandelten Thematik liegt die Wahl der Methodik auf der Hand, da sowohl die Deregulierung des japanischen Finanzwesens als auch die voranschreitende Privatisierung des Postsparswesens politische wie ökonomische Aspekte beinhalten, die untrennbar verbunden sind. Eine ausschließlich wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung würde wesentliche Einflußfaktoren außer acht lassen. Das theoretische Gerüst erfährt schließlich Anpassung an japanische Charakteristika wie die traditionell apolitische Haltung großer Bevölkerungsteile und die prägnante Rolle der Bürokratie im politischen Entscheidungsprozeß. Akteure, angefangen mit dem mündigen Bürger über die politischen Parteien, die Administration und die Interessenvertretungen, werden identifiziert und deren Gewicht umrissen.

Da der Prozeß der Privatisierung selbst nicht abgeschlossen, vielmehr in der Umsetzung begriffen ist, konzentriert sich die Arbeit auf dessen Anbahnung und die Entscheidungsbildung. Die kulturell tief in der Gesellschaft verankerte Konsensorientierung ersetzt partiell die für westliche Gesellschaften so bezeichnende Hervorhebung individueller Entscheidungsfreiheit. Der Spielraum des Einzelnen erfährt weiter Einschränkungen durch traditionelle Verhaftung und gesellschaftliche Konventionen, die ungleich stärker als im Okzident gegenwärtiges Handeln kontrollieren. Nur so ist nachvollziehbar, wie ein starres einseinhalb Parteiensystem bis in die Mitte der 90er Jahre die japanische Politik beherrschen konnte. Inkooperierung

der Opposition durch die Regierungspartei in den politischen Entscheidungsprozeß wahrte gleichzeitig das nötige Mindestmaß an Konsens in der Tagespolitik. Nicht die Wahl des Bürgers, die im Westen einer der Parteien zu einem klaren Mandat für eine Legislaturperiode verhilft, war entscheidend, sondern Nachverhandlungen der Parteien untereinander und unter den Fraktionen der eigenen Partei. Die Parteien standen wiederum in Abhängigkeit zur Bürokratie, die den politischen *output* durch ihre Fachkompetenz monopolisierte. Doch anstatt dem Modell der interventionistischen Schule nachzugeben, wird der Bedeutung informeller wie formeller Netzwerke durchaus Beachtung geschenkt, die das Dreieck aus Politik, Wirtschaft und Bürokratie der Interventionisten komplementieren. Zwischen Interessengruppen der freien Wirtschaft und der Bürokratie existiert ein quasi- formelles, symbiotisches Verhältnis, das den vergleichsweise früh aus dem Dienst ausscheidenden Beamten in der Privatwirtschaft wohldotierte Weiterbeschäftigung sicherte. Ein weiteres Abhängigkeitsverhältnis wird zwischen Politikern und der Administration identifiziert, da neben einer Anstellung in der Privatwirtschaft auch die Besetzung öffentlicher und halb-öffentlicher Körperschaften mit ehemaligen Beamten erfolgte. Dieses, den informellen und formellen Netzwerken nachgeschaltete, wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis nimmt in Form eines weiteren Dreiecks aus Politikern, Bürokraten und Interessenvertretern der freien Wirtschaft zusätzlichen Einfluß auf den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß. Der eigentliche politische Diskurs findet hinter den Kulissen in zahllosen Ausschüssen statt und konzentriert den Schwerpunkt des Entscheidungsprozesses auf die Vorbereitungsphase, die den Fokus der Thematik darstellt.

Die besondere Natur der Privatisierung des Postsparswesens liegt also erstens in dem evolutionstheoretischen Charakter des Wandels des japanischen Finanzsystems insgesamt begründet; zweitens in dem ihm zugrundeliegenden politisch und ökonomisch motivierten Initial. Abstrahlungseffekte nach der von Aoki und Okuno (Aoki und Okuno 1966) formulierten Komplementaritätstheorie, die jedem Bestandteil des Wirtschaftssystems einen Gegenpart zuweist, leiten das Ergebnis der getroffenen Entscheidung weiter und strahlen auf das gesamte System ab. Eingemeindet in den u.a. durch Chandler geprägten und von Morikawa auf das japanische Finanzwesen angewandten neo-institutionalistischen Ansatz wird mit Hilfe der Theorie politischer Ökonomie das Zustandekommen des Entscheidungsproblems, also das Wachstum des

Postsparwesens zu einer die private Finanzinstitutionen überragenden staatlichen Entität, analysiert. Insbesondere die Rolle des Postsparwesens als Haupteinnahmequelle des steuerlichen Investitions- und Darlehensprogramms (FILP), dessen Rolle und einer möglichen Verzerrung des japanischen Finanzwesens werden Beachtung geschenkt. Anschließend wendet sich die Arbeit der Form zu, in der das Problem in den politischen Entscheidungsprozeß Eingang gefunden hat.

Mit Darstellung der Formierung des japanischen Finanzsystems im 19. Jahrhundert stellt das zweite Kapitel eine historische Herleitung zum thematischen Schwerpunkt dar. Dabei werden kausale Zusammenhänge zwischen natürlichem Systemwandel und der Einführung westlicher Institutionen unter den gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen der Meiji Restauration verdeutlicht. Der zeitliche Rahmen des zweiten Kapitels ist dabei auf die Periode von Mitte des 19. Jhdts. über die Gründung der japanischen Zentralbank bis zum Ende des Pazifischen Krieges 1945 festgelegt. Die frühe japanische Perzeption westlicher Organisationsformen des Bank- und Finanzwesens erklärt, warum und auf welche Weise die aus dem westlichen Ausland kopierten Strukturen typisch japanische Charakteristika beibehielten (Hoshi und Kashyap 2001: 2). Genau wie die Implementierung erster demokratischer Strukturen in Japan erfolgte auch die Industrialisierung nicht durch 'natürliche' Evolution eines originär japanischen Finanzwesens 'von unten', sondern durch die Regierung induziert 'von oben'. Diesem unnatürlichen Bruch in der Entwicklung wird deswegen größte Beachtung geschenkt, weil er sich nach 1945 während der 'Demokratisierung' Japans durch die alliierte Besatzungsmacht USA wiederholen sollte. Aufmerksamkeit wird der Entwicklungsabfolge, in der die Einführung neuer Institutionen einer Veränderung der Märkte vorausgeht, den Initiatoren und der Motivation des Prozesses geschenkt. Es wird deutlich gemacht, daß bereits die Meiji Regierung durch Implementierung eines modernen Bankwesens die Entwicklung bewußt korrumpierte. Die ersten originär japanischen Finanzinstitutionen bestanden aus Wechselstuben (*ryōgae*), die ihr Filialnetz während der 250-jährigen Tokugawa Herrschaft auf die wichtigsten Handelsstädte Japans ausdehnten und bereits an die Grenzen ihres Wachstums gestoßen waren. Der Kontakt mit den Ausländern offenbarte die dem System insgesamt inhärenten Schwächen und führte zu einem politischen Umwälzungsprozeß, der als

Meiji Restauration die 250-jährige Herrschaft der Tokugawa Shōgune beendete <sup>11</sup>. Diejenigen Persönlichkeiten, die den Verlauf der Restauration bestimmt und aus denen sich eine neue Machtelite formen sollte, erkannten, daß nur eine kontrollierte Übernahme der Meriten westlicher Kulturen das Überleben eines unabhängigen Japans garantieren würde.

Die von Patrick (Patrick 1999; 1984) beschriebene anschließende Herausbildung einer dualistischen Struktur, nicht nur wie häufig perzipiert in der japanischen Industrie, sondern auch im japanischen Finanzsystem war Folge dieses Dirigismus `von oben', der Initiativen aus der Privatwirtschaft nicht nur komplementierte sondern auch in die entscheidende Richtung führte <sup>12</sup>. Der sich anschließend vollziehende Amalgationsprozeß, dessen Ergebnis ein modernes Bank- und Finanzwesen japanischer Prägung war, stellt ein Paradebeispiel für die Art und Weise dar, wie Japan auch in Zukunft auf Herausforderungen aus dem Ausland reagieren sollte.

Um das Sparkonzept schnell unter der einfachen Bevölkerung zu verbreiten und das sowohl von den Banken und als auch den *ryōgae* unbeachtete Kleinstkapital für die Industrialisierung zu aktivieren, übernahmen ab 1875 Postämter sparkassenähnliche Funktion, was wenig später zur Gründung eines Postsparwesens nach britischem Vorbild führte.

Durch eine neue Bankengesetzgebung 1893 wurden das Gros der privaten Bankinstitute als *fūtsū ginkō* (Normalbanken) zusammengefaßt. Der Versuch, japanische Kaufmannsfamilien mittels Aktienbeteiligungen an Nationalbanken in den Modernisierungsprozeß miteinzubinden, vermittelt anschaulich, wie die Einführung westlicher Organisationsformen durch den Staat erfolglos blieb und erst nach Anpassung an kulturelle Unterschiede und den Umstand, daß Japans Industrialisierung noch in den Kinderschuhen steckte, Wurzeln faßte. Neben der Gründung einer

---

<sup>11</sup> Obgleich die Tokugawa als Shōgun (Reichsverweser) der Form nach der Autorität des *tennō* unterstanden, regierten sie de facto das Land mehr als 250 Jahre. Die Wahl des Sitzes der Shogunatsregierung (*Bakufu*) Edō, dem heutigen Tōkyō, im Gegensatz zum *tennō*, der in der alten Hauptstadt Kyōto residierte, verdeutlichte auch geographisch die Verteilung der Macht. Die Herrschaft des *Bakufu* über die Lehenstümer (*han*) wird auch als *baku-han* System bezeichnet.

<sup>12</sup> Damit bedient sich Patrick neo-institutionalistischer Terminologie, der moderne Finanzinstitute, von den traditionellen Institutionen, wie den *ryōgae*, deren Kundenstamm und Kapitalisierung sich idealerweise deutlich unterscheidet. Im vorindustriellen Japan war jedoch die Grenze fließend. Banken entstanden aus *ryōgae*, die traditionelle Geschäfte wie zuvor weiterführten. Demgegenüber entstanden Institutionen, die wie die 15. Nationalbank, die dem Namen nach Banken, ihre Geschäfte jedoch auf die Regierung beschränkten, ansonsten keine Einlagen annahmen und damit nicht dem originären Bankgeschäft nachgingen (Patrick 1999: 5 f. ; .24).

Zentralbank und den privaten Bankinstituten wurde das Finanzwesen durch spezielle staatliche Finanzinstitute, die Kapital für Investitionsprojekte bereitstellen, die private Möglichkeiten durch Umfang oder Risiko überforderten, komplettiert. Unterstützung fand der Aufbau der speziellen Finanzinstitute durch eine vorteilhafte außenpolitische Entwicklung, den Sieg Japans im sino-japanischen Krieg 1895 und die daraus resultierenden Reparationszahlungen.

Das direkte Engagement in Industrieprojekten wurde durch den Verkauf der ohnehin größtenteils defizitären Unternehmen (*kangyô haraisage*) reduziert. Oberflächlich betrachtet verfolgte die Politik nur eine Verringerung öffentlicher Ausgaben, tatsächlich nahm sich der Staat bewußt zurück, um das Engagement privater Investoren durch finanzielle Unterstützung der neuen staatlichen Finanzinstitutionen zu wecken. Auch stellte der staatliche Ausverkauf eine Form von Patronage für Schützlinge politischer Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Industrie dar und lieferte wesentliche Bausteine zur Begründung der großen japanischen Industriekonglomerate (*zaibatsu*). Neben der Herausbildung der Grundstrukturen dieser für Japan so typischen Unternehmensgruppen ist die Einführung spezieller Finanzinstitute durch den Staat für diese Periode kennzeichnend. Das Gewicht, das der Betrachtung dieser speziellen Institutionen in der Forschung beigemessen wird, leitet sich sowohl von ihrer Bedeutung für den sich rapide vollziehenden wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt als auch von ihrer Rolle im sich seit 1910 vollziehenden wirtschaftlichen Imperialismus ab. Durch sie gesellte sich zu dem aufgezeigten Dualismus eine dritte, öffentliche Dimension in Form der speziellen Finanzinstitute. Neben den staatlichen Finanzinstituten und den Großbanken, die die Keimzellen der *zaibatsu* darstellten, existierte eine große Anzahl kleinerer Banken. Deren mangelhafte Regulierung offenbarte sich mit Einsetzen verschiedener Wirtschaftskrisen im Anschluß an die Boomphase des ersten Weltkriegs, die in der großen Finanzpanik von 1927 mündete. Der Staat betrieb daher bereits seit den 1920ern bewußt eine Reduzierung dieser *kikan ginko* (Organ Bank), die in der Politik 'pro Präfektur, eine Bank' zu Kriegszeiten mündete. Ziel des zweiten Kapitels ist, die herrschende Segmentierung und bis dato herrschenden Mißverständnisse hinsichtlich des japanischen Finanzwesens der Vorkriegszeit zu klären, sowie auf die Herausbildung von Merkmalen, die das System bis heute bestimmen, hinzuweisen.

So vollzog sich mit der Verschärfung staatlicher Kontrollen im Zuge der Militarisierung Japans eben die Veränderung, die zur Herausbildung des späteren *main-bank* Systems führen sollte. Obgleich die *zaibatsu* Banken tatsächlich während der Finanzkrisen der 1920er und 30er ihren Einfluß deutlich erweiterten, ist das Entstehen des *main-bank* Systems unabhängig und zweifellos als Folge der Kriegswirtschaftspolitik zu interpretieren, die 1943 militärisch wichtigen Industrieunternehmen jeweils eine Großbank zuwies. Mit einer Analyse der Entwicklung von 1890 bis 1945 unter Berücksichtigung einer deutlichen Zäsur durch die Kriegswirtschaftsperiode (*jusenji keizai kikan*), der Niederlage im Pazifischen Krieg und der Besetzung durch die Alliierten 1945 schließt das dritte Kapitel.

Ähnlich dem besiegten Deutschland sah sich Japan nach Kriegsende den immensen Herausforderungen des Wiederaufbaus gegenüber. Neben Verlusten durch alliierte Angriffe hatte die Nation sämtliche Anstrengungen und Ressourcen militärischen Zielen geopfert. Die Kriegsmaschinerie auf zivile Erfordernisse umzustellen, bedurfte Investitionen, die die Großbanken nicht zu leisten imstande waren. Das Chaos wurde durch Anordnungen der alliierten Besatzungsmächte (*SCAP*) verstärkt, die eine vollkommene Pazifizierung der japanischen Wirtschaft durch *‘economic democratization’* verfolgten. Obgleich begrifflich schwammig, sah *‘economic democratization’* doch konkrete Maßnahmen vor, so die Zerschlagung der aus Sicht der Alliierten für den Krieg mitverantwortlichen *zaibatsu* und der Verbannung belasteter Personen aus Politik und Wirtschaft. Die staatlichen Finanzinstitute wurden aufgelöst, die Dachgesellschaften der *zaibatsu* zerschlagen und Anteile der Konglomerate an die *‘breite Öffentlichkeit’* veräußert. Auf diese Weise sollten monopolistische Konzentrationen für die Zukunft verhindert und die *zaibatsu* endgültig zerstört werden.

Den deutlichsten Wandel erfuhr das japanische Finanzsystem durch die sog. Demokratisierung, das das bestehende Universalbankensystem auf Grundlage einer den USA nachempfundenen Gesetzgebung des *shōken torihiki hō* (Gesetz zum Handel mit Wertpapieren) 1947 das japanische Finanzwesen in Wertpapiergesellschaften und Banken teilte. Weitere Segmentierung erfuhr das System durch Unterteilung der Banken in Institute für lang- und kurzfristige Kreditvergabe. Die ehemaligen Normalbanken, nun City- und Regionalbanken, fielen in die zweite Kategorie, während andere Institute durch Darlehen die Finanzierung für langfristig gebundenes Kapital in Handel und Industrie leisten sollten. Auch die kleinen und mittleren Finanzinstitute wie

Kreditvereinigungen (*shinkin ginkô*), Kreditgenossenschaften (*mujin*) und genossenschaftlich organisierte Institute aus Landwirtschaft und Fischerei fielen in die erste Kategorie.

Der insgesamt chaotische Zustand des Aktienmarktes nebst der wirtschaftlich desolaten Situation, der die Regierung mit der Geldpresse entgegenwirkte, führte zu einer galoppierenden Inflation, die zwar Kriegsschulden entwertete, gleichzeitig aber den Wiederaufbau verhinderte. Sowohl japanischer Widerstand wie Kritik aus den Vereinigten Staaten selbst, sowie erwachendes politisches Kalkül auf Seiten der Westmächte am Vorabend des Kalten Krieges sollten das japanische Bankwesen in Gegensatz zur übrigen Industrie vor ‚*democratization*‘ bewahren. Von Zerschlagung weitgehend verschont und per Gesetz und Inflation von Kriegsschulden befreit, wurde den ehemaligen *zaibatsu* Instituten nun Stadt- oder Citybanken (*toshi ginkô*), der Eintritt in die Nachkriegszeit ermöglicht.

Besonderes Augenmerk legt das Kapitel auf die ungebrochene Fortführung traditioneller Merkmale des japanischen Bank- und Finanzwesens, das durch die Besatzungspolitik zwar seiner äußeren Hülle, nicht aber seines Kerns beraubt wurde, um vergleichsweise unbeschadet ihre Entwicklung zu späteren *main banks* anzutreten: *“However, interestingly, the corporate governance structure which emerged around the 1950`s was quite different from what the GHQ [general headquarter, Anm. des Verf.] originally aimed* (Miyajima 1994: 45). Die in der Literatur enthaltenen Mutmaßungen und Erkenntnisse über die Entstehungsgründe reichen von detailfixierten Ansätzen der Transaktionskostentheorie bis hin zu den Extrema bereits angesprochener populärwissenschaftlicher Beiträge. Die Reduzierung von *agency costs* und Abstrahlungseffekte durch vorteilhafte Ballung von Unternehmen sind nur Nebeneffekte einer Konstellation der Kapitalknappheit, die sich in Japan mehrmals wiederholen sollte und auf die Gründung oder Bindung an eine Hausbank eine probate Lösung darstellte. Strikte Regulation und Überwachung durch das Finanzministerium bewahrten den status quo. Weiterhin wurde der direkte Zugang zu in- und ausländischen Kapitalmärkten verhindert und durch den Zwang zur indirekten Finanzierung über die Banken ein Sicherheitspuffer implementiert, der die Industrie vor kurzfristigen Marktschwankungen bewahren sollte. Der Versuch des SCAP, Strukturen einzuführen, die wie in den Vereinigten Staaten dem Markt Kontrollfunktion übertragen und freien Wettbewerb garantierten, war daher von vornherein zum

Scheitern verurteilt. Das Antimonopolgesetz von 1948 verhinderte zwar, daß Machtkonzentration wie die der *zaibatsu* zustande kamen, sah aber keine Regulierung von Aktien 'befreundeter Unternehmen', finanziert durch Kredite der *main-bank*, vor.

Die Säuberung der Wirtschaft von vermeintlich für den Krieg verantwortlichen Managern und Anteilseignern resultierte nicht in der beabsichtigten breiteren Streuung von Bankaktien, vielmehr führte sie zu einer relativen Schwächung privater Finanzinstitute gegenüber der Bürokratie. Das Ergebnis waren Institutionen und Märkte, die ihren westlichen Pendanten ähnelten, sich im Kern jedoch von ihnen unterschieden und unter größerem Einfluß der Administration standen als zu Kriegszeiten<sup>13</sup>. Weitere Charakteristika wie der hohe Grad der Abhängigkeit von Krediten der Zentralbank tradierten sich ebenso in die Nachkriegszeit.

Eine entscheidende Veränderung fand allerdings auf dem Geldmarkt statt. Waren es in der Vorkriegszeit Großbanken, die durch Sicherheit verheißende Größe Depositen angezogen hatten, sollten es ab 1948 vornehmlich regionale Banken (*chihô ginkô*) sein, deren fehlende Affiliation an Unternehmensgruppen und damit mangelnde Investitionsmöglichkeiten sie auf dem Geldmarkt als Kreditgeber auftreten ließ. Im Gegenzug waren es nun Citybanken, die Kapital aufnehmen mußten, um die Bedürfnisse der Industrie zu befriedigen. Den Unternehmen selbst blieb aufgrund des unterentwickelten Kapitalmarkts keine weitere Möglichkeit, als sich durch Kredite ihrer Haus- bzw. *main-bank* zu finanzieren. Bis in die späten 1970er sollte diese Unausgewogenheit ein fester Bestandteil des japanischen Finanzsystems bleiben.

Die Abhängigkeit der Großbanken von der Zentralbank ermöglichte dem Staat eine indirekte Fortführung straffer Regulation, wie zu Kriegszeiten. 'Demokratisiert', überlebten die staatlichen Kontrollmechanismen in indirekter Form mittels Kreditrationierung *window guidance* (*madoguchi shidô*), dem Konvoi System (*gyosô sendan hōshiki*), und inoffiziellen Anweisungen, der *administrative guidance* (*gyōsei shidô*). Das Bankengesetz von 1927 blieb außer der erwähnten Revision, in den Grundzügen bis 1982 in Kraft. Während der folgenden drei Dekaden ab 1948 sollten weniger die Performance eines kreditsuchenden Unternehmens die Kreditvergabe der Banken bestimmen, sondern vielmehr das an der Zahl der Bankfilialen bemessene

---

<sup>13</sup> Teranishi weist in verschiedenen Abhandlungen auf diesen unbeabsichtigten Beitrag alliierter Demokratisierungsbestrebung hin, der der japanischen Bürokratie endgültig volle und unregulierte Kontrolle über das japanische Finanzwesen gab. (Teranishi 1994: 153 f.) ; Zur Relevanz des Kapitalmarkts, dessen unterentwickelter Zustand eines der spezifischen Merkmale des japanischen Finanzwesens werden sollte (Teranishi 1990; 1993).

Kreditvolumen der Zentralbank. Auf diese Weise ersetzte das Streben nach Marktanteil Profitabilität und vervollkommnete die Grundstruktur, die das japanische Bankwesen den Deregulierungsbemühungen zum Trotz bis heute beibehält. Mit einer Analyse der sich im japanischen Finanzsystem fest verankernden Mechanismen und der Entwicklung des japanischen Bankenwesens während der Hochwachstumsphase bis Mitte der 1970er schließt das vierte Kapitel.

Im fünften Kapitel werden Auswirkungen der seit Mitte der 1970er abschwingenden Konjunktur auf die japanische Wirtschaft und das Gebaren der privaten wie öffentlichen Finanzinstitute bis zum Platzen der *Bubble* und der sich anschließenden 'verlorenen Dekade' untersucht. Die auf internationalen Druck und fortschreitende Globalisierung antwortende Deregulierung des japanischen Finanzsystems seit Ende der 1970er wurde von einer durch die beiden Ölschocks eingeleiteten konjunkturellen Abkühlung begleitet und setzte so die Citybanken vielfältigem Druck aus. Zum einen erhielten die besten Kunden der Banken vermehrt Zugang zu günstigeren Finanzierungsquellen auf internationalen Kapitalmärkten, zum anderen begegnete der japanische Staat der abflachenden Konjunktur mit erhöhtem Engagement durch öffentliche Finanzinstitute, deren Konkurrenz die Banken veranlaßte, sich unter mittleren und kleineren Unternehmen neue Kundenstämme zu erschließen. In der späteren Phase gesellten sich diesen Aktivitäten die Wohnungsbaufinanzierung, Grundstücksspekulationen und die Ausweitung von Konsumentenkrediten hinzu. Ein verstärktes Engagement auf dem Kapitalmarkt war nur eingeschränkt im Rahmen allmählicher Deregulierung möglich, denn noch war den Banken per Gesetz die Teilnahme am Wertpapierhandel untersagt. Durchlöchert wurden diese Bestimmung ab Beginn der 80er durch eine umfassende Revision des seit 54 Jahren geltenden Bankgesetzes, das Banken u.a. den Eintritt in das Wertpapiergeschäft via Tochterunternehmen ermöglichte.

Der legislativen Deregulierung war bereits die Etablierung weitgehend unregulierter Märkte wie dem *interbank* Markt, dem *gensaki* (*repurchase*) Markt in den 70ern und die Einführung neuer Finanzinstrumente wie CD (*certificate of deposit*) und MMC (*money market certificate*) vorangegangen. Weiteren Impetus erhielt die Liberalisierung des japanischen Finanzwesens durch Aktivitäten japanischer Finanzinstitute auf internationalen Schauplätzen wie dem Euro-Markt aber auch dem *off-shore* Markt.

Während sich die Beschränkungen des japanischen Finanz- und Bankwesens auflösten, geriet das bis dato starre System aus den Fugen. Großen Industrieunternehmen boten sich aufgrund ihrer Reputation günstige internationale Kapitalquellen. Die resultierende schwindende Abhängigkeit von Fremdkapital und damit eine Emanzipierung von industriellen Unternehmen erodierte die Kontrollmechanismen des *main-bank* Systems. Durch adverse Selektion wuchs stattdessen der Anteil der Schuldner, die aufgrund geringer Reputation oder mangelnder Größe nicht in der Lage waren, sich über internationale Kapitalmärkte zu finanzieren. So schmolz der Spielraum der Banken ein angemessenes Risikomanagement zu betreiben, sodass sie schließlich gezwungen waren, in Geschäftsfelder kleinerer Institute einzubrechen.

In den 80er Jahren war ein verstärktes Engagement japanischer Finanzinstitute im Anlagegeschäft die Folge, vor allem auf dem Grundstücksmarkt. Die Citybanken traten damit in direkte Konkurrenz zu Tochtergesellschaften, den *jûsen* (Wohnungsbaufinanzierungsgesellschaften), was diese veranlaßte, ihr Heil in riskanteren Geschäften zu suchen. Die bis 1989 beständig gestiegenen Immobilienpreise, eine *hausse* des japanischen Aktienmarktes und die Niedrigzinspolitik der japanischen Zentralbank nach Abschluß des Plaza Akkords 1985 unterstützten die Entwicklung und ermöglichten eine auf dem Hintergrund erhöhter öffentlicher Ausgaben ruhenden, künstlich aufgeblähten Konjunktur, die berühmte *bubble*, mit Aktien- und Grundstücksspekulationen in bisher ungekannter Dimension zu befassen. Als letztlich Ende 1989 das Platzen dieser *bubble* die Heraufsetzung des Leitzinses den Sturz von Aktien- und Immobilienwerten einleitete, bedeutete das für die *jûsen* den Bankrott. Daß die Krise mit Übernahme der ausstehenden Forderung durch die Banken und den Staat nicht ihr Ende fand, lag vor allem an mangelnder Flexibilität genauso und dem Unwillen von Politikern, unpopuläre Maßnahmen einzuleiten. Tatsächlich stürzte die damalige Regierung Hashimoto über die letztlich nötig gewordene Injektion öffentlicher Gelder. Verluste aus notleidenden Krediten erhöhten die Vorsicht der Banken, was in einem *credit crunch* resultierte. Unternehmen in Handel und Industrie, die traditionell stark von indirekter Finanzierung abhängig waren, sahen sich neben der rezessiven Wirtschaftsentwicklung nun gleichzeitig Refinanzierungsproblemen ausgesetzt, die die in enger Verbindung mit der *bubble* stehenden Industriesparten am härtesten traf. Darunter waren kleinere und mittlere

Unternehmen der Baubranche, Kreditgemeinschaften der Forst- und Landwirtschaft sowie Regionalbanken, die über Citybanken in Spekulationen involviert gewesen waren.

Nach und nach wurden sämtliche Sektoren von Nachwirkungen der Krise betroffen, unterbrochen nur von kurzen Perioden des Aufschwungs. Die verunsicherte Bevölkerung reagierte durch Abzug ihrer Spareinlagen aus gefährdeten Finanzinstituten und wachsende Konsumzurückhaltung. Obgleich die japanische Regierung durch weitere Erhöhung öffentlicher Investitionen versuchte, dem Trend entgegenzuwirken, verpufften die Anstrengungen stets ohne nachhaltige Wirkung bis auf einen enormen Anstieg der staatlichen Verschuldung, die mit mehr als 140 % des GDP im April 2002 ihren vorläufigen Höchststand erreichte. Neben der schleppenden Konjunktur, der anhaltenden deflationären Entwicklung und der wachsenden japanischen Verschuldung waren die bei den Privatbanken verbliebenen faulen Kredite das eigentliche Problem.

Das Kapitel legt insbesondere Wert auf die Rolle der Citybanken und der Zentralbank sowie die Rolle der öffentlichen Finanzinstitute, darunter das japanische Postsparsystem während und nach der *bubble*. Die Arbeit greift dabei auf aktuelle Forschung von ausländischen und inländischen Forschern, als auch von Institutionen wie der japanischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds über die der andauernden Krise zugrundeliegenden Faktoren, zurück. Es werden Zusammenhänge, die sich aus den Quellen ergaben, gesichtet und deren Relevanz für die Privatisierungsdiskussion der Postsparswesen geprüft. Dem evolutionstheoretischen Charakter der Entwicklung wird durch Analyse des Deregulierungsprozesses und seiner Auswirkung auf das Bankwesen nachgegangen. Dabei wird der Standpunkt vertreten, daß Systemwandel und Deregulierung nicht parallel zueinander vollzogen und bestehende Unausgewogenheit des japanischen Finanzsystems akzentuiert wurden. Kontrollmechanismen verloren durch voranschreitende Liberalisierung an Wirkung, während alternative Strukturen wie eine effektive *coporate governance* durch einen funktionierenden Kapitalmarkt sich noch nicht etabliert hatten.

Während bereits der Rolle der Politik Beachtung geschenkt wurde, ist die Interaktion von Politik und Wirtschaft als Schwerpunkt des fünften Kapitels der figurative Flaschenhals der vorliegenden Arbeit insofern, als daß Gewicht gelegt wird auf das Zerfallen der das System bis dato stützenden Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft und die durch die öffentlichen Finanzinstitute verursachte Verzerrung der

Märkte. Die Unausgewogenheit des Geldmarktes, das Aufweichen der *corporate governance* des *main-bank* Systems, die schwindende Autorität der Behörden durch fortschreitende Liberalisierung und Diskreditierung und die Unterentwickeltheit des japanischen Kapitalmarktes sind Faktoren, die der schwelenden Krise neue Nahrung gaben. Die Argumentation des Interessenverbandes japanischer Banken (*zenkoku ginkô kyôkai rengôkai*) macht vor allem schleppende Deregulierung, abschwingende Konjunktur und unlautere Konkurrenz öffentlicher Finanzinstitute, allen voran die japanische Postbank, für die Fortsetzung der verlorenen Dekade verantwortlich. Im Gegensatz zur US-amerikanischen Konkurrenz während der 1980er hatten japanische Banken den Nachfrageschwund für Investitionskapital nicht mit Abkehr vom traditionellen, kommerziellen Bankgeschäft beantwortet, sondern durch Flucht in Nischen, die vormals Regionalbanken und Kreditgenossenschaften, sowie Wohnungsbaugesellschaften für sich beanspruchten und somit den richtigen Zeitpunkt für einen konsequenten Strategiewechsel vertan. Mit Margen, die weit unter den ihrer internationalen Wettbewerber liegen, fehlt den Finanzinstituten das nötige Kapital, um ihrer Kundschaft durch Technologie und Expertise Zugang zu differenzierten Finanzprodukten, zu bieten. Diese sich allmählich durchsetzende Erkenntnis führte zu Zusammenschlüssen, die in Mega-Banken resultierte, die nun mit den bis dato hoch gepriesenen Unternehmenskulturen zu ringen haben. Veränderungen, wie sie unter den von der fortschreitenden Internationalisierung und Deregulierung des heimischen Finanzsystems ausgehen, nötig werden, sind daher bis auf weiteres unwahrscheinlich.

Das fünfte Kapitel hat sich damit im Detail mit der jüngeren Evolution des japanischen Bank- und Finanzwesens auseinandergesetzt, die Gründe für das Zustandekommen und letztlich Platzen der *bubble* aufgezeigt, sowie die besondere Rolle der Politik und Bürokratie in diesem Prozeß identifiziert. Politischer Druck der Interessenverbände und die Privatisierung des Reformprogrammes des damaligen Premierministers Hashimoto rückten ab 1985 das japanischen Postsparsystems in den Vordergrund. Das sechste Kapitel widmet sich mit Fokus auf dem Postsparswesen der seitdem entstandenen öffentlichen Diskussion über die Rolle staatlicher Finanzinstitute und Körperschaften in der japanischen Wirtschaft. Damit hat die japanische Post den Rahmen ihrer ursprünglichen Aufgabe, kleinen Sparern sichere Anlegemöglichkeiten zu bieten, mit einem Anteil von mehr als 30 % aller privaten Spareinlagen längst gesprengt.

Die starke staatliche Präsenz ist seit dem Wiederaufbau nach dem Wk. II eines der hervorstechendsten Merkmale des japanischen Finanzsystems. So wurde die Instandsetzung beschädigter Industrieanlagen und die Umstellung von Unternehmen der Kriegsindustrie durch die Japan Reconstruction Bank finanziert, deren Kreditvergabe wesentlich für die Beschleunigung der Nachkriegsinflation verantwortlich zeichnet, die erst durch Einführung der Dogde Budgetlinie und eine deutliche Beschneidung des staatlichen Engagements auf dem Kapitalmarkt mittels der Geldpresse, unter Kontrolle gebracht werden konnte. Seitdem sind öffentliche Nachfolgeinstitutionen wie die Japanische Entwicklungsbank und die Wohnfinanzierungsgesellschaft entstanden, deren Aktivitäten die Präsenz der öffentlichen Hand in vergleichbaren Industrienationen bei weitem übersteigen. Die Tradition des japanischen Postsparwesens geht allerdings bis ins Jahr 1875 zurück, also noch bevor sich ein privates Bankwesen überhaupt etabliert hatte und nimmt seither eine tragende Rolle und systemerhaltende Funktion ein. Sein Anteil an privaten Spareinlagen nahm symptomatisch in eben den Perioden zu, in denen das private Bankwesen das Vertrauen der einfachen Bevölkerung verlor wie zu Zeiten der Großen Finanzpanik 1927 oder in der frühen Nachkriegszeit. Seit den 1950ern ist das Wachstum des Postsparwesens zum Gegenstand beständiger Klagen privater Banken geworden.

Der Brisanz der Fragestellung nachzugehen, wie weit sich die Tätigkeit von Unternehmen der öffentlichen Hand ausdehnen sollte, um die Privatwirtschaft sinnvoll zu ergänzen, soziale Aufträge zu erfüllen und für die Privaten nicht mögliche Marktrisiken zu schultern, ist die Aufgabe des letzten Kapitels. Die Wurzeln des inzwischen weltweit größten Finanzinstituts gehen auf die Einführung rudimentärer Sparformen in den ersten Postämtern durch die junge Meiji Regierung 1875 zurück. Insbesondere der Rolle, die die Post bei der Einführung eines modernen Sparwesens in Japan geleistet hat, wird große Bedeutung zugemessen, die in der bisherigen deutsch- und englischsprachigen Forschung wenig Beachtung gefunden hat. Während die traditionellen Geldgeschäfte zu diesem Zeitpunkt noch von Wechselstuben abgewickelt wurden, bevor nur eine der neuen Nationalbanken, geschweige denn eine der seit 1876 parallel gegründeten Privatbanken ihren Weg auf das Land fand, erfüllte die Post neben ihrem originären Aufgabenbereich bereits die Annahme von Kleinstguthaben in weiten Teilen Japans. Die erzieherische Bedeutung des postalischen Sparwesens ging weit

über ihren damaligen Anteil an den gesamten Einlagen hinaus und leistete einen wesentlichen Beitrag zur Etablierung eines modernen Finanzwesens in Japan. Zudem offenbarte sich anhand des staatlich geförderten Sparwesens bereits das frühzeitige Engagement der Meiji Regierung im Finanzwesen, das, von vielen bis heute unbeachtet, ein sehr viel höheres Ausmaß annahm, als bspw. die staatlichen Förderungen von Industrie oder im Handel.

Obwohl durch das Wachstum des privaten Bankwesens bereits um die Jahrhundertwende Japan flächendeckend versorgt war, sorgte gerade der sprunghafte Anstieg von Banken, die oft nur über dünne Kapitaldecken verfügten, dafür, daß die Wahrscheinlichkeiten von Konkursen zunahm. Gleichzeitig nahm das Gewicht der Post beständig zu, um in Krisenzeiten zusätzliche Wachstumssprünge zu erfahren, bis sie 1927 zur Zeit der Großen Finanzpanik endgültig zu den das Bankwesen dominierenden *zaibatsu* Banken aufschloß. Die Entwicklung des Postsparwesens von einer Institution vornehmlich für ärmere und kleinere Sparer hin zu einem festen Bestandteil und Sockel des öffentlichen Haushaltes ist damit Gegenstand des letzten Kapitels. Auch wenn der Rolle der übrigen Finanzinstitute in z.T. ausgezeichneten Studien von japanischen Wissenschaftlern wie Teranishi, Horiuchi oder Tamaki bereits Rechnung getragen wurde, hat die Postbank als Intermediär zwischen der Masse kleiner Sparer und den gewaltigen Investitionsprojekten des japanischen Staates durch den *zaitô* (Nachtragshaushalt) international nur wenig Beachtung gefunden. Das Kapitel versucht dieses Manko zu beheben und Aufschluß darüber zu geben, inwieweit die Existenz der staatlichen Postbank die Entwicklung des japanischen Bank- und Finanzwesens beeinflußt hat.

Mit einer endgültigen und zusammenfassenden Betrachtung der Historie des japanischen Finanzsystems, die in der Herausbildung der größten japanischen Bank, des japanischen Postsparwesens und seiner wirtschaftlichen wie politischen Rolle, dem japanischen Nachtragshaushalt in Verbindung mit dem *fiscal loan and investment program* (*zaisei tōyūshi*) mündet das Kapitel in das Fazit. Hier wird Bilanz über die jüngste Entwicklung des japanische Finanzwesens mit den Banken an seinem Apex und der andauernden Diskussion über eine Privatisierung des japanischen Postsparwesens gezogen. Ausgehend von einer historisch begründeten Existenzberechtigung der Postbank als Unternehmen der öffentlichen Hand wird ihre allmählich wachsende Rolle verfolgt und in Zusammenhang zu der Entwicklung des privaten Bankwesens gestellt. Der Einfluß informeller Netzwerke und die Interaktion der verschiedenen für den

wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß relevanten Akteuren sind Gegenstand der Analyse.

Der Schwierigkeit, verlässliche, verifizierbare Daten über den tatsächlichen Entscheidungsprozeß beizubringen, wird ausreichend durch Verweis auf institutionelle Aspekte des Entscheidungsprozesses und aktuelle Verweise auf die andauernde Diskussion Rechnung getragen. Die Überführung der japanischen Post vom 1. April 2003 in eine öffentliche Körperschaft wird angesprochen und deren Auswirkungen auf das heimische Finanzwesen prognostiziert. Hervorgehoben wird, daß durch die Transformation wesentliche Kritikpunkte der Privatwirtschaft ungelöst bleiben. Vielmehr, daß trotz Gründung einer Post Dachgesellschaft, das postalische Sparwesen weiterhin Teil der öffentlicher Hand und damit politischem Einfluß ausgesetzt bleibt.

Als Tochtergesellschaften werden der originäre Postdienst, das Postspargwesen und die Postversicherung als Aktiengesellschaften auch weiterhin über verschiedene Vorteile gegenüber privaten Wettbewerbern verfügen. Wenngleich die Freiheit zu selbständiger Wahl der Kapitalanlage statuiert wurde, wird der Schwerpunkt der Investitionen auf der Finanzierung staatlicher Anleihen verbleiben. Die neugewonnene Freiheit erlaubt die Entwicklung neuer Finanzprodukte, um das Angebot der Privaten noch stärker als zuvor kontrastieren zu können. Die vorliegende Arbeit schließt mit einer Zusammenfassung und Schlußfolgerung aus der sich aktuell in Japan vollziehenden Entwicklung, die das nationale Bank- und Finanzwesen genauso wie die öffentlichen Finanzen drastisch verändern wird. Eine teil- oder voll privatisierte Postbank wird die Rolle des Staates innerhalb des japanischen Wirtschaftssystems neu definieren.

Als Schlußfolgerung legt sich die Arbeit nicht auf eine einzige Option fest, sondern gelangt zu der Überzeugung, daß eine voll privatisierte Postbank, wie sie für 2007 geplant ist, weder die desolante Situation des japanischen Bankwesens kurieren wird, noch die Verzerrung des Finanzwesens insgesamt, sowie die hohe Verschuldung der öffentlichen Hand beheben kann. Vielmehr daß sie, ähnlich ihrer jetzigen Funktion, sowohl als Gradmesser für das Vertrauen der Bevölkerung in das heimische Bankwesen, als auch bald durch direkte Konkurrenz zur Meßlatte für dessen Qualität werden wird.

## 2. Theoretische Fundierung

Die vorliegende Arbeit bedient sich bei Behandlung der Thematik eines Ansatzes der politischen Ökonomie, d.h. dem Einfluß politischer und ökonomischer Faktoren. Den betrachteten Entwicklungsprozeß wird entsprechend Rechnung getragen. Kulturelle bzw. historisch bedingte Unterschiede des japanische Exempels werden im Kontrast zu den beiden Extrempositionen der marktorientierten Schule und der interventionistischen Schule im Sinne van Rixtels in die Analyse einbezogen, ohne sich jedoch völlig der Sichtweise einer japanischen Einzigartigkeit verschreiben zu wollen. Der verwendete theoretische Ansatz versucht einen Brückenschlag, der dem isolierten Charakter Japans in geographischer, historischer, institutioneller Hinsicht und der Abschottung des japanischen Finanzwesens während der Hochwachstumsphase bis in die 1970er gerecht wird. Auf diese Weise werden institutionelle Unterschiede in die Analyse miteinbezogen. Ausgangspunkt ist, daß Regulierung ebenso wie graduelle Liberalisierung, wie sie in jüngster Zeit durch die japanische Regierung unternommen wird, nicht notwendigerweise die gesellschaftliche Wohlfahrt maximieren, sondern auch effizienzmindernd und sogar wohlfahrtsschädigend sein können.

### 2.1 Politische Ökonomie

Im Gegensatz zu der herkömmlichen Trennung gesellschaftswissenschaftlicher Fragestellungen durch Einteilung in akademische Sparten, geht die Theorie politischer Ökonomie von der Grundannahme aus, daß ökonomische Realität nicht losgelöst von ihrer Umwelt zu betrachten ist<sup>14</sup>. Speziell Interdependenzen zwischen Wirtschaft und Politik, soweit sie nicht seit jeher bestanden haben, nehmen zu.

Interessenverbände (Lobbyisten), wie der Zentralverband japanischer Banken (*Zengin kyôkai*) oder der einflußreichste Arbeitgeberverband (*Keidanren*), Gewerkschaften und Medien artikulieren im politischen Entscheidungsprozeß ihre jeweiligen Positionen<sup>15</sup>.

---

<sup>14</sup> Unabhängig von dieser übersichtsartigen Einführung in die Theorie politischer Ökonomie ist die feinere Einteilung angefangen von der Differenzierung in neue bzw. alte politische Ökonomie zu sehen. Umfassendere Darstellung finden sich in (Frey 1980); (Frey 1981); (Kirsch 1983); (Jäger 1994).

<sup>15</sup> Mit Vertretern der beiden in der japanischen Post vertretenen Gewerkschaften erfolgten vom 15.02. –

Ebenso nimmt die Politik über Legislative und Judikative und informelle Kanäle auf die Wirtschaft Einfluß, deren Intensität länderspezifisch variiert. Die Theorie der politischen Ökonomie analysiert das entstehende Beziehungsgeflecht auf Grundlage verschiedener Axiome, ausgehend von der Dominanz des Individuums als originärer Entscheidungsinstanz.

Eine zweite Grundannahme ist die des rationalen Verhaltens, die die Brücke zwischen politischer und ökonomischer Theorie insofern schließt, als daß auf wirtschaftswissenschaftliche Theoreme, wie sie bereits von Schumpeter (1946; 1973) formuliert wurden, zurückgegriffen wird. So wird Rationalität *ceteris paribus* als nutzenmaximierendes bzw. kostenminimierendes Verhalten begriffen (Fluhrer, Magret 1994: 62 f.). Beide Annahmen erhalten Erweiterung durch Einführung eines zusätzlichen individuellen Nutzenkalküls, d.h. Individuen werden sich Egoisten folgend für die Option entscheiden, die ihnen persönlich den größten Nutzen verspricht, dem sog. Eigennutzaxiom, das in direkter Anlehnung an Schumpeter von Downs (1957) formuliert wurde.

Für den politischen Entscheidungsprozeß bedeutet dies, daß der mündige Bürger sich mit seiner Stimme für die Partei entscheiden wird, von der er sich die effizienteste Form der politischen Vertretung verspricht. Demgegenüber stehen allerdings Politiker, die nicht etwa als „Agenten des Gemeinwohls“ begriffen werden, vielmehr ebenso egoistisch persönliche Ziele verfolgen, die je nach Situation variieren, aber in Wiederwahl, Wählerstimmen bestehen können (Donges 1991: 7 f.). Interessengruppen der freien Wirtschaft, die ihren Wünschen im politischen Entscheidungsprozeß Gehör verschaffen wollen, bemühen sich um Einfluß auf Politiker und Bürokraten. Da jedoch den Prozeß betreffende Informationen aufgrund der mit der Informationsbeschaffung einhergehenden Kosten nicht gleichmäßig verteilt sind, wird sich eine Interessengruppe durchsetzen: *„This asymmetrical information bias leads to the formation of special-interest groups and encourages politicians to pay attention to them.“* (Tullock, Gordon, Seldon, Arthur und Brady, Gordon L. 2000: 8). Folgt man Downs, dominieren eindeutig die Produzenteninteressen im Gegensatz zu den Konsumenteninteressen. Konsument des politischen Entscheidungsprozesses genauso wie im ökonomischen Sinne ist das stimmberechtigte Volk, dem Produzenten, in politischer Hinsicht Politiker und die Administration auf der anderen Seite, Wirtschaftsunternehmen

---

bis zum 18.02.2003 mehrere Interviews, in der die Positionen und Maßnahmen der beiden Verbände erläutert wurden.

gegenüberstehen. Davon ausgehend, konzentrieren sich einzelne theoretische Ansätze der politischen Ökonomie von verschiedenen Standpunkten aus auf spezielle Facetten des politischen Entscheidungsprozesses. Im Folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten auf die japanische Praxis zutreffenden Ansätze gegeben.

### 2.1.1 Die politische Ökonomie der Regulierung

Das erste Konzept betrifft vor allem die Zeit vor Einsetzen der Liberalisierung des japanischen Finanzwesens und beschreibt Konfigurationen aus ökonomisch und politisch motivierten Egoisten, die in Kollusion eine Regulierung des Marktes verhandeln oder bewahren, um den Beteiligten einen zusätzlichen Nutzen zu sichern. Dieser Nutzen, das „Abschöpfen“ von Gewinnen, die sich aufgrund der Verzerrung des Marktes mittels Regulierung realisieren lassen, bezeichnet man als „*rent-seeking*“ oder „*skimming*“<sup>16</sup>.

Die für den japanischen Fall entscheidende, durch informelle und formelle Netzwerke<sup>17</sup> geknüpfte Interessensgemeinschaft aus Politik, Bürokratie und Wirtschaft bewahrte ein System, in dem Unternehmen zusätzliche Gewinne „abschöpfen“ konnten, die für die Regulierung durch Politiker instrumentalisierte Administration an Autorität gewann und Politiker durch die Unterstützung beider ihre Wiederwahlchancen erhöhten (Peltzmann 1989: 11 ff.). Abgerundet wurde das Bild durch die später freiwillige Beschränkung der Zinsraten (*jishu kinri kisei*) des privaten Bankwesens.

*Per definitionem* geht „*rent-seeking*“ zu Lasten des eigentlichen Marktpotentials, was in einem Wohlfahrtverlust resultiert, unter dem konkurrierende Unternehmen, oppositionelle Politiker und die Bevölkerung zu leiden haben (Tollison und Congleton Hg. 1995; 359 ff.). Um die Theorie an der bisherigen wirtschaftspolitischen Praxis Japans zu veranschaulichen, fixierte die bis in die 1980er andauernde Regulierung des

---

<sup>16</sup> Das theoretische Fundament wurde von Gordon Tullock (1967) gelegt, während der Begriff „*rent-seeking*“ durch A.O. Krueger (1974) geprägt wurde. Das erste vollständige Konzept folgte 1975 von Posner, R.A (Posner 1975: 807-827).

<sup>17</sup> Hinsichtlich der verwandten Definition des Begriffes Netzwerk sei auf die Erläuterung von Kumon verwiesen: „*I adopt network as the generic name for consensus/ inducement-oriented social systems in general, which can therefore contain both organizations (namely, “network organizations”) and non-organizations (namely, “societal networks”) at the same time.*“, zit. aus: (Kumon 1992: 121 f.) . In der vorliegenden Arbeit werden ferner „*network organizations*“ aufgrund ihres etablierten Charakters als formelle und „*societal networks*“ als informelle Netzwerke bezeichnet.

Finanzwesens eine wirksame Isolation von ausländischen Kapitalmärkten. Gleichzeitig wurden für ausländische Finanzinstitute Markteintrittskosten künstlich erhöht.

Die Bevölkerung sah sich außerstande, ihre Ersparnisse zu staatlich regulierten Zinsen anzulegen, da der japanische Kapitalmarkt Kleininvestoren verschlossen blieb (Aoki 1994: 27); (Harada, Yutaka und Kôsei, Yutaka 1987). Die politische Opposition stellte gegenüber der geschlossenen Front aus Regierungspartei, Bürokratie und Wirtschaft keine ernstzunehmende Alternative dar. Für die japanischen Großbanken bestand der Nutzen der Regulierung in hohen stabilen Profiten, für die regierende liberaldemokratische Partei in einer nahezu vier Dekaden währenden Einparteienherrschaft und für die Administration in einer im internationalen Vergleich außerordentlichen Machtfülle<sup>18</sup>.

Die Theorie der Interessengruppen genauso wie die *Capture Theory* findet im japanischen Fall insofern Anwendung, als daß Interessen einzelner Gruppierungen dank der Regulierung einen außerordentlichen, im freien Wettbewerb nicht zu erzielenden Gewinn erwirtschaften: „*Die eigene wirtschaftliche Position motiviert das Interesse an Umverteilung durch Regulierung; gerechtfertigt wird die Regulierung jedoch mit der Verfolgung allgemeiner Interessen [...]*“.

Im demokratischen Willensbildungsprozeß ist die Existenz von Interessengruppen ein natürlicher, wünschenswerter Zustand. Problematisch ist eine Kollusion, die um ihrer selbst willen am Leben erhalten wird: „*Im politischen Prozeß [Japans] überrepräsentiert sind hingegen die Gruppen, die lediglich in Folge der Regulierung entstanden sind, sie begründen ihre Existenz nur durch den Fortbestand der Regulierung.*“.

So geht die *Capture Theory* grundsätzlich von gleichen Annahmen wie die Theorie der Interessengruppen aus, betont aber die Möglichkeit einer dauerhaften Kollusion zwischen Regulierern bzw. der Aufsichtsbehörde und Regulierten. Am japanischen Beispiel verdeutlicht, zementierten informelle Verbindungen, die durch Clubs, Interessenverbände, aber auch durch das Eintreten ehemaliger Bürokraten in freie Wirtschaftsunternehmen, die Dauerhaftigkeit der Kollusion. Formelle Verbindungen entstanden durch Ausschüsse und Kommissionen (*shingikai*), die aus Vertretern der

---

<sup>18</sup> Zum ersten Mal nach einer 38 Jahre andauernden Einparteienherrschaft wurde 1993 die Liberaldemokratische Partei durch eine kurzlebige Achtparteien Koalition unter Premierminister Hosokawa Morihiro ausgeschlossen.

freien Wirtschaft und Politikern bestanden. Die relative Schwäche des institutionellen Rahmens wurde durch regelmäßigen Einsatz der *gyōsei shidō* (Administrative Lenkung) deutlich. Anweisungen statt Gesetze regelten die Kooperation zwischen den Akteuren, die solange funktionierten, wie sie den Interessen der Beteiligten entsprach.

Ähnlich wie die Theorie der Interessengruppen und die *Capture* Theorie geht die von Stigler und Peltzman geprägte Theorie der Regulierung einen Schritt weiter, indem sie einen Markt für staatliche Regulierung präsentiert, auf dem Interessengruppen Schutz durch Regulierung nachfragen und wo Politiker die Nachfrage im Austausch für Unterstützung wie z.B. Wählerstimmen bedienen. Die von Niskanen geprägte ökonomische Theorie der Bürokratie wiederum übersetzt diesen Ansatz in die Beziehung zwischen Interessengruppen der freien Wirtschaft und bürokratischem Apparat. Das *principal-agent* Problem verschiebt sich dementsprechend von dem Verhältnis zwischen Politikern zu Wählern zu dem Verhältnis zwischen Politikern und der Bürokratie.

Um zu dem konkreten Fall Japans zurückzukehren, ist es die Ideologie bzw. deren Einfluß auf den Entscheidungsprozeß, die bei Anwendungen der vorgestellten Ansätze zu berücksichtigen ist. Congleton (1990) betont den starken Einfluß, den ideologische Untermauerung und politische Überzeugung auf Implementierungskosten der Regulierung sowohl für wirtschaftliche Interessengruppen, als auch japanische Politiker haben können (Congleton 1991: 65-86). Im Fall Japans ist die Perzeption, das eigene Land und Volk als besonders einzustufen, durch eine Fülle an Literatur zu *nihonjinron* und die selektive Art und Weise, wie Japaner mit dem Ausland in Kontakt treten, einfach zu belegen<sup>19</sup>. Die Abschottung des Systems durch Regulierung reiht sich zudem nahtlos in eine Tradition von selbstgewählten oder aufoktroierten Perioden der Abschottung in Japans Geschichte ein. Für Interessenverbände des Privatbankwesens war es daher ungleich leichter und damit günstiger, die Furcht vor Übernahmen japanischer Unternehmen durch ausländisches Kapital zu ihren Gunsten zu instrumentalisieren. Genauso fiel es Politikern leicht, die Durchsetzung und Bewahrung

---

<sup>19</sup> Der Begriff „*nihonjinron*“ ist vage und variiert Bedeutung je nach Zielsetzung des Interpreten. Unter den zahlreichen Übersetzungen wählend, schließt sich die Arbeit der Bedeutung von „*nihonjinron*“ als „Abhandlungen über den japanischen Nationalcharakter“ an (Murakami 1987: 33).

des Systems vor einer Wählerschaft, die sich ohnehin als vom „Ausland nicht allein geographisch verschieden“ begriff, zu vertreten<sup>20</sup>.

Der seit den 70ern voranschreitende Deregulierungsprozeß des japanischen Finanzsystems insgesamt und die Privatisierung des Postsparswesens im Speziellen lassen sich auf das Zerschlagen des bisherigen Systems aufgrund äußerer Faktoren, d.h. einer schwächelnden Konjunktur und wachsenden internationalen Druck, zurückführen. Dies schmälerte das System der Rendite durch Regulierung und wurde letztlich zu einer Bürde für die drei bezeichneten Machtblöcke<sup>21</sup>.

### 2.1.2 Protektionistische Regulierung

Ein weiterer Ansatz der politischen Ökonomie, der *Public Interest Theory* steht insofern konträr zum ersten, als daß Regulierung als berechtigt und wohlfördernd anerkannt wird, solange der Schutz junger Industriezweige erforderlich ist<sup>22</sup>. Sobald die Entwicklung jedoch an die Grenzen der Regulierung stößt, erlischt auch ihre Berechtigung und resultiert in Liberalisierung. In der frühen Nachkriegszeit wurde zweifellos ein freies japanisches Wirtschaftssystem dem Postulat des Wiederaufbaus und eines schnellen Aufschließens zu den industrialisierten Nationen untergeordnet.

Mittels Instrumentalisierung der bereits zu Kriegszeiten eingeführten staatlichen Lenkungsmechanismen der Wirtschaft wurden formelle Regulationen, wie Zinsfestlegung und die informelle Regulierung implementiert, die sämtliche

---

<sup>20</sup> Insofern hat das japanische Selbstverständnis der Mythenbildung im Ausland Vorschub geleistet. Konkretes Beispiel ist der unverhohlene Pessimismus der breiten Öffentlichkeit in Japan hinsichtlich einer Gesundung der japanischen Wirtschaft, die beharrlich Zeichen konjunktureller Erholung trotz, siehe BOJ (Hg.) (2004): *Tanki keizai kansoku 6 gatsu chôsa* (Tankan Report Report Juni 2004), Stand 22.09.2004, <http://www.boj.or.jp/stat/tk/all0406.htm>.

<sup>21</sup> Im Rahmen des Forums des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Tôkyô schloß sich an die Besprechung T.J. Pempels Werk: *Regime shift: Comparative dynamics of the Japanese political economy*, Cornell University Press, Ithaca N.Y., (Pempel 1998) eine Diskussion über die dem voranschreitenden Deregulierungsprozeß zugrundeliegende Logik an. Richard Katz widersprach Pempel, der den Widerstand etablierter Interessen betonte, in dem er zu Recht bemerkte, daß Japans “[.] Finance, demographics and politico-social institutions are all dependent on a minimal rate of growth [...]“. Das Verständnis eines Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichem Abschwung und Liberalisierung des japanischen Finanzwesens ist wesentlich. Siehe dazu Tôkyô University, Institute for Social Science (SSJ)(Hg.) (1999): SSJ- Special Report, <http://web.iss.u-tokyo.ac.jp/newslet/SSJ17/SSJ17.pdf>, Dez. 1999, Stand 20.09.2004, S. 30.

<sup>22</sup> Siehe zur Kritik der *Public Interest Theory* u.a. Posner, (Posner 1989: 335 ff.).

Anstrengungen darunter auch die des Finanzwesens auf dieses Ziel fixierten. Mit erfolgreichem Aufschluß zu den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, sowie dem Abschied von der Hochwachstumsperiode wurde die starre Regulation des Finanzwesens jedoch obsolet und stand vielmehr einer natürlichen industriellen Anpassung an die veränderten Bedingungen im Weg (Horiuchi 1994: 11). Unschwer läßt sich die Situation öffentlicher Finanzinstitute im besonderen des japanischen Postsparwesens wiedererkennen.

Jahrhundertlang erfüllte das System seinen Auftrag, kleine Sparer überall im Land mit rudimentären Bank- und Versicherungsdienstleistungen zu bedienen und das gesammelte Kapital der staatlichen Subventionspolitik zur Verfügung zu stellen<sup>23</sup>. Die Post kam nicht allein ihrer originären Aufgabe des Post- und Paketdienstes nach, sondern kompensierte die infrastrukturelle Unausgewogenheit Japans, während sich private Finanzinstitute vornehmlich auf Großkunden und die Ballungszentren beschränkten. Die zusätzlichen Kosten eines landesweiten Filialnetzes nebst Personalaufwand machten eine Regulierung im Sinne von z.B. steuerlicher Privilegierung sinnvoll<sup>24</sup>.

Mit steigender Einlagenhöhe wuchs die Bedeutung des Postsparwesens nicht allein in ökonomischer Hinsicht, sondern als Finanzierungsquelle des staatlichen Investitions- und Darlehensprogrammes auch in politischer Hinsicht. Inzwischen fußt der überwiegende Teil des japanischen Nachtragshaushaltes auf Kapital des Postsparwesens, das in Form von Subventionierung an durch Politiker ausgewählte Projekte fließt. Da aber weder Politiker noch Bürokraten oder Interessenverbände als altruistisch dem Gemeinwohl dienend verstanden werden, erwächst auch in diesem Zusammenhang nach der *Principal- Agency Theorie moral hazard* durch mangelnde Kontrolle der Entscheidungsträger. Die Möglichkeit für Kollision unter den beteiligten Akteuren, d.h. Politikern, Bürokratie und Nutznießern der Förderung, liegt auf der Hand. Daher klagen die Privaten seit geraumer Zeit, daß der staatliche Schutz des japanischen Postsparwesens bei einem Anteil von mehr als einem Drittel aller privaten

---

<sup>23</sup> *De facto* kamen jedoch vor allem traditionelle Industrien, sowie die Schwerindustrie in den Genuß öffentlicher Subventionen, was den erklärten Zweck der Förderprogramme, darunter das *Fiscal investment and loan program* (FILP) konterkarierte.

<sup>24</sup> Die *Public Interest Theory* wird gemeinhin als inhaltslos und realitätsfern kritisiert. Obwohl eine Beweisführung der Theorie bei Einbeziehung aller Externalitäten schwierig, wenn nicht unmöglich ist, läßt sich ihr Ansatz jedoch bei der Auswahl einzelner Beispiele durchaus nachvollziehen.

Einlagen seine Berechtigung verloren hat, und die Post als öffentliches Finanzinstitut weit über den ihr zugedachten Rahmen hinausgewachsen ist.

Bis vor kurzem hat die Koalition aus Förderern und Geförderten dem Druck der Forderung widerstanden. Einzig die sich verändernden makro- und mikroökonomischen Bedingungen der vergangenen Dekade zwingt japanische Politiker zum Handeln. So greift auch in diesem Fall das erste Konzept, da die Abhängigkeit ganzer Industriezweige von den durch die Post finanzierten öffentlichen Ausgaben außerordentlich hoch ist. Die Politiker haben darüberhinaus Subventionen gezielt in Regionen und für Projekte eingesetzt, die ihnen die größte Unterstützung für kommende Wahlen versprochen. Auch die Bürokratie, die in den durch öffentliche Gelder finanzierten staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen hochdotierte Weiterbeschäftigung findet, war grundsätzlich gegen eine Liberalisierung in Form einer Überführung des Postsparswesens in ein privates Unternehmen eingestellt.

So nimmt sich die vorliegende Arbeit ein- und desselben Problems aus zwei verschiedenen Blickwinkeln an: Erstens des allmählichen Aufbrechens der japanischen Isolation als Folge der Globalisierung auf dem Hintergrund eines weltweiten Wirtschaftsabschwungs, was die Kosten der Regulation für die beteiligten Akteure steigen und Gewinne sinken ließ, zweitens der Auseinandersetzung über die Privatisierung öffentlicher Finanzinstitute, die bereits unter der Regulierung den ihnen zugedachten Rahmen sprengten und nun auf das durch die Altlasten der *bubble* und den konjunkturellen Abschwung angeschlagene Privatbankwesen zusätzlichen Konkurrenzdruck ausüben. Der von den japanischen Behörden gewählte graduelle Liberalisierungsprozeß ist allein nicht in der Lage, die Situation des heimischen Bankwesens zu verbessern.

Die Lösung des Problems liegt daher offensichtlich in einer umfassenderen Deregulierung des Finanzsystems und in einer grundlegenden Revision der öffentlichen Rolle in der Wirtschaft.

## 2.2 Die Logik der Deregulierung

Obgleich sich die Abschottung des japanischen Finanzwesens jahrzehntelang für die beteiligten Interessengruppen lohnte, erzwingen inhärente Probleme die Aufgabe des Systems. Zusätzliche Faktoren wie die nachlassende Konjunktur und die voranschreitende Globalisierung japanischer Industrieunternehmen erhöhen den Druck und dünnen den Kundenstamm der Privatbanken aus. Sie waren auch der Grund dafür, daß die Finanzinstitute sich auf immer höhere Risiken einließen, ohne über das nötige *know-how* zu verfügen. Auch die Rolle des postalischen Sparwesens muß überdacht werden. Trotz der Größe, die das Postsparewesen und damit auch das staatliche Investitions- und Darlehensprogramm als fester Bestandteil des Haushalts angenommen hat, läßt sich bei einer Staatsverschuldung von über 140 % des GDP eine weitere Subventionierung sterbender Industrien durch Politiker aus wahltaktischem Kalkül nicht länger finanzieren (Pempel 1998).

Diese Industrien, genauso wie die staatlichen und halb-staatlichen Körperschaften, die pensionierten Bürokraten bislang ein gutes Auskommen sichern, werden gezwungen sein, sich den Veränderungen zu stellen. Politiker, die für einen entsprechenden Reformkurs eintreten, die jungen Wilden der japanischen Tagespolitik, folgen daher nur logischem Kalkül und beweisen gesunden Überlebenswillen<sup>25</sup>. Denn, daß das bisherige System nicht länger aufrechtzuerhalten ist, steht außer Frage. Die Auseinandersetzungen der Reformwilligen mit den etablierten Interessengruppen bilden daher den Kontext des behandelten Entscheidungsprozesses.

---

<sup>25</sup> Die sog. „Jungen Wilden“ formierten sich unter dem Kürzel YKK, benannt nach den Namen ihrer prominenten Anführer, Yamazaki Taku, Katô Kôichi und Koizumi Junichirô. Nach Koizumis spektakulärer Wahl zum Premierminister übernahm Yamazaki den Posten des Generalsekretärs der LDP. Fern von einer stabilen Machtbasis wurde die Position Koizumis durch die Enthüllung einer Spendenaffäre, die zum Austritt Katôs aus der Partei führte und eines Sex-Skandals, der Yamazaki maßgeblich kompromittierte, weiter geschwächt.

## 2.3 Der Entscheidungsprozeß

Der Entscheidungsprozeß unterteilt sich in vier Phasen. Die erste ist das Entstehen des Problems, das zur Lösung einer Entscheidung bedarf. Gefolgt wird diese Phase von der Entscheidungsvorbereitung und dem Entscheidungsvorgang. Die vierte Stufe stellt schließlich die Implikation der getroffenen Entscheidung und deren Kontrolle dar. Von Interesse für die Darstellung des Verlaufs der politischen Meinungsbildung in Japan ist die Entscheidungsumwelt, die Ziele und Werte der Entscheidungsträger sowie eine Positionierung der einzelnen Akteure im japanischen Kontext. In diesem Zusammenhang wird eine Auseinandersetzung mit der Entscheidungsumwelt zugunsten einer intensiveren Darstellung der Rolle der verschiedenen Akteure vernachlässigt. Auch Zielvorstellungen und Werte finden nur insofern Berücksichtigung, wie sie Position und Verhalten der Entscheidungsträger beeinflussen.

### 2.3.1 Der Hintergrund des Entscheidungsproblems

Der Beginn eines jeden Entscheidungsprozesses ist das Entstehen bzw. die Lokalisierung eines Problems. Obwohl es sich um einen wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß handelt, kann das Problem gesellschaftlichen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen Ursprungs sein. Die Mehrheitsmeinung merkt an, daß das Entstehen eines Problems nicht zwangsläufig zu dessen Eingang in die politische Entscheidungsfindung führt. Stattdessen verläuft die Diskussion mancher Themen schlicht im Sande, die sog. „*non-decision*“. Dem kann man entgegen, daß dies wiederum nicht bedeutet, daß das Problem den Entscheidungsprozeß nicht durchlaufen hätte<sup>26</sup>.

Die Bemühungen um eine Deregulierung des Finanzsystems, genau wie der Beginn der Diskussion über das japanische Postsparkwesens, sind u.a. auf die Veränderung des Finanzierungsverhaltens japanischer Unternehmen im Zuge einer fortschreitenden Internationalisierung zurückzuführen. So fußte das japanische Finanzwesen während der Hochwachstumsphase auf der Bereitstellung von Investitionskapital durch

---

<sup>26</sup> Schließlich ist keine Antwort auch eine Antwort.

japanische Großbanken. Die strikte Regulierung und die Abhängigkeit der Industrie von ihren Gläubigern verhinderte die Herausbildung eines funktionierenden Kapitalmarktes und ersetzte ihn durch die indirekte Finanzierung des *main-bank* Systems. Diese Hausbank garantierte nicht nur die Bereitstellung langfristigen Kapitals, sondern übernahm bei Krediten größeren Umfangs in Syndikaten die Führung (Aoki 1994: 24 f.). Den übrigen Banken gegenüber trug die *main-bank* die Verpflichtung, die Abwicklung zu überwachen, der sie durch Projektprüfung, Beratung und Entsendung von Mitarbeitern nachkam. Insofern wurden durch Etablierung einer engen, langjährigen Beziehung zwischen Schuldner und Gläubigern *principal-agency* Konflikten effektiver vorgebeugt, als dies direkte Finanzierung durch den Markt gestattete.

Das japanische *main-bank* System ersetzte damit wirksam die US-amerikanische *corporate governance*, in dem Unternehmen durch Märkte abgestraft wurden, und schuf einen Puffer, der Kunden und Schuldner japanischer Banken vor der Volatilität der Kapitalmärkte schützte<sup>27</sup>. Bis zum Platzen der *bubble* 1989 erfreute sich das *main-bank* System daher im Ausland größter Bewunderung, bis Unzulänglichkeiten des Systems durch die Krise von 1990 offenbar wurden. So hatte die voranschreitende Globalisierung Industrieunternehmen mit hinreichender Reputation günstigere Refinanzierungsquellen im Ausland eröffnet, mit der Folge, daß der Kundenstamm japanischer Banken sich nicht nur ausdünnte, sondern tendenziell auch qualitativ verschlechterte. Die Suche nach Investitionsmöglichkeiten und mangelhafte Fähigkeiten, neue Risiken zu evaluieren, führte die Banken direkt in die *bubble*.

Während japanische Industrieunternehmen die Vorteile der Globalisierung auszunutzen verstanden, war die Entwicklung für das Privatbankwesen desaströs<sup>28</sup>. Die

---

<sup>27</sup> Baba und Hisada merken an: „Schocks werden durch ein bank-basierendes Finanzwesen aufgefangen und nur teilweise an Unternehmen und Haushalte weitergeleitet. Daher ist das Ausmaß, in dem Haushalte und Industrie Schocks [des Kapitalmarkts, Anm.d.Verf.] ausgesetzt sind, verhältnismäßig gering. [...] Allerdings können langanhaltende und große Schocks auch durch ein bank-basierendes System nicht auf Dauer absorbiert werden. So zum Beispiel die Reihe von Krisen des japanischen Bankwesens [...] (Übers.d.Verf.)“. (Baba, Naohiko und Hisada, Takamasa 2001: 7); Allen und Gale über die *risk-sharing* Funktion beider Systeme, des „*cross-sectional risk*“, also des US-amerikanischen, auf dem Kapitalmarkt basierenden Systems und des „*inter-temporal risk sharing*“, womit das japanische, auf Banken basierende System gemeint ist. So stellen in konjunkturell stabilen Phasen akkumulierte interne Reserven, laut Allen und Gale, einen effektiven Puffer für kurzfristige Schwankungen der Märkte dar (Allen, Franklin und Gale, Douglas 2000)

<sup>28</sup> Baba und Hisada weisen auf die Bedeutung der *bubble* für das *risk-monitoring* der Banken hin und darauf, daß hohe Renditerwartung ihr Einschätzungsvermögen trübte. Tatsächlich war es jedoch sinkende Kapitalnachfrage aus der *main-bank* Gruppe, die die Banken provozierte, neue und riskantere

weltweit abschwingende Konjunktur verschärfte die gesamtwirtschaftliche Situation und die bei den Banken verbleibenden notleidenden Kredite provozierten einen *credit crunch*, unter dem bis dato noch gesunde Mittel- und Kleinunternehmen zu leiden hatten. Anzeichen der ersten Deflation in einem hochindustrialisierten Land wirkten sich negativ auf Konsum und den Aktienmarkt aus. Da Überkreuzbeteiligungen Bestandteil des *main-bank*- Systems waren, betraf dieser Werteverfall vor allem institutionelle Großanleger wie Banken und Versicherungen. Hatten die Privatbanken bis dato die Aktivitäten öffentlicher Finanzinstitute murrend geduldet, geriet nun das Postsparswesen, das den Banken durch staatliche Unterstützung in Angebotsbreite und Qualität von Finanzprodukten überlegen war, in den Fokus der öffentlichen Kritik. Tatsächlich profitierte das Postsparswesen von dem schlechter werdenden Ruf der Privatbanken.

Das plötzliche Interesse an einer Privatisierung oder sogar Auflösung des Postsparsystems lenkte wirkungsvoll von der Situation der Banken ab, die auf dem Hintergrund der Einführung internationaler Standards um ihre Eigenkapitalquote bangten. Koizumi, der bekannt für seine Nähe zu den Banken ist, hat derweil mit seinem Versprechen, die Bankenkrise zu beenden und große Teile des öffentlichen Sektors zu privatisieren, trotz mangelnder Unterstützung seiner Partei sowohl Parteivorsitz und als auch die Wahl zum Premierminister gewonnen. Damit sind die Voraussetzungen für eine umfassende Liberalisierung des japanischen Finanzwesens und eine Reform des öffentlichen Sektors geschaffen worden. Doch der Widerstand der Interessen, deren Status von einer Aufrechterhaltung des bisherigen Systems abhängt, blockiert die Umsetzung. Seither befindet sich die japanische Politik in einem Kräftemessen, das den Fortschritt bremst. Die notleidenden Kredite, verstärkt durch die konjunkturelle Lage, lähmen weiterhin die japanischen Großbanken, während mit Basel II bereits eine neue Hürde für den Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten seiner Einführung harret.

### 2.3.2 Ursprung des Entscheidungsprozesses

Der Ursprung eines Entscheidungsprozesses ist ein Konflikt, d.h. das Entstehen einer Situation, die Interessen ungenügend befriedigt oder aber bedroht. Im konkreten Fall der Privatisierungsdiskussion der Post stehen Klagen der Interessenvertretung japanischer Privatbanken (*Zengin kyôkai*) über den Umfang der das *Postal Savings System* gebundenen Einlagen am Anfang, die zunahmen, nachdem die Finanzinstitute im Zuge der Öffnung internationaler Kapitalmärkte ihre besten Unternehmenskunden verloren. Dieser Trend verstärkte sich Anfang der 80er und veranlaßte die Banken, ihren Druck auf die Regierung zu vergrößern. Dabei machte man sich u.a. Kontakte zur Liberaldemokratischen Partei und zum Finanzministerium zunutze.

Das Ministerium für Post- und Telekommunikationswesen verfügte jedoch über starken Rückhalt in der LDP, der `Post-Familie` (*yûbin zoku*), zumal die Angestellten der Post in über 24.0000 Postämtern großen Einfluß auf dem Lande haben. Es folgte die Einsetzung zahlreicher Ausschüsse, begleitet durch Anfertigung von Studien beider Lager. Durch Gespräche zwischen den Beteiligten und den zuständigen Ministerien suchte man zu einem Kompromiß zu gelangen.

### 2.3.3 Entscheidungsträger

Wie bereits eingeführt, beginnt das klassische Modell des politischen Entscheidungsprozesses mit dem mündigen Wähler als Ursprung autarker Entscheidungsgewalt. In Japan überlagern jedoch soziale und kulturelle Normen den durch die Besatzungsmächte 1945 aufoktroyierten demokratischen Willensbildungsprozeß. Schon eine relativ kurze Phase selbstständig auflebender japanischer Demokratie während der Taishô Periode (1912-1926), unterschied sich stark von westlichen Blaupausen, denen sie nachempfunden worden war<sup>29</sup>.

---

<sup>29</sup> Gemeinhin wird die kurze Phase auflebenden Parlamentarismus` während der Taishô Periode, die sog. *Taishô demokurashii* (*Taishô* Demokratie), als diffiziler Abschnitt für Historiker wie Politologen gleichermaßen eingeschätzt. Jüngere Forschung verschafft zumindest soweit Einblick, daß eine tatsächliche Verinnerlichung demokratischer Wertvorstellungen in Frage gestellt werden kann, siehe dazu (Saaler 2000).

Politiker dieser `unvollkommenen Taishô- Demokratie´ füllten ein Machtvakuum, das ehemals von Patriarchen (*genrô*) der politischen Führungsriege der Meiji Restauration 1868 besetzt worden war. Als Lückenfüller eigneten sich jene Politiker weniger als Repräsentanten der Bevölkerung, sondern als Vertreter mächtiger japanischer Unternehmenskonglomerate (*zaibatsu*) und anderer Interessenverbände (Saaler 2000). Es war u.a. der Substanzlosigkeit der Taishô Demokratie und dem fehlenden Verständnis für demokratische Grundwerte in der Bevölkerung zuzuschreiben, daß sich das Militär in den 1930ern als autarke politische Macht etablieren konnte.

Die der Niederlage im Wk. II folgende „Demokratisierung“ von Politik und Wirtschaft entbehrte daher eines natürlichen Fundamentes, auf dem sich aktive politische Willensbildung der Bevölkerung hätte entwickeln können. Im folgenden wird in Analogie zu der klassischen Theorie die Rolle der einzelnen Entscheidungsträger unter Einbezug der bereits angesprochenen japanischen Besonderheiten im politischen Entscheidungsprozeß gewichtet.

### 2.3.3.1 Der einzelne Bürger

Im Gegensatz zum westlich geprägten Modell, in dem das Individuum Ursprung der eigentlichen Entscheidungsautorität ist, ist in Japan der einzelne Bürger externen Zwängen unterworfen, die eine autarke Entscheidung einschränken. Die Rolle des einzelnen Bürgers im politischen Entscheidungsprozeß ist durch kulturelle und traditionsgebundene Normen bedingt. Kulturell ist er gebunden, als daß sich der Einzelne in Japan häufig als Teil einer Gruppe versteht, die ihn und seinen Platz in der Gesellschaft definiert<sup>30</sup>.

Individualismus als dominierendes Prinzip des Selbstverständnisses im Westen, ist in Japan synonym zu Egoismus und durch den Ruch der Aufgabe von Gruppenverantwortung negativ belegt (Ike 1972); (Knopf 1972; 1985); (Kyôgoku 1983). Nichtkonformes Verhalten wird daher von der Gesellschaft mit Druck beantwortet. Nur so ist eine Umwelt zu begreifen, in der Phänomene wie Arbeitstod

---

<sup>30</sup> Inwiefern das ausgeprägte Kollektivbewußtsein in Japan ein natürliches Phänomen darstellt, ist strittig. Vielfach wird erst die Einführung gruppenverantwortlicher Strukturen auf Dorfebene für Besteuerung und Frondienst durch Tokugawa Ieyasu zu Beginn des 17. Jhd. als eigentlicher Ursprung der hohen Bedeutung der Gruppe in der japanischen Gesellschaft angesehen. Siehe auch (Murakami 1981: 35 ff. ).

(*karôshi*) und Hetze in den verschiedenen Ausprägungen (*ijime*) Alltagsrealität darstellen. Das japanische Sprichwort „*deru kui ga uteru* [...] (daß ein herausragender Nagel eingeschlagen wird, Übers.d.Verf.)“ umreißt die Haltung gegenüber Individualität<sup>31</sup>.

Traditionell ist der japanische Bürger oder Wähler gebunden durch die Skurilität einer Demokratisierung „von oben“. Ähnlich wie die Demokratie der *Taishô* Periode entbehrten auch die Anstrengungen der alliierten Besatzung nach 1945 eines Fundamentes des natürlich gewachsenem Verständnis für demokratische Grundwerte in der Bevölkerung. Gewählt wird nach traditionellem Muster oder Wahlethaltung, denn das Vertrauen in die Bedeutung der eigenen Stimme für die kommende Gestaltung von Politik ist gering.

Murakami prägt in diesem Zusammenhang die sog. *'trait policy presumption'*, die Annahme einer autoritätshörigen, konservativen, risikoscheuen und konformen Wählerschaft (Murakami 1981: 37). Entscheidungen „von oben“ erfreuen sich aufgrund von Tradition entweder Akzeptanz oder Gleichgültigkeit. Politischer Widerstand, sollte er sich denn formieren, bedarf wiederum des Schutzes einer Gruppe<sup>32</sup>.

### 2.3.3.2 Die Parteien

Das aus Kultur und Tradition resultierende eingeschränkte Vermögen zur Neuorientierung reduziert die Menge gangbarer Optionen erheblich. Der Beweis findet sich in Betrachtung des zweiten Akteurs des Willensbildungsprozesses, der Parteien<sup>33</sup>.

---

<sup>31</sup> Anzuführen sei in diesem Zusammenhang jedoch, daß viele der Begründer moderner Industrien im Japan der Nachkriegszeit tatsächlich zu solchen „Nägeln“, angefangen von Matsushita zu Sony's Morita, zählten, die sich als Ausnahmen der Regel erfolgreich gegen den gesellschaftlichen Druck zur Uniformität durchsetzten. Zu jüngeren Untersuchungen zum gesellschaftlichen Phänomen des „*ijime*“ siehe die Ergebnisse der Umfrage des neuen Ministeriums für Inneres, Öffentliche Verwaltung, Post und Telekommunikation, *Sômuchô gyôsei kansatsu kyoku* (Hg.) (1999): *Ijime to futôkô no mondai nado no jôtai to kadai*, (Thema und Zustand des Problems der Quälerei und des Schulfernebleibens) Ôkurashô insatsukyoku, Tôkyô, S. 115 ff.

<sup>32</sup> Dies widerspricht nicht Einzelfällen, in denen während der 1970er als verschiedene Krankheiten auf die industrielle Umweltverschmutzung zurückverfolgt werden konnten, Bürger Aktien bestimmter Unternehmen kauften, um auf Haupt-versammlungen den Unmut der Bevölkerung zu demonstrieren. Auch diese Aktionen geschahen im Rahmen einer breiteren Bewegung (Gotô, Takanori 1971).

<sup>33</sup> Sechs Parteien sind in der jetzigen Legislaturperiode im Parlament vertreten, die *Japanese Communist Party* (Nihon Kyosantô), die *Liberal Democratic Party* (*Jimintô/ Jiyu minshu tô*), die *Liberal Party* (*Jiyutô*), *New Komeitô* (*Komeitô*), *New Socialist Party* (*Shin Shakaitô*), die *Social Democratic Party Japan* (*Shamintô*), nebst einer Splittergruppe und unabhängigen Abgeordneten. Einen aktuellen Überblick

Seit ihrer Gründung 1955 dominierte klar die Liberaldemokratische Partei (*Jimintô*), deren Herrschaft nur temporär durch eine Koalitionsregierung von Oppositionsparteien 1994 unterbrochen wurde<sup>34</sup>. Traditionell wird in vielen Wahlkreisen, insbesondere in ländlichen Regionen, die LDP gewählt. Die Wahlkreise vererben sich sogar von einem zum nächsten liberaldemokratischen Kandidaten, der manches Mal tatsächlich gleichzeitig der Sohn des Vorgängers ist.

Obwohl dies ein völlig undemokratisches, nichtsdestotrotz harmonisches Bild vermitteln mag, bestehen japanische Parteien aus zahlreichen Fraktionen, die z.T. sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Die Organisation selbst dient daher eher einem Füllbecken von Strömungen, die sich um einzelne einflußreiche Persönlichkeiten kristallisieren. Die Stärke der Fraktionen bzw. ihrer Führer beruht auf der Fähigkeit, Spendengelder und Gefälligkeiten zu sammeln. Ein traditionell verankertes *‘oyabun-kobun’* (Patronage) Verhältnis wird durch die Verteilung von Gefälligkeiten und Spenden zementiert. Loyalität innerhalb der Fraktionen ist daher nicht einzig durch Obrigkeitshörigkeit und tradierte Normen zu erklären, sondern besteht auch in tatsächlicher finanzieller Abhängigkeit der Fraktionspolitiker, das durch das japanische Parteienfinanzierungssystem begünstigt wird. Entscheidungsfreiheit ist unter solchen Bedingungen relativ, die durch den nationaltypischen Hang zur Konsensfindung weiteren Einschränkungen ausgesetzt ist.

Während in westlichen Demokratien Wahlen mittelfristig der Mehrheit Dominanz über Minderheiten zubilligen, sind autarke Entscheidungen der Regierungspartei nicht möglich, ohne sich Kritik der Opposition über *‘Mehrheitstyranei’* auszusetzen. So findet das die Gesellschaft durchziehende Bestreben nach Einklang auch in der Politik seinen Niederschlag, wenn durch langwierige Absprachen Beschlüsse so austariert werden, daß sie von der Opposition akzeptiert werden können. Der eigentliche Diskurs über eine Entscheidung findet also unter den Fraktionen innerhalb der Liberaldemokratischen Partei statt, um anschließend der Opposition schmackhaft gemacht zu werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Popularität des seit April 2001 amtierenden Premierministers Koizumi zu, der insofern ein Novum darstellt, als

---

über die Zusammensetzung des Oberhauses siehe [http://www.sangiin.go.jp/eng/member/f\\_d\\_3.htm](http://www.sangiin.go.jp/eng/member/f_d_3.htm), für das Unterhaus (Parlament) siehe [http://www.shugiin.go.jp/itdb\\_main.nsf/html/index\\_e\\_strength.htm](http://www.shugiin.go.jp/itdb_main.nsf/html/index_e_strength.htm).

34 Die Liberaldemokratische Partei trat damit Erbschaft der *Seiyûkai* der Vorkriegszeit an.

daß er sich durch eine Kampagne gegen etablierte Interessen, gegen die Fraktionen der LDP und für umfassende Reformen ausgesprochen hat.

Schwierig ist zu bewerten, wie ernst es Koizumi mit diesen Zielen ist, zumal in knapp zwei Jahren nur wenige Maßnahmen ohne Verwässerung durch die politischen Gegner verabschiedet werden konnten. Koizumi, der aus der Fraktion des ehemaligen Premiers Mōri stammt, verfügt über keine stabile Machtbasis und ist von seiner hohen Popularität in der Bevölkerung abhängig. Daher ist die innerparteiliche Opposition gezwungen, den Reformen hinter den Kulissen Widerstand zu leisten<sup>35</sup>.

Die übrigen Parteien werden kräftemäßig von der *Kōmeitō*, einer buddhistisch orientierten Partei, die in enger Verbindung zur Religionsgemeinschaft *Sōkka Gakkai* steht und der Demokratischen Partei Japans (*Minshūtō*) angeführt. Sie sind aber so zersplittert, daß sie keine sinnvolle Alternative zur LDP bieten, noch effektive Oppositionsarbeit leisten<sup>36</sup>. Ihre Rolle beschränkte sich stattdessen auf die der Mehrheitsbeschaffer für den amtierenden Premierminister, dessen reformorientierte Politik in der Opposition Zuspruch findet. Insofern ist das klassische Bild einer die Regierungsarbeit unterstützenden parlamentarischen Mehrheit, bestehend aus der Partei des Premierministers und Koalitionspartnern und einer die Maßnahmen der Regierung hinterfragenden und kontrollierenden Opposition, in Japan außer Kraft gesetzt. Die vehementeste Gegnerschaft der Privatisierung findet sich im Machtzentrum der Regierungspartei selbst, die nur durch die andauernde Popularität Koizumis in Schach gehalten wird.

---

<sup>35</sup> Die innerparteiliche Opposition teilt sich in zwei Strömungen. So sind die erbittertesten Gegner Koizumis *'teiko seryoku'* (Kräfte des Widerstands, Übers.d.Verf.) größtenteils mit öffentlichen Körperschaften in Verbindung stehende, erzkonservative Politiker wie Etō und Kamei. Die Fraktion des ehemaligen Premierministers Hashimoto Ryūtarō ist trotz der erbitterten persönlichen Rivalität Hashimotos zu Koizumi Teil des moderaten Lagers. Nonaka, als prominenter Stratege der Hashimoto Fraktion, hat vor allem während der Hospitalisierung Hashimotos den Kurs für öffentliche Zustimmung zu den Reformen und anschließender Behinderung in den Ausschüssen gesetzt.

<sup>36</sup> Die Demokratische Partei Japans ist eher eine Sammlungsbewegung oppositioneller Strömungen, die von Parteipräsident Hatoyama Yukio, der aus der LDP stammt, bis zum linkslastigen Generalsekretär Kan Naoto reicht. Machtkämpfe um eine Festlegung des Parteikurses bestimmen mehr das politische Tagesgeschehen als Widerstand gegen die LDP.

### 2.3.3.3 Interessenvertretungen

Statt Interessenvertretungen, die die Wünsche des Individuums im politischen Entscheidungsprozeß artikulieren helfen, wird die politische Landschaft von Gruppen dominiert, die für die einflußreicheren Gruppierungen Druck auf Politiker im Austausch gegen Gefälligkeiten, Mobilisierung von Wählerpotentialen und finanzielle Unterstützung ausüben. Je nach politischer Couleur der Parteien, im Fall der sozialistischen Partei bspw. die Gewerkschaften, bei der liberaldemokratischen Partei die Arbeitgeberverbände und im Fall der Kômaitô, die ihr ideologisch nahestehende neo-buddhistische Sekte der *Sôkka Gakkai*, bestehen zwischen den Parteien und Interessenverbänden symbiotische Beziehungen, in der beide Seiten in direkter und indirekter Form profitieren.

Die Anfälligkeit für Korruption des politischen Entscheidungsprozesses liegt auf der Hand und bedarf eines stabilisierenden Faktors, der sich bislang in der japanischen Administration fand. Die Komplexität des Beziehungsgeflechts wird weiter kompliziert durch die schlechte wirtschaftliche Situation, die den Entscheidungsprozeß durch die hohe Popularität des Reformkurses der Regierung Koizumi beflügelt und gleichzeitig Arbeitnehmerverbände von einem Konfrontationskurs abhält. In diesem Zusammenhang sind es insbesondere die Gewerkschaften, wie schon bei vorangegangenen Privatisierungen wie z.B. bei JR, der vormals staatlichen Bahngesellschaft, oder NTT, der Telefongesellschaft, die sich gegen die Privatisierung wehren. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Auseinandersetzungen scheuen sie sich jedoch auf dem Hintergrund der schlechten ökonomischen Situation und der hohen Zustimmung in der Bevölkerung, ihren Widerstand öffentlich zu artikulieren.

Ihnen gegenüber stehen Arbeitgeberverbände, in diesem Fall der japanische Bankenverband (*Zenkoku ginkyôkai*), der sich seit langem für eine Reformierung des Postsparswesens in Gremien der Regierung und durch Öffentlichkeitsarbeit einsetzt. Ebenso spielt hier die makroökonomische Situation eine große Rolle, da der Standpunkt vertreten wird, daß staatliche Finanzinstitute Marktverhältnisse verzerren und für die Unterentwickeltheit des japanischen Kapitalmarktes verantwortlich zu machen sind. Im Hinblick auf den Berg an *non-performing loans* wird die Diskussion u.a. auch dazu instrumentalisiert, um von den Problemen der privaten Banken abzulenken. Insofern findet der Kurs Koizumis hier seinen stärksten Zuspruch, der

allerdings im krassen Gegensatz zu der mangelnden Kooperation privater Finanzinstitute bei der generellen Reformierung des Bankwesens steht. Premier Koizumi hat bei der Besetzung der Schlüsselpositionen in- und außerhalb der Regierung mit politischem Kalkül medienwirksam auf Außenseiter gesetzt, die der breiten Intelligenzia entstammen, von Hochschulprofessoren bis Schriftsteller reichen und daher nicht in das Beziehungsgeflecht zwischen Bürokratie und Politik, sowie die Machtkämpfe der LDP verstrickt sind. Die Kehrseite der Medaille ist erstaunliche Naivität, die der Arbeit der neuernannten Spezialisten anhaftet und die sich in einem Mangel der für Japan so wichtigen Vorbereitung von Beschlüssen hinter den Kulissen äußert. Die Folge sind politische Totgeburten, wie das fieberhaft erwartete Reformkonzept von Wirtschaftsminister Takenaka Heizô, das aufgrund heftiger Kritik und letztlich fehlender Rückendeckung durch Koizumi nur unter drastischen Abstrichen das Parlament passierte.

### 2.3.3.4 Die Bürokratie

Letztlich muß die Betrachtung eines politischen Systems ohne Einbeziehung der Administration unvollkommen bleiben. Beamte beeinflussen den politischen Entscheidungsprozeß in Japan traditionell in starkem Maße. Dies erklärt sich aus der japanischen Historie. Nach der Meiji Restauration übte eine Anstellung im Dienste der Nation auf die gebildeten und patriotisch gesinnten *samurai* (Mitglieder des Kriegerstandes) hohe Attraktivität aus. Mit Abschaffung der Stände trat ein hierarchisch aufgebautes Bildungssystem an seiner statt. Nur den Besten ausgewählter Universitäten wurde der Eintritt in das Beamtenverhältnis gestattet.

Bis heute dient dieses *ranking* als entscheidendes Kriterium bei Einstellungen in der Privatwirtschaft wie in den Staatsdienst. An den Eliteuniversitäten entstehen die Netzwerke, die den administrativen Apparat zusammenschweißen. Ähnlich wie die Parteien ist die Administration aber auch in Fraktionen gespalten. Gleiche Jahrgänge an der Universität, dieselbe Abteilung oder dasselbe Ministerium formen die Beamtenschaft in Gruppen, die eifersüchtig über ihren Bereich wachen. Rivalität kann in Verzögerungen und Blockade von Entscheidungen resultieren.

Auf einen weiteren Aspekt weist Keehn (1997) hin, der die Wirtschaftspolitik Japans als Prototyp eines staatsinterventionistischen Typus ausmacht. Für Keehn, eine geeignete Ausgangsbasis für einen erfolgreichen *catch-up* Prozeß vorindustrieller Staaten<sup>37</sup>. Die resultierende Verzerrung des politischen Entscheidungsprozesses wird weiter kompliziert durch das ‚vom Himmel herabsteigen‘ (*amakudari*), also das Ausscheiden von Beamten aus dem öffentlichen Dienst und Eintreten in öffentliche, halb-öffentliche und privatwirtschaftliche Unternehmen<sup>38</sup>. Einmal in Pension sind ehemalige Staatsdiener aufgrund ihrer Erfahrung und Kontakte begehrt für wohldotierte Positionen<sup>39</sup>. Die Fraktionalisierung pflanzt sich in die Privatwirtschaft fort, wo informelle Kontakte die Grundlage für die Lenkung (*gyōsei shidō*) der japanischen Wirtschaft durch Anregungen statt Gesetze darstellen und etabliert eine zusätzliche Dimension.

Der offensichtliche Vorteil, in dem so entstehenden, wie Schaede (1997) es formuliert, „*old boy network*“ liegt in einer verbesserten Kommunikation zwischen der Privatwirtschaft und den Behörden. In einer Gesellschaft, in der durch „*nemawashi*“ (Zusammenbinden von Wurzeln = Übereinkunft, Übers.d. Verf.) und „*gyōsei shidō*“ der informelle Anteil der Kommunikation zwischen Staat und privatem Sektor entscheidend komplementiert, sind Vorteile des *amakudari* offensichtlich<sup>40</sup>. Ein solches Beziehungsgeflecht ist allerdings ebenso anfällig für Kollusion und Interessenkonflikte, die bis in die 80er Jahre nur durch einen Ehrenkodex, der mit dem elitären Bewußtsein der Beamtenschaft einherging, vermieden wurde (Sakaiya 1994: 148 ff.). Insbesondere traf dies auf das Finanzwesen zu, wo die Rolle des japanischen

---

<sup>37</sup> So liegen die Gründe für die nun notwendig gewordene Deregulierung vor allem in den veränderten makroökonomischen Bedingungen (Keehn 1997: 329 f.).

<sup>38</sup> An dieser Stelle sollte angemerkt werden, daß die Weiterbeschäftigung ehemaliger Staatsdiener in der Privatwirtschaft kein ausschließlich japanisches Phänomen ist. Auch in westlichen Industriestaaten wie Frankreich ist der Anteil früherer Beamter in Führungspositionen vergleichbar hoch.

<sup>39</sup> Der Eintritt pensionierter Beamter in eine andere staatlich affilierte Institution oder ein privates Unternehmen in ähnlicher Position wird nicht als „*amakudari*“, was einen reputativen Abstieg impliziert, sondern als „*yokusuberi*“ (Seitwärtsgleiten, Übers.d. Verf.) bezeichnet, siehe Tokushu hōjin tō rōdōkumiai renraku kyōgikai (1994).

<sup>40</sup> Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor ist, daß Beamte insbesondere von mächtigen Ministerien wie dem Außenministerium (*gaimushō*) oder dem Finanzministerium, über eine hervorragende Ausbildung und spezielle Insiderkenntnisse verfügen, die nach der Pensionierung brachliegen würden. Andererseits ist die Weiterbeschäftigung in Unternehmen, aber auch halb-öffentlichen Körperschaften, gerade wegen der dortigen hohen Gehälter auch als Kompensation für die niedrigen Bematengehälter und als ein Bestandteil der Rente anzusehen. Nur durch solche zusätzlichen Anreize ist es dem Staat möglich, unter den fähigsten Absolventen des Landes zu wählen. Rechtliche Behandlung findet die Weiterbeschäftigung nach Austritt aus dem Staatsdienst im *Kokka kokumi hō* (Staatsbeamtengesetz), No. 120, nebst Ergänzung durch das Gesetz No. 54.

Finanzministeriums (*Ôkurashô*) die Überwachung einzelner Unternehmen miteinschloß und die Unvollkommenheit des japanischen Kapitalmarktes partiell kompensieren mußte (Kanda, Hideki 1997: 312 ff). Estaunlich ist aber, daß gerade im japanischen Finanzwesen im Vergleich zu anderen Industriesparten traditionell auffallend wenige Beamte Weiterbeschäftigung finden. Laut Schaede ist dies auf die Existenz einflußreicher Interessenverbände zurückzuführen, die in der Lage waren, den Wünschen der Banken zu ausreichendem Nachdruck zu verhelfen<sup>41</sup>.

Mit konjunkturellem Abschwung der japanischen Wirtschaft häuften sich Vorfälle, die das Verhältnis zwischen dem Ministerium und den Banken diskretierten und die Bürokratie ihres Rufes der Unfehlbarkeit beraubten<sup>42</sup>. Offenbar wurde auch, daß eine übergeordnete Instanz fehlte, die Bürokratie effektiv zu überwachen. Die Ursache hierfür liegt allerdings nicht im Filz bürokratischer Apparate begründet, sondern ist in dem grundlegenden staatsinterventionistischen Wesen japanischer Wirtschaftspolitik zu suchen:

*„In East Asian systems of state-guided capitalism, pioneered by Japan, compromised regulatory agencies are often the basic component in the successful implementation of strategic economic policy.“<sup>43</sup>.*

Gerade der Charakter einer bürokratischen Autorität, die direkte Eingriffe in die Wirtschaft ebenso einschließt wie eine stete Paternalisierung ist der Grund, aus dem die jüngsten Bemühungen, einen Sicherheitsabstand mittels gesetzlicher Regeln und Zwischenschaltung neuer Gremien zwischen Bürokratie und Wirtschaft herzustellen,

---

<sup>41</sup> Laut Calder lassen sich die Bestechungsvorfälle von Banken an Beamten der 1990er gerade durch die vergleichsweise seltene Weiterbeschäftigung ehemaliger Beamte erklären. Tatsächlich hieße das jedoch, das Pferd von hinten aufzuzäumen und dient weniger dazu, die Logik dieses Phänomens zu verdeutlichen. Auf die Fragen, ob ausreichende Verbindungen durch ehemalige Beamte Bestechungen hätten ersetzt oder welcher zusätzlicher Schaden durch ehemalige Beamte hätte entstehen können, gibt dieser Eklärungsansatz keine Antwort. Auch sind nachgewiesene Bestechungen von Beamten der Regulierungsbehörde ein jüngerer Phänomen, während die Beschäftigungspraxis von pensionierten Beamten im Finanzwesen traditionell niedrig ist. (Calder und Kent 1993); (van Rixtel 1993).

<sup>42</sup> Laut Keehn resultierte der Verlust öffentlichen Vertrauens in die Kompetenz und Integrität des Finanzministeriums in Gründung einer Kommission, der *Shôken torikiki tô kanshi iinkai* (Wechsel und Wertpapierkontrollkommission) 1990 um die Distanz zwischen Regulierten und Regulierern wiederherzustellen. Er zog jedoch den Schluß daß, “[...] despite numerous measures that are likely to pass into law in Japan throughout the rest of this decade, there will be no fundamental changes in the bureaucratic behaviors which so often leave Japan’s marketplace dependent on informal rules and selective enforcement of regulations.”, zit. aus (Keehn 1997: 320 ff.).

<sup>43</sup> Zit. aus (Keehn 1997: 327).

kritisch zu betrachten sind<sup>44</sup>. Solange sich diese Kommissionen aus der Riege etablierter Bürokraten rekrutieren oder durch unzureichende Befugnisse von vorneherein kompromittiert sind, scheint eine effektive Kontrolle der Kontrollierenden unmöglich. Der dominante Einfluß der Administration auf das politische Geschehen wird daher bis auf weiteres unverändert bleiben.

## 2.4 Der Entscheidungsprozess in Japan

Es wurde bereits festgehalten, welche Bedeutung dem Wähler im politischen Entscheidungsprozeß zukommt und wie die tatsächliche japanische Realität aussieht. Seit den 70er Jahren hat daher die Bürgerbewegung, eine weitere Form der politischen Artikulation, an Popularität gewonnen. Zumeist als Ausdruck des Protestes initiiert, wie z.B. die Bürgerbewegungen in den 70er Jahren gegen Verschmutzung der Umwelt durch die Industrie, nimmt diese Form der Interessenartikulation jedoch nur punktuell Einfluß auf politische Entscheidungen. Demgegenüber nimmt die demographische, und damit verknüpft die soziologische Veränderung der jüngeren Vergangenheit Einfluß. Seit Platzen der *bubble* 1989, gleichzeitig Höhepunkt des japanischen *homo ludens* einer Erbgeneration, nimmt das Bewußtsein um die relative Ohnmacht gepaart mit Apathie innerhalb der japanischen Gesellschaft zu. Die stoische Haltung der Bevölkerung äußert sich in einer tendenziell sinkenden Wahlbeteiligung und in Protestwahlen unabhängiger Kandidaten<sup>45</sup>.

Auch der Einfluß gewählter Politiker ist gleichsam konventionellen Beschränkungen unterworfen, u.a. die Abhängigkeit von Interessengruppen hinsichtlich Finanzierung oder Mobilisierung von Wählern, sowie die Abhängigkeit von der Kompetenz der Administration. Direkter Kontakt zwischen den Bürgern und Politikern beschränkt sich hauptsächlich auf den Wahlkampf. Anliegen der Bürger werden eher via Interessenvetretungen der Bürokratie vorgetragen, die sie dann mit anstehenden politischen Vorhaben harmonisiert. Der tatsächliche Diskurs erfolgt anschließend zwischen den verschiedenen Fraktionen der Administration (Kanda 1997: 310 f.).

<sup>44</sup> Siehe *Gyōsei tetsuzuki hō* (Verwaltungsgesetz, Übers.d.Verf.) Gesetz No. 88 (1993), das die Verfahrensweise der staatlicher Leitung regelt, die Inhalte der *gyōsei shidō* aber vernachlässigt.

<sup>45</sup> Siehe *Sōmushō tōkei kyoku* (2003) (in gebundener Form), oder <http://www.stat.go.jp/english/data/nenkan/zuhyou/b2207000.xls>

Passiert das Anliegen diese Phase, beginnt die Entscheidungsvorbereitung. Nach der Ausarbeitung eines Entwurfes meist durch einen hierarchisch niedrig angesiedelten Spezialisten erfährt der Antrag Ab- bzw. Zusage durch den Abteilungsleiter, der das abgeseignete Papier wiederum weiterreicht. In Folge durchläuft der Entwurf zahlreiche Ebenen der bürokratischen Hierarchie und erfährt Verbesserung und Abänderungen, das sog. *ringi-seido*, bis er schließlich in die Hände des zuständigen Ministers gelangt (Kanda 1997: 305 f.). An diesem Punkt ist nicht mehr feststellbar, wer für die endgültige Fassung verantwortlich zeichnet. Die repräsentiert die uniforme Zustimmung der Ministerialadministration, so daß der Minister bei Strafe seine Beamten zu antagonisieren, schwerlich ablehnen kann. So kommt der Vorbereitung wesentlich mehr Gewicht zu als dies in westlichen Demokratien der Fall ist. Obwohl Konsens und Harmonie gewahrt bleiben, nimmt der demokratische Willens- und Entscheidungsbildungsprozeß erheblichen Schaden. Kontrolle der Administration herrscht nur insofern, als daß zwischen verschiedenen Fraktionen ein Wettbewerbsverhältnis existiert. Hinzu kommt die Schwerfälligkeit des Prozesses, der zu *moral hazard* und Kollusion unter den Beteiligten geradezu einlädt. Nur so ist es zu erklären, daß die Diskussion über eine Privatisierung der japanischen Postbank inzwischen mehr als drei Jahrzehnte in der Schwebe ist und einzig auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise Japans seit Beginn der 1990er an Fahrt gewonnen hat. Die Eigeninitiative des jetzigen Premiers ist daher als sehr ungewöhnlich zu betrachten und Koizumi hat tatsächlich, wie er oft ins Feld führt, Privatisierung seit geraumer Zeit zu einem Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit auserkoren<sup>46</sup>. Sein einzelgängerischer Charakterzug wird durch das bewußte Vernachlässigen etablierter Interessengruppen und Machtcliquen deutlich. Daß aber der jetzige Premier nicht unbelastet von konventionellen Restriktionen und traditionellen Beschränkungen ist, beweist, daß er im direkten Kräftemessen sich bis dato bedeckt hielt und seine Protegees von außerhalb des politischen Establishments auf sich selbst gestellt ließ. Ohne Zweifel wirkt sich sein, für Japan eher untypischer Charakter auf die Entscheidungsanbahnung aus und verleiht

---

<sup>46</sup> Wie ungewöhnlich die Handlungsweise des amtierenden Premierministers ist, läßt sich durch die Zeit vor seiner Ernennung nachweisen. Damals wurde er allgemein als Sonderling, der von seiner späteren, inzwischen abgelösten Außenministerin Tanaka Makiko sogar als Sonderling (*henjin*) bezeichnet wurde, betrachtet. Daß er Tanaka, die Tochter eines ehemaligen Premierministers und LDP Persönlichkeit, die zudem über große Popularität in der Bevölkerung verfügt, trotz dieser Äußerung in sein Kabinett berief, verstärkt den Eindruck, daß Koizumi entgegen seiner, für die japanische Politik ungewöhnlichen Persönlichkeit, sehr wohl innerparteiliche wie medienwirksame Instrumentarien zu nutzen weiß.

dem Prozeß etwas Stolperndes, das einerseits auf Aspekten beruht, die sozial und politisch bedingten Motiven entspringen, andererseits eine überraschende Dynamik.

### 3. Der Ursprung des modernen japanischen Finanzwesens

Für ein Verständnis des sich gegenwärtig vollziehenden Wandels im japanischen Bank- und Finanzwesen ist eine Darstellung seiner historischen Entwicklung und die Herausbildung typischer Charakteristika über die Zeit unerlässlich. Gerade im Fall Japans haben sich Elemente, die deutlich den Einfluß sozialer, kultureller und ökonomischer Besonderheiten widerspiegeln, aus der Vorkriegszeit in die Moderne tradiert. Die häufig vor allem in der nicht-japanischen Literatur vorhandenen Mißverständnisse bedürfen einer Korrektur, die zu einer Analyse des Bankwesens und der Stellung des japanischen Postbanksystems erheblich beiträgt. Nachdem wohl bedeutendsten Einschnitt der japanischen Historie, der Meiji Restauration, 1868 wird sich das erste Kapitel mit der Herausbildung bankähnlicher Institute auseinandersetzen. Darin kam der Dominanz von Familienunternehmen große Bedeutung zu. Dank der rigiden Auffassung der japanischen Bevölkerung von ihrer Nation (*kokutai*), stellte die Familie<sup>47</sup> nicht nur eine solide gesellschaftliche Basis der Gesellschaft dar, sondern verlieh dem industriellen Fortschritt Jahrhunderte überdauernde Kontinuität. Die eigene Stellung zu akzeptieren (*mibun*) und die eigenen Interessen dem Wohl der Familie unterzuordnen, war Grundstein des Erfolges der großen Familienkonzerne (*zaibatsu*)<sup>48</sup>. Diese Konglomerate, die teils von bereits etablierten Kaufmannsfamilien, teils von

---

<sup>47</sup> Der Blutsverwandschaft anbei gestellt war die Praxis der Adoption. Wichtige, heute immer noch bedeutende Unternehmen verschiedenster Industriesparten, verdanken dieser Form der Erbfolge, die dem alternden Oberhaupt die Möglichkeit anheim stellte, bei Unfähigkeit des eigenen ältesten, männlichen Nachfolgers, den Gatten der ältesten Tochter, oder einen fähigen Angestellten durch Adoption in die Familie aufzunehmen und mit der Führung des Betriebs zu betrauen. Diese vglw. liberale, äußerst praxisorientierte Vorgehensweise, bewahrte viele der alten Kaufmannsfamilien vor der so oft in westlichen Familienunternehmen vorzufindenden Dekadenz, die mit zunehmender Entfernung von der eigentlichen Gründergeneration, die durch originäres Talent den Grundstein des Familienvermögens gelegt hatte, das Geschäft zugrunde richteten. Für einen übersichtlichen Vergleich zwischen Managementformen, darunter auch die familiendominierten, in Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik Darstellung siehe (Chandler 1990); (Teece 1993) ; (Rose 1990) ; (Mann 1922). Das wohl berühmteste Beispiel für einen solchen Niedergang findet sich in Thomas Manns "Die Buddenbrooks".

<sup>48</sup> "Also not to be forgotten is that both in prewar and postwar periods, the bureaucracy [...] played a major in 'politizing' the ideology of 'familism'. [...] it is well known that the bureaucracy seized every opportunity to promote 'familism' and enterprise unions as the basis of labor-management relations.", zit. aus (Yamamura 1995: 125).

einer jungen Unternehmerschicht waren, beeinflussten die Industrialisierung Japans erheblich. Entscheidend für ihren Erfolg war eine Kombination privaten Engagements und enger Kontakte zu der politischen Machtelite. Ihrem Beitrag bei der Einführung eines modernen Bank- und Finanzwesens in Japan wird im ersten Kapitel gesondert Rechnung getragen.

Die Protegierung bestimmter Unternehmer entwickelte sich in Folge der Notwendigkeit, private Akteure für die Zusammenarbeit in den ersten wirtschaftspolitischen Experimenten der Meiji Regierung zu gewinnen. So nahmen die *seishô* (politisch protegierte Kaufleute, Übers.d.Verf.) u.a. an den *kawase-* (Wechsel-, Übers.d.Verf.) und *tsushô gaisha* (Handelsfirmen, Übers.d.Verf.) teil, die auf staatliche Initiative 1868 in den dem Außenhandel geöffneten Häfen gegründet wurden. Der ausländischen Konkurrenz an Erfahrung unterlegen und die durch die Japan in den „ungleichen Verträgen“ aufgezwungenen Handelsbedingungen benachteiligt, mußten jedoch alle bis auf die Wechselfirma in Yokohama wieder schließen<sup>49</sup>. Strukturen, die Japan auf *par* mit dem Ausland bringen sollten, darunter die Anpassung der Kurse für Edelmetalle, die Einführung des Yen 1871 und eines stabilen Finanzsystems, folgten<sup>50</sup>. Durch ein Netzwerk von Nationalbanken sollte die neue Währung in Umlauf gebracht werden. Zusammen mit den überall auf den japanischen Inseln rudimentäre Banktätigkeiten ausführender Postfilialen, war der erzieherische und katalysierende Faktor für die Bevölkerung und für den durch den gesellschaftlichen Umbruch herren- und brotlos gewordenen Kriegestand enorm. Dies führte auch dazu, daß sich das private Bankwesen unter weit günstigeren Bedingungen etablieren konnte. Auch die Aufeinanderfolge des intensiven staatlichen Engagements der 1870er und 80er, die Initiierung industrieller Projekte und dem folgenden Rückzug durch den von Finanzminister Matsukata 1882 eingeleiteten Verkauf staatlicher Beteiligungen (*kangyô haraisage*) wird nicht als Resultat einer verfehlten Wirtschaftspolitik gewertet, vielmehr werden die Notwendigkeiten der damaligen Situation aufgezeigt, die diesen

---

<sup>49</sup> Die *kawase gaisha* von Yokohama sollte schließlich in der vierten Nationalbank aufgehen.

<sup>50</sup> Es existieren eine Vielzahl von Schätzungen über die tatsächlich im Umlauf befindlichen Münzen und Noten. Tamaki (1995) zufolge zirkulierten 1869 elf verschiedene Goldmünzen, die 54 % des in Umlauf befindlichen Wertes an Hartgeld ausmachten. Desweiteren sieben Sorten an Silbermünzen, mit einem entsprechenden Anteil von 42,5, während der Rest in sechs Kupfermünzen unterschiedlicher Prägung bestand. Nicht beachtet wird von Tamaki, daß der zum Teil bedeutende Unterschied in Reinheit der Edelmetalle stetig abnahm, um die finanziellen Bedürfnisse der Zentralregierung zu decken, siehe dazu (Tsuchiya 1934 : 262 ff.) Dazu kamen eine große Anzahl von Noten und Wechseln, die nur in bestimmten Regionen zirkulierten, aber deren gesamter Wert auf knapp ein Drittel des Wertes der Goldmünzen geschätzt wird. Für einen Überblick . ( Kamiya, Takanori und Yamaguchi 1974); (Honjô 1969).

Umschwung bedingten. Unter dem Zugzwang innen- und außenpolitischer Spannungen befreite die Regierung das bis dato agrarisch geprägte Japan durch Landreform und Aufhebung der Stände von feudalen Strukturen, um durch Schaffung der Rahmenbedingungen wie der Währungsreform und den Aufbau neuer Industrien die Grundstein für eine rasche Industrialisierung zu legen<sup>51</sup>. Als sich der Staat unter Matsukata 1882 aus der Industrie zurückzuziehen begann, war dieses Ziel erreicht und machte einer Konsolidierung des Haushaltes und privatwirtschaftlichem Wachstum Platz. Weit entfernt von einer freien Marktwirtschaft trat jedoch anstelle der staatlichen Präsenz in der produzierenden Industrie nun das Engagement der öffentlichen Hand im Finanzwesen, um die rapide voranschreitende Industrialisierung unterstützend begleiten und dirigieren zu können.

### 3.1 Historische Herleitung

Die knapp 250 jährige Periode von der endgültigen Befriedung Japans durch den letzten der drei großen Einiger Japans Tokugawa Ieyasu 1600 und der Errichtung einer Zentralregierung (*Bakufu*) wurden durch selbstgewählte Isolation des Landes vom Ausland (*sakoku*) abgeschottet. Der Kaiser (*tennô*) als höchste symbolische Autorität und Quasi Gottheit residiert weiterhin, abgeschieden vom tatsächlichen politischen Geschehen in Kyôto und sollte nur noch in vereinzelt Fällen für die Durchsetzung der weltlichen Macht des *shôguns* instrumentalisiert werden. Die Tokugawa Herrschaft war geprägt von innenpolitischer Stabilität, die durch die seit 1632 aufoktroyierte Isolation von äußeren Einflüssen geschützt, gute Bedingungen für die Entwicklung des heimischen Handels und die agrarisch geprägte Industrie bot. Durch die Verlagerung der Hauptstadt nach Edô fernab von dem kommerziellen Zentrum Japans im Kansai Gebiet und die Befriedung des ehemals streitbaren Kriegerstandes (*bushi*) und des Adels (*shizoku*), boten sich dem noch jungen, aber tief unten im System angesiedelten Stand der Kaufleute mannigfaltige Möglichkeiten, durch Befriedigung der Bedürfnisse der Aristokratie zu Wohlstand zu gelangen.

---

<sup>51</sup> Im Zeitraum von 1878 bis 1880 waren noch knapp 83 % der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt (Rosovsky 1966).

### 3.2 Gesellschaftspolitischer Kontext

Dank der blühenden Geschäfte entwickelte sich innerhalb des rigiden Ständesystems eine Subkultur einer anfänglich noch sehr bescheidenen *nouveaux elite*, die trotz ihrer *de jure* benachteiligten gesellschaftlichen Stellung die kulturelle Entwicklung Japans nachhaltig beeinflussen sollte. Doch wie durch Alexander Gerschenkrom in seinen Theoremen festgehalten, steckte innerhalb des feudalen Herrschaftssystems fußend auf einer starren Ständeordnung bereits der Keim des Umbruchs, der sich in dem steten Aufstieg der Kaufleute (*shônin*) und dem Niedergang eines nun zur Untätigkeit verdamnten Kriegerstandes manifestierte. Hinzu kam die Entwicklung, die sich außerhalb Japans vollzog und die sich trotz der Abschließung Japans (*sakoku*) ab 1637 vereinzelt durch die Ankunft von Handelsschiffen bemerkbar machte. Letztlich war es fast Zufall, daß Japan sich bis in die 1850er Jahre ausländischen Forderungen nach Öffnung verwehren konnte.

Endgültig bereitete die Ankunft einer US-amerikanischen Handelsmission 1853 unter Commodore Andrew C. Perry den Illusionen ein Ende, daß Japan seine Abschließung weiter beibehalten würde können. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits wirtschaftliche und politische Spannungen das Land in einen Zustand des Aufruhrs versetzt, den das *Bakufu* nicht weiter kontrollieren konnte und für den die Ankunft der Ausländer als Initial ausreichte, um das bisherige System vollends zu zerstören. Längst hatten Dekadenz, Mißwirtschaft und verfehlte Wirtschaftspolitik die Finanzen des *shôgunats* ausgezehrt. Hinzu kam der Unmut der *bushi* (Krieger), die mit ihren Herren tatenlos in Städten verweilen mußten, wo die laufenden Ausgaben für einen angemessenen Lebensstil sie zunehmend verarmen und in Abhängigkeit der verachteten Kaufleute geraten ließen. Ähnlich erging es ihren Herren und der Zentralregierung, die sich immer häufiger durch gepreßte Darlehen (*goyôkin*) vor dem Bankrott bewahren mußte. Die Wurzeln des japanischen Bankwesens gehen zurück in die Zeit vor der als bedeutendster Einschnitt der modernen Geschichte Japans bezeichneten sog. Meiji Restauration (*Meiji ishin*) im Jahr 1868.

### 3.3 Die Emanzipation der Kaufleute

So entsprangen die Anfänge einer der größten japanischen Banken, der Mitsui Sumitomo Bank, dem geschäftlichen Talent eines Mitsui Hachirôbei Takatoshi, der 1663 im Surugacho Viertel Tôkyôs eine Wechselstube (*ryôgae*) dem originären Familienbekleidungs-geschäft beifügte. Trotz adliger Herkunft hatte bereits Hachirôbeis Großvater die sich während der Herrschaft der Tokugawa vollziehende Veränderung innerhalb des ständischen Gesellschaftssystems richtig gedeutet, als er den Schritt in die verpönte Schicht der Kaufleute (*shônin*) unternahm<sup>52</sup>, die noch unter den Bauern angesiedelt war, unternahm<sup>53</sup>. Doch erst das Talent Hachirôbeis war es, das der Familie zu Reichtum verhalf und den Grundstein für die Entwicklung zu dem mächtigsten Unternehmenskonglomerat Japans legte. Seiner Begabung entsprangen neue Instrumente des Vertriebs und Marketing, angefangen mit dem Verkauf fertiger Ware, bis hin zur Fixierung entsprechender Preise<sup>54</sup>. Bezahlt werden mußte bei Kauf (*genkin kakene nashi*), ganz im Gegensatz zur Praxis der übrigen *gofukuyasan* (Bekleidungswarengeschäft), die turnusmäßig bei ihren Kunden vorstellig wurden, um die Bezahlung bereits ausgelieferter Ware nachträglich zu verhandeln<sup>55</sup>. Mitsui Hachirôbei Takatoshi stellte das Paradebeispiel einer neuen Klasse von Kaufleuten dar, die durch Geschäftstüchtigkeit zu Reichtum gelangten, der ihren gesellschaftlichen Status deutlich überstieg<sup>56</sup>.

Die florierenden Aktivitäten der Kaufleute füllten ein Vakuum, das durch die geographische Konzentration des Landes auf zwei Zentren, ein politisches in Edô und ein kommerzielles im Kansai Gebiet entstanden war. Hintergrund für die Polarisierung bildete der Entschluß Tokugawa Ieyasus, der als *Shôgun* (Reichsverweser) Edô, das

---

<sup>52</sup> So scheint ein Vorfahre der Mitsui, damals einer der vielen unbedeutenderen Adligen, in den Vormarsch des ersten der drei großen Einigers. Oda Nobunaga, geraten zu sein. Seine Entscheidung den Adelstitel ab und einen neuen Namen anzunehmen und eine Laufbahn als Kaufmann anzustreben, mag daher auch nicht unbedingt als Einsicht sondern als Notwendigkeit gedeutet werden. Der Ursprung der Bank kann bis zum ersten Pfandleihgeschäft seines Nachfahren Mitsui Sokubei Takatoshi in Matsuzaka in Ise, dem heutigen Miki zurückverfolgt werden, siehe dazu (Iwai 1934: 181 f.). Zu der weiteren Entwicklung des Wechsel- und Pfandleihgeschäfts siehe (Mitsui Bunko Ronso 1977: 12 ff.).

<sup>53</sup> Kaufleute und Geldverleiher hatten im Gegensatz zu Bauern, die produktiv zum Wohl des Landes beitragen, den Ruch des Parasitentums, da sie sich auf Kosten anderer bereicherten.

<sup>54</sup> Zur frühzeitigen Diversifikation der Geschäftstätigkeiten der Mitsui nebst Einführung innovativer Produkte und Instrumentarien siehe (Miyamoto 1998: S. 6 ff.).

<sup>55</sup> Mitsui bezahlte die populärsten dieser Künstler dafür, daß sie in ihren Werken, waren es Bücher, Schauspiele oder Holzschnitte, den Firmennamen oder das Firmenwappen in ihre Werke einflochten. So finden sich in vielen aus dieser Zeit, z.T. künstlerisch von hohem Wert, geretteten Werken Bilder des Echigoya der Mitsui oder das Wappen auf einem Schirm inmitten einer Gruppe von Passanten.

<sup>56</sup> Für weitere prominente Beispiele, darunter die Konoike und Sumito siehe (Ibuchi 1948: 118 ff.).

spätere Tōkyō, zu seiner Hauptstadt, entfernt vom Ränkespiel des kaiserlichen Hofes in Kyōtō, auserkoren hatte. Mit ihm und seinen Nachkommen residierten Vasallen, *daimyō* (Landesfürsten), mitsamt ihrem Hof und kleinen Kontingenten von Truppen. Viele Kaufleute nutzten die Situation, um Waren aus dem Süden nach Edō zu schaffen und dort zu verkaufen. Auch hier stach das Haus Mitsui aus dem Gros der *shōnin* durch die Kombinierung ihres Bekleidungs- und Wechselgeschäfts hervor. Denn mit der geographischen Aufteilung ging eine zweite Besonderheit einher, die für Wechselstuben eine zusätzliche Einnahmequelle bedeutete. So druckten und prägten sowohl die verschiedenen Fürstentümer (*han*) als auch die Shōgunats Regierung (*Bakufu*) eigene Währungen<sup>57 58</sup>. Im südlichen Teil Japans herrschte der Silberstandard vor, während in Edō Gold als Zahlungsmittel überwog. Für Kunden und Kaufleute, die in beiden Gebieten Handel trieben, boten Wechselstuben die Möglichkeit, die verschiedenen Zahlungsmittel umzutauschen. Auf diese Weise gelangten die *ryōgae* wie die der Mitsui zu großen Profiten, von denen die erfolgreichsten sich zu Gilden wie der *nakama* in Edō zusammenschlossen<sup>59</sup>. Einige von ihnen nutzten den Reichtum, um in den wichtigsten Handelszentren Japans weitere Filialen zu eröffnen. Das Filialnetz des Hauses Mitsui war so ausgedehnt, daß das *Bakufu* sich seiner ab 1691 für die Einziehung von Steuern zunutze machte. Die Mitsui *ryōgae* wickelten den Verkauf von Naturaliensteuern und den Transfer des Erlöses nach Edō ab. Neben anderen Kaufleuten wurde die Familie so zu offiziellen Finanzagenten des *Bakufu*, was neben den zinslosen Quasi-Darlehen für die Transportdauer hohes Prestige mit sich brachte<sup>60</sup>. Die meisten der Wechsel- und Pfandstuben, die während der Herrschaft der Tokugawa bis 1868 entstanden, sollten sich jedoch als unfähig erweisen, die Herausforderungen, die sich ihnen mit Ende der Abschließungspolitik (*sakoku*) 1853 stellten, zu überleben.

---

<sup>57</sup> Über die Ursprünge der ersten in Umlauf befindlichen Münzen, die folgenden Neuprägungen, in denen der Reinheitsgehalt der Edelmetalle beständig abnahm, siehe die Studien des IMES von Ueda, Taguchi und Saito sowie von Saito Takahashi und Nishikawa.

<sup>58</sup> Zu den tatsächlich während der *bakumatsu* Periode in Umlauf befindlichen Wechsell, Noten, Gold-, Silber- und Kupfermünzen gibt es eine Fülle von Literatur. Fest steht, daß neben der grundsätzlichen Denominierung in Gold- und Silber und neben den wiederholten Neuprägungen, auch die einzelnen Fürstentümer, Tempel, etablierte Kaufmanns- und Handwerksgilden das Recht in Anspruch nahmen Wechsel, die *de facto* Banknoten Charakter trugen, Geldnoten der einzelnen Lehenstümer (*hansatsu*), Münzen, in den unterschiedlichsten Reinheitsgraden in Umlauf zu bringen. Hinzu kamen in Papier eingewickelte Münzrollen, *tsutsumi kin* für Gold und *tsutsumi gin* für Silber, die mit dem Siegel eines bekannten Handelshauses, wie den Mitsui, versehen, mit aufgedrucktem Nominalwert zirkulierten, siehe (Yamaguchi und Ōnuki 1997: 4 ff.).

<sup>59</sup> Die *ryōgae* teilten sich grob in zwei Kategorien; so konzentrierten sich Wechselstuben entweder auf den Tausch von Silber (*gin ryogae*) und Gold, während andere sich auf das minderwertigere Kupfergeldgeschäft (*zen ryōgae*) spezialisierten.

<sup>60</sup> Siehe (Mitsui *ginkō chōsabu* Hg. 1984: 23 ff.) ; (Miyamoto 1998: .8).

Um einen kurzen Überblick über die Anzahl der gegen Ende des Shôgunats in beiden Zentren ansässigen *ryôgae* zu geben, zählte man um 1850 rund 1.300 Wechselstuben in Osaka, denen 750 in Tokyo gegenüberstanden. Die Ineffektivität wirtschaftspolitischer Reformen der Zentralregierung und der Unmut in der Bevölkerung kann die Aufhebung der Zünfte 1842 verdeutlichen<sup>61</sup>. Die Struktur der Zünfte in Handwerk und Handel sollte beseitigt werden, um brachliegendes Potential der anschwellenden Stadtbevölkerung zu aktivieren. Stattdessen wurde eine der wenigen verbliebenen funktionierenden Einheiten zerstört und das wirtschaftliche Chaos vergrößert<sup>62</sup>. Die bisherige Gesellschafts- und Herrschaftsform Japans war also bereits vor Ankunft Perrys im Begriff zu zerfallen und einer neuen Ordnung Platz zu machen. Auch die *nouveaux elite*, die *shônin* der Großstädte, wurden durch die siechende Zentralregierung in Form sog. "erzwungene Kredite" (*goyôkin*) geschröpft, so daß die Kaufleute an den Rand des Bankrotts getrieben wurden. Im Zeitraum von 1864 bis 1866 beliefen sich solche Forderungen allein an die Mitsui auf rund 2,66 Mio *ryô* (Mitsui ginkô kabushiki gaisha Hg. 1983: 380 ff.). Es verwundert daher kaum, daß die führenden *ryôgae* begannen, die loyalistischen Kräfte zu unterstützen, die das Shôgunat beseitigen und die Rückkehr zur kaiserlichen Herrschaft (*ôsei fukko*) restauriert sehen wollten<sup>63</sup>. Innerhalb dieser Bewegung taten sich vor allem untere bis mittlere Samurai aus den, in Opposition zur Zentralregierung stehenden Lehenstümmern (*han*) Chôshû und Satsuma hervor, zu denen die erfolgreicherer Kaufleute intensiven Kontakt suchten. Ein besonderer Typus "der politische Kaufmann" (*seishô*) sollte geboren werden und die Fähigsten unter ihnen sollten das Fundament für die um die Jahrhundertwende entstehenden mächtigen *zaibatsu* legen.

---

<sup>61</sup> Siehe zur Aufhebung der Handwerkszünfte (Yamada 1980: 171 ff.).

<sup>62</sup> Um das angerichtete Chaos zu beheben, wurden die Gilden 1846 wieder eingeführt. Siehe dazu (Allen 1981: 28 ff.).

<sup>63</sup> Zur Symbolik und Rolle des *tennô* als höchster geistiger und weltlicher Autorität, siehe Inoues Werk, das aufgrund seiner Linkslastigkeit das *tennô*- System (*tennôsei*) besonders kritisch darstellt, ist gerade dank dieses Ansatzes sehr aufschlußreich (Inoue 1993: 55 ff.).

## 3.4 Grundsteinlegung - die Meiji Restauration

### 3.4.1 Politische Entwicklung

Die Hegemonie der Tokugawa hatte Japan mehr als zwei Jahrhundert Stabilität und Frieden gegeben. In dieser Zeit entwickelte sich eine florierende Binnenwirtschaft, die innerhalb des starren Gesellschaftssystems letztlich an Grenzen gestoßen war. Die Perzeption einer ausländischen Bedrohung sollte die zersplitterte Opposition einigen und unter der Parole “*sonnô jôï*” sowohl die Vertreibung der westlichen ‘Barbaren’ wie die Wiedereinsetzung des *tennô* in Funktion und Würde fordern lassen. Bankähnliche Institute hatten sich bis zu dem ihnen im Japan der Tokugawa möglichen Maße entwickelt und hatten mit Filialen in den führenden Handelsstädten bereits ein einfaches System von Waren- und Finanztransaktionen entwickelt<sup>64</sup>.

Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum war aber die Aufhebung der herrschenden Beschränkungen. Die Meiji Restauration erfüllte diesen Zweck und ermöglichte den Eintritt in die entscheidende Phase der japanischen Historie und einer rückständigen Wirtschaft, wenn auch verspätet, in die Industrialisierung. Durch Berufung auf den *tennô*, die höchste symbolische Autorität Japans, hatte sich die Opposition absoluter Legitimation versichert, der sich das *Bakufu* nicht widersetzen konnte<sup>65</sup>. Ein Zeichen dafür, daß das ehemals mächtige Shôgunat bereits in den letzten Zügen gelegen hatte. Die Schwäche, die sich durch die die sog. “ungleichen Veträge” mit den ausländischen Handelsmissionen von 1858 bis 1866 offenbart hatte, vereinte die Opposition unter dem höchsten Symbol Japans, dem *Tennô*<sup>66</sup>. Mit Umzug des Kaisers zum Sitz der besiegten *Bakufu* nach *Edô*, das fortan östliche Hauptstadt, *Tôkyô* genannt wurde, vollzog sich auch der institutionelle Wechsel und formell die Restaurierung der kaiserlichen Autorität (*shinsei*). *De facto* sollten aber die

---

<sup>64</sup> Obwohl die Existenz eines sehr differenzierten Finanzsystems in Japan bereits vor 1868 oft Erwähnung findet, bleiben Patricks frühe Studien zur frühen Herausbildung des japanischen Finanzwesens die, weil knapp und präzise gehalten, gelungenste Darstellung, siehe (Patrick 1978: 5 ff.).

<sup>65</sup> Hitotsubashi Yoshinobu stammte von einem Nebenzweig der Tokugawa ab und war bereits 1858 Kandidat für die Nachfolge des Shôguns. Zu diesem Zeitpunkt setzte sich jedoch Tokugawa Iyemochi durch, der allerdings bald im August 1866 verstarb. In der Literatur findet sich anstelle der formellen Lesung Yoshinobu häufig die Lesung Keiki.

<sup>66</sup> Die ungleichen Veträge banden der japanischen Regierung die Hände in verschiedenen Feldern, darunter die Besteuerung von Importen, deren Obergrenze auf 5 % fixiert wurde. Erst 1911 erlangte Japan seine vollständige Tarifautonomie zurück. Zu Einzelheiten der in den ungleichen Veträgen getroffenen Verpflichtungen, inklusive Handel und Kommerz siehe (Kajinishi et al. 1955: 128 ff.), sowie (Nakagawa 1980: 220 ff.).

Persönlichkeiten, die den Aufstand gegen das Shôgunat geleitet hatten, das tatsächliche politische Geschehen bestimmen. Nur in einer prekären Situation sollte fortan die Person des *tennô* instrumentalisiert werden. Diese Meiji-Oligarchen sollten fortan die Entwicklung Japans prägen<sup>67</sup>.

### 3.4.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Verbindungen, die vor der Restauration zu zentralen Persönlichkeiten der neuen Regierung geknüpft worden waren, sollten sich für die *shônin* als profitabel erweisen und sie dank der Protektion zu Wohlstand gelangen lassen. Doch vorerst sah sich die junge Regierung der Herausforderung gegenüber, nach dem militärischen Sieg, nun mittels Reformen nicht minder drastische Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft zu bewirken. Den Kaufleuten, die bereits die Restaurationsbewegung unterstützt hatten, kam dabei eine entscheidende Rolle zu<sup>68</sup>. Gleichzeitig litt die Wirtschaft unter den ungleichen Bedingungen des Handels mit den Ausländern. So realisierten die ausländischen Händler allein aus der Arbitrage zwischen der japanischen und ausländischen Gold-Silber Parität hohe Gewinne. Hatte das *Bakufu* das Verhältnis Gold zu Silber zwischen 1:6 und 1:10 fixiert, pendelte es im Ausland um 1:15. Der verstärkten Einfuhr ausländischen Silbers stand ein rasanter Schwund an inländischem Gold gegenüber. Durch die "ungleichen Verträge" waren den Behörden die Hände gebunden<sup>69</sup>. Nur eine völlige Kehrtwende in der bisherigen Wirtschaftspolitik schien eine Lösung für die desolatte Situation des Landes zu bieten.

---

<sup>67</sup> Welche der die Restaurationsbewegung dominierenden Persönlichkeiten letztlich als *genrô* bezeichnet werden können, ist in der Forschung strittig. Die Hauptmeinung grenzt den Kreis auf aus Chôshû und Satsuma stammende Oligarchen ein, die in Folge wichtige Posten der Regierung einnahmen, siehe hierzu das Standardwerk von Yamamoto (Yamamoto 1986: 9 ff.). . Zweifelsfrei ist jedoch daß die Charakteristika des typischen Meiji Oligarchen, die für die vorliegende Arbeit relevant sind, mit dem Terminus u.a. auch Personen aus anderen han assoziieren, d.h. auch Staatsmännern wie Ôkuma Shigenobu, der aus Tosa stammend nicht zum eigentlichen *genrô* gezählt wird.

<sup>68</sup> Die Unterstützung der *chônin* war jedoch alles andere als freiwillig: "Mitsui's shift to support the new government was sudden, but was made after carefully appraising the difficult political situation. [...] He [the new head of the main family in Kyoto] announced Mitsui's support of the new government after obtaining detailed and reliable information about developments within the movement to overthrow the Bakufu." Zit. nach (Japan Business History Institute 1977: 22); (Kato 1965: 118 ff.).

<sup>69</sup> Teil der Handelsabkommen, an das die Meiji Regierung nach Sturz des Bakufu gebunden blieb, war eine Fixierung des Handels in Silber par. Die Folge war ein schwunghafter Handel, in dem mexikanische Silber Dollar in japanisches Gold gewechselt und in Shanghai oder Hongkong zurück in Silber getauscht wurden.

Da die neue Regierung 1868 weder auf Einnahmen zurückgreifen konnte, noch über ausreichendes Kapital verfügte, kam den Finanziers des Widerstands, führenden *ryôgae* und Kaufleute, erhebliche Bedeutung zu<sup>70</sup>. Es galt die nationale Wirtschaft so schnell wie möglich zu modernisieren, das Steuersystem zu reformieren, sich der unzähligen Verpflichtungen, die noch zum Teil von der alten Regierung übernommen worden waren, zu entledigen und den Einfluß der Ausländer auf Handel und Schifffahrt zurückzudrängen.

Die ungleichen Verträge, die ausländische Händler mit umfangreichen Zugeständnissen und Exterritorialität ausstatteten, waren der Regierung, die unter dem Motto “*sonnô jôï*” (Verehrt den Kaiser, vertreibt die Barbaren) die Restauration angeführt hatte, ein besonderer Dorn im Auge. Zwar hatten sich unter den Führern der Bewegung durch die Erkenntnis der hoffnungslosen Unterlegenheit Japans ein Bewußtseinswandel vollzogen, doch die Energie, mit der nun wirtschaftspolitische Ziele verfolgt werden sollten, stand der früheren, kämpferischen Motivation keinesfalls nach. Private Initiative sollte von den *shônin* kommen, es war daher nicht nur Dankbarkeit für geleistete Unterstützung, die die Regierung auch weiterhin Familien wie die Mitsui, Ono und Shimada zu Finanzagenten (*kawasekata*) bestellen ließ, vielmehr die Notwendigkeit finanzstarker Partner:

” [...] *the government was forced to look for its own agents of enterprise, the so-called “political merchants”. [...] They acted like quarterbacks in a football game, looking for receivers to catch the ball and run with.*”  
(Hirschmeier 1970: 18)<sup>71</sup>.

---

<sup>70</sup> So machten die Verbindlichkeiten an Kaufleute Yen 23.2 Mio. aus im Vergleich zu Yen 68.4 Mio., die der Regierung durch Ausgabe neuen Papiergeldes zur Verfügung standen, siehe (Ôuchi 1958 : 194 f.) ; (Mitsui Ginkô Kabushiki Gaisha 1983 : 389 ff.).

<sup>71</sup> Es herrscht ein angeregter akademischer Diskurs über die Frage, ob der rasante Aufbau eines nationalen Bankwesens nach westlichen Vorbild, die forcierte Einführung westlicher Technologie für eine rasche Industrialisierung auf private Initiative - “*growth from below*” - , insbesondere der arbeitsintensiven Industriesparten wie Textil, deren Unterstützung durch den Staat tatasächlich sehr gering war, zurückzuführen war. Oder aber ob in Form japanischen Merkantilismus die Regierung die nötigen Anreize geschaffen und durch Übernahme der anfänglichen Risiken in industriellen Pilotprojekten das erstaunliche Wachstum von oben induziert hatte.

### 3.4.2.1 Finanzpolitische Projekte

Es war klar, daß Japan ohne ein den westlichen Mächten ebenbürtiges wirtschaftliches und militärisches Potential keine Hoffnung auf internationale Anerkennung hatte. Stattdessen drohte dem Land bei andauernder Schwäche ein ähnliches Schicksal wie China, das Spielball der kolonialen Mächte geworden war, und man war sich der Dringlichkeit rascher Reformen bewußt. Um diese zu initialisieren, mußte der Haushalt durch eine Steuer- und begleitende Landreform ausgeglichen und der ausländische Einfluß in Handel und Kommerz zurückgedrängt werden.

Doch bevor diese Maßnahmen in Angriff genommen werden konnten, sollte eine einheitliche Währung die Unzahl der verschiedenen Zahlungsmittel ersetzen. Aus diesem Grund und um sich erste finanzielle Mittel zu verschaffen, ließ die neue Regierung 1869 *dajôkansatsu* (Kabinettsnoten, Übers.d.Verf.) in Höhe von knapp *ryô* 48 Mio. ausgeben, von denen bereits *ryô* 39 Mio. oder knapp 81 % für Verbindlichkeiten nach dem Sturz des *Bakufu* verplant waren<sup>72</sup>. Die verbleibenden *ryô* 9 Mio. wurden für den Import westlicher Technologie veranschlagt. Daß die Mittel nicht ausreichten, machte die weitere Ausgabe im Oktober 1869 in Höhe von *ryô* 7.5 Mio. (*minbushôsetsu*), die Ausgabe von konvertierbaren Noten in Höhe von *ryô* 6.8 Mio. und die Ausgabe von *ryô* 2.5 Mio. unkonvertierbarer Noten im Jahr 1872 deutlich<sup>73</sup>. Die Ausgabe der gold-konvertiblen Noten war in staatlichem Auftrag durch die Mitsui erfolgt, die zu diesem das *Kawaseza Mitsui-gumi* (Wechselgeschäft der Mitsui Gruppe, Übers.d.Verf.) gegründet hatten und die existierenden *ryôgae* als Filialen für den Umtausch alter Noten und Münzen einsetzten<sup>74</sup>. Neben den Mitsui gründeten auch andere Finanzagenten *kawase gaisha* (Wechselfirmen, Übers.d.Verf.), die zur Verbreitung des neuen Papiergeldes beitragen, um inzwischen durch den Staat initialisierte Handelsgesellschaften (*tsûshô gaisha*) mit nötigem Kapital zu subventionierten Zinssätzen versorgen sollten<sup>75</sup>. Der frühe Versuch der Regierung, ein System staatlicher Subventionierung in Kooperation mit der Privatwirtschaft

---

<sup>72</sup> Zur Ausgabe der *dajôkansatsu* durch die *Mitsui ryôgae* siehe (Mitsui Ginkô Chôسابу: Monogatari 1984: 219 ff.).

<sup>73</sup> Siehe für nähere Informationene (Mikami 1989).

<sup>74</sup> Siehe dazu (Mitsu Bunko 1980: 58 f.); (Mitsui Ginkô Kabushiki Gaisha 1957: 45 ff.).

<sup>75</sup> Die Bezeichnung "*kawaseza*", ebenso wie "*kawasegaisha*" zielte auf Übersetzung des ausländischen Titels "bank". Erst später mit dem erfolglosen Vorstoß der Mitsui 1872 um Autorisierung für die Gründung einer Zentralbank kam die offizielle Bezeichnung "*ginkô*" in Gebrauch, siehe dazu ( Tôyô Keizai Shinposha 1924: 90 ff.); (Ôkurasho 1927: 500 f.), siehe für die Gründung der Bank (Mitsui Ginkô Kabushiki Gaisha (Hg.) 1983: 393 ff.).

einzuführen, stieß aber auf den grundsätzlichen Widerstand der *shōnin*. Zu tief war die traditionelle Vorstellung von Geschäft als Familienangelegenheit und es kostete die Regierung und prominente Verfechter westlicher Wirtschaftsstrukturen wie Shibusawa große Anstrengungen, einzelne Kaufleute zu Gemeinschaftsprojekten zu bewegen.

### 3.4.2.2 Fiskalpolitische Reform

Die Maßnahmen der jungen Meiji Regierung zielten gleichzeitig auf den raschen Aufbau eines stabilen Finanzwesens, auf dessen Grundlage sich eine moderne Wirtschaft entwickeln konnte. Die Reformen entsprangen dabei mehr einer Reaktion auf Notwendigkeiten, als daß einer umfassenden Planung. Mißerfolge dieses *trial and error* Vorgehens waren daher selbstverständlich, doch sollten selbst Fehlschläge wie das Nationalbankwesen der folgenden wirtschaftspolitischen Reorganisation als Vorbereitung und wertvolle Erfahrungen dienen.

Dringendes Gebot der Meiji Regierung war der öffentlichen Hand eine stabile Einnahmequelle zu sichern, die ein direktes und transparentes Besteuerungssystem der Bevölkerung sowie die Aufhebung der Zersplitterung des Landes in *han* (Lehenstümer) voraussetzte<sup>76</sup>. Um dem zu erwartenden Widerstand etablierter Interessen vorzubeugen, übernahm die Regierung im Gegenzug sämtliche ausstehende Verpflichtungen der *daimyō*. Anschliessend wurde die Naturaliensteuer abgeschafft und eine allgemeine Grund- und Bodensteuer in harter Währung eingeführt<sup>77</sup>. Der Gebrauch der neuen, 1871 in Umlauf gesetzten Noten wurde unterstützt und durch eine Land- und Bodenreform Impulse für die Belebung der landwirtschaftlicher Produktion gegeben. *Bushi* (Kriegerstand) und der Adel (*kizoku*) wurden 1876 einmalig durch staatliche Wandelanleihen (*kinroku kōsai*) im Wert von ¥ 174 Mio. abgefunden. Doch die

<sup>76</sup>Wie wichtig die geregelte Abgabe für Grund und Boden war, läßt sich aus der Tatsache schließen, daß sie noch bis zur Jahrhundertwende mehr als 80 % des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Es ist inzwischen unbestritten, daß damit die Landwirtschaft Japans indirekt einen wesentlichen Beitrag zur Industrialisierung beigetragen hat.

<sup>77</sup>Die Steuer betrug anfänglich 3 %, später 2,5 % des für das Land angesetzten Wertes. Insbesondere die Mitsui profitierten von der Reform, da die Bauern nun zu einem bestimmten Zeitpunkt, statt wie bisher Naturalien, Geld für die Steuer benötigten. In Kooperation mit der im selben Jahr wie die Bank gegründeten *Mitsui bussan*, vergab die Bank Kredite auf Produkte, die durch die Handelsgesellschaft verkauft wurde. Obgleich die Profite Mitsui bussan halfen sich zu etablieren, setzte sich Mitsui insgesamt öffentlicher Kritik aus, von ihrem Status als Finanzagenten zu profitieren, siehe (Mitsui ginkō kabushiki gaisha (Hg.) 1976: 27 f.); (Kobayashi et al. 1980: 45 f.).

Anleihen, deren Zins bereits bei Ausgabe unter dem üblichem Zins von 12 % lag, verlor in Folge rasch an Wert. Hatte die Aufhebung der Lehensbindung, der 1876 das Aussetzen des Solds und das Verbot, Schwerter zu tragen, folgte, diese stolze Bevölkerungsgruppe bereits moralische getroffen, geriet sie nun auch finanziell in eine prekäre Situation. Schnelle Lösungen waren vonnöten, wollte man man nicht vollends die Unterstützung dieser gebildeten Schicht für den Aufbau eines modernen Japans verlieren.

### 3.4.2.3 Industriepolitische Projekte

Nach dem Fehlschlag der *kawase gaisha* war deutlich geworden, daß es genauerer Kenntnisse moderner Institutionen bedurfte, so daß man Beobachter entsandte, um die Finanzsysteme des Westens zu studieren. Neben Persönlichkeiten, die direkt dem inneren Machtzirkel der Meiji Regierung angehörten, wie Itô Hirobumi, der 1871 in die Vereinigten Staaten reiste, wurden auch Spezialisten der Ministerien ausgewählt, mit dem Ergebnis, daß nach ihrer Rückkehr Verfechter des US-amerikanischen Zentralbankensystems und des europäischen Zentralbankensystems aufeinandertrafen<sup>78</sup>. Schließlich setzten sich 1872 die Gruppe um Itô, der das US-amerikanische Vorbild favorisierte, durch. Bereits am 15. November 1872 wurden im ersten japanischen Bankengesetz die Eigenkapitalbestimmungen für Nationalbanken festgelegt<sup>79</sup>.

60 % sollten in staatlichen Schuldverschreibungen, die übrigen 40 % in harter Währung hinterlegt werden. Das Mindestkapital wurde an die Standortgröße angepaßt. Als Tagesreserven mußten staatliche Obligationen in Höhe von 25 % sämtlicher Einlagen gehalten werden. Darlehen sollten in Form von Nationalbanknoten in Höhe von bis zu 100 % der beim Finanzministerium hinterlegten Schuldverschreibungen begeben werden. Theoretisch leitete sich aus den Vorschriften eine Besicherung zu

---

<sup>78</sup> Besonders vehement setzte sich der Untersekretär des neuen Finanzministeriums Yoshida Kiyonari für die Einführung eines Zentralbankensystems ein. Yoshida stammte im Gegensatz zu Itô, der aus Chôshû war, aus Satsuma. Als Ergebnis direkter Auseinandersetzungen mit Ausländern hatte Satsuma bereits 1864, also schon vor der Meiji Restauration eine Gruppe von 18 jungen Männern nach England entsandt. Yoshida kehrte als einer der Teilnehmer mit großem Interesse für Finanzwesen im allgemeinen und moderner, westlicher Banklehre im besonderen nach Japan zurück.

<sup>79</sup> Die Autorisierung der Banken erfolgte durch das Finanzministerium bzw. die Hauptgeschäftsstelle des Büros für Papiergeldwährung (*shiheino kami*).

zwei Dritteln, genauer 67 % in Gold her, um die Durchsetzung des Goldstandards (*kinhoni*) der den *de facto* herrschenden bi-metallischen Standard ablösen sollte<sup>80</sup>. Doch der Aufbau eines Nationalbankensystems erwies sich aus verschiedenen Gründen als schwierig. Das Nationalbankengesetz, das am 15.11.1872 in Kraft trat, kopierte im wesentlichen den US-amerikanischen *National Currency Act* von 1864<sup>81</sup>. Doch weder fanden sich Interessenten für die Gründung von Nationalbanken, denn die alteingesessenen Kaufleute beschränkten sich auf ihr traditionelles Geschäft als Geldverleiher, noch fand das kooperative Konzept der Aktiengesellschaft Anklang.

Die erste der bis 1877 gegründeten vier Banken war nur durch politischen Druck zustande gekommen. Zwei der Finanzagenten, Mitsui und Ôno, wurden für die Gründung der *Dai-ichi kokuritsu ginkô* quasi zwangsverpflichtet. Die zweite Bank entstand aus der einzigen *kawase gaisha* in Yokohama, die nicht bankrott gegangen war. Der hohe gesetzliche Besicherungsbetrag in Gold war eine Anforderung, die die wenigstens *ryôgae* zu erfüllen imstande waren. Auch sorgte das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die neue Währung für einen steten Abfluß an Gold, da Banknoten oft schnell in Gold gewechselt wurden. Die Folge war ein steter Aderlass, der letztlich zum Bankrott der Finanzinstitute führen würde. Der erste Schritt bei der Einführung eines modernen Bankenwesens war zwar getan, die Institute selbst standen jedoch vor dem Ruin.

### 3.5 Anpassung des Bankengesetzes im Jahr 1876

Trotz größtem staatlichen Druck existierten 1876, das Jahr, in dem das neue japanische Bankengesetz seine erste Revision erfuhr, nur vier Nationalbanken mit einem gesamtem Eigenkapital von ¥ 2,55 Mio.<sup>82</sup>. Der *Dai-ichi kokuritsu ginkô* der Ôno und Mitsui hatte sich im Februar 1874 die zweite Nationalbank, die aus der

---

<sup>80</sup> Tatsächlich wechselte Japan innerhalb der 10 Monate vom Februar des Jahres 1871 bis zum April des folgenden Jahres vom Silber über den bi-metallischen zum Goldstandard, siehe (Mikami 1989: 210 f.).

<sup>81</sup> Siehe (Miyajima, Shigeki und Warren, E. Weber 2000), für eine spezielle Behandlung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der US-amerikanischen und japanischen gesetzlichen Regelung. Das *shinshihei hakkô hô* (Das Gesetz für die Ausgabe neuen Papiergeldes, Übers.d.Verf.) wurde im Dezember desselben Jahres als Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Nationalbank erlassen, siehe (Mikami 1989: 209). Für allgemeinere Informationen zu wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen unter denen das erste japanische Bankengesetz erlassen wurde siehe insbesondere (Okurashô (Hg.) 1981).

<sup>82</sup> Siehe Tabelle 1 und 2, siehe auch (Nakagawa 1975: 5)

*Yokohama kawase gaisha* hervorgegangen war, hinzugesellt. Eine vierte Nationalbank folgte im März 1874, während die fünfte Nationalbank wenig später durch eine Gruppe ehemaliger *samurai* in Ôsaka gegründet wurde. Für eine dritte Nationalbank hatte sich die einflußreiche Konoike Familie im Oktober 1873 mit anderen *ryôgae* zusammengetan. Die Kooperation überdauerte aber nur vier Monate. An ihre Stelle trat eine Gruppe um *Yasuda Zenjirô*<sup>83</sup>, dessen Verbindungen zu Regierungskreisen die dritte Nationalbank zum Nukleus eines der wichtigsten *zaibatsu* machen sollten<sup>84</sup>. Da sich keine weiteren Bewerber finden ließen, entschied sich die Regierung 1876 zu einer Revision des Bankengesetzes, die die Konvertierbarkeit der Noten abschaffte und den Anteil an Anleihen im Eigenkapital auf 80 % an hob<sup>85</sup>. Die Entscheidung von 1876 löste das Goldproblem und schuf für die Abfindungspakete staatlicher Anleihen der *bushi* eine sinnvolle Anlagemöglichkeit<sup>86</sup>. Den gebildeten *bushi* selbst, die nach Auflösung der Stände beschäftigungs- und herrenlos ein ständiges Unruhepotential darstellte, wurde ein neues, angemessenes Betätigungsfeld dadurch geschaffen, daß die Gründung von Banken nicht des Profits wegen, sondern als Dienste am Staat propagiert wurde.

Tatsächlich hatte diese Maßnahme Erfolg. 1879 umfaßte das Kapital der Nationalbanken bereits ¥ 40,62 Mio. von denen ¥ 29 Mio. aus besagten Schuldverschreibungen stammten, und die Zahl der Neugründungen stieg stetig bis zu des vorab fixierten Maximum von 153 Instituten an. Die 15. Nationalbank führte mit ¥ 17,8 Mio. Eigenkapital an Größe die neue Bankenwelle an<sup>87</sup>. Jedoch beschränkte die Bank ihre Tätigkeit hauptsächlich auf Belange eigener Anteilseigner bzw. den Staat, z.B. einen Großkredit in Höhe von ¥ 15 Mio. während der Niederschlagung der Satsuma Revolte (*seinan sensô*). Durch das Nationalbankensystem war das Fundament eines modernen Finanzwesens gelegt, eine neue Währung, der Goldstandard eingeführt und gleichzeitig soziale Spannungen entschärft worden (Allen 1981: 36 f.). Nach wie

---

<sup>83</sup> Yasuda sollte auch der einzige prominente *seishô* sein, der sich ausschließlich auf das Finanzwesen spezialisierte, siehe (Yui 1987: 135 ff.); (Yui 1986)..

<sup>84</sup> Zu den Ursprüngen der ehemaligen Fuji Bank, die nach der kürzlichen Fusion unter dem Namen Mizuho (Frische Ähre) firmiert siehe (Fuji ginkô kenkyûsho (Hg.) 1982: 28 ff.).

<sup>85</sup> Die Besicherung der Nationalbanknoten fiel damit von 67 % auf 25 %.

<sup>86</sup> Die ursprüngliche Gesetzgebung forderte eine Konvertierbarkeit in *shokin* (Devisen, Übers.d.Verf.), d.h. zum damaligen Zeitpunkt Gold, die Revision änderte den Wortlaut in *tsûka*, womit die unkonvertierbaren Banknoten gemeint waren, siehe (Miyajima und Weber 2000: 7).

<sup>87</sup> Die 15. Nationalbank machte im Jahr 1877 mit 17.8 Mio. Yen 44,5 % des aggregierten Kapitals aller Nationalbanken aus. Die Anteilseigner waren ehemalige Mitglieder der Aristokratie und brachten den Großteil ihrer Abfindung in die Gründung der Bank ein. U.a. geschäftliche Unterfangen wie die 15. Bank sollten den Ruf eines durch Aristokraten geführten Geschäftes begründen, das eher für Enthusiasmus denn für Geschäftstüchtigkeit bekannt war. Auch die Familie des Finanzministers Matsukata war an der 15. Nationalbank beteiligt.

vor wollte man dem Ausland die Stirn bieten, doch nicht durch Schwerter, sondern durch Industrialisierung sollte Japan als autarke Nation (*bôeki rikkoku*) seine Eigenständigkeit wiedererlangen<sup>88</sup>.

### 3.5.1 Der Beginn des japanischen Privatbankwesens

Die in der Fachliteratur bestehende Diskussion, ob der Staat oder Privatinitiative für das rapide Wachstum Japans verantwortlich zeichnet, bedarf im Rahmen einer parallelen Darstellung des öffentlichen und des privaten Finanzwesens einer näheren Betrachtung. Erschwerend für eine Beurteilung erweist sich der Umstand, daß die Gründer der ersten Banken sich aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten rekrutierten. Hervorstechend, weil am erfolgreichsten, waren jedoch die Kaufleute, (*seishô*) die dank politischer Protektion profitable Nischen in einer ganzen Reihe von Industriesparten okkupierten. Kaufleute, die sich allein auf Banken spezialisierten, blieben die Ausnahme. Hilfreich erweist sich bei der Datenfülle der Rekurs auf gut dokumentierte Beispiele<sup>89</sup>. So sind die Anfänge des modernen japanischen Finanz- und Bankwesens eng mit der Familie Mitsui verknüpft, die sowohl Gründer der ersten National-, als auch Privatbank waren.

#### 3.5.1.1 Private Initiative als Anstoß des Privatbankwesens

Sowohl die ehemalige Shogunatsregierung, wie die neue *Meiji* Regierung griffen immer wieder auf die Unterstützung derselben Kaufmannsfamilie zurück, um sich der Unterstützung der Privatwirtschaft zu versichern. Die Wahl zu offiziellen Finanzagenten hob die Mitsui, Ôno und Shimada von den übrigen *seishô* ab. Die ab der

---

<sup>88</sup> Siehe (Odaka 1989: 153 ff.).

<sup>89</sup> Obgleich dieser Ansatz teilweise gerechtfertigter Kritik ausgesetzt ist, siehe dazu u.a. (Patrick und Teranishi 1976), muß unterschieden werden zwischen der Vielzahl der sich in dieser Ära entwickelnden Quasi-Banken, also bankähnlichen Instituten und den ersten Banken im eigentlichen Sinne. Für diese Gruppe nahmen die Mitsui als Mitbegründer der ersten Nationalbank in 1873 und Gründer der ersten Privatbanken bis in die Vorjahre des Wk. II eine Vorreiter- und Musterrolle ein, deren Entwicklung über den Rahmen einer herkömmlichen Fallstudie hinausgeht.

Meiji Restauration zu immensum Ausmaß anwachsenden Interessen der Mitsui in nahezu allen industriellen Sparten machten das *zaibatsu* zu einem idealen Ansprechpartner der Regierung, und sein Aufstieg sollte erst mit der Zerschlagung der Holding, der *Mitsui Gômei Kaisha* (Partnerschaft mit unbeschränkter Haftung, OHG, Übers.d.Verf.) 1946 enden<sup>90</sup>. Dem ersten Anschein nach unterstützt die bloße Existenz eines solchen wirtschaftlichen Imperiums die These eines von oben, also von staatlicher Seite induzierten Wachstums:

*”The` growth from above` position emphasizes the importance of the establishment of the national banks, the role of the government banks and other financial institutions, and the emergence of the zaibatsu banks. The `growth from below` position stresses these less, and instead places more emphasis on the financing of small-scale economic activity in industry and agriculture.”<sup>91</sup>.*

Doch gerade die Gründung der ersten japanischen Nationalbank durch die Mitsui und Ôno und der ersten Privatbank durch die Mitsui illustriert, in welchem prekären Gleichgewicht sich private Initiative und staatlicher Dirigismus schon damals die Waage hielten.

---

<sup>90</sup> Der Begriff *zaibatsu* (Geldclique, Übers.d.Verf.) wurde für japanische Unternehmensverbände Anfang des 20. Jahrhunderts geprägt. Die Herausbildung ihrer charakteristischen Strukturen geschah jedoch bereits in den späten 1890ern. Erst die Auseinandersetzung japanischer Intellektueller mit sozialistischen und kommunistischen Strömungen des Auslands ließ das systemkritische Bewußtsein, das sich in dem Begriff *zaibatsu* widerspiegelt, entstehen. Gemeint waren die in z.T. unzusammenhängenden Industrien verstreuten Interessen einer Gruppe von Unternehmen, deren Besitz sich größtenteils in den Händen einer Familie konzentrierte. Strittig ist, wie weit sich der Begriff fassen läßt und ob auch Unternehmensgruppen, wie der Vorläufer des heutigen Nissan, die in den 1920ern entstanden und deren Aktien sich nicht im Familienbesitz konzentrierten, unter *zaibatsu* fallen. Gleichzeitig der Unterschied zu ausländischen Organisationsformen, z.B. zum deutschen Konzern, der durch Integration Unternehmen verwandter Industriesparten in sich vereinigt, von Bedeutung. Die *zaibatsu* waren jedoch in teils zusammenhangslosen Geschäftsfeldern vertreten, wo dieselben Unternehmensgruppen aufeinandertrafen. Das Oligopol ist daher die klassische japanische Marktstruktur, die neuen Konkurrenten den Einstieg durch Barrieren, hohe Einstiegskosten und strategische Allianz erschwerte. Wenngleich dieser Charakterzug sich in die Moderne rettete, bedeutete doch das Kriegsende 1945 das Ende der *zaibatsu*. Auch wenn ausländische Publizisten, die sich in den 1950er neu formierenden Unternehmensgruppen oft als Wiedergeburt der *zaibatsu* bezeichneten, muß klargelegt werden, daß sich die neuen Gruppen entweder um eine Hausbank formierten, oder durch Vorwärts- und Rückwärtsintegration den westlichen Vorbildern, wie dem deutschen Konzern oder dem US-amerikanischen *trust* ähnelten. Ihren Höhepunkt erlebten die *zaibatsu* in der Taishô- Periode, als sie neben ihrer wirtschaftlichen Macht auch konkret durch die Instrumentalisierung der neuen Parteien Einfluß auf die Politik nahmen. In Folge wuchs mit der wachsenden Militarisierung die Kritik an den Unternehmensverbänden, die sich von Attentaten auf Angestellte und Druck radikaler Politiker und Militärs angeschlagen aus der Politik zurückzogen. Die *zaibatsu* waren daher entgegen der Überzeugung der US-amerikanischen Besatzer nicht das bevorzugte wirtschaftliche Instrument der japanischen Expansionspolitik, vgl. General Headquarters (GQH), Supreme Commander of the Allied Powers (SCAP), Economic and Scientific Section, Programs and Statistics Division: *Mission And Accomplishments of the Supreme Commander of the Allied Powers*, 28.04.1952, S. 35 f..

<sup>91</sup> Zit. aus (Patrick 1999: 33).

### 3.5.1.2 Die Gründung der ersten Nationalbank

Im Juni 1871 stellten die Mitsui den Antrag auf Gründung einer Bank nach westlichem Muster, die im Auftrag der Regierung temporär auch Aufgaben und Rolle einer Zentralbank einnehmen sollte<sup>92</sup>. *De facto* führten ihre Wechselgeschäfte bereits eine ganze Reihe von Funktionen einer Zentralbank aus. Durch ihre Filialen wurden Steuern transferiert und die Regierung mit Krediten versorgt. Durch die Mitsui wurde die Emittierung der *dajokansatsu* 1868 durchgeführt und die 1871 gegründete kaiserliche Münze in Ôsaka verwaltet. Auf temporärer Basis gaben die Mitsui ab September 1871 Noten im Auftrag der Regierung in verschiedenen Denominierungen aus, bis sich die neue Währung, der Yen, etablieren konnte<sup>93</sup>. Minomura Rizaemon, eine der prominenten *bantô* (leitenden Angestellten) der Mitsui, stand in engem Kontakt zu Inoue Kaoru und Itô Hirobumi und als die Familie ihren Antrag auf Gründung einer Bank stellte, geschah dies nach sorgfältiger Absprache<sup>94</sup>. Doch mit Übernahme des Nationalbankenkonzepts wurde die Erlaubnis in den dringenden Aufruf an die Mitsui gerichtet, mit einem Konkurrenten, den Ôno, die erste japanische Nationalbank zu gründen<sup>95</sup>. Bezeichnenderweise sollte die Bank in gerade dem Gebäude ihren Hauptsitz nehmen, das die Mitsui für die geplante eigene Bank in Tokyo hatten errichten lassen. In Abhängigkeit vom staatlichen Wohlwollen, waren die Mitsui<sup>96</sup> und Ôno gezwungen, sich dem plötzlichen Richtungswechsel der Regierung zu beugen, so daß am 20.07.1873 die *Tôkyô Dai-ichi kokuritsu ginkô* gegründet wurde<sup>97</sup>. Doch Rivalitäten zwischen den beiden Familien blockierten einen reibungslosen

<sup>92</sup> Vgl. (Mitsui ginkô chôsabu 1984: 226 ff.).

<sup>93</sup> Die Mitsui erhielten 20 % der ausgegebenen Noten in gesamter Höhe von “[...] 6,8 Mio. Yen zur eigenen Verwertung.” Zitiert aus (Reimann 1986) S. 22. Neben diesem Fünftel des Ausgabevolumens als Provision beliefen sich die Zinszahlungen der Regierung an die Mitsui für einen Kredit aus diesem Betrag auf weitere 134.000 Yen, was knapp 80 % der gesamten Zinseinnahmen der Mitsui im Jahr 1974 darstellte, (Mitsui Ginkô Kabushiki Gaisha 1983: 397 f.); (Mitsu Ginkô Chôsabu 1984: 226 f.).

<sup>94</sup> Siehe (Mitsui Ginkô Kabushiki Gaisha 1984: 26 f.); (Balsler 1951: 276).

<sup>95</sup> Am 15.12.1872 wurden die “Vorschriften für Nationalbanken” (*kokuritsu ginkô jôrei*) festgelegt. Die Vorschriften beinhalteten, daß 60 % des Kapitals in Form unkonvertierbarer Regierungsnoten beim Finanzministerium gegen Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen (*kinsatsu hikikae shôsho*) zu 6 % hinterlegt werden mußten. In Höhe des gleichen Betrages durften die neuen Banken eigene Banknoten ausgeben, die durch die restlichen 40 % in harter Währung zu besichern waren. Zieht man in Betracht, daß der marktübliche Zinssatz dieser Tage in den Großstädten bei mehr als dem Doppelten der Regierungsanleihen lag, mag es nicht verwundern, daß sich wenige Anwärter für die Gründung von Nationalbanken fanden, siehe (Tatekawi 1991: 7 ff.).

<sup>96</sup> Zu der Haltung der Mitsui zur Gründung einer gemeinsamen Bank mit den Ono, siehe (Mitsui kabushiki gaisha 1957: 68 f.); (Miyamoto 1970: 658). Besonders schien die Familie der Verlust des Gebäudes, das die Mitsui für eine von ihnen geführte Zentralbank hatten errichten lassen, zu treffen.

<sup>97</sup> Für Details über die Gründung der Bank siehe (Ohara und Kiga 1968: 89 f.); (Yasuoka 1982: 76 f.).

Geschäftsablauf, bis 1874 die plötzliche Heraufsetzung der Rücklagen für staatliche Gelder, darunter auch die Einlagen des im Aufbau befindlichen Postsparwesens, auf bis zu 100 % stieg und die Ôno ruinierte<sup>98</sup>. Dadurch bot sich den Mitsui endlich die ersehnte Gelegenheit die Kontrolle der Bank zu übernehmen<sup>99</sup>. Aber Shibusawa, als Direktor der Bank und Vertreter des Finanzministeriums, widersetzte sich so vehement, daß die Mitsui resignierten und ihr Engagement bei der *Dai-ichi kokuritsu ginkô* verringern mußten, um sich 1876 schließlich durch Gründung der ersten Privatbank Japans völlig zurückzuziehen:

*”The Mitsui house did not fight this, because it was afraid that it would hurt its long-run interests of maintaining close connections with the government. In this crisis Shibusawa dramatically asserted his power and control, and Mitsui influence in the First National Bank waned thereafter, [..]”*<sup>100 101</sup>.

### 3.5.1.3 Die Gründung der ersten Privatbank

Obwohl die Vorschriften für die erste Privatbank Japans ungleich strikter als für Nationalbanken waren, hofften die Mitsui, auf diese Weise ihre unternehmerische Selbstständigkeit zurückzuerlangen. Die von der Regierung favorisierte modernwestliche Inkooperierung durch Aktien war nie auf rechten Anklang gestoßen, so daß man bei Gründung der Mitsui Bank bewußt die Partnerschaft wählte, in der externer Einfluß eliminiert, Verantwortung gebündelt und die Haftung auf ein Familienmitglied konzentriert werden konnte. Der Plan, die Haftung zu beschränken, mußte aber wegen

<sup>98</sup> Durch einen Kredit in Höhe von Yen 1 Mio. der Oriental Bank, den Inoue vermittelt hatte, gelang es den Mitsui, die erforderlichen Reserven aufzubringen, siehe (Hadley 1979: 36 f.); (Takeda 1997: 68f. ); (Ishii 1991: 218 ff.).

<sup>99</sup> Zu Details und Zahlen für die von den Ôno gehaltenen staatlichen Gelder und den Bankrott des Hauses siehe (Miyamoto 1970: 679 ff.).

<sup>100</sup> Zitiert nach (Patrick 1999: 45).

<sup>101</sup> “As far as the institution [First Bank] has been established carrying `the Bank` as its title, I think that the issue department [of the Ministry of Finance] would not ignore the fact that Mitsui Gumi have treated the Bank as its branch shop. As the situation might be considered to cause certain inconveniences, the Bank should, I think, be put in a position free from such shortcomings when the revisions of the National Bank Decree would be made.” Zitiert nach (Tamaki 1992: 40). Spannungen als Ergebnis dieses Konfliktes zwischen Shibusawa und dem leitenden bantô der Mitsui, sollten die Mitsui später motivieren, Shibusawa, “[..] taking advantage of his idealistic nature [..]”, aus einem weiteren gemeinsamen Projekt, der Ôji seishi (Ôji Papierwerke), die eine Monopolstellung hielt, herauszudrängen, zitiert nach (Roberts 1973: 142); ( Nakagwa 1975: 11 f.); (Matsumoto 1979: 530); (Edo 1986: 209 f.).

des Widerstands des Finanzministeriums vorerst aufgegeben werden. Das Mißtrauen der Behörden vor einer Schwemme unterkapitalisierter Privatbanken blieb jedoch unbegründet, denn mit 30 Filialen stellte Mitsui nach der 15. Nationalbank nicht nur das größte Bankinstitut, sondern blieb auch für die folgenden drei Jahre die einzige Privatbank Japans. Erst nach 1879 setzte das erwartete Wachstum ein, so daß ihre Zahl vier Jahre später auf 204, und bis 1892 – abzüglich 86 Konkursen – auf 410 Institute anwuchs (siehe Tabelle 7).

Im Gegensatz zu den übrigen Privatbanken profitierte Mitsui weiterhin von der Unterstützung des Staates. Im Durchschnitt hatten zinsfreie Steuergelder und Depositen des Postsparswesens knapp 30 % der Einlagen der Nationalbanken betragen. Selbst nachdem die Mitsui sich durch den Rückzug aus der *Dai-ichi kokuritsu ginkô* und Gründung einer Privatbank am 23.05.1876 der Form nach von der Regierung zu lösen schienen, ging ein Großteil des Kapitals auf die Mitsui Bank über<sup>102</sup>. Sie blieben *seishô* und wurden ihnen so weiterhin Privilegien zuteil, brachten diese in Folge jedoch vermehrt Nachteile mit sich. Gerade der Umstand, daß Mitsuis Einfluß auf dem Wohlwollen politischer Persönlichkeiten beruhte, machte sie für Interessenkonflikte anfällig. So nahm das Volumen von Kulanzkrediten, die die Bank bei Strafe des Verlusts ihrer Privilegien nicht ablehnen konnte, für die Bank bedrohliche Ausmaße an<sup>103</sup>.

Allein 1882 beliefen sich solche schwer einzutreibenden Darlehen auf eine Summe von ¥ 3.5 Mio.. Die Gründung einer Zentralbank (*Nihon Ginkô*), die 1882 ihre Arbeit aufnahm, beraubte die Mitsui zusehens der Vorteile ihrer engen Bindung an die Regierung<sup>104</sup>. In Konsequenz wurde die Bank reorganisiert, Führungspositionen durch Außenseiter besetzt, bis die Verwaltung staatliche Gelder letztlich ganz abgelehnt

---

<sup>102</sup> So waren es insbesondere die späteren sog. "genrô" (ältere Ratgeber) aus dem ehemaligen Chôshû, zu denen die Mitsui enge Kontakte unterhielten. Schon vor der Meiji Restauration hatte die Familie dem daimyô Chôshû als Finanzagenten gedient, und sie waren auch die ersten *chônin*, die sich entschlossen die Gegner des *Bakufu* finanziell zu unterstützen. Insbesondere Yamagata Aritomo, der Begründer der modernen japanischen Armee und einflußreichster *genrô* nach dem Tod von Ôkubo Toshimichis, sowie Inoue Kaoru nahmen den Mitsui gegenüber die Rolle politischer Förderer ein. Die enge Verbindung sollte die Zeit der *genrô* überdauern und sich in einer Allianz mit dem politischen Nachkommen der *Seiyûkai* Partei fortsetzen. Demgegenüber unterstützte Ôkuma Shigenobu Iwasaki Yataro den Gründer des Mitsubishi Imperiums und schärfsten Rivalen der Mitsui. Diese Polarisierung sollte sich durch die von Ôkuma als Gegenstück zur *Seiyûkai* gegründeten *Kenseikai*, später *Minseitô*, bis in die Parteiendemokratie der *Taishô* Periode fortsetzen, siehe (Hall 1968: 309).

<sup>103</sup> Neben den Verpflichtungen, die den Mitsui aus ihrem *seishô* Status erwachsen, war es auch der nach Minomuras Tod wiedererstarkende konservative Familieneinfluß, der für die desolate Situation der Bank verantwortlich war, siehe (Chimoto 1998: 163 ff.); (Tatekawi 1991: 7); (Mitsui Bunko 1980: 102 f.).

<sup>104</sup> Die Zusage an Minomura wurde 1882 ein weiteres Mal verlängert.

wurde; ein Affront, der jeder anderen Unternehmensfamilie außer den Mitsui den Ruin gebracht hätte<sup>105</sup>.

### 3.5.2 Die Rolle des Staates beim Aufbau des Finanzwesens

Obwohl die staatliche Protegierung der Mitsui die Gründung der *Dai-ichi kokuritsu ginkô* genau wie später der Privatbank erst ermöglicht hatte, war sie für den Erfolg nicht ausschlaggebend. Vielmehr waren Staatsaufträge an die Familie, die in der Ausgangsphase einen Großteil der Aktivitäten beider Banken dargestellt hatten, wie das Scheitern der Ôno und der Shimada beweisen, ein zweiseitiges Schwert.

Das Beispiel verdeutlicht, wie sich die Privilegierung nach Abschluß der Initialphase mehr und mehr als Ballast herausstellt, von dem sich die *seishô* lösen mußten. Patrick hält dem in seiner Studie über die frühe Entwicklung des japanischen Bankwesens entgegen, wie stark, so auch Reimann, das "Krückenliefern" (*matsubazue*) während der ersten Jahrzehnte nach Einführung eines modereren Finanzwesens gewesen war. So war laut Patrick die staatliche Subventionierung des Bankwesens umfangreicher als die anderer Industriesparten. Die Notenausgabe der Nationalbanken trug den Charakter eines zinslosen Kredites: "Analytically, it is reasonable and useful to classify this right to issue – typically reserved to governments and central banks – as a form of government credit to the (private) national banking system."<sup>106</sup> Dies betraf vor allem den Zeitraum nach der Revision des ersten Bankgesetzes im Jahr 1876.

Patrick zufolge begleitete die Notenemission zwei weitere Formen der Subvention: Staatliche Einlagen, wie die des jungen Postsparwesens und der Transfer öffentlicher Gelder wie Steuern, die insbesondere in den Jahren bis zur Gründung der japanischen Zentralbank einen hohen Anteil an den Geschäftsaktivitäten der Nationalbanken einnahmen. Die dritte Form staatlicher Unterstützung gewann erst um die 1890er an Bedeutung und bestand in Direktkrediten der Zentralbank, die anfangs zinslos und in Folge zu geringen Zinsen vergeben wurden (Morikawa 1992: 25).

Obwohl Patrick zuzustimmen ist, daß die Meiji Regierung die Einführung eines modernen Finanzwesens als Voraussetzung für eine rasche Industrialisierung

<sup>105</sup> Siehe (Yui 1970: 57).

<sup>106</sup> Zit. aus (Patrick und Teranishi 1978: 25); (Patrick 1996;1967).

betrachtete und seinen Aufbau vor allem in der Initialisierungsphase maßgeblich unterstützte, war die Lösung aus der staatlichen Umklammerung die eigentliche Reifeprüfung der Banken:

*“ The development [...] in fact shows that the risks and uncertainty involved in dependence on government support were not conducive to long-term growth. Mitsui and Mitsubishi, for example, were able to begin developments as zaibatsu only after they had stopped being government purveyors. ”*<sup>107</sup>.

Banken, wie die 15. Nationalbank, die diesen Schritt nicht zu vollziehen imstande waren, sollten letztlich über den Interessenkonflikt, der mit der engen Beziehung zu Regierungskreisen einherging, Bankrott gehen.

### 3.5.2.1 Das Ende des Nationalbankwesens

Obleich die Meiji Regierung durch die Einführung der Nationalbanken die Problematik die Kapitalknappheit angesprochen hatte, war der Erfolg des Projektes dürftig. Nachdem Ôkuma Shigenobu, einer der engagiertesten Befürworter des Nationalbanksystems aus der politischen Führungsriege ausgeschieden und Matsukata Masayoshi als Finanzminister eingesetzt worden war, faßte er den Zustand des japanischen Bankwesens wie folgt zusammen: *“While political feudalism with its particularism and separatism, with its several hundred semi-independent jurisdictions, has been happily overthrown, in financial matters we seem to be now living under a system of bank feudalism.”* (Matsukata 1899: 6).

Tatsächlich war die Betätigung der Nationalbanken und ihre Zusammenarbeit untereinander auf ein Mindestmaß beschränkt. Auch die Erwartungen, daß die Nationalbanken *venture* Kapital für moderne Industriezweige akkumulieren könnten, wurden enttäuscht. Bereits 1883 überstiegen sie das Kreditvolumen der Privatbanken - schließt man die Quasi-Banken mit ein - und das der Nationalbanken bei weitem. Ein anderes Problem war der chronische Mangel an Devisen für den Import westlicher

---

<sup>107</sup> Patrick prägte den Begriff *“supply-leading”* für die Entwicklung des japanischen Finanzwesens, in dem die Regierung Institutionen zur Kanalisierung von *venture* Kapital initiierte, bevor die Nachfrage durch junge Industrieunternehmen einsetzte, siehe (Patrick 1999: 11;1967).

Technologie, der ebenso wie die Finanzierung essentiell für die von der Regierung anvisierte Industrialisierung war.

### 3.5.2.2 Direktfinanzierung des Außenhandels

Die Mobilisierung begrenzter Kapitalressourcen für den Import ausländischer Technologie stellte die eigentliche Achillesferse der Industrialisierung dar. Widerwillig, Japan von ausländischem Kapital abhängig zu machen, hatte bereits Ôkuma Shigenobu als Finanzminister das Konzept einer Bank für Devisen und Edelmetalle in Japan ersonnen. Auf diese Weise sollte gehortetes Gold und Silber seinen Weg zurück in den Handel finden. Realisiert wurde das Konzept durch die Yokohama Devisen Bank (*Yokohama shôkin ginkô*), die als halb-öffentliches Finanzinstitut mit einem Eigenkapital von ¥ 3 Mio. in Silber im Jahr 1880 als erstes spezielles Finanzinstitut gegründet wurde. Die Einlagen der Bank bestanden zu zwei Dritteln aus staatlichen Geldern. Auf dem Hintergrund einer schnellen Entwertung der umlaufenden Banknoten von bis zu 55 % verschwanden Edelmetalle jedoch verstärkt vom Markt. Bereits zwei Monate nach Gründung verlor die Bank damit gegen die äußeren Umstände und nach weiteren Darlehen der Regierung in Höhe von ¥ 3,5 Mio. auch ihre Selbstständigkeit<sup>108</sup>. In Folge verlagerte das Institut seinen Schwerpunkt auf die Finanzierung des schleppenden japanischen Exports (*jikyûshitsu*) designierter Industrien (Yokohama shokin ginkô (Hg.) 1978: 22 ff.).

Der Plan, durch Kontrolle des Außenhandels das drängende Devisenproblem zu lösen, stammte von Maeda Masana, einem jungen Finanzbeamten und Vertrauten Matsukatas. In Frage kamen arbeitsintensive Industriesparten, die geringerer Investitionen bedurften, wie Tee und Seide. Die Bank trat als Mittler zwischen Produzenten und Händlern auf, die Produzenten staatliche Kredite in japanischen Banknoten auszahlte und aus dem Ausland Devisenwechsel bezog. Durch Filialen der Yokohama Devisen Bank in Übersee wurde der Betrag eingelöst und nach Japan transferiert. Die erfolgreiche

---

<sup>108</sup> Formell nachvollzogen wurde diese Entwicklung durch Änderung der Geschäftsbestimmungen 1883, nachdem die von Matsukata eingeleitete Deflation sich in außerordentlichen Verlusten der Yokohama Devisen Bank niedergeschlagen hatte. 1887 folgte eine weitere Revision der Regularien, die die Bank als spezielles Finanzinstitut definierte. Im Bankwesen unter der Zentralbank angesiedelt, sollte fortan der Vizegouverneur der BOJ gleichzeitig die Position des Direktors der Yokohama Devisen Bank ausfüllen.

Direktfinanzierung des Außenhandels diente mehreren Zielen; saisonale Überschüsse der Landwirtschaft fanden ihren Weg auf internationale Märkte, während Devisen nach Japan flossen. Produzenten realisierten Gewinne schneller, um sie reinvestieren zu können. Schließlich stellten das System auch einen geeigneten Mechanismus dar, um die neuen Banknoten in Umlauf zu halten.

Die Aktiva der Bank stiegen im Zeitraum von 1881 bis 1887 von ¥ 6.434 Mio. auf ¥ 27,599 Mio. an, während sich das Netzwerk durch Korrespondenz zu führenden internationalen Finanzinstituten wie der Lloyd's Bank in Übersee ausdehnte. Bei ansteigendem Exportvolumen wuchs die Diskontierung von Handelswechseln auf ausländische Währungen von ¥ 670.000 im Jahr 1881 auf ¥ 25 Mio. im Jahr 1887 an (Yokohama shokin ginkô 1978: 91f.). Innerhalb nur eines Jahres stiegen die Devisenbestände der japanischen Regierung von ¥ 7.2 Mio. auf ¥ 12.7 Mio. und die Bank war ein essentieller Bestandteil des japanischen Finanzwesens und Außenhandels geworden.

### 3.5.2.3 Die Einführung des Zentralbankwesens

Mit dem politischen Fall Ôkumas verloren auch die Befürworter des Nationalbankwesens an Rückhalt. Sein Nachfolger war Matsukata Masayoshi, der bereits indirekt die Umfunktionierung von Ôkumas Geisteskind, der Yokohama Devisen Bank, lanciert hatte. Matsukata war seit seiner Reise ins europäische Ausland begeistert davon, eine Zentralbank nach belgischem Muster einzuführen. Seiner Meinung nach waren die Nationalbanken für die galoppierende Inflation verantwortlich. Deren Abschaffung, der Einzug unkonvertibler Banknoten und die Einführung einer japanischen Zentralbank sollten die Situation verbessern.

Bereits vor Antritt seines Ministerpostens hatte er 1881 dieses Konzept in seiner Schrift *Zaiseigi* (Über die Finanz, Übers.d.Verf.) umrissen. Offen blieb nur, ob man sich eines existierenden Instituts, wie der Yokohama Devisen Bank oder der 15. Nationalbank, bedienen sollte. Letztlich kam es 1882 zur Gründung einer neuen Zentralbank, die komplementiert durch spezielle staatliche Finanzinstitute einem privaten Bankwesen vorstehen sollte. Die Yokohama Devisen Banks sollte weiterhin

derselben Aufgabe nachgehen,“[..] *in order successfully to effect the augmentation of the Devisen reserve which was to be applied to redeeming [unconvertible national and governmental, Anm.d.Verf.] paper money, the most appropriate method would be to absorb Devisen from abroad by properly engaging in transactions connected with the foreign bills of exchange;*” (Matsukata 1899: 6).

Die Aufgabe, sich der in Umlauf befindlichen, unkonvertiblen Banknoten in Höhe von ¥ 153 Mio. zu entledigen, war also eng mit der Tätigkeit der Yokohama Devisen Bank verknüpft, so daß sie für eine Umfunktionierung zu einer Zentralbank nicht in Frage kam. Im Juni 1882 wurde ein 25 Artikel umfassendes Statut mit Regularien nach belgischem Vorbild für die neue Zentralbank *Nihon ginkô* (Bank von Japan) veröffentlicht. In den Artikeln 18, 19, 21 und 23 wurde sie dem Finanzministerium unterstellt, mit der einzigen Einschränkung, Artikel 14, sich das Recht der Notenausgabe vorzubehalten. Auf dem Hintergrund einer konjunkturellen Belebung stabilisierte sich das im Umlauf befindliche unkonvertible Geld, so daß man mit einem Regularium im Mai 1884 für die Ausgabe konvertibler Banknoten die Einführung konvertibler Noten in Angriff nahm. Die erste Emission der neuen Zentralbank in Höhe von ¥ 3.8 Mio. verlief erfolgreich und markierte den Abschied des japanischen Finanzwesens von den chaotischen Zuständen der Meiji Periode<sup>109</sup>. Ein interessanter Aspekt der Kooperation unter staatlichen Finanzinstituten war, daß durch Unterstützung der Zentralbank mittels Einlagen, die Yokohama Devisen Bank in die Lage versetzt wurde, innerhalb Japans exportorientierte Unternehmen durch günstige Darlehen zu subventionieren. Damit traten erstmals staatliche Finanzinstitute in direkten Wettbewerb mit den Privatbanken ein.

---

<sup>109</sup> In einem Vergleich zwischen dem US-amerikanischen Vorbild und japanischen Nationalbanken kommen Miyajima und Weber im Fazit zu der Schlußfolgerung, daß sich anfängliche Schwierigkeiten, wie mangelhafte Kenntnisse des modernen Bankgeschäfts, geringe Kapitalisierung und ungenügende Intermediation mit zunehmender Reife hätten bewältigen lassen, siehe (Miyajima und Weber (2000)).

### 3.5.2.4 Anordnung des Finanzwesens

Der sich im Zeitraum von 1881 bis 1884 vollziehende Anstieg der Banknoten in Umlauf von ¥ 153 Mio. auf ¥ 172 Mio. war Bestandteil des Plans, die unkonvertiblen Noten von Staat und Nationalbanken allmählich durch neue silberkonvertible Banknoten der *Nihon ginkô*, kurz *Nichigin*, zu ersetzen. Durch Revision des Bankgesetzes von 1872 im Jahr 1883 wurde die Rolle der Zentralbank definiert und den Nationalbanken das Recht genommen, Banknoten zu emittieren. Ihren Status durften die Banken bis Ende einer festgeschriebenen Zeitspanne beibehalten, bevor sie sich als normale Banken (*futsû ginkô*) neben den Privatbanken in das kommerzielle Bankwesen einreihen mußten<sup>110</sup>. Die hohe Akzeptanz des neuen Zentralbankengeldes beruhte auf einem sicheren Fundament aus Devisen, was dem Erfolg der *Yokohama Devisen Bank* zu verdanken war. Für die Nationalbanken, wie für einige Privatbanken bedeutete die Gründung der Zentralbank, sich von der Verwaltung staatlicher Gelder und die Vergabe von Darlehen an den japanischen Staat verabschieden zu müssen<sup>111</sup>. Im Jahr 1884 wurden Zinszahlungen und die Emission staatlich garantierter Anleihen, z.B. für die Finanzierung des Aufbaus eines Eisenbahnnetzes, an eine neugegründete Schatzabteilung übertragen.

Der russisch- japanische Krieg, der mit dem ersten Sieg einer asiatischen Nation über einen der modernen Staaten des Westens endete, war nicht nur ein Beweis für den Erfolg der staatlich initiierten Industrialisierung, sondern verschaffte Japan den langersehnten internationalen Respekt und damit erleichterten Zugang zu internationalen Kapitalmärkten.

---

<sup>110</sup> Eine Verlängerung der Lizenz durch das Finanzministerium wurde mittels der revidierten Fassung des Bankgesetzes von 1883 (Artikel 12) an die Aufgabe des Privilegs der Banknotenausgabe geknüpft. Die Nationalbanken gingen daher allmählich im Privatbankwesen auf, vgl. (Tamaki 1995: 74 f.).

<sup>111</sup> Die Verwaltung der Postspargelder war bereits 1881 auf das Finanzministerium übertragen worden.

### 3.5.3. Konsolidierung des japanischen Finanzwesens

Durch die Transformierung der Nationalbanken in gewöhnliche kommerzielle Banken bis 1899 veränderte sich auch ihre Anteilseignerschaft. Hatte die Revision des Bankengesetzes vor allem ehemaligen *bushi* die Gründung von Nationalbanken erleichtert, begann ihr Anteil der Anteilseignerschaft in den 1890er zu schwinden<sup>112</sup>.

Insgesamt wuchs das Bankwesen zumindestens zahlenmäßig weiter an. Allerdings war ein Großteil der neuen Institute unterkapitalisiert und diente oft nur dem Zweck, Kapital für ihr eigenes Gründerunternehmen bereitzustellen<sup>113</sup>. Bis 1896 wuchs die Zahl der Privatbanken auf 1005 mit eingezahltem Kapital von ¥ 89 Mio. weiter an (siehe Tabelle 7). Von 1888 bis 1901 wuchsen private Bankeinlagen um mehr als das 7,5-fache, während das Kreditvolumen um das 6-fache anstieg (siehe Diagramm 3). Durch die Neuauflage des Bankengesetzes von 1890 hatte das japanische Bankwesen eine überfällige Konsolidierung erfahren, die bisherige Beschränkungen auflöste. Obgleich im Finanzministerium bereits zu diesem Zeitpunkt Sorgen über eine Destabilisierung des Finanzwesens durch eine Zunahme unterkapitalisierter Banken herrschte, schieg sich das neue Bankgesetz allerdings über eine Mindestkapitalisierung aus<sup>114</sup>.

#### 3.5.3.1 Die Bank von Japan

Obgleich die Aktien- und Terminmärkte im Japan vor 1945 nur eine marginale Rolle spielten, war doch hier eben jene Schwachstelle, die die erste Krise des

---

<sup>112</sup> Die Rolle ehemaliger samurai während der Industrialisierungsphase Japans verlief in zwei unterschiedlichen Formen. Während man für *bushi*, die sich im Kommerz und in der Leichtindustrie engagierten, die Phrase "*shizoku no shôho*", für die hochmotivierte, aber stümperhafte Geschäftspraxis der hochwohlgeborenen Herren prägte, schienen sie für Regierungsdienste im allgemeinen und in Großunternehmen gut geeignet: "*Their personalities were compatible with non-profit seeking activities and not to private business which required calculation and alertness.*" (Shôda 1980: 21)

<sup>113</sup> Ursprünglich beinhaltete das Bankengesetz von 1890 eine Vorschrift, die Kredite an einzelne Kunden der Bank auf maximal 10 % des Eigenkapitals begrenzte. Doch wegen Protesten der Großbanken, die enge Affiliation zu Unternehmensgruppen hatten, oder kleineren Banken, die lediglich der Finanzierung ihrer Mutterfirmen dienten, wurde die Beschränkung fünf Jahre später wieder aufgehoben und leistete so Vorschub für eine chronische Instabilität des japanischen Bankwesens, die letztlich zu der Großen Finanzpanik von 1927 führte.

<sup>114</sup> So wollte die Regierung den freien Wettbewerb nicht unnötig behindern und verzichtete daher auf Regularien hinsichtlich der Größe neuer Banken.

Zentralbankwesens auslösen sollte. Die durchschnittliche Kapitalisierung bewegte sich um klägliche 30 %, so daß es für eine Krise nur einer Mißernte in der nach wie vor agrarisch dominierten Wirtschaft bedurfte. Die Zentralbank reagierte auf Krisen souverän und schuf durch Diskontierung ausgewählter Aktien eine zusätzliche Kapitalquelle. Damit stellte die Bank ihre Fähigkeiten, als *“lender of last resort”* erfolgreich unter Beweis. Im Zeitraum von 1890 bis 1897 wuchsen Vermögenswerte der Zentralbank rasch von ¥ 153 Mio. auf knapp ¥ 360 Mio.. Gleichzeitig schritt der Einzug der alten Banknoten in die neuen silberkonvertiblen Noten der Zentralbank zügig voran, so daß die Notwendigkeit zur Bildung von Rückstellungen für die Vernichtung der Noten stetig abnahm. Das Volumen der neuen Banknoten wuchs von ¥ 103 Mio. im Jahr 1890 auf ¥ 226 Mio. im Jahr 1897 an. Die BOJ eröffnete im gleichen Zeitraum sieben neue Filialen und Niederlassungen, davon eine im Ausland. Trotz des Erfolges vermochte die Bank nicht, wie geplant, durch Kontaktaufnahme mit ausländischen Firmen und die Ausweitung ihrer internationalen Aktivitäten in das Geschäftsfeld der Yokohama Devisen Bank einzubrechen. In Folge sollte sich stattdessen eine Kooperation zwischen den beiden Banken herausbilden, die die als zusätzliches Element das japanischen Finanzsystems stützte.

### **3.5.4 Das Bankwesen der Vorkriegszeit**

Nach der geglückten Einführung einer Zentralbank, dem erfolgreich verlaufenden Devisenhandel der *Yokohama Shokin Ginkô*, wurden spezielle Finanzinstitute eingeführt, die ihre Tätigkeiten komplementieren und Unzulänglichkeiten des Privatbankwesens kompensieren sollten. Gleichzeitig wurden durch die Institute geeignete Medien geschaffen, durch die der Staat nach dem Vorbild der *Yokohama Devisen Bank* einzelne Industriesparten bzw. Projekte gezielt fördern konnte.

### 3.5.4.1 Die Hypotheken Bank

Insbesondere die Entwicklung einer international konkurrenzfähigen Schwerindustrie erforderte hohe Investitionen, die selbst die *zaibatsu* Banken zu verhaltenem Engagement zwangen und für die 1895 die *Nippon kangyô ginkô* (Japanische Hypotheken Bank) gegründet wurde<sup>115</sup>. Mit einem Grundkapital von ¥ 10 Mio., davon ¥ 2.5 Mio eingezahlt, und einer Niederlassung in Tôkyô stand dem Institut die Emission von staatlich garantierten Anleihen für die Finanzierung ihrer Tätigkeit zur Verfügung<sup>116</sup>.

Die *Nippon Kangyô Ginkô* setzte sich 1896 an die Spitze eines landesweiten Netzwerks aus Industrie & Landwirtschaftsbanken (*nôkô ginkô*), die in den Präfekturen operierten und durch die die Hypothekenbank als Zentrale Gelder an Unternehmen verteilten. Ähnlich wie die Hypothekenbank finanzierten sich die Industrie- und Landwirtschaftsbanken durch Begabe von Anleihen, die wiederum als Sicherheiten für Kredite der Hypothekenbank dienten. Im Gegensatz zur *Nippon kangyô ginkô* durften sie jedoch Depositen annehmen und mit Genehmigung des Finanzministeriums neue Filialen eröffnen.

### 3.5.4.2. Die Hokkaidô Kolonialbank

Der Abgeschlossenheit der zweitgrößten Insel Japans, Hokkaidô, trug 1899 die Gründung eines weiteren speziellen Finanzinstituts, der *Hokkaidô takushoku ginkô* (Hokkaidô Kolonialbank) mit ¥ 3 Mio. Eigenkapital, Rechnung<sup>117</sup>. Die Bank wurde

---

<sup>115</sup> Zur gesetzlichen Implementierung auf Grundlage des *Nihon kôgyô ginkôn hô* (Industriebankengesetz) (*Nihon Kôgyô Ginkô Chôsa-bu* 1998: 115 ff.).

<sup>116</sup> (*Nihon Kôgyô Ginkô Chôsa-bu* 1998: 121ff, 261 ff.).

<sup>117</sup> Bis in die erste Hälfte des 19 Jhd. blieb Hokkaidô ein größtenteils unerschlossener Teil Japans. Bis 1868 verwalteten zwar die Matsumae *daimyô* von dem der japanischen Hauptinsel nächstgelegenen gleichnamigen Winkel *Ezô*, wie Hokkaidô damals hieß. *De facto* waren aber große Inselteile unerforscht, die Zahl der ansässigen Ureinwohner, der Ainu, nicht erfaßt und nur ein Bruchteil der japanischen Bevölkerung dort vor allem aus strategischen Gründen angesiedelt, siehe (Baron 1973: 52 f.) Verantwortlich für die schleppende Besiedlung zeichnen neben der geographischen Entfernung zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum auf Honshû vor allem das rauhere Klima. Noch heute leben auf dem Gebiet Hokkaidô auf 83,452 qkm lediglich 5,92 Mio. Einwohner, was einem Prozentanteil von 4,7 % der Bevölkerung entspricht, siehe (Präfektur Hokkaidô 2004). Der halb-staatliche Charakter drückte sich auch in der Zusammensetzung der Anteilseignerschaft aus, zur

autorisiert, sowohl herkömmliche Bankgeschäfte abzuwickeln, als auch ähnlich der Hypothekenbank durch subventionierte Kredite ausgesuchte Industrieprojekte zu fördern. 1910 wurde die Gesetzgebung für spezielle Finanzinstitute revidiert und auch der *Nippon kangyô ginkô* die Erlaubnis gegeben, sich über Einlagen Kapital zu erschließen. Im Zeitraum von 1897 bis 1911 gelang es den drei neuen staatlichen Finanzinstituten, ihre Einlagen mit ¥ 37,7 Mio. mehr als zu vervierfachen, die Begabe von Anleihen erreichte ein Volumen von ¥ 174,9 Mio., während die Kredite auf ¥ 227,9 Mio. answollen.

### 3.5.4.3 Die japanische Industriebank

Doch es fehlte weiterhin an einem institutionalisierten Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten. Dieses Manko sollte die Gründung eines speziellen Finanzinstituts, der *Nippon kôgyô ginkô* (Japanische Industriebank), 1900 beheben. Zugleich sollte durch das neue Finanzinstitut die fehlende Existenz eines funktionierenden Marktes in Japan kompensiert und eine Mobilisierung untätigen Kapitals geleistet werden. Mit einem Eigenkapital von ¥ 10 Mio. ausgestattet, sollte das Finanzinstitut sowohl Darlehen auf Anleihen und Aktien staatlicher Körperschaften wie designierter privater Unternehmen vergeben, als auch wie die Yokohama Devisen Bank Emission im In- und Ausland durchführen und treuhänderisch Wertpapiere verwalten. Berühmtheit erlangte die Bank durch ihr Engagement bei der Finanzierung kolonialer Entwicklungsprojekte, wie z.B. der Südmandschurischen Eisenbahn<sup>118</sup>. Die tatsächliche wirtschaftliche und monetäre Eingemeindung neuer Kolonien nach den Siegen im sino-japanischen Krieg von 1895 und russisch-japanischen Krieg von 1905 erfolgte durch die Einrichtung der Bank von Taiwan 1897 und durch die Bank von Korea 1911.

---

gesetzlichen Fundierung, zum Kapital und zu den Geschäftsaktivitäten, siehe (Nihon takushoku ginkô 1972: 30 ff., 46, 563).

<sup>118</sup>Die Yokohama Devisen Bank eröffnete bereits 1893 in Shanghai ihre erste chinesische Niederlassung. Durch die Südmandschurische Eisenbahn vergaben sowohl die Yokohama Devisen Bank als auch die Industriebank Kredite für die Erschließung von Rohstoffen wie z.B. die Fushin Kohlemine oder die Tayeh Mine, siehe (Wilkins 1986: 214 f.). Private Investitionen gingen zum größten Teil in leichte Industrien wie Textil- oder Streichholzproduktion. Erst vglw. spät sollten sich auch die *zaibatsu* zu großangelegten Investitionen im Zusammenhang mit dem japanischen Militarismus wie der Schwerindustrie durchringen können, siehe (Jones 1985: 67 ff.).

Beiden Finanzinstituten oblag es als Zentralbanken, die Erschließung wirtschaftlicher Ressourcen durch Finanzierung der größtenteils von japanischen Unternehmen gegründeten Industrieprojekte für das Mutterland voranzutreiben. Durch Verdrängung bisher in Umlauf befindlicher Zahlungsmittel wurde die militärische Dominanz durch wirtschaftliche Abhängigkeit komplettiert. Insbesondere in den unter japanischem Einfluß stehenden Gebieten in der Mandschurei, aus denen der Marionettenstaat Manchukuo entstehen würde, sollte die Verbreitung japanischen Geldes das Währungssystem Chinas erodieren und einer militärischen Expansion Vorschub leisten.

#### **3.5.4.4 Die Dominanz der *zaibatsu* Banken**

Es herrscht Uneinigkeit über die Rolle, die die großen *zaibatsu* Finanzinstitute anfangs des 21. Jahrhunderts einnahmen. In Hinsicht auf die Vervollkommnung des japanischen Finanzsystems durch staatliche Finanzinstitute und deren Einfluß auf die wirtschaftliche Expansion Japans in den neugewonnenen Kolonien, bleibt festzuhalten, daß die *Dai-ichi kankgyo ginkô* der monetären Annexion des Staates insofern vorgegriffen hatte, als daß sie 1908 mit 8 Filialen bereits auf dem koreanischen Festland vertreten war. Dort übte sie bis zur Gründung der Bank von Korea die Funktion einer Zentralbank aus. Während manche die Dominanz der sog. "5 Großen", *Dai-ichi kanyô ginkô*, *Mitsui ginkô*, *Mitsubishi ginkô*, *Sumitomo ginkô*, *Yasuda ginkô*, betonen, orientiert sich die Gegenmeinung am Anteil der *zaibatsu* am Gesamtvolumen der Depositen und Krediten.

Während es richtig ist, daß ihr Anteil am gesamten Einlagevolumen von 1897 bis 1901 unverändert um die 20 % verharrte und ihr Anteil an Krediten sogar von 33.1 % auf 17.7 % fiel, war es ihre Rolle in den großen Unternehmensgruppen, die ihren tatsächlichen Einfluß ausmachte. Am Beispiel der Mitsui wird deutlich, daß gerade durch Diversifizierung die eigentliche „Marktmacht“ entstand. Nach der *Dai-ichi kokuritsu ginkô*, die sie auf Druck hatten verlassen müssen, war die Mitsui Bank die erste und bis auf weiteres einzige japanische Privatbank. Ausgehend von der Bank baute die Familie mit *Mitsui bussan* (Mitsui Handel) 1876 im Export-Import und mit *Mitsui kôzan* (Mitsui Bergbau) 1893 zwei weitere 100 % Tochterunternehmen auf, die

zusammen mit der Bank die drei Pfeiler des heranreifenden *zaibatsu* darstellten. Den Töchtern gelang es wiederum, sich so in den jeweiligen Sparten zu etablieren, daß sich um sie selbst eigene Unternehmensgruppen formten, die untereinander finanziell und personell eng verzahnt waren<sup>119</sup>.

Die *Dai-ichi kokuritsu ginkô* verblieb nach Ausscheiden der Mitsui aus der Anteilseignerschaft unter dem alleinigen Einfluß Shibusawas Eiichi, der noch durch das Finanzministerium zum Direktor gemacht worden war. Als erste japanische Bank behielt die *Dai-ichi kokuritsu ginkô* einen elitären Charakterzug bei, der sich in einer engen Beziehung zum Finanzministerium und zur Regierung niederschlug. Obleich Shibuzawa nie versuchte, die *zaibatsu* zu kopieren, tatsächlich widersprach dies seiner unternehmerischen Philosophie, engagierte sich die Bank insbesondere in neuen Industriesparten durch Beisteuerung des nötigen Kapitals, und personell durch Entsendung von Fachleuten. Die Unternehmen, die sich nahezu gleichberechtigt um die Dai-ichi Bank gruppierten, ähnelten den Nachkriegs *keiretsu* eher, als den zeitgenössischen autoritär-hierarchisch aufgebauten *zaibatsu*<sup>120</sup>.

Die Entwicklung des Mitsubishi *zaibatsu* liest sich wie ein umgekehrtes Bild von Mitsui. So begann Iwasaki Yatarô, ein *self-made* Geschäftsmann, erst nach der Meiji Restauration die Strukturen der zweitgrößten Unternehmensgruppe vor 1945 zu legen. 1873 gründete Iwasaki das erste Mitsubishi Unternehmen, *Mitsubishi Shôkai*. Durch Protektion einflußreicher Persönlichkeiten der neuen Meiji Regierung gelang es ihm, durch Verschiffung von Truppen während der Taiwan Expedition 1874 und des *seinan sensô* 1877 eine Monopolstellung in der Schifffahrt zu erringen. Anders als die Mitsui war Iwasaki jedoch darauf bedacht, in möglichst viele unterschiedliche Industriesparten zu diversifizieren<sup>121</sup>. Neben der Schifffahrt erwarb Iwasaki eine ganze

---

<sup>119</sup> Trotz der Bindung an die *ômotokata* (Ursprungsstelle, Übers.d.Verf., hier der Familienrat, der einem Aufsichtsrat ähnlich die Geschäfte überwachte), die die Aktivitäten der Töchterunternehmen kontrollierte, war für die Mitsui – im Gegensatz zum *Mitsubishi* – der starke Einfluß leitender Persönlichkeiten (*bantô*) charakteristisch, z.B. im Fall der Mitsui Bank Nakamigawa Hikojirô, bei *Mitsui bussan* Masuda Takashi und bei *Mitsui kôzan* Takuma Dan. Obwohl die Rivalität Kooperationen, wie bei der Vermittlung von Krediten der Mitsui Bank an das Textilgewerbe und die Landwirtschaft durch *Mitsui bussan*, nicht ausschloß, brachen die Konkurrenten doch wiederholt in die Geschäftsfelder der anderen ein, wie die Vergabe direkter Kundenkredite von Mitsui bussan oder aber die Akquisitionen externer Firmen während der Industrialisierungsperiode der Bank unter Nakamigawa, die in Konkurrenz zu *zaibatsu* Unternehmen standen. Zu Details hinsichtlich der Beteiligungen von *Mitsui kôzan* siehe (Mitsui bunko 1999).

<sup>120</sup> Auffälligster Unterschied zwischen einem *keiretsu* (Unternehmenskette, Übers.d.Verf.) und einem *zaibatsu* ist das Fehlen einer einflußreichen Gründerfamilie. Strukturell trägt das *keiretsu* nahezu egalitären Charakter, während das *zaibatsu* straff hierarchisch aufgebaut ist.

<sup>121</sup> Doch genau wie bei den Mitsui überlebte das Mitsubishi *zaibatsu* nur knapp politische Ränkespiele, als nach Ablösung Ôkumas, der Iwasaki nahe stand, 1882 die Regierung beschloß, die *Kyôdô unyû kaisha* im Konkurrenzkampf mit der Schifffahrtsgesellschaft der Mitsubishi zu unterstützen, um das Monopol

Reihe von Unternehmen u.a. im Bergbau und Brauereigewerbe. Das Engagement im Bankwesen begann durch eine Bankabteilung der *Nippon yûsen* (Mitsubishi Schifffahrt), die 1884 mit zwei angeschlagenen Nationalbanken in die 119. Nationalbank verschmolzen wurde. Statt jedoch wie Mitsui die Bank weiter zu verselbständigen, wurde sie 1895 wieder als Abteilung in die *Mitsubishi gôshi kaisha* (Mitsubishi Kommanditgesellschaft) eingegliedert. Morikawa hält fest: „*Finally there was a fascinating interplay between the organizational structures of the Mitsui and Mitsubishi zaibatsu. [...] In short, movement toward the other's system on the part of each zaibatsu took place.*” (Morikawa, Hidemasa 1992: 214).

Noch älter als die Mitsui waren die Sumitomo, die der Verleihung exklusiver Nutzungsrechte der Besshi Kupfermine im Jahr 1691 ihren Erfolg verdankten. Nach Niederlage des Shogunats war die Familie durch ihre Bindung an das alte System prekär und sie überlebte nur dank der Überzeugungskraft eines ihrer führenden Angestellten, Hirose Giemon. Hirose wurde zur unangefochtenen Autorität des Familienunternehmens und seine ablehnende Haltung verhinderte die Gründung einer eigenen Bank, bis er durch wiedererstarkenden Familieneinfluß 1894 gezwungen wurde, abzutreten. Gleich im folgenden Jahr wurde die *Sumitomo ginkô* mit anfänglichem Kapital von ¥ 1 Mio. gegründet. Die vierte Bank, die das japanische Bankwesen als Teil der “Großen Fünf” dominierte, nahm eine zentrale Rolle in der Entwicklung des Yasuda *zaibatsu* ein. Yasuda Zenjirô, der einem *ryôgae* Hintergrund entsprang, drängte nicht wie die anderen *zaibatsu* Gründer in die Industrie. Stattdessen blieb das Finanzwesen seit der Gründung der Bank 1880 Fokus der Gruppe, die sie auch nach Gründung einer Holding (*hôzensha*) nicht aufgab. Neben dem Bankgeschäft engagierte sich Yasuda besonders für das Versicherungswesen. 1893 erwarb er Mehrheiten an der *Tôkyô kasai hoken* (Tôkyô Feuer Versicherung) und der *Teikoku kaijô hoken* (Kaiserliche Maritim Versicherung).

Die eigentliche Macht der *zaibatsu* entsprang daher nicht einzig aus dem Engagement im Finanzwesen, vielmehr durch ein Netzwerk von Firmen, die dementsprechenden Druck auszuüben imstande waren.

---

Iwasakis zu brechen. Mehrheitlich war die *Kyôdô unyû kaisha* im Besitz der Mitsui, so daß Mitsubishi neben der Regierung eine der ältesten und best etabliertesten Kaufmannsfamilien gegen sich hatte. 1885, nach dem Tod Iwasakis, gelang es Mitsubishi, sich gegen den Rivalen zu behaupten und die Regierung für eine Übernahme, die zur Gründung der *Nippon yûsen kaisha* führte, zu gewinnen, siehe (Iwasaki 1979: 580 f.); auch (Shibagaki 1968, S. 9 ff.); (Kozakai 1993).

### 3.5.4.5 Das japanische Postspargwesen

Parallel zum Aufbau eines modernen Bank- und Finanzwesens, das als Motor dienen sollte, wurde auf der Suche nach ähnlicher Mobilisierung ruhenden Kapitals auch die breite Masse entsprechend dem britischen Vorbild rekrutiert. In Großbritannien war bereits 1861 ein Postsparsystem initialisiert worden, das Anlagemöglichkeiten auch für Kleinstbeträge der breiten Masse bot<sup>122</sup>. Mit einem ähnlichen Angebot, aber differenzierterer Zielsetzung als in England folgte Japan 1875 mit Einführung eines Postspargwesens, das neben der Mobilisierung auch kleinster Sparbeträge gleichzeitig einem aufklärerischen Zweck folgte. Ging doch zu jener Zeit das zweite Experiment der jungen Meiji Regierung im Finanzwesen, das Nationalbankwesen, seiner ersten Revision entgegen, die deswegen notwendig geworden war, weil weder genügend Investoren für die Gründung neuer Banken bereitstanden, noch die von den Nationalbanken emittierten Banknoten sich großer Akzeptanz in der Bevölkerung erfreuten. Den jungen Bankiers war nicht bewußt, daß die Natur des herkömmlichen Bankgeschäfts in der Annahme fremden Kapitals und dessen gewinnbringender Investition bestand. Daher warb man auch nicht um Kunden, erst recht nicht, wenn diese auf dem Lande ansässig und noch dazu nur über geringe Mittel verfügten.

Die Post hingegen verfolgte von Anfang an einen wohlfahrtstaatlichen Auftrag. Das Volk wiederum war nicht angetan, seine Ersparnisse den neuen Banken anzuvertrauen. Beiderseits bestand also nach wie vor die Einstellung, daß Banken und *ryôgae* Geld verliehen und Kundschaft nur insofern hatten, indem sie Kredite an Farmer und Geschäftsleute vergaben. Einer Postbank, deren Angebot sich vor allem an die breite Masse richtete, kam daher ebenso ein erzieherischer Wert für die Bevölkerung zu. Daß insbesondere die Banken, die zu Großbanken unter Einfluß der *zaibatsu* heranwuchsen, weiter eine außerordentlich konservative Einlagenpolitik betrieben, bestätigen die Historien der einzelnen Institute. Somit blieb das Postspargwesen bis auf weiteres die einzige Form der Anlage für kleine Sparer, die in ihrer Gesamtheit jedoch schon bald beachtliche Ausmaße annahm<sup>123</sup>. Auf die Rolle des Postspargwesens wird daher im 5. Kapitel gesondert eingegangen und minutiös dargestellt, daß sich ihre Rolle mit dem angesprochenen wohlfahrtsstaatlichen und erzieherischen Wert nicht erschöpfte.

<sup>122</sup> Belgien hatte bereits vor Japan im Jahr 1870 ähnlich wie Großbritannien eine Postbank eingerichtet. Damit war Japan die dritte Nation weltweit, die gezielt das oft ruhende Kapital des einfachen Volkes in den nun raide verlaufenden Industrialisierungsprozeß miteinband.

<sup>123</sup> Siehe Tabelle Postbank Meiji 8 – Shôwa 53 .

## 4. Das japanische Bankwesen unter dem *main-bank* System

### 4.1 Hintergrund der Veränderungen der Nachkriegszeit

Japanische Banken der Nachkriegszeit sahen sich neben rein ökonomischen Problemen politischem Druck der Besatzungsmächte ausgesetzt. Das traf besonders auf die Banken zu, die von den Alliierten als mitverantwortlich für die japanische Aggression des 2. Weltkriegs angesehen wurden<sup>124</sup>. Dazu zählten neben den speziellen Finanzinstituten, die die militärische Aufrüstung und die Expansion in den Kolonien gefördert hatten, vor allem die *zaibatsu* Banken.

Tatsächlich hatten sich die Gründerfamilien nach den Aggressionen in der japanischen Bevölkerung, die sich gegen das Establishment aus Wirtschaft und Politiker gerichtet hatten, nach der *Taishô* Periode aus der Politik zurückgezogen. Das Verhältnis zwischen den alteingesessenen Familien und den Wortführern einer in den 1930ern zunehmend militaristischer werdenden Bewegung war bestenfalls gespannt. Führende Persönlichkeiten der einzelnen Unternehmensgruppen, wie Takuma Dan, waren bereits Anschlägen zum Opfer gefallen. Dies zeigte deutlich, daß die *zaibatsu* mit den aggressiven Elementen der japanischen Politik keinesfalls ein so gutes Verhältnis unterhielten, wie ihnen nach Kriegsende vorgeworfen wurde. Es war auch kein Zufall, daß die radikalen Kräfte, nachdem sie sich tatsächlich zur Macht aufgeschwungen hatten, sich für die Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele eher der jüngeren Unternehmensgruppen (*shinkô zaibatsu*) bedienten, die in Struktur, Anteilseignerschaft und strategischer Ausrichtung völlig verschieden von den *zaibatsu* waren. Sehr verhalten expandierten *zaibatsu* in kriegsrelevante Industrien, wohlwissend, daß die Schwerindustrie nicht nur kapitalintensiv war, sondern auch bei Kriegsausbruch als erste unter staatliche Kontrolle gebracht würde.

Selbst der Umstand, daß den *zaibatsu* Finanzinstituten zweifelsfrei spätestens mit Inkrafttreten des *rinji shikin chōsei hō* (Temporäres Kapitalverwaltungsgesetz, Übers.d.Verf.), das die freie Verfügung der Banken über ihr Kapital aufhob, die Hände gebunden waren, kam bei den Überlegungen des SCAP (*Supreme command of allied*

---

<sup>124</sup> Über die Auflösung der *zaibatsu*, die für das SCAP eine „[...] excessive private concentration of economic power [...]“ (Hadley 1970: 497) darstellten und anderen der „Demokratisierung“ der japanischen Wirtschaft im Wege stehenden Unternehmen und Körperschaften siehe die Standardwerke zu diesem Thema (Bisson und Hadley 1970: S. 479 ff.).

*powers*) offensichtlich nicht zum Tragen. Die folgende „*economic democratization*“ der japanischen Industrie, einer dem Morgenthau Plan ähnlichen Pazifizierung des Landes und der Demokratisierung der japanischen Gesellschaft sollte nach Auffassung der Alliierten das Finanzwesen einschließen. Äußere Umstände wie die Veränderung der geopolitischen Lage beendeten die *democratization* vorzeitig und verschonten das Finanzwesen vor ähnlicher Zerschlagung, wie sie die großen Handelshäuser der *zaibatsu* erfuhrten.

## 4.2 Neuformierung des Bankwesens

Die chaotischen Verhältnisse auf dem japanischen Kapitalmarkt wurden durch die Maßnahmen des SCAP weiter verschlechtert. So war Teil der sog. Demokratisierung nicht nur die Zerschlagung der *zaibatsu*, sondern auch die Veräußerung ihrer Anteile an die breite Öffentlichkeit. Der Aktienmarkt wurde mit Wertpapieren überflutet, ohne daß dem Angebot eine entsprechende Nachfrage gegenüberstand. Gleichzeitig betrieb die Zentralbank eine Niedrigzinspolitik, die helfen sollte, die außerordentlichen Investitionen für den Wiederaufbau oder die Umstellung von Industrien zu finanzieren. Öffentliche Finanzinstitute wie die Wiederaufbaubank vergaben freigiebig Kredite, um der Kapitalknappheit entgegenzuwirken. Die Folge war eine galoppierende Inflation, die erst durch Einführung einer restriktiven Ausgabenpolitik eingedämmt werden konnte.

Die nach ihrem Erfinder, einem US-amerikanischen Wirtschaftsexperten benannte Dodge Linie, beendete die Inflation und sorgte für die nötige Stabilität, unter der sich die japanische Industrie neu formieren konnte. Da die Nachfrage nach Investitionskapital besonders nach Beschränkung staatlicher Subventionen unverändert hoch war, griffen Industrieunternehmen auf die Verbindungen zurück, die ihnen in Kriegszeiten aufgezwungen worden waren und wandten sich an die ihnen damals durch die Regierung zugeteilten Banken.

Sämtliche Banken waren nach Einführung des Trennbankensystems von Normalbanken zu Citybanken geworden und hatten sich auf herkömmliches Bankgeschäft und die Vergabe von kurzfristigen Darlehen zu beschränken, während

designierte Banken ausschließlich für die Bereitstellung längerfristigen Kapitals zuständig waren. Jede Übereinkunft zwischen der jeweiligen Bank und ihrem Schuldner setzte daher ein gewisses Maß an Vertrautheit voraus, das natürlich unter den ehemaligen Firmen der *zaibatsu* am höchsten war. Daß nicht ausschließlich Unternehmen zu ihren *main banks* 'zurückfanden', zeigt aber die Relativität dieses Kriteriums und gibt gleichzeitig Aufschluß über den Zustand der Banken. So hatte die Inflation den positiven Nebeneffekt gehabt, daß sich die Finanzinstitute vgl. schnell ihrer Verbindlichkeiten entledigen konnten. Da ihre Aufgabe zu Kriegszeiten jedoch vielmehr die Finanzierung kriegswichtiger Industrien, also genau der Unternehmen gewesen waren, die als erste nach Ende des Pazifischen Krieges zerschlagen wurden, waren ihre Verluste nicht unbeträchtlich.

Der konkrete Schaden, den das japanische Finanzsystem durch den Krieg genommen hatte, bestand in den ausstehenden Kriegsanleihen und den Verbindlichkeiten designierter kriegswichtiger Industrieunternehmen. Auf Anordnung des SCAP wurden sämtliche Kredite dieser Form für nichtig erklärt und die Banken zur Abschreibung von ¥ 275 Bill. gezwungen. Die Verluste für die Finanzinstitute insgesamt betragen ca. ¥ 447 Bio.<sup>125</sup>. Darunter fielen nicht nur direkte Verbindlichkeiten kriegsrelevanter Unternehmen, sondern auch staatlich garantierte Anleihen ( ¥ 19.8 Bio.) und staatlich beordnete Darlehen ( ¥ 5 Bio.).

Die Mitsui Bank, die ehemals die Vorreiterrolle des japanischen Bankwesens eingenommen hatte, war nicht in der Lage, den Finanzierungsbedarf sämtlicher Unternehmen des ehemals größten *zaibatsu* zu leisten. Viele Mitsui Unternehmen wanderten aus diesem Grund im Zeitraum von Kriegsende bis Ende der 1950er zu anderen Unternehmensgruppen ab. Die Formierung um potente Finanzinstitute war auch deswegen logisch, weil Alternativen nicht vorhanden waren. Die neue Gesetzgebung beschränkte den Zutritt zu ausländischen Kapitalmärkten. Die Handelshäuser, die gemeinsam mit den Banken als frühere Nuklei der *zaibatsu* die Finanzierung affilierter Unternehmen geleistet hatten, waren zerschlagen worden.

---

<sup>125</sup> Auf Druck des SCAP wurde 1946 das *senji hôshô tokubetsu sôchi hô* (Gesetz für besondere Maßnahmen im Zuge der Reperation, Übers.Verf.) verabschiedet, das u.a. die staatliche Garantie für Verbindlichkeiten von Unternehmen kriegswichtiger Industrien aufhob und Darlehen, die im Rahmen der Kriegsfinanzierung für Banken verpflichtend waren (*meirei yûshi*) für nichtig erklärt, siehe (Hoshi 1995: 309). In dem Memorandum „*Elimination of war profits and reorganisation of finance*“ (24.11.1945) ließ das SCAP keinen Zweifel daran, daß diese Maßnahme ergriffen wurde, um zu verdeutlichen, daß Krieg finanziell unprofitabel sei. Die Zahlen sind Angaben des japanischen Finanzministeriums (Ôkurashô 1978,: 26) entnommen. Eine Abweichung fand sich in (Ôkurashô 1983: 699), wo die gesamten Verluste mit Yen 474 Bill. angegeben werden.

Tatsächlich fanden sich die Banken ab 1952 vom Einfluß der *zaibatsu* Dachgesellschaften und der *zaibatsu* Familien befreit, sogar in einer wesentlich stärkeren Position wieder als zuvor. Die Enteignung der *zaibatsu* Familien, die Auflösung der Dachgesellschaften, der Ersatz großer Teile der bisherigen Unternehmungsleitung durch unbelastete Angehörige des mittleren Managements, kam einer Revolution gleich, die wie schon zuvor `von oben´ ermöglicht wurde<sup>126</sup>. Die Kreditrationierung, die die Zentralbank mit Einführung der Dodge Linie angenommen hatte, machte Unternehmen abhängig von der Finanzierung der Banken. Statt der im Westen üblichen und von der US-amerikanischen Besatzungsmacht intendierten direkten Finanzierung durch den Kapitalmarkt entwickelte sich ein starres reguliertes System, das den Unternehmen keinen Ausweg ließ, als sich der Kontrolle einer der Citybanken zu überlassen. Die sog. *keiretsu*, strategische Allianzen, entstanden.

Ohne den beherrschenden Einfluß einer Familie wie bei den *zaibatsu* und durch informelle Treffen der Unternehmungsleitung, bilden spätere Überkreuzbeteiligungen der Firmen Verbindungen untereinander und zum Zentrum der Gruppe, einer Bank<sup>127</sup>. Entstehen sollte das vom Ausland bewunderte *main-bank* System, das in Verbindung mit dem auf den Hintergrund des Korea Krieges einsetzenden Hochwachstum Japans zu einem charakteristischen Konvoi Ansatz japanischer Unternehmen bei Eintritt in fremde Märkte führte.

#### 4.2.1 Die Einführung des Trennbankensystems

Die Niederlage im 2. Weltkrieg und die folgende Besetzung Japans durch die Alliierten Besatzungsmächte führten zu einer umfassenden Neuordnung der japanischen Politik und Wirtschaft. Vertreten durch das *Supreme command of allied powers* (SCAP) unter General MacArthur zielten die Maßnahmen der Alliierten auf eine Demokratisierung Japans und der Beseitigung aller mit den militärischen Aggressionen

---

<sup>126</sup> siehe (Aoki 1987: 269).

<sup>127</sup> Der Begriff „strategische Allianz“ ist Ahlbach entliehen, der auf die strategische Bedeutung japanischer Unternehmensgruppen im Allgemeinen hinweist. Die Unterscheidung in „*keiretsu*“, „*kinyū shudan*“ und Differenzierung in vertikale und horizontale Unternehmensgruppen wird an dieser Stelle nicht in den Vordergrund gestellt. Stattdessen wird der Begriff auf die, über die eigentliche Kreditbeziehung hinausgehende Bindung zwischen der Hausbank und den Unternehmen der Gruppe angewandt.

in Zusammenhang zu bringenden Elemente des öffentlichen Lebens. *De facto* bestanden die Alliierten aus einer Alleinvertretung der Vereinigten Staaten, die das wirtschaftliche System nach US-amerikanischen Muster umzugestalten trachteten. Den Anfang und ein wesentliches Element machte dabei die Reform des Finanzwesens aus, die sich u.a. am *Glass Steagall Act* orientierte, dessen japanisches Konterfei als Artikel 25 und 65 in das revidierte *shôken torihiki hô* (Wertpapier und Wechselgesetz, Übers.Verf.) 1948 einging.

Effektiv bedeutete dies den Abschied Japans vom Universalbankensystem und den Beginn eines bis heute andauernden Trennbankensystems<sup>128</sup>. Fortan war der Handel mit Wertpapieren ausschließlich Wertpapiergesellschaften (*shôken gaisha*) vorbehalten, in der Bankgesetzgebung fehlte zwar ein entsprechender Passus, doch das Verbot ergab sich implizit. Wertpapiergesellschaften wiederum war die Annahme von Depositen untersagt. Das übrige Bankgesetz blieb in seiner äußeren Form von 1927 (Gesetz No. 25) unverändert erhalten. Zwar umfaßten die Demokratisierungsbestrebungen des SCAP auch die Transformation kriegsrelevanter Industrien und die Zerschlagungen der nach US-amerikanischer Auffassung für die japanische Aggression mitverantwortlichen Unternehmen und Institutionen. Doch während die Verbannung einzelner Personen aus den Führungsebenen besagter Unternehmen, sowie die Auflösung der Firmen rasch voranschritt, entgingen die Banken dank sich rapide verschlechternder wirtschaftlicher Bedingungen und der Hinhaltetaktik der japanischen Regierung, einem ähnlichen Schicksal<sup>129</sup>.

Die staatlichen Bemühungen, der schlechten binnenwirtschaftlichen Situation und dem Mangel an Investitionskapital durch Kredite der öffentlichen Wiederaufbaubank zu begegnen, ließen den Yen schnell verfallen und die öffentliche Verschuldung ansteigen. Unter wachsendem inflationären Druck auf die japanische Wirtschaft, der erst mit Einführung der Dodge Linie 1952 abnahm, und japanischer wie ausländischer Kritik an dem Umfang der geplanten Demontage durch weitere Demokratisierung, sah sich das SCAP genötigt, statt einer vollständigen Demilitarisierung zu einem Wiederaufbau der

---

<sup>128</sup> Das Trennbankensystem besteht insofern bis heute fort, da die legislativen Veränderung sich bislang nicht vollständig durch die Privatwirtschaft umsetzen ließ.

<sup>129</sup> Die wirtschaftliche Situation Japans war natürlich nicht der eigentliche Grund, warum die Anti-Monopol Maßnahmen nicht auf das Finanzwesen angewendet wurden. Tatsächlich war der Beginn des Kalten Kriegs, der mit Verkündung der Truman Doktrin, der Auseinandersetzung um Berlin 1948 und der Entwicklung auf dem asiatischen Festland in Korea und China an Momentum gewann, der eigentliche Auslöser, der die US-amerikanische Haltung zu Japan dramatisch veränderte. Statt einer gedemütigten, demilitarisierten bzw. demokratisierten Nation wollte man nun einen verlässlichen Partner und ein Bollwerk gegen den auf dem Festland vordringen den Kommunismus in Japan haben, siehe (Bank of Japan 1977: 108).

japanischen Wirtschaft überzugehen<sup>130</sup>. Die Veränderungen, die das japanische Finanzwesen tatsächlich in der Nachkriegszeit vollziehen sollte, ließen sich daher weniger auf Intervention des SCAP zurückführen.

Tatsächlich wurden die Grundlagen für die Neuordnung bereits während des Krieges gelegt und sollten sich aufgrund der Dominanz japanischer Bürokratie im Wiederaufbauprozess bis in die 1970er fest etablieren. Andere Veränderungen ließen sich auf die natürliche Evolution des japanischen Finanzsystems zurückführen. So verloren die Treuhandbanken ebenso wie die Sparbanken durch den raschen Verfall von Aktienwerten ihre Geschäftsgrundlage und gingen im kommerziellen Bankwesen auf<sup>131</sup>. Ähnlich erging es den übrigen speziellen Finanzinstituten, die nicht als *senji kinyû kinkô* (kriegsrelevante staatliche Finanzinstitute) aufgelöst worden waren und auf die Finanzierung durch Ausgabe von Schuldverschreibungen angewiesen waren<sup>132</sup>.

#### 4.2.2 Die Segmentierung des Kreditmarktes

Der oberflächlich betrachtet, einschneidendste Einschnitt war neben der Einführung eines Trennbankensystems, die Einteilung kommerzieller Bankinstitute in Banken für lang- und kurzfristige Darlehensvergabe. So teilte das 1952 in Kraft tretende Gesetz für Banken der langfristigen Darlehensvergabe das private Bankwesen in Banken für lang- und kurzfristige Kreditvergabe auf<sup>133</sup>. Zunächst waren es vier Banken, die in die Klasse

---

<sup>130</sup> So wurde auch in den Vereinigten Staaten die Kritik an der Demokratisierung vor allem aus zwei Gründen lauter. Es wurden Befürchtungen geäußert, daß eine Auflösung der bisherigen wirtschaftlichen Strukturen Japan auf unbestimmte Dauer von US-amerikanischer Unterstützung abhängig machen würde. Diesem konkreten Aspekt gesellte sich die Sorge amerikanischer Industrieller hinzu, daß eine rigorose Umsetzung von Anti-Monopolmaßnahmen unter Umständen ähnliche Schritte in den Vereinigten Staaten selbst nach sich ziehen könnte. Siehe (Hadley 1970)

<sup>131</sup> Der Verfall derivativer Werte 1949 ließ sich erstens auf die insgesamt schlechte Situation japanischer Unternehmen nach Kriegsende zurückführen. Weiteren Druck übten die Bemühungen des SCAP und der japanischen Regierung aus, enteignete Aktienanteile von *zaibatsu* Unternehmen und *zaibatsu* Familien auf den Markt zu bringen. So betrug der Wert der an die eigens zu diesem Zweck gegründeten Holding Company Liquidation Commission unter der kaiserlichen Verfügung No. 657 vom November 1946 transferierten Anteile knapp Yen 14.4 Bio. oder 32 % des Einlagekapitals, siehe (Ôkurasho 1976: 379 f.). Den Ausschlag für den Zusammenbruch der Börse gab letztlich die Implementierung einer strikten öffentlichen Ausgabenbegrenzung und die Einführung der Dodge Linie, so dass die Zinsen, die im Vergleich zu den moderaten Dividenden, die japanische Unternehmen in der Lage waren zu zahlen, in die Höhe schossen, siehe (Miyajima 1994: 24).

<sup>132</sup> Siehe (Tatewaki 1991: 11).

<sup>133</sup> Long-term Credit Law No. 187. Laut van Rixtel und Teranshi wurde dabei vor allem dem wichtigsten von insgesamt drei Zielen, nämlich der gesicherten Bereitstellung langfristigen Investitionskapitals für die

der Banken für langfristige Kredite (*chôki shinyô ginkô*) fielen. Dazu zählten die ehemals staatliche Industrial Bank of Japan, eine neugegründete langfristige Kredit Bank (*Nihon shôki shinyô ginkô*) und zwei weitere Bankinstitute, die Hypotheken Bank Japans (*Nippon kangyô ginkô*) und die ehemals staatliche Hokkaidô Takushoku Bank, die jedoch beide kurze Zeit später zu kommerziellen oder Stadtbanken (*toshi ginkô*) wurden. An ihre Stelle trat 1957 die Hypotheken Bank, die ihren Namen wenig später in Immobilienbank Japans (*Nippon fudôsan ginkô*) und 1977 in Kreditbank Japans (*Nippon saiken shinyô ginkô*) änderte, so daß es bis in die 1990er drei Institute für langfristige Kreditvergabe gab<sup>134</sup>. Die Banken für langfristige Kredite finanzierten sich durch die Emission von Bankanleihen mit Laufzeiten zwischen 1 bis zu 5 Jahren durch den Markt, um ein zeitlich ausgeglichenes Verhältnis zwischen Verbindlichkeiten und Forderungen zu gewährleisten:

*„Since [long-term banks, Anm.d.Verf.] bank debentures were much more liquid than non-financial business liabilities (long-term loans to corporate firms), they helped commercial banks avoid an extreme degree of maturity transformation.“*<sup>135</sup>.

Die Aufteilung des Kreditmarktes hatte für die übrigen privaten Banken vor allem den Vorteil, daß Konkurrenz hinsichtlich der Annahme von Depositen ausgeschaltet wurde, aber auch einen offensichtlichen Nachteil. Insbesondere für die Stadtbanken, die durch Verbindungen, die teils auf die Zeit vor dem Krieg und auf die *zaibatsu* zurückgingen, teils durch die Kreditrationierung zu Kriegszeiten entstanden waren, ein Netzwerk aufzubauen begannen, wurde es schwierig, das Investitionskapital für Kunden auf Basis kurzfristiger Kredite zu bedienen.

Die Folge war ein quasi institutionalisiertes Ungleichgewicht von Fristigkeiten durch dauernde Revolvierung kurzfristiger Kredite für die Bereitstellung langfristigen Investitionskapitals, und damit opferte man die der Aufteilung des Bankwesens und der

---

Realisierung von *economies of scale* im industriellen Aufholprozeß der japanischen Wirtschaft, Vorschub geleistet, siehe (Rixtel 2002: 94); siehe auch (Teranishi 1990: 5).

<sup>134</sup> So wurde die Bank von Taiwan geschlossen, während die anderen mit den Kriegsanstrengungen in Verbindung gebrachten staatlichen Finanzinstitute zu kommerziellen Banken wurden, siehe (Tatewaki 1991: 10 f.).

<sup>135</sup> Zit. aus (Hamada und Horiuchi 1987: 231). Laut Wallich und Wallich basierte die Bankgesetzgebung von 1927 auf dem angelsächsischen Prinzip, das dem kommerziellen Bankwesen vornehmlich die Rolle kurzfristiger Kreditierung zuwies: *„The arm's-length principles of Anglo-Saxon-style banking did not mesh with the habits of Japan's clannish, cooperative banking society.“*. Die Segmentierung in Institutionen für kurzfristige und langfristige Kredite erfolgte daher bereits vor Kriegsende und bezog seine Begründung aus den Folgen der Großen Finanzpanik von 1927. Zitat aus (Wallich und Wallich 1975: 275).

Einführung eines Trennbankensystems zugrundeliegende Logik. Der resultierend hohen Kapitalnachfrage insbesondere der Stadtbanken, die als neue Nuklei von Industriegruppen fungierten, standen Kredite der Zentralbank sowie der Regionalbanken gegenüber, die mit wenigen direkten Kontakten zur Industrie überschüssiges Kapital auf dem Geldmarkt anboten (*shinkin henzai*)<sup>136</sup>.

Das Verhältnis zwischen den Großbanken und den regionalansässigen, meist kleineren Banken hatte sich damit im Vergleich zu den Verhältnissen vor 1945 umgekehrt. Hatten vor 1945 insbesondere die *zaibatsu* Banken aufgrund ihrer Sicherheit verheißenden Größe einen Großteil der Einlagen unter sich geteilt, waren es nun die Regionalbanken, die durch lokale Netzwerke insbesondere auf dem Land Depositen anzogen. Der gleichen Logik folgte das beständige Wachstum des Postsparwesens, das seine Einlagen an das Treuhandfondbüro des Finanzministeriums weiterleitete. Im Gegensatz zu den Stadtbanken fehlten den Regionalbanken jedoch ausreichende Investitionsmöglichkeiten, so daß das Kapital seinen Weg auf den Geldmarkt fand. Vor allem in der Nachkriegszeit war aber der Bedarf nach Investitionskapital durch industrielle Unternehmen so ausgeprägt, daß das frei erhältliche Kapital alleine nicht ausreichte, um die Nachfrage zu befriedigen. Auch eine direkte Finanzierung über den Markt war aufgrund der strikten staatlichen Regulierung nicht möglich<sup>137</sup>. Das resultierende Ungleichgewicht zwischen den größtenteils kurzfristigen Verbindlichkeiten der Banken und Forderungen, die langfristig als industrielles Investitionskapital gebunden wurden, wurde zu einem typischen Merkmal des japanischen Bankwesens, das während der Hochwachstumsperiode ein überschaubares Risiko barg, dessen Potential sich aber in Krisenzeiten schlagartig erhöhte.

---

<sup>136</sup> Siehe (Teranishi 1994: 33)

<sup>137</sup> Hinzu kam die offensichtliche Bevorzugung indirekter Finanzierung durch die japanischen Behörden, die gleichzeitig die Herausbildung eines funktionstüchtigen Kapitalmarktes behinderten und so die Anstrengungen der Alliierten, so sprachen sich die Vorschläge der Shoup Kommission eindeutig für eine verstärkte Rolle der breiten Bevölkerung als Kapitalanleger in der japanischen Wirtschaft aus, hintertrieben; siehe dazu (Shimamura 1987: 11f.).

### 4.2.3 Dominanz indirekter Finanzierung

Doch wie kam es zu der dominierenden Stellung, die Banken in der industriellen Finanzierung einzunehmen begannen? Tatsächlich beinhaltete das Konzept der Demokratisierung der japanischen Wirtschaft die Konstituierung eines aktiven Kapitalmarktes, in dem die Allgemeinheit aktiv teilnehmen und effektive Kontrolle der gelisteten Unternehmen durch individuelle Anteilseigner ausüben sollte. Der Verkauf von Aktien aus den *zaibatsu* Dachgesellschaften und zahlreicher weiterer durch ihre Rolle im Krieg diskreditierter Unternehmen war u.a. erfolgt, um genau das Prinzip der freien Marktwirtschaft mit unreguliertem, transparenten Aktien- und Kapitalmarkt auch in Japan einzuführen. Tatsächlich überschwemmten die Anteile der enteigneten und zerschlagenen Unternehmen den Markt, mit der Folge, daß ihr Besitz weit gestreut wurde und wie beabsichtigt, eine neuerliche Konzentration auf absehbare Zeit unrealistisch erschien.

Ab 1950 fiel allerdings der Anteil individueller Anteilseigner, und institutionelle Investoren konzentrierten Pakete einzelner Unternehmen in ihrem Besitz. Zurückzuführen war dies nicht etwa wie Aoki u.a. folgerte auf die Unvereinbarkeit institutionellen und individuellen Aktienbesitzes. Die Antwort findet sich vielmehr unter Einbeziehung äußerer Faktoren, wie die der Strategie einer erstarkenden Industrie, Maßnahmen zur Vorbeugung feindlicher Übernahmen einzuleiten. Statt sich selbst in den Besitz eines ausreichenden Anteils eigener Aktien zu bringen, übernahmen Unternehmen derselben *main-bank* Gruppe die Aktien, ein System, das in einem soliden Fundament von gegenseitiger Aktienbeteiligung ausreifte. Die Beteiligungen befanden sich damit im „sicheren“ Besitz `befreundeter´ Unternehmen oder institutioneller Anleger wie Banken und Versicherungsunternehmen.

Die Entwicklung reflektierte gleichfalls das geringe Vertrauen in den heimischen Aktienmarkt, der wie die Auswirkung internationaler bzw. externer Schocks 1961 und 1964 bewies, nicht stabil genug war und durch die Volatilität der Werte in den Händen kleinerer Anleger zusammenbrach.

### 4.3 Rolle öffentlicher Finanzinstitute

Die von den Alliierten initiierten Reformen wirkten sich auch auf die Zentralbank und die übrigen staatlichen Finanzinstitute aus. So wurden die speziellen Finanzorgane, die eine wesentliche Rolle während des Krieges gespielt hatten, aufgelöst oder bestanden als Bestandteil des privaten Bankwesens weiter. Ausgehend von einer Debatte zwischen dem alliierten Oberkommando (SCAP) und der japanischen Regierung über die Einführung eines autarken Aufsichtsgremiums in die Zentralbank, erhielt die Bank von Japan in enger Anlehnung an die Struktur der US-amerikanischen *Federal Reserve Bank* 1952 einen Aufsichtsrat, der sich aus Vertretern der einzelnen Industriesparten zusammensetzte und vom einem demokratisch gewählten Organ ernannt, das relative Gewicht der Zentralbank gegenüber der Bürokratie, konkret dem Finanzministerium (*Ôkurashô*), stärken sollte.

*De facto* wurde die Intention der Alliierten aber durch die japanische Regierung durchaus bewußt konterkariert. Dem privaten Bankwesen gegenüber nahm das Gewicht der Zentralbank fraglos erheblich zu. So organisierte die Bank of Japan einen Großteil der in der Nachkriegsperiode geformten Kreditsyndikate und spielte auf diese Weise eine weit aktivere Rolle als zuvor. Zusammen mit der 1947 gegründeten Wiederaufbaubank, oder *Reconstruction finance bank* (*fukko kinyû kinkô*), griff sie massiv in die Bildung heimischen Kapitals ein, und begegnete der Kapitalknappheit durch Darlehen und Bürgschaften mit der Notenpresse. Über kurz oder lang mußte die inflationäre Politik des *high powered money* spürbar werden. Tatsächlich setzte eine hyperinflationäre Entwicklung ein, die den Preisindex im Laufe des Jahres 1948 mehr als verdoppelte:

„ *Although it was undeniable that basic Japanese industries urgently needed investment, the over-enthusiastic provision was largely responsible for the hyper-inflation.*“<sup>138</sup>.

Mehr als 70 % der von der Wiederaufbaubank begebenen Anleihen wurden von der Zentralbank übernommen und dadurch effektiv neutralisiert. Auf diese Weise pumpte die Bank of Japan durch direkte Darlehen Geld in private Banken, um dem Bedürfnis nach industriellem Investitionskapital zu entsprechen. Ein Kalkül bestand sicher in der Entwertung der nach Kriegsende verbliebenen Verbindlichkeiten, allerdings schien die

---

<sup>138</sup> Zit. aus (Tamaki 1999: 197). So stieg der Preisindex von 100 im Januar 1948 auf knapp 220,1 im Dezember desselben Jahres

Bank der Situation nicht mehr länger Herr zu werden. Das Umschwenken der US-amerikanischen Besatzungspolitik kam daher für die japanische Wirtschaft im günstigsten Moment. Der veränderten Haltung des ehemaligen Verbündeten Sowjetunion und der Entwicklung auf dem chinesischen Festland gewahr werdend, benötigten die Vereinigten Staaten schnell einen verlässlichen Partner als Brückenkopf und Basis für alle Eventualitäten, die den raschen Aufmarsch und Stationierung von Truppen in Asien vonnöten machen konnte.

Auf Grundlage der im Mai 1949 erarbeiteten Richtlinien einer Forschungskommission aus Wirtschaftsexperten wurde die Freizügigkeit der Zentralbank eingestellt, und die sog. *Dodge line* für die Begrenzung weiterer staatlicher Verschuldung eingeführt. Einem Punktekatalog folgend wurde eine schrittweise Senkung der öffentlichen Ausgaben beschlossen, um die Wirtschaft weich landen zu lassen und die japanische Währung zu einem Fixkurs von ¥ 360 an den US-Dollar gekoppelt<sup>139</sup>. Die Folge war, daß die Aktivitäten der Wiederaufbaubank erheblich eingeschränkt und schließlich im Jahr 1952 mit der Auflösung der Bank eingestellt wurden. An ihre Stelle trat, wie im folgenden gezeigt werden wird, neben die direkte Förderung über den Haushalt ein staatliches Investitions- und Darlehensprogramm, das u.a. das Kapital des postalischen Spar- und Versicherungswesens in den Wiederaufbauprozeß leitete.

Statt nach dem Gießkannen-Prinzip neues Geld in die Wirtschaft zu pumpen, subventionierte der Staat nun direkt und indirekt ausgesuchte Branchen und Projekte. 1949 erhielt der wirtschaftspolitische Wechsel durch die Gründung spezialisierter Finanzinstitute institutionelle Form. Besonderes Gewicht bei der Wiederherstellung japanischer Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten, kam der Export-Import Bank zu, die 1950 gegründet wurde. Scheuten die japanischen Behörden nach der Erfahrung der Hyperinflation vor einer aktiven direkten wirtschaftspolitischen Rolle der öffentlichen Hand zurück, so wurde doch nach Abschaffung der Wiederaufbaufinanzierungsbank deutlich, daß die japanische Industrie der Erschließung neuer Kapitalquellen bedurfte.

Auf dem Hintergrund einer sich verschärfenden Situation in Korea und im Hinblick auf eine mögliche Bedrohung durch das kommunistische China in Asien, waren die USA mehr und mehr willens, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Japans aktiv beizutragen. Durch die Mittel des *American assistance fund* wurde die

---

<sup>139</sup> Die *Dodge line* wurde 1965 wieder abgeschafft, siehe (Tsutsui 1988).

Handlungsfähigkeit der Regierung soweit wiederhergestellt, daß sie mit dem Aufbau einer Reihe spezialisierter Finanzinstitute beginnen konnte. Nach der Gründung der Finanzierungsgesellschaft im Jahr 1949 begann die Regierung Exporte durch die Export-Import Bank of Japan ab 1951 direkt zu subventionieren. Im selben Jahr kam es zu der Gründung der Japan Entwicklungsbank, der 1952 die Bank für die Finanzierung von Land, Forst- und Fischereiwirtschaft folgte, 1953 die Gesellschaft für die Finanzierung von Kleinbetrieben, 1956 die Hokkaidô Tôhoku Entwicklungsgesellschaft und 1972 die Finanzkasse für die Erschließung und Entwicklung Okinawas<sup>140</sup>. Der Zweck der einzelnen Institute wurde in den jeweiligen Geschäftsrichtlinien präzisiert, um eine mögliche Konkurrenz zu dem privaten Bankwesen auszuschließen. Durch Einsetzung der speziellen Finanzinstitute in ihre jeweiligen Nischen war das Bankwesen der Nachkriegszeit komplett und sollte im wesentlichen, durch eine starre Gesetzgebung und strikte Aufsicht durch das Finanzministerium fixiert, bis in die 1970er seine Form beibehalten.

#### 4.4 Eintritt des Finanzwesens in das Hochwachstum

Die ehemaligen *zaibatsu* Banken wurden nach Kriegsende in die Klasse der Stadtbanken (*toshi ginkô*) eingemeindet. Insbesondere die ehemaligen *zaibatsu* Banken, aber auch die übrigen Banken, hatten nach Kriegsende durch die entschädigungslose Aufkündigung von Kriegsdarlehen gelitten. Da die Schäden zu 90 % durch Eigenkapital gedeckt worden waren, hatten sich die Anteilseigner der Institute erheblich verändert. Viele der ehemaligen Aktionäre waren nach den Verlusten nicht mehr in der Lage oder berechtigt, neue Aktien der Banken zu erwerben, was zumindest kurzfristig in breitgestreuten Besitzverhältnissen und damit größerer Freiheit für das Management der Banken resultierte:

„ *Instead of former zaibatsu type, holding companies-centered hierarchal ownership structure, the corporate governance structure, which the GHQ [General Headquarter of Allied Powers, Anm.d.Verf.] tried to establish in*

---

<sup>140</sup> Für einen Überblick über die institutionellen Veränderung, die sich in der Nachkriegsära im japanischen Finanzsystem vollzogen siehe (Ôkurashô 1993).

*Japan through 'economic democratization', was eventually Americanization of the Japanese corporate governance system. [...] However, interestingly, the corporate governance structure which emerged during the 1950's was quite different from what the GHQ originally aimed. The corporate governance structure that actually emerged after the postwar reform was rather the bank-centered corporate group system, even though it was still in an early, formative stage.* " (Miyajima 1994: 3).

#### **4.4.1 Dominanz des Bankwesens über die Industrie**

Die während des Krieges einzelnen Gruppen von Unternehmen als Hausbank zugeteilten Banken nutzten ihre zentrale Funktion innerhalb der Unternehmenscluster, die sich um die *main-banks* anordneten, um ihre Rolle mit größerer Autorität weiterzuführen. So führten leitende Bankmanager als *tokubetsu kanrinin* (Besondere Manager, Übers.d.Verf.) die Wiederaufbauanstrengungen für Unternehmen der Industrie: „*The special managers played a central role in the restructuring process [...] [which, Anm.d.Verf.] gave the special managers (and therefore the banks) an excellent opportunity to acquire information [...].*“<sup>141</sup>.

Hatten die Banken zu Kriegszeiten auf Anordnung Kredite vergeben müssen, ohne die damit verbundenen Risiken kontrollieren zu können, gab ihnen die Nachkriegszeit nun ausreichend Gelegenheit von der ehemals erzwungenen Bindung an Unternehmen zu profitieren. So waren sie während des Krieges in Besitz detaillierter Kenntnisse der Interna von Unternehmen gelangt, die sich nun freiwillig nach 1945 für die Finanzierung nötigen Investitionskapitals an sie wandten. Sie besaßen nicht nur einen Informationsvorteil vor anderen Finanzinstituten, der ihnen die Evaluierung etwaiger Risiken erleichterte, sondern ein Stück zusätzlicher Kontrolle über die Unternehmen selbst, die mit Anbruch der Hochwachstumszeit um Kredite ansuchten.

Nach Neuordnung des Finanzwesens war das Finanzwesen effektiv zweigeteilt. Da sich mit deutlichem Übergewicht indirekte Finanzierung als dominierende Kapitalquelle schon aufgrund der durch die Behörden implementierten Gesetze durchsetzte, kam den

---

<sup>141</sup> Zit. aus (Hoshi 1995:333).

Kapitalmärkten und mit ihnen den Wertpapiergesellschaften nur geringe Bedeutung während der Zeit des industriellen Hochwachstums zu. In den 1950er und frühen 1960er teilte sich der Markt für Kredite in einem ungefähren Verhältnis von 55-58 % der Stadtbanken, 27-29 % der Regionalbanken, 3 % für die Treuhandbanken und relativ stabil 12 % der Banken für langfristige Kredite. Die Konstituierung der Trennung verfolgte vor allem eine Belebung der Nachfrage für langfristiges Investitionskapital.

Die im Verhältnis zu den Bedingungen der Vorkriegszeit strikte Regulierung des Finanzsektors sorgte dafür, daß sich an den respektiven Marktanteilen für die verschiedenen Bankensparten wenig änderte. Gerade weil dem Bankwesen große Bedeutung zukam, wurde durch die strikte Trennung in Stadtbanken, Treuhandbanken, Regionalbanken, eine Vielzahl von Quasi Banken und den Banken für langfristige Darlehen ein verschachteltes System, über das das Finanzministerium durch administrative Lenkung und die Zentralbank durch die sog. „*window guidance*“ (*madoguchi shidô*) wachten.

Tatsächlich fußte die staatliche Kontrolle der Banken zum überwiegenden Teil auf diesem informellen Instrumentarium. Und der informelle Charakter ist auch der Grund dafür, warum es schwerfällt, die Natur der Kontrolle sowohl in quantitativer, also der Häufigkeit der Intervention oder Einflußnahme, und in qualitativer Hinsicht, also in dem Grad, in dem Kontrolle erfolgte und inwieweit sie durch Sanktionsmöglichkeiten bewehrt war, zu deuten.

Van Rixtel (Rixtel 2003) gibt einen Überblick über die verschiedenen Formen, in der die informelle Lenkung während der Hochwachstumszeit durch die Behörden erfolgte. So war die *jôsei shidô* eine Form der benevolenten Paternalisierung, sprich der Bank wurden Anreize in Form von Belohnung bei regelkonformem Verhalten in Aussicht gestellt. Die zweite Ausprägung geschah in Schiedssprüchen (*chôsei shidô*) und betraf meist zwei Parteien. Automatisch zog der Schiedsspruch eine der anderen Partei vor und implizierte damit sowohl Belohnung, als auch Bestrafung. Die dritte und letzte Form der informellen Lenkung war die der impliziten Sanktionsandrohung direkt an den Adressaten (*kissei shidô*). Weiter unterscheidet van Rixtel zwischen der Art und Weise, auf die die informelle Lenkung erfolgt, der generellen Anweisungen (*shiji*), der Forderungen (*yôbô*), der Vorschlägen (*keikoku*) und der Ermutigungen (*kanshô*) (Rixtel 2003: 43).

Die Gesetze ließen dem Finanzministerium ausreichend Lücken, die dem Ermessen der Behörden Spielraum für *gyōsei shidō* (administrative Leitung, Übers.d.Verf.) gaben. Filialeröffnungsanträgen konnte stattgegeben oder verweigert werden, im schlimmsten Fall zurück- oder eingezogen werden und koppelten ihr Einverständnis für die Eröffnung neuer Niederlassungen an die Wahrung des Kräfteverhältnisses durch die Banken.

Um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten, rekurrten die Behörden 1947 durch das *kinyū kikan shikin yūzū junsoku* (Regelwerk für die Verwaltung der Mittel von Finanzinstituten) auf ein Relikt aus Kriegszeiten, das *Temporary Fund Adjustment Law* von 1937, um Kapitalströme zu kontrollieren und sowohl die Finanzinstitute von einem befürchteten ruinösen Wettbewerb abzuhalten, als auch um den gesicherten Zugang der Industrie zu Investitionskapital zu garantieren<sup>142</sup>.

Insbesondere bis in die Mitte der 1950er trat die Fortführung bewährter Kontrollen des Finanzwesens deutlich zu Tage, so durften private Finanzinstitute nur mit Einwilligung der Behörden Darlehen an Unternehmen vergeben, die nicht Bestandteil der staatlichen Wirtschaftspolitik waren<sup>143</sup>. Die resultierende Starre des Systems reduzierte vor allem den Konkurrenzdruck auf die Banken, die nun jeweils in ihren Nischen in den Genuß sicherer Profite gelangten. Dies geschah auf Kosten der Einleger bzw. Kunden, denen die neue Gesetzgebung den offenen Zugang zu Kapitalmärkten im Ausland verweigerte und denen nichts übrig blieb, als die wenigen Schlupflöcher, wie die steuerbefreiten Einlagen des Postsparswesens unter dem *maru-yū* System, zu nutzen. Konkurrenz innerhalb der Nischen selbst wurde nicht geduldet, Werbung war nicht gestattet und die Möglichkeit zur Kundengewinnung reduzierte sich damit auf Geschenke in Form von Tassen, Handtüchern usw. bei Einrichtung eines Kontos. Gleichzeitig resultierten die Einschränkungen in einer Spezialisierung der Banken auf

---

<sup>142</sup> Für ruinös wurde ein Konkurrenzdruck unter Finanzinstituten befunden, der die Banken verleiten würde, im Wettbewerb Einlagen zu höheren Zinsen anzunehmen und erforderliche Margen durch risikoreichere Investitionen zu erzielen. Prinzipiell kongruent ist diese Prognose mit den tatsächlichen Folgen, die die graduelle Deregulierung Ende der 1980er mit sich brachte. Hatte die Zinsregulierung in Verbindung mit *madoguchi shidō* (*window guidance*) die Banken während der Hochwachstumsperiode vor ruinösem Wettbewerb bewahrt, war es genau der Eintritt in risikoreicheren Geschäften wie die Wohnungsbaufinanzierung, für die den Banken eine ausreichende Fähigkeit zur Risikobewertung fehlte, die letztlich zur Entstehung und dem Platzen der *investment bubble* 1989/90 führte, siehe hierzu auch (Shimamura 1987: 16 f.), und (Hamada und Horiuchi 1987: 236).

<sup>143</sup> Zu wirtschaftspolitischen Prioritäten der Regierung siehe (Shimura 1978: 10 f).

Details, wie das Auftreten gegenüber der Kundschaft, also tatsächlich mit Barons Worten `[...] auf das *akquisitorische Potential* [...]´ des einzelnen Bankangestellten <sup>144</sup>.

Weder den Kunden, noch den Finanzinstituten war der freie Zugang zu ausländischen Kapitalmärkten gestattet. Das einzige Institut, das dieses Privileg genoß, war die ehemalige Bank of Yokohama, die als *Bank of Tôkyô* unter dem *gaikoku kawase hô* (Devisengesetz, Übers.d.Verf.) 1954 ihre Arbeit aufnahm<sup>145</sup>. Die Zinskontrollen für Einlagen egalisierten ein der Natur nach wettbewerbsorientiertes Betätigungsfeld. Weder konnten Kunden durch attraktivere Zinsen gelockt, noch durch den üblichen Durchschnittszins verschreckt werden.

Das Ergebnis war, daß selbst die schwächsten Institute durch das System geschleppt wurden, während der Kundschaft, aber auch den potenteren Banken nichts übrigblieb, als sich zu beschränken. Das Konvoi-System, wie das entstandene Gebilde betitelt wurde, mochte also aus verschiedenen starken Finanzinstituten bestehen, doch die Behörden waren die dazu passenden Kreuzer, die nicht nur vor ausländischer oder inländischer Konkurrenz schützten, sondern auch daran hinderten, das System zu verlassen.

Die *madoguchi shidô* (Lenkung durch das [Schalter]fenster, Übers.d.Verf.) beruhte auf dem sich nach dem Krieg etablierten Schuldner-Gläubiger Verhältnis zwischen dem Privatbankwesen und der Zentralbank (Suzuki 1987: 325). Anders als in westlichen Finanzsystemen, wo sich die Rolle der Zentralbank als Kreditgeber allerhöchstens als „*lender of last resort*“, also der tatsächlich letzten Anlaufstelle erschöpfte, wurde seitdem die Bank, die zusammen mit der Wiederaufbaubank durch direkte Kredite den Wiederaufbau finanziert hatte, auf regulärer Basis weitergeführt. Da sich diese Tätigkeit nicht aus den Statuten der Bank of Japan ergab, und auch eine gesetzliche Verpflichtung bestand, eignete sich die *madoguchi shidô* hervorragend, um Kreditbeträge für einzelne Institute zu erhöhen oder zu senken, um diese zur Einhaltung der erwähnten informellen Richtlinien zu bewegen. Die Überschuldung der privaten Banken und die Abhängigkeit vom Kredittropf begann die Zentralbank ab 1964 vierteljährlich neu festzulegen. Wie

---

<sup>144</sup> Zitiert aus der Vorlesung von Prof. Baron an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1998. Niedrig gehalten wurde das Zinsniveau erstens durch die Zinsregulierung selbst, zweitens durch die gekoppelte Vergabe von Krediten der Zentralbank an das private Bankwesen, die auf diese eine Kreditrationierung implementierte, um ausgesuchten Industriezweigen zu nötigem Investitionskapital zu verhelfen.

<sup>145</sup> Die Transformation der Yokohama Devisen Bank (*Yokohama shôken ginkô*) in die private Bank von Tôkyô (*Tôkôy ginkô*) erfolgte im Juni 1947.

sehr die Banken von den Krediten (und vom Wohlwollen) der Zentralbank abhängig waren, wird an dem hohen Grad der Überschuldung ersichtlich:

*The average ration of loans to deposits for city banks was over 90 percent until 1975. This was quite high, particularly considering that the ratio of securities holdings to deposits was 17 to 20 percent.*

*As a result of window guidance, the marginal ratio of loans to deposits wavered between 188 percent during 1973, a relaxed guidance period, and 53 percent when tightly squeezed in 1975.* <sup>146</sup>.

#### **4.4.2 Die japanische *corporate governance* Struktur**

Eine weitere einschneidende Veränderung, die das Bankwesen während der Nachkriegsperiode durchlief, bestand in der bewußten Zerschlagung bisheriger Struktur. So hatten Mehrheitsbeteiligungen der *zaibatsu* Familien und die periodische Einführung von Managern von außerhalb in einer effektiven Form der Geschäftsführung resultiert, die dem angelsächsischen Modell der *corporate governance* sehr ähnlich war. Während sich der Besitz auf die Eigentümer konzentrierte, verlief die Struktur innerhalb der Unternehmensgruppe entlang horizontaler Linien. Der Familie folgten Kernunternehmen, die von hoher strategischer Bedeutung für die industrielle Ausrichtung des *zaibatsu* waren. Die nächste Stufe beinhaltete Firmen, an denen die Muttergesellschaft (*honsha*) oder eines der Kernunternehmen Beteiligungen hielten<sup>147</sup>. Der Einfluß der Eigentümer auf das Management hatte jedoch bereits im Vorfeld des 2. Weltkriegs in dem Maße abgenommen, indem *zaibatsu* für den Eintritt in kapitalintensivere Industriesparten, wie die Schwer- und Chemieindustrie, von den Kapitalmärkten abhängig wurden. Die Ausweitung staatlicher Kontrolle im Zuge der Mobilisierung übte zusätzlichen Druck auf die Unternehmensleitung der Konglomerate aus.

Mit Inkrafttreten der kaiserlichen Anordnung für die Begrenzung von Unternehmensanteilen im Jahr 1946 wurden erste Maßnahmen eingeleitet, um die

<sup>146</sup> Zit. aus (Kitagawa et al. 1994:87).

<sup>147</sup> Siehe (Takahashi 1996: 227).

Struktur der *zaibatsu* aufzubrechen. Abgeleitet von der durch das SCAP 1946 ausgegebenen Direktive „[...] *militarists and ultra-nationalists* [...]“<sup>148</sup> aus dem öffentlichen Leben zu entfernen, wurden mehr als 2000 Angehörige des Managements von 245 Firmen, darunter auch die Großbanken, aus ihren Positionen verbannt. Auch Angestellte mit enger Verbindung zu den *zaibatsu* Familien wurden entfernt, so daß *de facto* nur ein Bruchteil der ehemaligen Unternehmensleitung die Säuberung überlebte. Die Holdinggesellschaften, die als zentrale Organe der Konglomerate Mehrheitsbeteiligungen verwaltet hatten, wurden nach Artikel 9 des neuen Antimonopolgesetzes aufgelöst.

Die verbleibende Kontrolle der Gründerfamilien war damit endgültig beseitigt, genau wie die Praxis, periodisch Managern von außerhalb die Geschäftsleitung zu übertragen, beendet wurde. Die von Chandler, Teece und Miyajima in den Vordergrund gerückte natürliche Evolution eines professionellen Managements in Verbindung mit einer effektiven *corporate governance* in Form einer repräsentativen Vertretung der Interessen von Groß- oder Mehrheitsaktionären nahm auf diese Weise eine unnatürliche Wendung. Die neue Geschäftsleitung rekrutierte sich größtenteils aus dem mittleren Management der Banken, was sich erstens in relativer Unerfahrenheit des sprunghaft promovierten unternehmerischen Nachwuchses und in einer neugewonnenen Unabhängigkeit von ehemaligen Vorgesetzten, Eigentümern und externen Prüfern niederschlug. Das Verschwinden bisheriger Kontrollstrukturen sollte in Folge durch gesetzliche Regulierung in Verbindung mit direktem und indirektem staatlichem Dirigismus ersetzt werden. Um ein Wiederaufleben marktbeherrschender Konzentrationen und Verflechtungen auf Dauer zu unterbinden, beschränkte die Einführung eines Anti-Monopolgesetzes u.a. eine maximale Beteiligung von Finanzinstituten an Unternehmen auf zuerst 10 % und später 1976 auf 5 %<sup>149</sup>.

---

<sup>148</sup> Zit. aus (Miyajima 1994: 15).

<sup>149</sup> Das 1947 erlassene *shiteki dokusen no kinshi oyobi kôsei torihiki no kakuho ni kansuru hôritsu* (Anti-Monopolgesetz, Übers.d.Verf.), Nr. 54, wurde erstmals 1993 grundlegend zu Gunsten einer Wiedereinführung von Dachgesellschaften revidiert. Zur Revision und dessen Effekt, siehe u.a. (Takahashi 1996: 234) und (Rixtel 2002: 93).

## 4.5 Die Entwicklung zur Krise

In den vergangenen Kapiteln sind wir auf verschiedenen externen Schocks eingegangen, die das japanische Bankwesen über die Zeit verändert haben. Angefangen von einem nach US-amerikanischem Muster übernommenen Nationalbankwesen haben wir die Entwicklung über ein liberales Privatbankwesen, dominiert von den großen Finanzinstituten der *zaibatsu*, bis in die Nachkriegszeit verfolgt.

Nach dem Ende des Pazifischen Krieges 1945 entstand unter der Verwaltung der Alliierten auf Anordnung der US-amerikanischen Besatzung ein straff reguliertes Finanzwesen, das Banken und Wertpapiergesellschaften voneinander separierte. Innerhalb dieses Trennbankensystem unterteilten sich private Bankinstitute in Segmente, die die Finanzierung eines geordneten Wiederaufbaus und die Finanzierung japanischen Investitionskapitals leisteten. Die Regulierung des Finanzwesens zeichnete sich außerdem durch ein Übergewicht informeller Kontrollmechanismen des Finanzministerium und der ihm damals noch unterstehende Zentralbank aus.

Währenddessen durchlief das japanische Postsparkassen unabhängig von der Regulierung des privaten Finanzwesens seine eigene Entwicklung unter der Verwaltung des Ministeriums für Post und Telekommunikation. Fast stoisch kam es dabei seinem originären Auftrag, die Bevölkerung zum Sparen zu animieren, nach und bündelte die Depositen, um sie dem Staat als Kapital für Subventionen strukturaufbauender bzw. strukturerhaltender Industrieprojekte zur Verfügung zu stellen.

Das private Bankwesen begann mit dem Verlust industrieller Kundschaft an die Finanzierungsmöglichkeiten internationale Kapitalmärkte auf dem Hintergrund der sich seit den 1970er allmählich vollziehenden Deregulierung seinerseits zu diversifizieren und seine Tätigkeiten teils selbst, teils durch die Gründung von Tochtergesellschaften auszuweiten. Eine, durch das Abkommen 1985 geschlossene internationale Verpflichtung, den Plaza Akord, resultierte in einer jahrelangen Niedrigzinspolitik der japanischen Zentralbank, die den sog. *Heisei boom* bis 1989 ermöglichte. Aktien und Grundstücksspekulationen überhitzten die Märkte, bis die *Bank of Japan* durch stufenweise Anhebung die Investitionsblase zum Platzen brachte. Banken, die in dem durch indirekte Finanzierung dominierten System bis dato Pufferfunktion eingenommen hatten, hatten sich über das vertretbare Maß auf spekulative Geschäfte eingelassen.

Dem plötzlichen `Platzen´ folgte war eine Konkurswelle und die eine große Menge an notleidenden Krediten hervorbrachte. Eine Bankrotterklärung für die japanische Finanzbehörde und der offenkundige Beweis, daß die Aspekte für die dem japanische Finanzwesen während der 1980er vom Ausland Respekt gezollt worden waren, wie die Dominanz des *relationship banking* und das *main bank* System *realitas* längst verschwunden waren oder sich in Auflösung befanden.

#### 4.5.1 Verneinung der Krise

Die allmählich abschwingende konjunkturelle Entwicklung hatte sich bereits Mitte der 1970er Jahre bemerkbar machen und brach etablierte Strukturen der exportorientierten Industrie, die in *keiretsu* (Unternehmensreihen) aufgereiht, um ihre *main bank* angeordnet war, allmählich auf. Erstens erschlossen sich japanischen Unternehmen mit steigendem Grad an Internationalisierung günstige Finanzierungsmöglichkeiten ausländischer Kapitalmärkte, so daß ihre Abhängigkeit zu den *main banks* schwand.

Zweitens setzt eine Deregulation des heimischen Finanzwesens ein, die die Aufteilung des bis dato starren Systems aufweichte. Formelle und informelle Kontrollmechanismen der Finanzbehörde kamen der Entwicklung nicht mehr nach. Genauso erging es den privaten Finanzinstituten, da die Veränderung des Kundenstamms ein auf Basis langjähriger Kontakte beruhendes *relationship banking* ausschloß. Sowohl der Staat, als auch die Privatwirtschaft zeigten sich in dieser Hinsicht von der Entwicklung überfordert. Daher war es nur eine Frage der Zeit, bis sich die strukturellen Schwächen zeigten und das japanische Finanzwesen in seine größte Krise seit 1945 stürzten.

Die Entwicklung des Problems der Wohnungsbaufinanzierer, *jûsen*, allesamt Tochtergesellschaften der japanischen Großbanken, ist geeignet, den richtigen Eindruck von der Verkettung einzelner Krisen zu geben, die das japanische Finanzwesen seit Platzen der *bubble* nicht zur Ruhe kommen lassen.

## 4.5.2 Die Natur der Krise

Tatsächlich ist der Kollaps der *jûsen* (Wohnungsbaufinanzierungsgesellschaften, Übers.d.Verf.) nur ein Episode von vielen, die sich seit Platzen der *bubble* ereignet und die Krise des japanischen Finanzwesens über mehr als 13 Jahre bis heute verlängert haben. So waren die *jûsen* Wohnungsbaufinanzierer, die als 100 % Tochtergesellschaften von Banken in den 1980er gegründet worden waren, um sich zusätzliche Investitionsmöglichkeiten zu erschließen. Japanische Großunternehmen finanzierten den durch die konjunkturelle Entwicklung gezügelten Bedarf in wachsendem Maß über ausländische Kapitalmärkte. Die starre Regulierung des heimischen Kapitalmarkts und die mangelnde Flexibilität der Aufsichtsbehörde verhinderten, daß die Großbanken ihren Schwerpunkt verlagern und zu aktiverem Risikomanagement übergehen konnten.

Tatsächlich waren Optionen, auf die Situation angemessen zu reagieren, gering. Eindeutig waren die Stadtbanken und größeren Regionalbank auf das Sortiment originäre Finanzdienstleistungen festgelegt. Konkurrenz untereinander wurde von den Behörden nicht geduldet, der Weg ins Ausland blieb eingeschränkt. In der Gründung der Wohnungsbaufinanzierungsgesellschaften sahen die Großbanken eine gangbare Alternative, den Nachfrageschwund nach Investitionskapital zu kompensieren und sich auf dem Immobilienmarkt zu engagieren.

Grundstücke und Immobilien waren seit Kriegsende beständig gestiegen und versprachen sichere Gewinne in einer Umgebung, die durch Veränderung des Kundenstamms der Banken und der allmählichen Deregulierung des japanischen Finanzwesens komplexer geworden war. Die Zentralbank betrieb eine Niedrigzinspolitik, die günstige Bedingungen für eine Ausweitung selbst über Tochtergesellschaften wie die *jûsen* vielversprechend erscheinen ließ. Auch die damaligen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Erbschafts- und Immobiliensteuer machten Investitionen in Grundstücke zu einer attraktiven Anlageform.

Erst 1990 begann das Finanzministerium, Privatbanken zur Zurückhaltung in der Kreditvergabe an Wohnungsbaufinanzierer anzuhalten und forderte erst deren völlige Einstellung, als außer den Banken noch weitere institutionelle Anleger sich für die *jûsen* zu interessieren begannen.

An Stelle des gebremsten Engagements der Banken traten Land-, -Forst- und Fischerei Kreditgenossenschaften, die vglw. unreguliert durch die Behörden auch weiterhin uneingeschränkt über ihre Investitionen entscheiden konnten. Sukzessive erhöhte sich das Exposure der Kooperativen zu einem Zeitpunkt als sich die Situation der Wohnungsbaufinanzierer bereits dramatisch verschlechtert hatte. Zum einen bedienten sich die Banken ihrer Tochtergesellschaften, um sich riskanter oder bereits gefährdeter Kredite zu entledigen. Zum anderen hatte sich inzwischen die steuergesetzliche Grundlage für Grundstücksspekulationen nachteilig verändert. 1994 hatten die Land-, Forst- und Fischerei Kooperativen durch 42,3 % des gesamten Volumens die Banken als Hauptkreditgeber der *jûsen* abgelöst. Die Investitionen der Kooperativen bezifferte sich auf ¥ 5,541 Mill. im September 1995, als abzusehen war, daß die *jûsen* sich aus eigener Kraft nicht mehr lange solvent halten würden.

### 4.5.3 Auswirkung der Krise

Das *jûsen* Problem hatte verschiedene Aspekte, die bei seiner Bereinigung beachtet werden mußten. So ergab sich eine besondere politische Dimension aus der traditionellen Abhängigkeit der amtierenden liberaldemokratischen Partei von Wählerstimmen aus den Regionen. Da das japanische Wahlsystem tendenziell ländliche Wahlkreise stärker gewichtete, hatte die Krise ausreichend Potential, um sich bei den nächsten Wahlen auszuwirken. Es war daher augenscheinlich, daß eine glimpfliche Bereinigung ungleich stärkere Bedeutung für die amtierende Liberaldemokratische Partei haben würde, als für die breite Öffentlichkeit. Schließlich hatten sich die Kooperativen in voller Kenntnis der prekären Situation der Wohnungsbaufinanzierer in Aussicht höherer Profite auf die Investitionen eingelassen.

Die Verantwortung ausschließlich beim Finanzministerium als oberster Kontrollinstanz des Finanzwesens anzusiedeln, ignorierte den Umstand, daß die Banken durch Verschiebung notleidender bzw. gefährdeter Kredite wesentlich zu der Verschlechterung der Situation der *jûsen* beigetragen hatten. Eine Abwicklung des Problems über eine Kapitalinjektion öffentlicher Mittel trug zum einen den Charakter indirekter Subventionierung eines Bankwesens, dem ganz offensichtlich daran gelegen war, einen Teil der notleidenden Kredite über die *jûsen* auf die Öffentlichkeit

abzuwälzen. Die letzte Injektion öffentlicher Mittel in Höhe von ¥ 685 Bio. führten zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Regierung und in das von Premierminister Hashimoto initialisierte *big bang* Reformprogramm für eine umfassende Liberalisierung des japanischen Finanzwesens.

#### 4.5.4 Eine verlorene Dekade

Seither befinden sich das japanische Finanzwesen insgesamt und das Bankwesen im besonderen in einer unverändert schwierigen Situation. Nach mehr als 14 Jahren fehlt auf ausländischen Märkten Verständnis für die fortwährende Verschleppung der Krise.

Die Einführung internationaler Standards und die Gewährleistung von mehr Transparenz sind bis dato Absichtserklärungen geblieben. Zwar ist es dem Bankwesen gelungen, durch Heraufsetzung der Eigenkapitalquote eine wesentliche Hürde in Form der internationalen Verpflichtung zu Basel I zu überwinden, jedoch ist die revidierte Fassung, Basel II, ungleich strikter und setzt die dauernde Einhaltung internationaler Standards für Bilanzierung und Offenlegung voraus. Mit den zyklischen Aufschwüngen der vergangenen Dekaden sind die Folgen der *bubble* längst nicht überwunden.

1994 wurden zwei durch notleidende Kredite angeschlagene Kreditvereinigungen in die neue Brückenbank *Tôkyô kyôdô ginkô* (Tôkyô Brücken Bank, Übers.d.Verf.) überführt. Die Bank war als zusätzlicher Sicherungsmechanismus gegründet worden, um für den Fall von Konkursen privater Finanzinstitute die Abwicklung der Ausstände zu garantieren. Anfangs nur durch die Beiträge privater Banken und der Bank of Japan gespeist, lag es nahe, beide Sicherheitsmechanismen, die Einlagenversicherungsgesellschaft und die Tôkyô Kyôdô Bank zu einem stabileren Institut zu verschmelzen. Nachdem die beiden ineinander aufgegangen waren und die offizielle Bezeichnung *Resolution and Collection Bank* angenommen hatten, kam es 1999 zu einer weiteren Verschmelzung mit der Auffanggesellschaft, der während der Krise von 1989 in Schwierigkeiten geratenen *jûsen*, der *Housing Loan Administration Corporation*, die erneut ihren Namen in *Resolution and Collection Corporation* wechselte.

Diese Entwicklung konnte nicht unabhängig von der Planung der Regierung gesehen werden, die bisher über die Einlagenversicherungsgesellschaft auf Basis staatlicher Gelder garantierter 100 % Garantie auf sämtliche Spareinlagen auf einen besicherten Maximalbetrag zu senken. Tatsächlich veröffentlichte das Finanzministerium im Juni 1995 eine Absichtserklärung, nur für weitere fünf Jahre die von der Einlagenversicherung garantierte volle Deckung bei Ausfall zu tragen. Nach Ablauf von fünf Jahren würde der besicherte Höchstbetrag auf ein Maximum von ¥ 10 Mio. festgesetzt. Im folgenden Jahr folgte die gesetzliche Fixierung mit entsprechender Änderung des Bankgesetzes, die nach weiteren vier Jahren in Kraft treten sollte.

Damit hatte in den japanischen Medien die Diskussion um den sog. „*pay-off*“ begonnen und sollte in den kommenden Monaten nicht abebben. All dies geschah auf dem Hintergrund einer allmählichen natürlichen Bereinigung des Finanzsektors, indem gleich zwei größere Kreditgesellschaften, Cosmo und Kizu, Konkurs anmelden mußten, gefolgt wurden sie von einer Second-tier Regional Bank, die Teil der Mitsui Finanzgruppe gewesen war, die sich aber außerstande sah, weiter die Bankgeschäfte der Hyogo Bank aufrechtzuerhalten. Wenig später folgte die Hanwa Bank, die bei Bekanntgabe ihrer Schwierigkeiten im Begriff stand, Unterstützung von einer der größeren Banken zu erhalten. Die öffentliche Reaktion auf das Bekanntwerden führte aber dazu, daß die Bank bereits am selben Tag die Türen schließen mußte. Die Informationspolitik der Behörden hatte im Fall der Hanwa Bank ihr Übriges getan und geriet anschließend völlig zu Recht in das Zentrum der öffentlichen Kritik. Bis dato hatte sich die krisenhafte Entwicklung jedoch noch auf Kreditvereinigungen, die ohnehin durch die notleidenden Kredite aus der *bubble* angeschlagenen Wohnungsbaufinanzierer und kleinere Second-tier Banken beschränkt.

Im April 1997 ging mit der *Hokkaidô takushoku ginkô* (Hokkaidô Kolonialisierungsbank, Anm.d.Verf.) zum ersten Mal eines der traditionsreichen Finanzinstitute, dessen Anfänge ins vergangene Jahrhundert zurückreichten, in Konkurs. Tragisch war, daß das Finanzinstitut mit dem zweitgrößten, auf der Insel angesiedelten Finanzinstitut, der Hokkaidô Bank, in Verhandlung für eine Fusion beider Unternehmen gestanden hatte. Neben Werten von knapp ¥ 9,5 Bio. ging auch der Ruf des Finanzministeriums und der japanischen Zentralbank unter. Hatten beide doch hinter den Kulissen versucht, die Verhandlung zwischen der Hokkaidô Takushoku Bank und der Hokkaidô Bank voran zu treiben. Der Schaden am Renommee der beiden

Institutionen war beträchtlich. Weder war es dem Finanzministerium gelungen, dem Zusammenbruch vorzubeugen, noch hatte die Zentralbank als „*lender of last resort*“ einspringen und die geplante Fusionsverhandlung, die de facto ohnehin einer Übernahme gleichgekommen wäre, positiv beeinflussen können.

Wie schon zuvor mußten sich japanische Behörden den Vorwurf der Verschleppung gefallen lassen. Noch im selben Monat meldete die kleinste der vier größten Wertpapiergesellschaften *Yamaichi Securities* ebenso Konkurs an und signalisierte deutlich, daß nicht ausschließlich das Bankwesen, sondern das japanische Finanzwesen insgesamt in einem chaotischen Zustand war.

#### **4.6 Transparenz durch Kontrolle - Kontrolle durch Verantwortung**

Seither trennt sich die Spreu vom Weizen. Die Regierung hat letztlich durch die Ankündigung der Herabsetzung garantierter Einlagen auf einen Maximalbetrag von ¥ 10 Mio. deutlich gemacht, daß auch die Anleger selbst eine ihren Möglichkeiten entsprechende Verpflichtung zur Kontrolle tragen. Die Aufsicht des privaten Finanzwesens wurde durch Gründung der *Financial Supervisory Agency* (FSA) im Juni 1997 wesentlich erhöht. Nach Namensänderung in *Financial Services Agency* im Juli 2000 wurden die Befugnisse der Agentur erneut gestärkt und ihre Unabhängigkeit, auch institutionell als externes Organ direkt unter dem Kabinettsbüro angesiedelt, bestätigt.

Zusammen mit dem Finanzministerium teilt sich die Agentur die Kontrolle und Verantwortung des Finanzwesens und untersteht direkt dem Büro des Premierministers. Im folgenden Kapitel wird auf die chronischen Beschwerden der Vereinigung privater japanischer Banken eingegangen, daß die weiterhin andauernde Krise ihren tatsächlichen Ursprung in der übermächtigen Rolle öffentlicher Finanzinstitute insgesamt und des japanischen Postsparkwesens hat und daß die einzige Lösung in seiner Privatisierung zu bestehen hat.

## 5. Das japanische Postsparsystem (*yûbin chokin ginkô*)

Laut Yoshino war in Japan um 1875 ein allgemeines Sparkonzept weitgehend unbekannt. Vielmehr tendierte besonders die ärmere Bevölkerungsschicht dazu, ihr Geld häufig noch am selben Tag auszugeben: (Yoshino 1996: 135); (Takigawa 2003: 68); (Takezawa 1996: 186); und (Calder 1990: 38)<sup>150</sup>. Zahlreiche Wirtschaftshistoriker erklärten das erstaunliche Wachstum moderner Sparinstitutionen – vor allem des Postsparwesens - in den 1880ern durch ein bereits vorhandenes und sich verbreiterndes Bewußtsein, Ersparnisse anzulegen:

*„The early growth (of the Japanese postal savings system, Anm.d.Verf.) attests to the widespread nature of savings habit and the frugality of even low-income groups in Japan, and to the increasing tendency of individuals to hold whatever wealth they had in financial form.“<sup>151</sup>.*

Gegenstand der vorliegenden Arbeit soll nicht sein, die Kontroverse über die Gründe für die schnell wachsende Popularität des Postsparwesens erschöpfend zu klären. Fest steht aber, daß erst nach der Meiji Landvermessung und der pekuniären Umstellung des Steuersystems auch die Landbevölkerung gezwungen war, periodisch größere Summen Geld zur Verfügung zu haben.

Die hohe Akzeptanz des Postsparwesens durch die Bevölkerung festzuhalten, kontrastiert deutlich den Mißerfolg der Nationalbanken. Trotz intensiver staatlicher Protegierung der Bankeninstitute verfehlte das Nationalbankwesen sein Ziel, Kapital zu bündeln und dem Industrialisierungsprozeß zuzuführen<sup>152</sup>. Das Postsparmodell hingegen bewährte sich und sicherte dem japanischen Staat im folgenden Industrialisierungsprozeß den nötigen Abstand von ausländischen Geldgebern. Damit kam ihm als Element staatlicher Finanzierung gerade in den unruhigen ersten Dekaden der Meiji Ära größere Bedeutung zu, als sich dies aus seiner steigenden Einlagenhöhe

---

<sup>150</sup> Das schnelle Wachstum des Postsparwesens läßt sich, wie in Patricks Dissertationsschrift (1976) auch als Institutionalisierung einer bereits in der Bevölkerung bestehenden Tendenz interpretieren.

<sup>151</sup> Zit. aus (Patrick 1999: 57).

<sup>152</sup> Sowohl Patrick, als auch Yamamura stehen der Frage nach dem tatsächlichen Beitrag japanischer Banken zum Industrialisierungsprozeß kritisch gegenüber: „[...] there were important industrial firms, in significant numbers, which began the initial phase of their activities without the aid of bank funds and without the entrepreneurial guidance of bankers. It is important to realize this [...] because the literature on the subject has too often emphasized the importance of bank capital and bankers [...]“. Zit aus (Yamamura 1999: 79).

ablesen ließe. Außerordentliche Belastungen wie die finanzielle Bewältigung des *seinan sensô* (Satsuma Revolte), des sino-japanischen und des russisch-japanischen Krieges konnten so durch die Meiji Regierung bewältigt werden, ohne sich in die Abhängigkeit ausländischen Kapitals zu begeben.

Inzwischen ist das japanische Postspargwesen zum weltweit größten Finanzinstitut mit Einlagen in Höhe von ¥ 224,1378 Billionen angewachsen<sup>153</sup>. Es finanziert  $\frac{2}{3}$  des staatlichen Investitions- und Darlehensprogramms (*zaitô*), auch *Fiscal investment and loan program* (FILP), das wiederum um 40 % des japanischen Haushaltes schwankt. Das Sparwesen nimmt daher nicht nur innerhalb der Post selbst einen viel größeren Anteil ein als dies bei den Postinstituten in vergleichbaren Nationen der Fall ist, sondern auch darüber hinaus erheblichen Einfluß auf das Finanzwesen, wo es als Konkurrent auftritt und als Kapitalquelle für einen Großteil der staatlichen Subventionen auf die japanische Wirtschaft insgesamt (Baba et al. 2001: 28 f.) (siehe Tabelle 2) dient.

## 5.1 Geschichtlicher Hintergrund

Die Reformen, mit denen die Meiji Regierung die Industrialisierung vorantrieb, waren geprägt von der Motivation, Japan ein ähnliches Schicksal zu ersparen, wie es China nach dem Opiumkrieg mit England widerfahren sollte. Die unter dem Motto *fukoku kyôhei* (Stärke das Land, verehere den Kaiser, Übers.d.Verf.) angetretene Führungsriege von Männern, allesamt mittleren Alters und von ausgeprägtem Patriotismus beseelt, verfuhr dabei nach einem Prinzip des *trial and error*, das ihrer staatsmännischen Unerfahrenheit genauso wie ihrer Entschlossenheit angemessen war.

Ähnlich der Mobilmachung im Vorfeld eines kriegerischen Konflikts suchten sie sich sämtliche, ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erschließen, um Japan zu militärischer Stärke und internationalem Respekt zu verhelfen. Durch die Industrialisierung militärisch und wirtschaftlich auf Augenhöhe mit den fortschrittlichen westlichen Nationen gebracht, war das Land nicht nur vor

---

<sup>153</sup> Siehe (Nihon yûsei kôsha 2004).

Kolonialisierung geschützt, sondern konnte auch seinen angemessenen Platz auf der politischen Weltbühne einnehmen<sup>154</sup>.

Genau wie das Deutschland der Gründerjahre ebenso ein Nachzügler der Industrialisierung, wurde Japan dabei von dem Bewußtsein der Minderwertigkeit zu allerhöchsten Anstrengungen angetrieben. Die Kluft zwischen Japan und dem Westen war jedoch ungleich tiefer und durch die kulturelle, geschichtliche, und nicht zuletzt geographische Abgeschiedenheit des Inselreiches bedingt, die nur eine kompromißlose Übernahme westlichen Fortschritts überbrücken konnte. Dazu mußten traditionelle Werte und Strukturen partiell geopfert werden, um Strukturen und Organisationsformen aus dem Westen Platz zu machen. Das originär japanische Finanzwesen aus Geldverleihern, Wechselgeschäft und Warenbörsen bestand lediglich als Unterbau des ab 1872 durch die Regierung eingeführten westlichen Bankwesens fort.

## **5.2 Einbettung des Postsparswesens in das Finanzwesen**

Durch die Reformen der Meiji Regierungen wurde die natürliche Entwicklung des japanischen Finanzsystems dauerhaft durch Einführung ausländischer Elemente verändert. Es war ein Novum, systematisch Ersparnisse auch der ärmeren Bevölkerungsschicht zu akkumulieren und im Gegenzug auch dem einfachen Bürger sinnvolle Spar- und Anlagemöglichkeiten zu bieten. Obgleich ursprünglich diese Aufgabe den neuen Nationalbanken zgedacht war, sollte sie stattdessen durch das Postsparsystem übernommen werden, das sich ab 1875 von den Ballungsgebieten auf das Land ausbreitete. Die ersten Anregungen für die Einführung eines postalischen Sparsystems entstammten ähnlich den übrigen Vorlagen der Modernisierung Erfahrungsberichten der durch die Regierung nach Übersee entsandten Beobachter.

---

<sup>154</sup> Daß man sich darin in einem fatalen Irrglauben befand, sollte in dem internationalen Flottenabkommen, das nach Ende des Wk. I das militärische Kräftegleichgewicht definieren sollte, evident werden. So wurde Japan erneut von den westlichen Mächten auf eine inferiore Position relegiert, die u.a. für den dramatischen Wandel in der japanischen Außenpolitik von Koalition zu Konfrontation verantwortlich zeichnete. Die Enttäuschung, daß etablierte Mächte wie Großbritannien, das Japan bis dato als Alliierten betrachtete, Japan die verdiente Belohnung seiner Loyalität vorenthielten, erzeugte besondere Erbitterung. Die Enttäuschung machte den Weg frei für außenpolitische Falken, die sich für eine Fortsetzung der militärischen Aufrüstung aussprachen, um auf diese Weise Japan seinen verdienten Platz an der Sonne zu erstreiten.

So wurde Maejima Hisoka, der die verschiedenen Aspekte westlicher Gesellschaften wie Kultur, Wirtschaft, Politik und Militär in Großbritannien studierte, während seines einjährigen Aufenthaltes 1870 auf das damals junge britische Postspargwesen aufmerksam<sup>155</sup>. Eine allmählich einsetzende Enttäuschung über mangelnde Intermediation der Nationalbanken auf dem Geldmarkt und die fehlende Einbindung der breiteren Bevölkerung als Klientel veranlaßte die Regierung schließlich, Alternativen wie des Postspargwesens aufzugreifen (Yûbin chokin ni kansuru chôsa kenkyûkai 1990: 199 f). Der Aufbau des postalischen Sparwesens und das beständige Wachstum an Konten und Guthaben läßt darauf schließen, daß gleichgültig, ob ein Sparbewußtsein zuvor existiert hatte, die Einführung des Systems erheblich zu einer weiteren Verbreitung des Sparkonzepts als solchem in Japan beitrug. Mit dem übergeordneten Ziel, die Bevölkerung zum Sparen anzuhalten, wurde durch die Post vorerst ohne eindeutig bestimmten Zweck Kapital akkumuliert (Maeno 1985: 111 f.); (Patrick 1967: 272)<sup>156</sup>. Das Konzept, Einzelguthaben, die auf das Individuum bezogen gering, aber in ihrer Summe erheblich waren, durch ein staatliches Finanzinstitut zu bündeln, wurde so nach britischem Vorbild am 4. April 1875 landesweit eingeführt<sup>157</sup>.

---

<sup>155</sup> Das britische Postspargwesen wurde 1861 gegründet. 1867 folgte Neuseeland dem Beispiel Großbritanniens, ein Jahr später folgte Kanada und 1870 Belgien. Siehe auch (Yûbin chokin ni kansuru chôsa kenkyûkai 1990: 201).

<sup>156</sup> Siehe gegenteilige Auffassungen in (Takezawa 1996); (Yoshino 1996) und explizit (Yoshino 2003: 34). Eine Absage an die Auffassung fehlenden Sparbewußtseins in der Japanischen Bevölkerung mit direkter Bezugnahme auf Yoshino und Takezawa erteilt (Kuwayama 1999: 27 ff.).

<sup>157</sup> Die Interpretationen über den Zweck eines Postspargwesens divergieren. So schreibt Kuwayama: *“The Japanese planners’ stated goals were to improve the people’s livelihood by encouraging thrift, and to gather small savings to provide capital to industry.”*, zit. aus (Kuwayama, Patricia 1999: 27). Das eine Regierung, die einerseits das einfache Volk für ungebildet und selbst einfachen Konzepten wie dem Sparen als verschlossen erachtete, gleichzeitig aber bereit war, das für den Aufbau einer modernen Industrie notwendige Kapital in die Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität zu investieren, erscheint jedoch fraglich. Tatsächlich, und eingedenk der japanischen Tradition individuelle Bedürfnisse einem Gemeinschaftswohl unterzuordnen, erscheint die Zielsetzung, jegliches auch noch so geringes Kapital der Industrialisierung nutzbar zu machen, wahrscheinlicher, siehe auch (Yoshino 1996: 35).

### 5.2.1 Das Setzen von Standards

Auf Maejimas Anraten wurde die Annahme von Depositen vorerst lediglich auf experimenteller Basis bei ausgewählten Poststationen eingeführt<sup>158</sup>. Hier liegt eines der größeren Mißverständnisse hinsichtlich der originären Motivation begründet, dem selbst heute anerkannte Koryphäen weiterhin verfallen:

*„The addition of deposit services to postal facilities was motivated by three considerations – first, many areas outside of the industrial centers of Japan had no banking or financial services; second, commercial banks were designed primarily to serve the interests of business, not households; and third, postal deposits provided the government with a low-cost source of funds [...]“* (Yoshino 2003: 63).

Tatsächlich begann die Einführung nicht auf dem Lande, wo heute noch der eigentliche Vorteil eines Finanzinstituts, das die über ganz Japan verteilten Postämter instrumentalisierte, zum Tragen hätte kommen können, sondern im Ballungszentrum zwischen Tôkyô und Yokohama (Kuwayama 1999: 2)<sup>159</sup>. Das Experiment sollte vor allem klären, ob die geringe monetäre Intermediation des Nationalbankwesens auf die fehlende Akzeptanz der Bevölkerung, oder aber auf das mangelhafte Angebot der Finanzinstitute zurückzuführen war. Tatsächlich konzentrierten sich die privaten Finanzinstitute zu diesem Zeitpunkt auf einen ausgewählten Kundenkreis, der sich oft auf die Eigentümer beschränkte und der die Banken zu Hausbanken degradierte. Mit dem postalischen Sparwesen entstand also Konkurrenz, den die Privaten jedoch erst nach dem Eintritt der Wirtschaft in die Industrialisierung Anfang der 1890er zu spüren begannen. Denn erst der steigende Bedarf nach Investitionskapital veranlaßte die Unternehmensgruppen, denen die Banken angehörten, sich der breiteren Bevölkerung zuzuwenden und den Wettbewerb mit der Post aufzunehmen.

Durch die Verkündung eines Regelwerkes für Sparen im Jahr 1874 wurden die ersten gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung des Sparwesens gelegt, auf den die tatsächliche Einführung im nächsten Jahr folgte. Im Januar 1883 wurde das erste

---

<sup>158</sup> Die anfänglich nur 18 Postämter, die für die Einlage von Kleinstdepositen geöffnet wurden, konzentrierten sich auf den Raum Tôkyô und ein weiteres in Yokohama, siehe (Takezawa 1996: 186).

<sup>159</sup> Kuwayama bestreitet, daß die Bedienung ländlicher Bevölkerung mit Finanzdienstleistung Teil der ursprünglichen Motivation für die Einführung des Postsparsystems war. Sie gründet ihre Annahme auf die Konzentration annehmender Postfilialen in Ballungsräumen bei Implementierung in unterschiedlichen Ländern.

eigentliche Postgesetz erlassen, das den wohlfahrtsstaatlichen Charakter des Sparwesens für ganz Japan festschrieb (Takita 1929: 58 f.). Sein Erfolg und die insgesamt rapide Entwicklung des Finanzwesens machten bald 1889 den Erlaß eines ersten Gesetzes eigens für das Postsparwesen erforderlich. Doch selbst die legislative Separierung hielt nicht lange mit seinem Wachstum und den damit wechselnden Herausforderungen Schritt, so daß 1905 eine erste Neuauflage folgte. Nach und nach war der Maximalbetrag für Einlagen heraufgesetzt, die Produktpalette vergrößert worden, um im Jahr 1905 in einer ordentlichen Bank mit normalen, Termin- und kombinierten Sparkonten gleichzukommen. Am Vorabend des zweiten sino-japanischen Konfliktes 1937, der mit der Ausweitung zum Pazifischen Krieg 1941 für Japan den Beginn des 2. Weltkriegs markierte, war das Postsparwesen mit 276,823 Kunden und Einlagen in Höhe von ¥ 53.196.408 bereits das populärste Finanzinstitut und den großen *zaibatsu* Banken ebenbürtig (Takita 1929: 61 f.).

Hatte die Regierung von Anfang an die Fixierung der Privaten auf ein geringes Klientel bemängelt, bedurfte es einer handfesten Bankenkrise, damit sich der Staat nicht nur durch die Bereitstellung von Alternativen wie des Postsparwesens, sondern auch durch eine zweite Reform 1892 der Problematik annehmen sollte<sup>160</sup>. Nichtsdestotrotz erreichten private Banken nie die Breite des Postsparwesens und sollten sich auch in Zukunft stärker auf Unternehmen, denn Individuen als Kunden konzentrieren. So war und blieben die Gründe für die Einführung und die spätere Existenzgrundlage des Postsparwesens eine Unvollkommenheit des heimischen Bankwesens und der unterentwickelte Zustand des japanischen Kapitalmarktes (Takigawa 2004: 91). Um sich vom privaten Finanzwesen deutlich abzugrenzen, wurde das zu anfangs unter *chokin* (Spargeld Übers. d. Verf.) firmierende System bald in *eikitei kyoku chokin* (Bahnhofsamt Spargeld, Übers. d. Verf.) später in *yûbin chokin* (Post Spargeld, Übers. d. Verf.) umbenannt. Bereits 1875 wurde der nationale Geldtransfer ermöglicht, so daß neben dem mangelhaften Überweisungssystem der Banken, das noch auf die Dienste traditioneller *ryôgae* angewiesen war, ein rudimentäres Giro-System<sup>161</sup> im Entstehen begriffen war<sup>162</sup>.

<sup>160</sup> So wurde die mangelhafte Risikodiversifikation eines geringen Kundenstamms dafür verantwortlich gemacht, daß sich Konkurse der Kunden ungehindert in das Bankwesen fortpflanzen konnten. `Organ Banken` (*kikan ginkô*), die hauptsächlich die Finanzierung eines Mutterunternehmens leisteten, waren besonders anfällig, so daß als Teil der zweiten Reform des Bankwesens *kikan ginkô* verboten wurden.

<sup>161</sup> Giro ist eine Ableitung des griechischen Wortes *guros*, das in direkter Übersetzung revolvieren oder auch wiederholen heißen kann. Im Zusammenhang mit Zahlungssystem wird damit die Fähigkeit eines Netzwerkes bezeichnet, die Zirkulation von Geldern zu gewährleisten. Scheer betont die Bedeutung eines

Seit den Anlaufschwierigkeiten verzeichnete das Postspargwesen ein beständiges Wachstum, vor allem in den Jahren von 1883 bis 1889, und später von 1904 bis 1913 (siehe Tabelle 1). Zurückzuführen waren diese Wachstumssprünge auf Phasen wirtschaftlicher Unsicherheit, die sich in Krisen des privaten Bankwesens übersetzt hatten. Dank der hohen Präsenz der Post gerade in ländlichen Regionen resultierte dies in einem Zuwachs am gesamten Anteil der Spareinlagen (Teranishi 1995: 165).

**Tabelle 1: Entwicklung des Postspargwesens 1875-1927**

Jahresende	Kunden	Einlagen
1875	1.843	12.224
1880	36.126	662.092
1885	293.297	9.050.255
1890	797.486	19.514.844
1895	1.179.555	27.748.216
1900	1.883.262	24.015.138
1905	5.685.551	52.836.446
1910	11.017.588	161.026.814
1915	13.763.948	221.842.557
1920	23.781.640	847.003.707
1925	31.247.098	1.134.324.994
1926	32.261.350	1.162.358.472
1927	33.902.941	1.525.294.354
1928	36.282.343	1.742.781.712
1929	37.421.198	2.006.202.678

Quelle: Siehe (Takita 1929:S.63).

Die Interdependenz zwischen staatlichem und privatem Finanzwesen hatte also mindestens zwei Effekte. Innovative Impulse, wie die Einführung des rudimentären Girosystems, aber auch strukturelle Schwächen der Privaten wie den durch mangelnde Kapitalisierung erzeugten Wettbewerbsdruck. Unbeachtet, mußte der Markt daher auf lange Sicht die Privaten abstrafen. Die erzieherische Wirkung des Postspargwesens für

---

auf einem postalischen Netzwerk beruhenden Giro-Systemen insbesondere für industrielle Schwellenländer, durch vgl. niedrige Transaktionskosten: „[...] *they are cheaper for households and small business to maintain than commercial bank accounts and provide secure, affordable means to transfer money.*“ (zit aus Scheer [2001], S. 9). Durch Einbindung in das internationale Postgiro-System dehnt sich dieser Vorteil über die nationalen Grenzen aus. Unterschieden werden muß der nationale Geldtransfer, der 1875 eingeführt wurde, und der ausgereifte Giro-Transfer, der ab 1906 durch die japanische Post angeboten wurde, siehe (Kuwayama 1999: 27); (Takita 1929: 63).

<sup>162</sup> Mit Einführung des postalischen Geldtransfers verabschiedete sich das japanische Postspargwesen von seinem britischen Vorbild, das bei der Einführung des Sparkonzepts wegweisend gewesen war, das Giro-System aber erst 1968 einführen sollte.

die Bevölkerung und das Finanzwesen durch die Bereitstellung von Mindeststandards im ganzen Land ist natürlich schwer zu ermessen. Erfassbar ist jedoch, wie sich der Proportz des Postsparswesens an den Depositen insgesamt veränderte und damit sowohl Unzufriedenheit mit dem Angebot der Privaten, als auch Zufriedenheit mit der Post ausdrückte (siehe Diagramm 8).

### **5.2.2 Die staatstragende Bedeutung des Postsparswesens**

Die Wechselwirkungen zwischen dem Privatbank- und dem Postsparswesen waren also nicht völlig unbeabsichtigt vielmehr willkommen und sollten bis in die 1990er ihre erzieherische Wirkung behalten, um dann als `unfairer Wettbewerb` durch das private Bankwesen abgetan zu werden. Die eigentliche Motivation für die Einführung war jedoch die Aktivierung von untätigem Kapital in Form von Kleinstguthaben und deren Kanalisierung in den Industrialisierungsprozeß (Yûseishô 1971: 155). Auch die Unwägbarkeiten und Risiken, denen sich die Meiji Regierung bei der Auswahl eines, den nationalen Bedingungen und Bedürfnissen entsprechenden Finanzwesens gegenübergestellt sah, kommen als triftige Beweggründe in Frage. Der Umstand, daß die Annahme von Depositen an Poststellen den Aufbau des Nationalbankwesens begleitet, scheint diese Vermutung zu bestätigen.

Das traditionelle Geld- und Finanzwesen war, obgleich von hoher Differenziertheit, dem Entwicklungsgrad des Landes entsprechend unvollkommen und daher keine Alternative bzw. Stütze, sollte das Nationalbankwesen fehlschlagen. Der Einlegerschutz war bei den traditionellen und den modernen Nationalbanken unzureichend, so daß die Kundschaft außerstande war, sich auf den Ruf des jeweiligen Hauses zu verlassen. Daß dort, wo der Post der Wettbewerb zu den Privaten untersagt blieb, wie dem Kreditgeschäft, Mängel wie deutliche Zinsgefälle zwischen den Regionen noch lange Zeit fortbestanden, weist deutlich auf die erzieherische Funktion des Postsparswesens hin. Durch seine Einführung garantierte der japanische Staat Schutz für Guthaben selbst der ärmeren Bevölkerungsschicht und schuf damit eine wesentliche Grundlage für den reibungslosen Aufbau der übrigen Elemente eines modernen Finanzwesens und deren gesetzliche Regelung Einbettung. Die Bereitstellung eines universalen Sparsystems in einem noch bis vor kurzem feudalistischen Japan, das ohne

Ansehen der Person einen Mindeststandard von Finanzdienstleistungen bot, war nicht nur eine wirtschafts-, sondern auch eine gesellschaftspolitische Meisterleistung.

Die Ausdehnung der Annahme von Kleinstdepositen auf sämtliche Filialen verschaffte dem Postsparswesen, das anfangs noch unter dem schlichten Namen Sparbank (*chochiku ginkô*) firmierte, ein umfangreicheres Netzwerk als das aller Nationalbanken zusammengenommen<sup>163</sup>. Um negative Auswirkungen auf den Aufbau des privaten Bankwesens zu vermeiden, wurde die Konkurrenzsituation vorerst dadurch entschärft, daß Postspareinlagen bei privaten Banken, hauptsächlich der Dai-ichi kokuritsu Bank, deponiert wurden<sup>164</sup>. Durch Kopplung des Postsparswesens an das private Bankwesen lehnte Japan sich an das US-amerikanische Postsparsystem an, das die Redeponierungen aus dem gleichen Grund sogar gesetzlich fixiert hatte und emanzipierte sich damit endgültig vom ursprünglich britischen Vorbild<sup>165</sup>.

Laut Scheer (2001) ging ein weiteres entscheidendes Motiv für die Einführung des postalischen Sparwesens auf die Perzeption der japanischen Regierung des westlichen Aufeinandertreffens mit anderen vorindustriellen Nationen wie Ägypten, Indien und China zurück:

*„Its [The Japanese, Anm.d.Verf.] leaders took note of the foreign indebtedness of the Chinese and Ottoman empires, and, using its new postal savings systems as a foundation, the Japanese state was able to foreswear all foreign borrowing for the next 30 years (until the advent of the Russo- Japanese War).“<sup>166</sup>.*

---

<sup>163</sup> Die ursprüngliche Planung begrenzte die Annahme von Depositen auf die Guthaben von Postangestellten sowie deren Annahme auf Postfilialen in Ballungszentren. Doch die anfangs schleppende Entwicklung bewog die Regierung zur Ausdehnung des Systems auch auf die ländlicheren Regionen.

<sup>164</sup> Nach Kuwayama entsprach das frühe japanische Postsparswesen damit einer *narrow bank*, also einer Bank, deren Investitionen ausschließlich in risikominimaler, staatlich garantierter Form erfolgten. Seine Annahme trifft allerdings nur partiell zu. Zwar war die Dai-ichi kokuritsu Bank auf staatliche Anregung durch die Mitsui und Ono Familie gegründet worden und nahm für kurze Zeit eine zentralbankähnliche Rolle, wie die Ausgabe von Geldnoten und die Verwaltung und den Transfer staatlicher Gelder. wahr. Doch der Konkurs der Ono, von dem auch die Mitsui nur knapp verschont blieben, ist nicht geeignet, diese Annahme zu unterstützen, siehe (Kuwayama 1999: 6 ; 28).

<sup>165</sup> Tatsächlich übten die Vereinigten Staaten, nach deren Vorbild auch das Nationalbankensystem errichtet wurde, zu diesem Zeitpunkt wesentlich größeren Einfluß auf die Formierung eines modernen, japanischen Finanzwesens aus als Europa, das weiterhin in militärischer und juristischer Hinsicht als Blaupause diente. Die US-amerikanische Dominanz sollte erst mit der Gründung privater Banken ab 1876 und einsetzender staatlicher Verschuldung durch außerordentliche Ausgaben während des *seinan sensô* 1877 und nachfolgender militärischer Konflikte abnehmen, um letztlich ganz zu verschwinden.

<sup>166</sup> Zit. aus (Scheer 2001: 18), siehe dazu auch Calder: *“They argued [Matsukata and other nationalistically motivated politicians, Anm.d.Verf.] that overseas indebtedness would lead Japan toward the semi-colonial status into which Egypt was then visibly falling [...]“*, zit. aus (Calder 1990: 38).

Deren Quasi-Kolonialisierung und wirtschaftliche Ausbeutung diene als abschreckendes Beispiel und Ansporn, eine Abhängigkeit von ausländischem Geldgebern zu vermeiden. Die Akkumulation von Kapital durch ein staatliches Finanzinstitut erschien insofern als probate Lösung und fand ihr institutionelles Gerüst im allmählichen Aufbau des staatlichen Investitions- und Darlehensprogramms.

### 5.2.3 Mobilisierung von Kapital

War durch den Aufbau eines Netzwerks von Depositen annehmender Postämter die Struktur des späteren Postsparwesens in seinen Grundzügen entstanden, fehlte bislang ein eindeutig bestimmter Zweck für die Verwendung der Gelder. Im Jahr 1878 wurde das System, die Einlagen bei Privatbanken zu deponieren, abgeschafft. Stattdessen entschied das Finanzministerium selbst und ab 1885 ein innerhalb des Finanzministeriums gegründetes Depositenbüro (*Yokin kyoku*) über die Verwendung für risikominimale Investitionen wie Staatsanleihen. So gelang es bei der Finanzierung der außerordentlichen Ausgaben der ab 1904 einsetzenden Rüstungsanstrengungen für den russisch-japanischen Krieg durch die, dank des Postsparwesens zur Verfügung stehenden Gelder, nahezu auf ausländisches Kapital zu verzichten. In der Wirtschaft trat 1889 der Staat erstmals als größter Kreditgeber für die Osaka Weberei (*Ôsaka bôseki kabushiki gaisha*), das erste privatwirtschaftliche Investitionsprojekt der Meiji Regierung auf, um den Grundstein für das Konzept des eines staatlichen Subventionsprogramms zu legen und fügte das Kapital des Postsparwesens als festen Bestandteil seinem wirtschaftspolitischen Instrumentarium hinzu.

### 5.3 Das Postsparwesen als Bestandteil des Staates

Während die Finanzbehörden über die Verwendung der Gelder bis ins Jahr 2001 entscheiden sollten, wurde die Verwaltung des Sparwesens anfangs durch ein Büro (*ekitei kyoku*) innerhalb des Innenministeriums (*Naimushô*) ausgeführt. Mit zunehmender Größe verlagerte die Regierung den Bereich für 5 Jahre in das Landwirtschafts- und Handelsministerium (*Nôshômushô*)<sup>167</sup>, um letztlich dem Vorläufer des inzwischen abgeschafften Ministeriums für Post und Telekommunikation, dem damaligen Kommunikationsministerium (*Teishinshô*), die Kontrolle zu überantworten.

Anhand der administrativen Verlagerung der Verwaltung des Postsparwesens lassen sich machtpolitische Verlagerungen innerhalb von Politik und Bürokratie ablesen. Denn der Typus des Politikers, der als Mitglied einer Partei seine Wählerschaft im Volk repräsentierte, hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht etabliert. Vielmehr waren die Meiji Restauratoren in Gruppen (*habatsu*) unterteilt, die sich um einzelne dominierende Persönlichkeiten scharten, welche zum Teil stark divergierende Ansichten zu der Zukunft des Landes vertraten. Zweifellos die heftigste der Auseinandersetzungen dieser Gruppen war die Satsuma Revolte von 1877. Weitere weniger heftige Konflikte verliefen innerhalb der Regierung zum Teil über Dekaden entlang unterschiedlicher Grenzen<sup>168</sup>.

Erst mit Eintritt in das 20. Jahrhundert und dem Beginn der sogenannten Taishô Demokratie sollte sich die Macht dieser bestimmenden Persönlichkeiten, die als *genrô* (ältere Ratgeber, Übers.d.Verf.) weiterhin über enormen politischen und wirtschaftlichen Einfluß geboten, allmählich hin zu gewählten Politikern der ersten Parteien verschieben. Allerdings war diese Entwicklung nicht Produkt eines erstarkenden Parlamentarismus oder politischen Selbstbewußtseins der Bevölkerung. Vielmehr verstarben die *genrô* schlicht oder traten freiwillig von ihren Positionen zurück, während das Machtvakuum, das sie hinterließen, nur unvollständig ausgefüllt wurde.

<sup>167</sup> Siehe (Takigawa, Yoshio 2004: 71).

<sup>168</sup> So galt die Herkunft aus den einzelnen an der Restauration beteiligten Lehenstümer, wie Satsuma, Tosa, Chôshû usw., als veritable Einteilung für Einteilung und Gefolgschaft. Satsuma und Chôshû, die schon traditionell gegen die Zentralregierung vor 1868 opponiert hatten, stellten nicht nur den Hauptteil der Rädelsführer, die letztlich zum Sturz des bisherigen Systems geführt hatte. Auch in der Meiji Regierung sollten Männer aus diesen Lehen dominieren.

### 5.3.1 Politische Einflußfaktoren

Doch während der 1880er und 1890er waren die Auseinandersetzungen zwischen den späteren *genrô* noch im vollen Gange. Um die Vorgänge dem Rahmen entsprechend zusammenzufassen, wurde um die Mitte der 1870er herum deutlich, daß sich ein Versagen des Nationalbankwesens abzeichnete, für das sich die Fraktion um Itô Hirobumi stark machte<sup>169</sup>. Der Erkenntnis folgte nicht nur die erste Reform der japanischen Bankgesetzgebung, sondern die Entscheidung, die Nationalbanken zugunsten eines Privatbankensystems auslaufen zu lassen. Über die Form, die das japanische Finanzsystem anzunehmen hatte, herrschte Dissens ob der Rolle des Staates, der sich um zwei der markantesten Persönlichkeiten früher japanischer Wirtschaftspolitik kristallisierte.

Ôkuma Shigenobu hatte sich von Beginn seiner staatsmännischen Karriere an innerhalb der Regierung besonders dem Aufbau eines modernen japanischen Finanzsystems gewidmet<sup>170</sup>. Obgleich Ôkuma die Lizenzierung privater Finanzinstitute unterstützte, wuchs während seiner Amtszeit als Finanzminister das staatliche Engagement als Kreditgeber und Initiator industrieller Projekte. So ging auch die Gründung der Yokohama Devisen Bank auf seine persönlichen Anstrengungen zurück. Deren Versagen, die für den Industrialisierungsprozeß nötigen Devisen zu erwirtschaften, schwächten seine Position und bot der Gruppierung um Matsukata Masayoshi die Chance, Ôkuma seiner politischen Ämter zu berauben und eine wirtschaftspolitische Kehrtwende einzuleiten.

Matsukata reduzierte das größtenteils defizitäre Engagement in der produzierenden Industrie (*kangyô haraisage*) und konzentrierte sich statt direkter staatlicher Finanzierung auf die Gründung spezialisierter Finanzinstitute. Für das Postspargwesen bedeutete dies, daß die Praxis, subventionierte Darlehen direkt designierten Projekten zukommen zu lassen, im Juli 1884 abgeschafft wurde. Stattdessen etablierte sich ein

---

<sup>169</sup> Miyajima und Weber (2000) stellen die These auf, daß japanische Nationalbanken sich über die Zeit ihrem (erfolgreichen) Vorbild, den US-amerikanischen Nationalbanken, angepaßt hätten und gründen ihre Annahme auf einen Erfahrungsvorsprung in den Vereinigten Staaten und einen bereits in Anfängen zu beobachtenden Ausgleich der Kapitalzusammensetzung japanischer Banken: "*Then the balance sheets of Japanese national banks should have begun to look more like those of their counterparts in the United States as the the Japanese national banking system became more mature and the country became more familiar with banking and undertook more financial intermediation.*". Zit aus (Miyajima und Weber 2000: 20).

<sup>170</sup> Auf seine Anstrengungen gingen die Errichtung der kaiserlichen Münze und die Anstellung ausländischer Experten für den Aufbau rudimentärer Strukturen zurück.

Mechanismus, der den größten Teil der Postspareinlagen über das Depositenbüro des Finanzministeriums (*yokin kyoku*) der Bedienung staatlicher Verschuldung über das Amt für staatliche Anleihen (*kokusai kyoku*) zur Verfügung stellte. Die Grundzüge eines indirekten Förderungsprogramms waren somit gelegt und sollten mit steigender Höhe und zunehmender staatlicher Verschuldung zu einem komplexen System heranwachsen. Aber genauso hatte sich in der Trennung von Verwaltung und Verwendung durch zwei verschiedene Ministerien eine anhaltende, strukturelle Schwäche etabliert und das Finanzministerium war auf die Kooperation eines zweiten Ministeriums angewiesen<sup>171</sup>. Daher blieb das Postsparwesen vor ähnlichen Beschränkungen bewahrt, wie sie das Finanzministerium nach Kriegsende für das übrige Finanzwesen verfügen sollte. Anhaltende Konkurrenz zwischen den Ministerien verhinderte eine Eingliederung der Post in das ansonsten straff regulierte japanische Finanzwesen und verschaffte ihm in Folge erhebliche Vorteile. Eine Diskussion darüber, ob Größe und Regelung des japanischen Postsparwesens mitverantwortlich für die jetzigen Schwierigkeiten japanischer Banken zeichnet, hat hier ihren Anfang zu nehmen.

### 5.3.2 Der Einfluß politischen und bürokratischen Fraktionalismus

Die Zersplitterung japanischer Politik in Fraktionen sollte sich als notorisch erweisen und auf den bürokratischen Apparat abfärben. Hatten während der Meiji Periode Persönlichkeiten wie Ôkubô, Ôkuma, Matsukata oder Yamagata wesentlichen Einfluß ausgeübt, entstand durch die Säuberungen der politischen Ränge nach Kriegsende 1945 von Kriegsverbrechern innerhalb der Bürokratie ein eigenes Selbstverständnis.

Das Fehlen versierter Berufspolitiker rückte Bürokraten in eine zentrale Rolle und ließ die Ausarbeitung von Gesetzen und Maßnahmen in ihren Verantwortungsbereich wandern. Einfluß über Fördermittel und das Gewicht des jeweiligen Aufgabenfeldes definierten die Bedeutung der einzelnen Ministerien. Hatte das Finanzministerium

---

<sup>171</sup> 1949 wurde das damalige Kommunikationsministerium (*Teishinshô*) eines Großteils seines politischen Einflusses und administrativen Gewichts beraubt, blieb aber als Post- und Telekommunikationsministerium für die Verwaltung des Postsparwesens zuständig. Die Zersplitterung der Weisungsbefugnis für das Finanzwesen blieb damit erhalten und tradierte sich in die Moderne, um mit dem Wachstum der Postspareinlagen und steigender Verschuldung zuzunehmen.

Hoheit über die Verwendung postalischer Spareinlagen, wachte das Kommunikationsministeriums (das spätere Post- und Telekommunikationsministerium) eifersüchtig über ihre Verwaltung. Dauernde Kompetenzstreitigkeiten waren die Folge, in der das Postministerium bemüht war, seinen Einfluß zu wahren, während das Finanzministerium zu Recht seine Kontrolle über das Finanzsystem als Ganzem ausgehöhlt sah. In anderer Hinsicht verfügte das Finanzministerium über einen ständig wachsenden Fundus, über dessen Verwendung es seit 1945 weitgehend eigenständig entscheiden konnte. Die Entscheidungsgewalt über Subventionen durch spezielle Finanzinstitute verschaffte dem Finanzministerium eine außerordentlich starke Stellung (Teranishi 1984: 45).

Beamte, die aus dem Dienst beider Ministerien, des MPT und des MOF, ausschieden, wurden auf selbstverständlicher Basis durch diese Institute oder private Unternehmen, die von dem FILP abhängig waren, in gut dotierte Positionen aufgenommen. Zwar war die Praxis des *amakudari* (Vom Himmel herabsteigen, Übers.d.Verf.) nicht auf diese beiden Ministerien beschränkt, doch aufgrund des Umfangs des FILP und seiner Bedeutung für die nationale Wirtschaft entstand ein besonders eng verwobenes Netzwerk. In konjunkturell guten Perioden vermochte das Beziehungsgeflecht sogar die wechselseitige Kommunikation zu verbessern. In krisenhaften Situationen, wie nach dem abrupten Ende des Heisei Booms 1989, war es ebendieses Netzwerk, daß für die Beugung bestehender Regeln und die Umgehung von Kontrollmechanismen verantwortlich zeichnete und die Formulierung wirksamer Wirtschaftspolitik behinderte.

## **6. Das Postspargewesen als integraler Bestandteil des FILP**

Die von Premierminister Hashimoto Ryûtarô 1998 nach dem Vorbild der als *big bang* von der Thatcher Regierung in Angriff genommenen Reformen führten zu der oberflächlich betrachtet einschneidendsten Veränderung des japanischen Finanzsystems seit 1945. Allerdings vollzog die Legislative jedoch nur eine Entwicklung für das Finanzwesen nach, die sich in der wirtschaftlichen Praxis längst durchgesetzt hatte. Makulatur wurde das Reformpaket nur deshalb nicht, da nur das Finanzwesen durch die Gängelung des MOF und die geltenden Gesetze nicht in der Lage war, sich der

Internationalisierung der japanischen Wirtschaft anzupassen. Die Industrie hatte diesen Schritt bereits mit abschwingender Konjunktur vollzogen. Merkmale, die Japan bis dahin geprägt hatten, wie das *main-bank* System, waren im Zuge der Internationalisierung japanischer Großunternehmen nach und nach aufgeweicht. Genauso galt dies für das Konvoi-System (*gyosô sendan hōshiki*), in dem die zuständige Behörde, das Finanzministerium oder *Ministry of Finance* (MOF), japanische Finanzinstitute wie Zerstörer vor ausländischer Konkurrenz bewahrt und gleichzeitig dafür gesorgt hatte, daß sich einzelne Institute weder durch überdurchschnittliche, noch durch unterdurchschnittliche Qualität vom Zentrum entfernten<sup>172</sup>. Nach und nach verlor sich die Wirkung dieser Kontrollmechanismen, da Institute sich auf ausländischen Kapitalmärkten der staatlichen Gängelung in Übersee erfolgreich entzogen.

Der Eintritt in die und das Platzen der *bubble* Mitte bis Ende der 1980er hat enthüllt, daß gerade die verspätete Liberalisierung des Finanzwesens nebst ihrer mangelhaften Umsetzung die japanische Wirtschaft einem besonders hohen Risiko ausgesetzt hatte. Charakteristische Makel, die in dem regulierten System ausreichend kompensiert worden waren, wie die chronische Unterkapitalisierung der Banken, fehlendes know-how, unzureichende *corporate governance* und Risikobewertung und die typische myopische Fokussierung auf Marktanteile zu Lasten der Profitabilität bestanden fort, so daß staatliche Kontrollen wegbrachen. Der *big bang*, so nötig er als Symbol des japanischen Aufbruchs in das Zeitalter der Globalisierung war, erwies sich als Büchse der Pandora (siehe Tabelle 8).

Nun galt es die bis dato existierende Bevormundung der Finanzbehörde durch Verpflichtungen zur Einhaltung international geltender Standards wie Basel I und nun Basel II zu ersetzen. Wertung und Aufsicht sollten in großen Teilen durch die weitere Liberalisierung der Kapitalmärkte und durch Stärkung der Aktionärsrechte erfüllt werden. Doch trotz großangelegter Reformen blieb ein wesentlicher Aspekt des japanischen Finanzsystems weitgehend unangetastet, obgleich auf ihm das Wohl des Landes, wenigstens aber die Finanzierung des jährlichen Nachtragshaushaltes ruhte wie auf keinem anderen.

---

<sup>172</sup>Zum Konvoi-System siehe (Mabuchi 1993: 4 f.); (Aoki et al. 1994: 30 ff.); (Milhaupt 1999: 29 ff.).

## 6.1 Das staatliche Investitions- und Darlehensprogramm

Durch das staatliche Investitions- und Darlehensprogramm investierte der japanische Staat Jahr für Jahr den überwiegenden Teil von einem Drittel sämtlicher Ersparnisse japanischer Privathaushalte in Form von Postspareinlagen in strukturerhaltende und -fördernde Projekte. Mit wachsenden Einlagen der Postbank und des staatlichen Pensionssystem, das auch in die Finanzierung des FILP eingeht, einerseits und steigenden Investitionsvolumen des Programms andererseits wuchs die staatliche Präsenz sowohl auf der Einnahmen- wie Ausgabenseite zu gewaltigen Ausmaßen an (siehe Tabelle 2).

**Tabelle 2: Staatliches Investitions- und Darlehensprogramm 1955-90**

Fiskaljahr	FILP (in Mill.)	Anteil am GNP (%)
1955	297.8	3.4
1960	25.1	3.9
1965	1.776.4	5.3
1970	3.799.0	5.1
1975	10.561.0	6.9
1980	18.103.6	7.4
1985	20.495.0	6.3
1990	35.815.8	8.2

Quelle: Sômushô tôkei kyoku (2003)

Nicht nur die Privatwirtschaft machte auf den Handlungsbedarf aufmerksam, auch in der Politik mehrten sich Stimmen nach umfassenden Reformen des FILP und im Speziellen nach einer Privatisierung der Post.

## 6.2 Das Postsparewesen als Teil des Systems

Das besondere Gewicht des japanischen Postsparewesens beruhte zum wesentlichen Teil auf seinem Beitrag zur Finanzierung des *zaisei tōyūshi keikaku* (Staatliches Investitions- und Darlehensprogramm), oder *Fiscal investment and loan program* (FILP):

*„The most important public financial institution is the Postal Savings System (Yûbin chokin), [...]. Its main objective is to collect funds from small depositors for social infrastructure investments. Most Postal Savings are entrusted to the Trust Fund Bureau (shikin unyô bu) of the MOF, which uses them to finance the major part of the investments and loans under the Fiscal Investment and Loan Program [...]. FILP has been a kind of secondary budget under the administration of the MOF's Financial Bureau, which provides funds for public works, public corporations and local governments.“ (Rixtel 2002: 99).*

### **6.2.1 Öffentliche Finanzierung vor Einführung des FILP**

Wie bereits beschrieben, wurde das Kapital, das sich im Postspargwesen akkumulierte, zunächst ohne konkrete Zielsetzung gesammelt. Um das junge Privatbankwesen durch zusätzliche Konkurrenz nicht zu behindern, hatte die japanische Regierung zu Anfang sogar die Transferierung sämtlicher Posteinlagen an private Finanzinstitute verfügt. Mit steigender Belastung des staatlichen Haushaltes durch außerordentliche Kosten während der kriegerischen Auseinandersetzungen mit China und Rußland wurde dieses System zugunsten der Verwendung des Kapitals für die Finanzierung von Staatsanleihen abgeschafft. Bis nach Ende des Pazifischen Krieges 1945 sollte diese Praxis im wesentlichen erhalten bleiben. Unter der anschließenden Besatzung wuchs sich die Staatsschuld auf dem Hintergrund eines desolaten Zustandes der heimischen Wirtschaft und zum Wiederaufbau nötigen Investitionen zu dramatischen Ausmaßen aus.

Die Bemühungen der Regierung, die Produktions- und Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, führten 1947 zur Gründung der Wiederaufbaufinanzierungsbank (RFB). Die RFB übernahm schnell knapp 60 % der Darlehen für industrielle Investitionen und finanzierte sich durch staatliches Kapital, das wiederum durch Anleihen aufgenommen wurde. Da auf dem geschwächten Kapitalmarkt nach Kriegsende weder ausreichende Nachfrage für Staatsanleihen bestand noch die Ausgaben tatsächlich durch die Staatsfinanzen getragen wurden, liquidierte die japanische Zentralbank den überwiegenden Teil.

Die inflationäre Wirkung des *high powered money* ließ die Preise für Konsumgüter allein in 1949 um 80 % steigen, während die RFB mit dem Geld der Zentralbank den Wiederaufbau der Montan- und Schwerindustrie finanzierte. Der US-amerikanischen Besatzungsmacht war inzwischen daran gelegen, ähnlich wie im Fall Deutschlands in Europa, nicht, wie zuvor beabsichtigt, eine völlige Demontage und Pazifizierung Japans zu erreichen, sondern vielmehr einen verlässlichen und vor allem stabilen Alliierten in Asien zu gewinnen. Die durch das *Supreme command of allied powers* (SCAP) zu diesem Zweck initiierte Wirtschaftspolitik beschränkte eine weitere staatliche Neuverschuldung und führte zur Auflösung der RFB. Die Nachfrage nach Investitionskapital blieb allerdings ungebremst, während das Kapital des Postsparewesens, das sich im Einlagenfond des Finanzministeriums sammelte, sich für die Finanzierung nötiger Subventionen anbot. Die im Zuge der Umstrukturierung des japanischen Finanzwesens gegründeten, von den herkömmlichen Banken separierten Banken für langfristige Darlehen und neue öffentliche Finanzinstitute traten dabei als Mittler auf. Über sie wurden die Gelder durch Ankauf von Industrieanleihen in wirtschaftspolitisch designierte Sparten gelenkt (siehe Diagramm 9).

Einen ersten institutionellen Rahmen fand der sich so etablierende Prozeß durch Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes 1952 über Rolle und Status der neuen, die Posteinlagen verwaltenden Institution innerhalb des Finanzministeriums, des Treuhandfondsbüro (TFB). Zahlreiche weitere Kapitalströme der öffentlichen Hand wurden in Folge hierhin umgeleitet. Die Banken für langfristige Darlehen als privatwirtschaftliche Institute wurden 1953 aus dem System ausgeschlossen und Anleihen ausschließlich durch öffentliche Finanzinstitute gezeichnet. Bestimmte Wirtschaftssparten subventionierte das für die Verwaltung des Fonds zuständige Treuhandfondsbüro über das im selben Jahr eingerichtete Industriekonto direkt (siehe Diagramm 100).

## 6.2.2 Ausweitung der Förderung

Die Bedeutung des FILP und dessen wichtigster Kapitalquelle, des japanischen Postsparkwesens wird durch den Umfang der Subvention deutlich, die in den folgenden Jahren der 1950er und 1960er - ob in Form direkter Subvention und subventionierter Darlehen durch halb- öffentliche und öffentliche Institutionen an ausgewählte Industriezweige flossen. So entfielen auf das Programm durchschnittlich 20 % des gesamten Investitionsvolumens, davon 37 % des Investitionsvolumens der genannten Schwerindustriesparten (siehe Tabelle 3). Der Hauptteil der Subventionen erfolgte nicht direkt durch das Treuhandfondsbüro, sondern durch die erwähnten öffentlichen Finanzinstitute, wie die Japanische Entwicklungsbank, die die Nachfolge der RFB angetreten hatte. Unabhängig von dem TFB setzte die Entwicklungsbank teils weitere Schwerpunkte, teils betrieb sie parallele Förderung. So belief sich der Anteil der Subventionen an die von dem TFB bereits designierten Industriesparten in den 1950er Jahren auf nahezu 67 % des der RFB zur Verfügung stehenden Kapitals. Durch die Mittlung über Entitäten wie der Entwicklungsbank weitete sich der Fokus maßgeblich, um zusätzliche Schwerpunkte in der Förderung exportwichtiger Industrien wie dem Schiffsbau zu setzen (siehe Tabelle 3 und Tabelle 11).

**Tabelle 3: Aufteilung des FILP nach Schwerpunkten und Etappen**

Zeitraum	1953-55		1956-60		1961-1970		1971-1975		1976-1981	
	(in %)	(in Yen Trill.)	(in %)	(in Yen Trill.)	(in %)	(in Yen Trill.)	(in %)	(in Yen Trill.)	(in %)	(in Yen Trill.)
Schwer-& Montan	23,6	217,36	16,6	387,78	6,3	390,29	9,9	1363,33	2,9	276,86
Handel und Wirtschaft	2,8	25,79	4,3	100,45	10,4	644,28	7,9	1087,09	6,4	611,01
Regional-förderung	5,7	52,50	9,0	210,24	4,6	284,97	7,5	1032,83	2,6	248,22
Infra-struktur	26,4	243,14	21,6	504,58	24,3	1505,39	26,1	3594,23	18,1	1728,01
Traditionelle Produktion	18,6	171,31	20,9	488,22	20,1	1245,20	19,0	2616,49	22,6	2157,62
<sup>1)</sup> Klein- und Mittelbetriebe	---		[13,7]	[320,03]	[12,9]	[799,16]	[15,6]	[2148,28]	[17,7]	[1689,82]
Allge. Lebens-stand	22,9	210,91	27,6	644,74	34,3	2124,89	29,6	4076,22	47,4	4525,29
Insgesamt (in Yen Trill.)	<b>921,01</b>		<b>2.336,01</b>		<b>6.195,02</b>		<b>13.770,19</b>		<b>9.547,01</b>	

Quelle: Eigene Zusammenstellung und siehe (Oguran 1984: 492)

<sup>1)</sup> Die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wurde erst nach 1955 aufgenommen und wird daher nur in Klammern aufgeführt.

Hinzu kam eine Form der indirekten Subventionierung durch Darlehen zu besonders niedrigen Zinsen entweder durch das Treuhandfondbüro oder der an das FILP angeschlossenen Finanzinstitute wie die Entwicklungsbank und die Wohnfinanzierungsgesellschaft (Noguchi 1995: 272 f.); (Baba et al. 2001: 30). Während sich die Konditionen der Kreditvergabe der City Banken schon durch ihren eigentlichen Geschäftsschwerpunkt von der der Banken für langfristige Darlehen unterschied, unterschritten die an das FILP angeschlossenen öffentlichen Finanzinstitute die Zinssätze beider deutlich und in der Laufzeit die Banken für langfristige Darlehen sogar durchschnittlich um das Doppelte.

Unter diesen Bedingungen war es erstaunlich, daß das Wachstum des japanischen Postwesens als Haupteinnahmequelle des FILP trotz der Hochwachstumsperiode mit der Nachfrage nach FILP finanzierter Subvention mithalten konnte. Ein Grund fand sich in der relativen Zurückhaltung direkter Förderung des öffentlichen Haushalts, ein weiterer in der strengen Reglementierung des japanischen Finanzwesens. Schuf das Konvoi-System Voraussetzungen, unter denen auch die schwächsten privaten Finanzinstitute weiter betrieben werden konnten und potentere Banken zügelte, war das Postspargwesen solchen Beschränkungen nicht unterworfen. An jeder der landesweit verteilten Poststellen konnten Finanzdienstleistungen erbracht werden, während das Finanzministerium die Filialanzahl der Banken kontrollierte. Auch die Zinssätze und Finanzprodukte der Banken wurden reguliert und erlaubten weder in Konkurrenz zueinander zu treten, noch etwaige Differenzen zum Postspargwesen auszugleichen. Das Postspargwesen konnte also direkt von der Reglementierung profitieren und den sich ausweitenden Förderungsbedarf des FILP bedienen.

### **6.2.3 Das FILP als strukturpolitisches Instrument**

Mit nachlassender Kapitalnachfrage durch die Industrie wurde die Förderung des infrastrukturellen Aufbaus zum neuen Schwerpunkt des FILP, wozu eine Anzahl von halb-öffentlichen und öffentlichen Entitäten für die Vermittlung, Verwaltung und Verwendung der Subventionen gegründet wurden<sup>173</sup>. Die Förderung des FILP verlief

---

<sup>173</sup> Siehe (Yoshino et al. 1999: 52 ff.).

dabei parallel zu der direkten Subventionierung des Haushaltes wie beim Straßen- und Brückenbau und der Unterhaltung entstandener Strecken. So zählten öffentliche Unternehmen wie die Hanshin Schnellstraßen Gesellschaft, die Städtische Schnellstraßen Gesellschaft, die Japanische Schnellstraßen Gesellschaft sowohl zu den Empfängern direkter Subventionen über den Haushalt als auch des FILP. Wo direktes Engagement öffentlicher Investitionen in den 1950er und 60er Jahren zu sinken begann, trat das FILP verstärkt an seine Stelle und gewährleistete einen nahtlosen Übergang.

Eine weitere Veränderung, die sich mit Eintritt in die 1970er und der Erlahmung des konjunkturellen Wachstums vollzog, war die Aufnahme von strukturerhaltenden Aktivitäten. So war eine der Folgen der verstärkten Umsiedlung produzierender Unternehmen in die Ballungsgebiete im Raum um Tōkyō und Kansai, daß sich ländlichere Regionen entleert hatten. Um diesem Trend entgegenzuwirken, verstärkte die Regierung über das FILP ihre Förderung lokaler Industrie sowohl durch öffentliche Aufträge, wie direkte Subventionen. Allmählich wurde der Staat direkt oder durch die an das FILP angeschlossenen Institutionen zu einem essentiellen Bestandteil regionaler Wirtschaft und die dortige Industrie in hohem Ausmaß von Subventionen abhängig.

Die Veränderung des FILP stand damit zwar in Einklang mit staatlicher Wirtschaftspolitik, trug aber zu einer Verzerrung der Realitäten bei, da die Förderung einer natürlichen strukturellen Anpassung im Wege stand. Sein Anteil am Investitionskapital der Montan- und Schwerindustrie fiel innerhalb des Zeitraums von 1952 bis 1966 von 13,6 % auf 3,9 ab, während der Anteil privater Finanzinstitute auf 9,8 % anwuchs. Das läßt darauf schließen, daß die Ressourcen der *main bank* inzwischen ausreichten, um den Kapitalbedarf affilierter Unternehmen in den respektiven Sparten zu decken. Eine ähnliche Schlußfolgerung läßt die parallel verlaufende Abnahme des Finanzierungsanteils über Aktien von 10,9 % im Jahr 1952 auf 5,9 % im Jahr 1966 zu. Allerdings identifiziert Noguchi einen weiteren Grund für die Verlagerung des FILP:

*“A second reason [for the shift in the FILP allocation, Anm.d.Verf] was that as the relative power of politicians became stronger, it became more and more difficult to insulate fund allocation decisions from political pressures. Since most politicians [of the LDP, Anm.d.Verf] find their political bases in SMEs [small and*

*medium enterprises, Anm.d. Verf.] and agriculture, it was natural that fund allocation shifted to these sectors.”<sup>174</sup>.*

Mit dem Abschied vom Hochwachstum bleibt festzuhalten, daß sich die Rolle des FILP überholte. Während das strukturaufbauende Element der Förderung nach und nach abnahm, sollte der strukturerhaltende Faktor an Bedeutung zunehmen. Einerseits geschah dies als Resultat der natürlichen Anpassung Japans an die Phase eines konjunkturell gemäßigten Wachstums, andererseits weil Förderung durch die Politik zweckentfremdet wurde <sup>175</sup>. Tatsächlich ein klassisches Beispiel für staatliche Intervention als wohlfahrtsschädigend, wurden in den folgenden Dekaden Industriezweige, die sich unter natürlichen Bedingungen der Entwicklung hätten anpassen können, durch Förderung des FILP erhalten oder sogar aufgebläht.

Der komplexe, z.T. vor der Öffentlichkeit verborgene Prozeß der Verteilung öffentlicher Gelder lud zum Mißbrauch durch Partikularinteressen ein. Nach knapp zwei Jahrzehnten war daraus ein etabliertes System der Begünstigung geworden, das die regionalen Strukturen in eine verfehlte Richtung gelenkt hatte. Das Postsparswesen selbst hatte diese Entwicklung durch seine schiere Größe ermöglicht. Die Gründe waren jedoch anderswo zu suchen.

Während das Gewicht des Postsparswesens jahrelang an der Einlagenhöhe erkennbar war und bis 2001 über das ehemalige Post- und Telekommunikationsministerium durch Zinsregulierung und Maximalgrenze der individuellen Sparkonten reguliert wurde, entzog sich das Investitions- und Darlehensprogramm, in das der Großteil der postalischen Spareinlagen flossen, als Schattenhaushalt nahezu völlig der öffentlichen Kontrolle (Noguchi 1995: 261)<sup>176</sup>.

---

<sup>174</sup> Zit.aus (Noguchi, Yukio 1994: 281).

<sup>175</sup> Laut Prof.Shiozawa, Direktor für wirtschaftliche Angelegenheiten (*Naikakukcho kokusai keizai tantô sanjikan*) des Kabinettsbüros der Regierung Koizumi in einem Interview am 30.11.2002 in Tokyo.

<sup>176</sup> Im Fiskaljahr 2001 lag die individuelle Sparbetragsobergrenze sämtlicher Einlagen, inklusive der neueingeführten Pensionskonten mit festgelegten Beiträgen bei Yen 1 Mio., siehe (Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and Telecommunication Postal Services Policy and Planning Bureau, 2002: 9). Siehe auch (Tabelle 4)

**Tabelle 4: Postspareinlagen nach Kontoart für die Zeit von 1995-2002 (März 2003) (in Mio. Yen)**

Fiskal-jahr	Summe	Normale Spareinlagen	Ratenspar-konten	Bauspar-konten	Ausbildungs-sparen	teigaku Konten	Festgeld-sparkonten
1995	213,437,478	19,109,941	834,406	4,356	4,159	185,491,179	7,993,441
1996	224,887,214	21,699,465	801,315	4,409	4,701	194,607,731	7,769,593
1997	240,546,015	25,603,940	762,656	4,358	5,213	202,913,773	11,256,074
1998	252,586,731	28,408,431	696,671	4,177	5,703	207,288,156	16,183,594
1999	259,970,235	31,052,068	631,330	3,813	6,284	213,264,372	15,012,368
2000	249,933,611	40,766,177	577,354	3,273	6,696	193,712,288	14,867,822
2001	239,341,771	48,037,209	530,798	2,979	7,214	175,895,596	14,867,973
2002	233,246,529	51,063,933	476,327	2,493	7,554	167,861,985	13,834,238

Quelle: Finance Management Division, Postal Savings Business Headquarters, JAPAN POST(2003)

Von der Implementierung des Programms bis ins Jahr 1973 war ausschließlich der Teil, der als Subventionen und Darlehen an öffentliche und halb-öffentliche Finanzinstitute ging, von parlamentarischer Zustimmung abhängig. Die finanzielle Unterstützung der übrigen staatlichen Körperschaften verlief unabhängig und lud dazu ein, daß politische Partikularinteressen auf den Verteilungsprozeß Einfluß nahmen<sup>177</sup>. Dieser, dem System inhärente Makel sollte durch die Revision von 1973 beseitigt werden, die in eine alljährliche Vorlage des FILP vor dem Parlament mündete. So fanden Zinsrückzahlung und generelle Ausgaben ihren Weg über das Parlament in die Öffentlichkeit und damit zurück in den demokratischen Entscheidungsprozeß. Die Offenlegung geschah jedoch unvollständig und unter Vorbehalt (Zaisei chōsakai 1973: 43 ff.). Die eigentliche Auswahl empfangsberechtigter Körperschaften und die Höhe von Subventionen und Darlehen verblieb unter Diskretion des Treuhandfondsbüros des Finanzministeriums, das damit einerseits schnell und effektiv über notwendige Gelder verfügen konnte, andererseits weitgehend unkontrolliert wirtschaftspolitische Schwerpunkte zu setzen imstande war: „*For this reason, it can be said that that the FILP was relatively free from political influence and provided the government with considerable freedom of action in policymaking.*“<sup>178</sup>.

<sup>177</sup> Dazu zählten sämtliche zur direkten Förderung durch Subventionen und indirekten Förderung subventionierte Darlehen, designierte staatliche, halb-staatliche und private Körperschaften.

<sup>178</sup> Zit. aus (Noguchi 1995: 267).

### 6.3 Das staatliche Investitions- und Förderungsprogramm

So umfaßte das Programm, in dem sich seit seiner Neuformulierung nach Kriegsende der Treuhandfond zur zentralen Schnittstelle herausgebildet hatte, einen komplexen, schwer durchschaubaren Prozeß, dessen Elemente sich grob in einzahlende, transferierende, auszahlende Institutionen und in designierte Empfänger unterteilte (Takigawa, Yoshio 2004: 70). Das Gros des dem FILP zur Verfügung stehenden Kapitals bestand bis 2001 aus dem überwiegenden Teil der Postsparguthaben, den Prämien der postalischen Lebensversicherung (*Kampo*) und den Prämien für die staatliche Wohlfahrts- und Pensionsversicherung. Hinzu kamen Transfer-, Rück- und Zinszahlungen, die sämtlich abgewickelt vom Treuhandfondbüro und dem Fond für Reserven der postalischen Lebensversicherung, ihren Weg in das FILP fanden.

Als mittelnde Instanz kam dem Finanzministerium, in dem das Treuhandfondbüro angesiedelt war, eine wesentliche Schlüsselfunktion bei der Auswahl und Kontrolle empfangsberechtigter Körperschaften zu. Grob ließen sich Empfänger in zwei Kategorien unterteilen; Finanzinstitute mit öffentlichem bzw. halb-öffentlichem Charakter, wie die Japanische Entwicklungsbank (JDB) und die Japan Export-Import Bank (EIB)<sup>179</sup>, die die Finanzierung industriepolitischer Projekte oder generell die Kreditbereitstellung in bestimmten industriellen Sektoren leisteten<sup>180</sup>.

Gehörten in Hochwachstumszeiten noch Industriezweige mit Wachstumspotential, die aufgrund des nötigen Investitionsumfangs, wie im Fall der Schwerindustrie, oder die wegen der mit den Darlehen verbunden Risiken nicht in der Lage waren, sich durch Privatdarlehen bzw. den Kapitalmarkt zu finanzieren, noch zu den bevorzugten Empfängern, verschoben sich mit Eintritt in die Phase des gemäßigten Wachstums Investitionen mehr und mehr auf strukturerhaltende Projekte. Konjunkturpolitisch wurden nun in ländlichen Gebieten Infrastrukturen aufgebaut und gefährdete Industriezweige subventioniert. Körperschaften der öffentlichen Hand, z.B. die Japanische Schnellstraßen Gesellschaft, wurden allmählich zu Hauptauftragsgebern

---

<sup>179</sup> Die Japan Export-Import Bank ist inzwischen in Japanische Bank für Internationale Zusammenarbeit (*Kokusai kyōryoku ginkō*) umbenannt.

<sup>180</sup> Beide Institute sind Nachfolgeorganisationen von Banken nach 1945. Die Japanische Entwicklungsbank (JDB) trat 1951 die Nachfolge der Wiederaufbaufinanzierungsbank, die Export-Import Bank (EIB) die Nachfolge der Japanischen Exportbank 1952 an. Der Fokus der EIB liegt auf der Vorfinanzierung japanischer Ex- und Importe, Darlehen für japanische Investitionen in Übersee, flexible Kredite an ausländische Regierungen bzw. Finanzinstitute und Bürgschaften für japanischen Handel und Investitionen in Übersee, siehe (Robaschik und Yoshino 2000: 19).

regionaler Bauunternehmen. Die strukturellen Probleme bestanden jedoch nicht in der für Japan typischen industriepolitischen Konzentration in Ballungszentren, sondern auch in mangelnder Wirtschaftlichkeit und allgemeiner Überbesetzung von Industriesparten (Noguchi, Yukio 1995: 262). Erste ernsthafte Versuche, Projekte empfangsberechtigter Körperschaften einer Kosten-Nutzen Analyse zu unterziehen, erfolgten erst ab 1999 (siehe Tabelle 5) <sup>181</sup>.

**Tabelle 5: Kosten-Nutzen Analyse für vier FILP Institutionen**

Institution	Politische Kosten (in Yen Bio. für den Zeitraum [A])	Subvention im ursprünglichen FILP Budget [B]	[A]/[B]
Wohnfinanzierungsgesellschaft	1.238,8 (31 Jahre)	435,0	2,85
Bürgerfinanzierungsgesellschaft	84,6 (21 Jahre)	42,6	
Öffentl. Gesellschaft für Schnellstraßen	3.351,3 (43 Jahre)	288,4	288,4
Öffentl. Gesellschaft internationaler Flughafen Chūbu	-11,0 (35 Jahre)	5,1	---
	Unternehmenssteuer exklusiv: 34,1 (35 Jahre)	5,1	6,69

Quelle: Robaschik (2000) und Yoshino (1999)

Anm.: Die in die Berechnung eingeflossene Summe enthält ausschließlich Subventionen des FILP. Zusätzliche Fördermittel z.B. von Städten und Gemeinden sind nicht enthalten.

Die Ermittlung relevanter Kosten erfolgt durch Kombination des FILP Subventionsbetrags und der Opportunitätskosten, zusätzlicher, versteckter Subventionen <sup>182</sup>. Damit sind vor allem entgangene Gewinne gemeint, die sich bei Investition des Kapitals in alternative Projekte mit einer durchschnittlichen Wahrscheinlichkeit hätten realisieren lassen. Vonnöten sind allgemeine Schätzungen zukünftiger Zinsentwicklung und speziell für zukünftige Subventionen eines bestimmten Projektes. In Yoshino (1999) und Robaschik und Yoshino (2000) wurden Schätzungen für vier der vom FILP abhängigen öffentlichen Entitäten erstellt und mit

<sup>181</sup> Siehe <http://www.mof.go.jp/zaito/zaito2001e/e10.htm>., *Policy cost analysis results were first published for five FILP agencies in August 1999, followed by 14 FILP agencies in June 2000, and all 33 FILP agencies eligible for fiscal loan and government guarantee in June 2001. Results of the policy cost analysis were published as "trial calculation"*.

<sup>182</sup> Es gibt verschiedene Definitionen von Opportunitätskosten, siehe u.a. (Gabler 1993: 2495). Die vorliegenden Arbeit folgt der verwandten Definition, die Opportunitätskosten, als solche entgangenen Gewinne versteht, die bei Investitionen von Kapital derselben Höhe zum marktüblichen Zinssatz zu erwirtschaften gewesen wären. Vonnöten ist dafür die Prognose der Zinsentwicklung für die Dauer der Subventionierung. Projektbezogen können so Opportunitätskosten heruntergebrochen und kostenrechnerisch zugeordnet werden. Idealerweise schließt sich an ihre Berechnung die Erstellung einer Opportunitätskostenmatrix an, die wiederum in eine Entscheidungsmatrix mündet.

der Subventionsprognose des Fiskalsjahres 1999 verrechnet. Ausgehend von diesem einfachen Modell sind inzwischen Analysen für das Gros der in der Vergangenheit vom FILP geförderten Institutionen erstellt worden (Robaschik und Yoshino 2000: 25 f.); (Yoshino 1999; 2003).

Die Berechnung erfolgt mit dem Ziel, zukünftige Finanzierung durch die Märkte erfolgen zu lassen. Je nach Funktion entsprechender Institution werden Aspekte wie Allgemeinnutzen und andere „weiche“ Faktoren durch Variablen eingeführt. Daß eine solche Gewichtung jedoch nicht dem Ziel einer objektiven Bewertung Rechnung trägt, sondern zu einer Verwässerung einlädt, liegt auf der Hand und bietet, wenn nicht ausdrücklich das Risiko, aber doch sicherlich verbleibenden Raum für Verbesserung des Modells an.

### **6.3.1 Die Problematik des FILP und des Postsparwesens**

Obgleich einige der Kritikpunkte an der bis 2001 geltenden Regelungen des FILP angesprochen wurden, ist das Problem selbst um ein Vielfaches komplizierter. Es umfaßt in jeweils zweifacher Hinsicht die politische, bürokratische, gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Dimension. Im Rahmen dieser Arbeit kann nicht jeder einzelne Aspekt ausreichend berücksichtigt werden. Alle sollten aber zumindest angesprochen werden und für weitere Forschung Anstoß geben. Die Funktion und Stellung der bis 2001 staatlichen Postbank ist ebenso Ursache wie Symptom des Problemkomplexes und untrennbar mit dem FILP und dem Staatshaushalt in seiner Gesamtheit verbunden. Veränderungen, die die Postbank betreffen, strahlen auf das FILP ab, genauso wie Reformen des Programms sich auf die Postbank auswirken. Da der Anstoß der Diskussion die Privatisierung der Postbank zu sein scheint, muß dies der Ausgangspunkt bleiben. Bevor wir jedoch auf die einzelnen Dimensionen der Privatisierung im Detail eingehen, ist es hilfreich, sich einen Überblick zu verschaffen (siehe Diagramm 11). Dieser wird helfen, bei den zu beschreibenden Facetten das größere Konzept im Auge zu behalten.

### 6.3.1.1 Die politische Dimension

Ein gesondertes staatlich initiiertes Darlehens- und Investitionsprogramm ist ein wirtschaftspolitisches Instrument, das der Politik gestattet, weitgehend autark Schwerpunkte zu setzen. Es ist auch eine Möglichkeit für die regierende Partei, ihr wirtschaftspolitisches Konzept weitgehend unbehindert durch parlamentarische Prozesse gegenüber der Opposition durchzusetzen. Im Fall Japans währte ein knapp 50 Jahre andauerndes 1 ½ Parteien System weit in die 1980er, in dem die Liberaldemokratische Partei die zerstrittenen Oppositionsparteien zu Recht ignorierte.

Weder war die Opposition in der Lage, ihre Kräfte durch eine Sammlungsbewegung zu bündeln, noch der Wählerschaft überzeugende politische Alternativen zu vermitteln. Einen potentiellen Gegenpol bildete da schon eher die Administration, wo Beamte sich im Gegensatz zu den die Ressorts wechselnden Politikern Kompetenz aneignen und durch Monopolisierung des erforderlichen Fachwissens über erheblichen Einfluß verfügten. Die polit-bürokratische Landschaft Japans bot daher ideale Voraussetzung für Kollusion zwischen der Administration und der regierenden Partei. Kontrollmechanismen wurden unterminiert und das demokratische System als solches korrumpiert.

Obwohl sich die japanische Bürokratie autark ihrer Aufgabe widmen konnte, blieb die Politik jedoch in Abhängigkeit von ihrer Wählerschaft. Das umschloß konkrete finanzielle Unterstützung während der Wahlen durch private Sponsoren genauso wie die Stimme einzelner Wähler. In Japan, wo das Wahlsystem die einzelne Wählerstimme auf dem Lande proportional höher gewichtet, als in den Ballungsgebieten, führte dies zu einer tendenziellen Höherbewertung der Förderung ländlichen Lebensstandards und Arbeitsmarktes. Ein weiterer Faktor, der sich auf dem Hintergrund der allmählichen Überalterung der Gesellschaft und der Landflucht der jüngeren Bevölkerung in die Städte einstellte, war ein relatives Übergewicht älterer Wählerschaft auf dem Lande. Zusammengefaßt lag allein von wahlstrategischem Kalkül auf der Hand, daß die Förderung ländlicher Infrastruktur, traditioneller Arbeitszweige und Subventionierung des heimischen Gesundheitssystems eine probate Verfahrensweise war, künftige Wiederwahlchancen zu erhöhen.

An der japanischen Realität gemessen, befindet sich tatsächlich die treueste Anhängerschaft der nun in Koalition mit kleineren Parteien regierenden, konservativen Liberaldemokratischen Partei auf dem Land. Und es entspricht den Tatsachen, daß mit

Eintritt in die Hochwachstumszeit und der einhergehenden sinkenden Nachfrage der japanischen Wirtschaft nach Investitionskapital sich der Schwerpunkt des FILP zu infrastrukturellen Projekten auf dem Lande, Subventionen für medizinische Versorgung und sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen verschob. Dem Land kam dabei fraglos überproportionale Beachtung zu und bestätigt o.g. Kalkül.

### 6.3.1.2 Die bürokratische Dimension

Die Komplexität des Prozesses und das Volumen des Programms überstieg Kompetenz und Möglichkeiten für die auf begrenzte Zeit berufenen Politiker und machte sie von dem für eine Entscheidung nötigen Fachwissen der Administration abhängig. Hinzu kam, daß bürokratische Entitäten, wie das Finanzministerium, nach der Säuberung der politischen Ränge während der US-amerikanischen Besetzung ein Machtvakuum ausfüllten und ein von der Politik unabhängiges Selbstverständnis entwickelten. Die Fachkompetenz stattete sie mit zusätzlichem Einfluß aus. Hinzu kamen makroökonomische Faktoren, die unter der global keynesianistisch geprägten Wirtschaftspolitik zu einer allmählichen Zunahme staatlicher Intervention innerhalb der nationalen Volkswirtschaft führten und mit Eintritt in die Phase gemäßigten Wachstums mit den aus den beiden Ölkrisen resultierenden Schocks den Anteil öffentlichen Engagements drastisch ab den 1980ern in die Höhe trieben.

Der relativen Übermacht bürokratischer Elemente in der Formulierung japanischer Wirtschaftspolitik im generellen und des FILP im besonderen stand eine Zersplitterung des administrativen Bereiches entlang ministerialer Grenzen gegenüber. Das Produkt war ein *check-and-balances* System zwischen den insgesamt drei mit einzelnen Elementen des FILP befaßten Ministerien. Während die Verwaltung, inklusive die Zinshoheit des Postsparswesens, dem Ministerium für Post und Telekommunikation oblag, war es das Treuhandfondsbüro, das den Transfer von FILP Subventionen an designierte Körperschaften und Industriezweige beaufsichtigte<sup>183</sup>. Die konkrete Formulierung und Implementierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen war allerdings Aufgabe des Wirtschaftsministeriums (*Tsûsansho*), so daß Elemente des FILP im

---

<sup>183</sup> Siehe (Yoshino, Naoyuki und Furukawa, Akira 1991: 86 f.).

Verantwortungsbereich verschiedener Ministerien angesiedelt waren und damit unterschiedliche bürokratische Machtzentren betrafen. Die Zinshoheit des MPT war ein weiterer Faktor, der sich innerhalb eines strikt regulierten Finanzwesens unter guten konjunktureller Bedingungen nicht zwingend negativ auswirken mußte. Unter schlechten Bedingungen, in denen die Zentralbank auf einen drohenden Kreditengpaß effektiv durch Herabsetzung des Leitzinses Einfluß nehmen mußte, war sie jedoch destruktiv<sup>184</sup>. Fielen die Zinsen, setzten sich Kunden von den privaten Finanzinstituten zum Postsparswesen ab und konnten damit die Strategie der Zentralbank neutralisieren.

Die Administration als Ganzes war letztlich mit den FILP Institutionen durch regelmäßigen Austausch von Personal eng verwoben. So bestand die Praxis, daß ehemalige Beamte der involvierten Ministerien regelmäßig anschließende Beschäftigungsverhältnisse mit den Unternehmen eingingen, die sie zuvor zu beaufsichtigen hatten. Das Beziehungsnetz führte unter günstigen Bedingungen zu einer verbesserten Kommunikation zwischen Behörden und besagten Körperschaften. In Zeiten wirtschaftlichen Abschwunges jedoch korrumpierten resultierende Interessenkonflikt zuständige Beamte, höhlten die Kontrollmechanismen aus und diskreditierten seit dem Platzen der *bubble* 1998 zahlreiche mit dem FILP in Verbindung stehende Organisationen und Behörden. Das Post- und Telekommunikationsministerium blieb nicht deswegen verschont, weil es in keine informellen Netzwerke eingebunden war, sondern vor allem weil die traditionelle Autorität lokaler Postdienststellenleiter in der ländlichen Bevölkerung der Post und damit dem MPT ein nicht zu unterschätzendes politisches Gewicht verschafften, das dafür verantwortlich war, daß selbst während der *big bang* Reformen unter Hashimoto die Privatisierung des japanischen Postsparswesens, des „weißen Elefanten“ wie es die Presse im Nachhinein kürte, von den Politikern aller Parteien einhellig gemieden wurde<sup>185</sup>.

---

<sup>184</sup> Daß die lockere Geldpolitik der Zentralbank nicht gänzlich verpuffte, läßt sich an dem Sinken der Japan Prämie, also dem Risikoaufschlag für japanische Banken auf ausländischen Kapitalmärkten, ab Februar 1999 ablesen, siehe (IMF 1999: 3).

<sup>185</sup> Siehe (Takigawa 2004: 79). Zu dem besonderen Einfluß innerhalb dörflicher Gemeinschaften und dort für die Mobilisierung von Wählern durch die Leiter der speziellen Postfilialen wurde Herr Masaki Kenji, Leiter des Büros für öffentliche Angelegenheiten des Kinki Postbüros (*Kinki yūseikyoku, Sōmubu kikaku kachō*) befragt am 23.01.2003 befragt.

Es bedurfte eines Karriererepolitikers wie Koizumi Junichiro, der einerseits konservativ verwurzelt, andererseits aber über eine unabhängige Machtbasis verfügte und sich seiner Parteizugehörigkeit zum Trotz glaubhaft von der LDP distanzieren konnte<sup>186</sup>.

### 6.3.1.3 Gesellschaftspolitische Dimension

*„The postal savings was established in 1875. Since its establishment, the postal savings has provided people with basic and life line services through its network of post offices.“<sup>187</sup>.*

Die gesellschaftspolitische Natur der Problematik einer Privatisierung des japanischen Postsparwesens ist ähnlich komplex. Seit das System 1875 durch die Meiji Regierung eingeführt wurde, garantiert der Staat durch das postalische Sparwesen eine flächendeckende Mindestversorgung an Finanzdienstleistungen. Die ursprüngliche Zielgruppe bestand aus Sparern der unteren Einkommensklassen, was sich heute noch in der maximalen Einlagenhöhe von ¥ 10 Mio. widerspiegelt.

Dem wohlfahrtsstaatlichen Charakter des Postsparwesens wurde traditionell durch eine privilegierte Sonderstellung innerhalb des japanischen Finanzwesens Rechnung getragen. So waren Zinseinkünfte unter dem *maru-yû* System in der Vergangenheit von der Kapitalertragssteuer befreit, so daß der Konkurrenzdruck des Postsparwesens auf die private Konkurrenz gleich mehrfach wirkte. Insbesondere während der Verunsicherung hinsichtlich der Sicherheit privater Finanzinstitute wirkte sich der psychologische Druck der impliziten Garantie des japanischen Staates auf sämtliche Einlagen des Postsparwesens in vollem Umfang aus.

Im Gegensatz zu den privaten Finanzinstituten ist die Postbank weder gezwungen, einen ihrer Größe angemessenen Beitrag an die DIC (*Deposit insurance company*) zu entrichten, noch ein Konto bei der japanischen Zentralbank zu unterhalten. Ihre nicht

---

<sup>186</sup> Die unabhängige Machtbasis des amtierenden Premierministers ist ein Sammelbecken, das sich über Parteigrenzen hinweg erstreckt. So erklärt sich, daß Koizumi zeitweise durch die parlamentarische Opposition gestützt und von eigenen Parteimitgliedern attackiert wurde. Gemein ist seiner Anhängerschaft der Wille zu Veränderung. Koizumi bezieht jedoch die größte Zustimmung aus der Öffentlichkeit, unter der er hohe Popularität genießt.

<sup>187</sup> Zit. aus (Postal Services Policy and Planning Bureau, Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and Telecommunications 2002: 1).

minder bedeutende zweite Aufgabe besteht in der sicheren Bereitstellung von Kapital für den Staat selbst, der sich seit dem ersten sino-japanischen Krieg 1894/95 Abhängigkeit von ausländischem Kapital ersparen konnte und sich insbesondere seit dem Abschwngen der nationalen Wirtschaft über die Ausgabe staatlicher Schuldverschreibungen bzw. staatlich verbürgter Anleihen halb-öffentlicher, sowie förderungsbedürftiger Körperschaften durch die Einlagen des Postsparwesens refinanziert. Der Beitrag, der durch das FILP seit seiner Einführung getätigten Investitionen und dank seiner Darlehen initiierten industriepolitischen Projekte zum Aufstieg Japans zu einer der führenden Wirtschaftsnationen des 21. Jahrhunderts läßt sich nur schwer ermessen. Das aktuelle Gewicht solchen staatlichen bzw. durch den Staat geförderten wirtschaftspolitischen Engagements ist in den traditionell strukturschwachen Regionen des Landes und gefährdeten Industriezweigen enorm. Die Überführung der Post in den Übergangstatus der öffentlichen Verwaltung, die damit stückweise einhergehende Selbstverwaltung postalischer Spareinlagen übersetzt sich daher nicht nur in eine wie geplante verbesserte *corporate governance* der bis dato subventionierten Projekte und Körperschaften, sondern auch in eine tendenziell mit höheren Kosten verbundene Kapitalbeschaffung. Hinzu kommt, daß mit zunehmender Autarkie bei Investitionsentscheidung, das Marktrisiko zunimmt und Verluste durch die neue Postbank bzw. über verminderte Renditen durch ihre Kunden getragen werden (Zengin kyôkai 2002: 4).

Nicht unerheblich, und hier knüpft rein ertragswirtschaftliches Kalkül an das wohlfahrtsstaatliche Ursprungskonzept an, werden auch die bis dato existierenden Synergieeffekte der postalischen Teilbereiche originäre Postdienstleistungen, Postsparwesen und die Lebensversicherung der Post eingeschränkt. Der Ausfall von Quersubventionen wird zwangsläufig in einer Verringerung von Postfilialen und mit freiem Zugang privater Konkurrenten zu einem generellen „*cherry-picking*“ führen. Inwiefern unter diesen Umständen und unter Einbeziehung zusätzlicher Aspekte wie der Abwanderung jüngerer Bevölkerungsteile in die Städte und dem Verbleib älterer auf dem Lande die Post weiterhin in der Lage sein wird ihren ursprünglichem wohlfahrtstaatlichem Auftrag wirtschaftlich zu erfüllen, bleibt abzuwarten.

### 6.3.1.4 Die ökonomische Dimension

Zur Vereinfachung einer auch so komplexen Problematik konzentriert sich die Darstellung des wirtschaftlichen Hintergrunds der Privatisierung des japanischen Postsparswesens auf die mikroökonomische Ebene. Völlig ausgeblendet werden können makroökonomische Aspekte aufgrund der schieren Größe der Postbank innerhalb des Finanzwesens und ihrem Beitrag zur Formulierung und Implementierung nationaler Wirtschaftspolitik jedoch nicht. Durch ihre vereinfachte Darstellung in Form eines linearen Modells auf Grundlage der Modelle von Takigawa (1985) unter Einbeziehung neuerer Erkenntnisse von Cargill und Yoshino (2003) gehen sie in den Versuch, einen praktikablen Ausblick zu erarbeiten, ein.

Das Gewicht des Postsparswesens innerhalb des FILP vor seiner Reform ist bereits in den vorhergehenden Abschnitten angesprochen worden. Hinzu kommt seine konkrete Rolle innerhalb des japanischen Finanzwesens. So zählt der Verband privater Bankinstitute zu den vehementesten Befürwortern einer Privatisierung des japanischen Postsparswesens<sup>188</sup>. Insbesondere seit Platzen der *bubble* sind die japanischen Großbanken bemüht, einen direkten Zusammenhang zwischen der desolaten Situation des privaten Finanzwesens und der Größe des Postsparswesens herzustellen. Kritik knüpft dabei vor allem an der grundsätzlichen Aufgabenstellung des Staates und den von Premierminister Koizumi so oft wiederholtem Anspruch „den Privaten zu überlassen, was der private Sektor zu leisten imstande ist“.

*De facto* konzentrierten sich private Finanzinstitute bis in die 1980er auf die Bedürfnisse von industriellen Großkunden, während sie Kleinanleger in Produktsortiment und Zugänglichkeit vernachlässigten. Durch die bereits seit den 1970er einsetzende allmähliche Liberalisierung nahmen fraglos Risiken des japanischen Finanzwesens insgesamt zu. Schuld daran hatte aber das verhaltene Tempo und die lange Zeit durch die Behörden geduldete, ungenügende Anpassung von Risiko- und Kontrollstrukturen. Betroffen ist das Postsparswesen auch deswegen, da während der schrittweise verlaufenden Transformation der Entität Kompetenzen zur Einschätzung neugewonnener Freiheiten vonnöten werden. Wettbewerbsrechtliche und wirtschaftliche Aspekte, die zuvor aus der gesonderten Stellung der Postbank als

---

<sup>188</sup> Das besondere Interesse des amtierenden Premierministers und früheren Ministers für Post und Telekommunikation, Koizumi, wurde in den Medien und populärwissenschaftlichen Beiträgen zur Privatisierungsdiskussion verschiedentlich seiner Nähe zu Finanzkreisen zugeschrieben.

staatlich geförderter Spareinrichtung unter Verwaltung des Post- und Telekommunikationsministeriums resultiert hatten, fallen durch die schrittweise Überführung in ein privatwirtschaftliches Unternehmen weg. Die nötigen Anpassungen von Struktur, Strategie, Leitung und Beschäftigung sind Probleme, mit der sich die weitere Forschung zu diesem Thema auseinandersetzen hat.

### 6.3.2 Das Problem in der politischen Ökonomie

Neo-liberale Theoretiker haben in der jüngeren Vergangenheit die politischen Aspekte wirtschaftspolitischer Phänomene wie der Privatisierung staatlicher Entitäten aus verschiedenen Blickwinkeln politischer Ökonomie untersucht. Als Ausgangspunkt bemüht sich das 'Wagnersche Gesetz' um Interpretation des Wachstums staatlichen Anteils in ausgeformten Marktwirtschaften. Nach Pitelis und Clarke (Clarke und Pitelis 1992) lassen sich die Strömungen wie folgt zusammenfassen: Die neo-klassische Interpretation sieht darin die Folge einer zunehmenden Nachfrage staatlicher Dienstleistung durch mündige Bürger, während der *Public-choice* Ansatz eine zunehmende (Eigen-) Nutzenmaximierung durch Staatsvertreter, wie Beamte, Politiker usw. verantwortlich macht. Probleme, die aus solcher Korrumpierung resultieren, wurden zu Forschungsgegenständen einer großen Anzahl politischer Ökonomen und etablierten sich als Grundlage der Forderung nach Privatisierung. Einer der Mitbegründer der „*Chicago school*“, Milton Friedmann (Friedmann 1969) konzentrierte sich in diesem Zusammenhang auf die Korrumpierung staatlicher Organe durch und/oder das Entstehen von Abhängigkeiten von Interessengruppen. Friedmanns Ansatz wurde in den folgenden Jahren auf unterschiedlichste Phänomene angewandt und verfeinert. Gemein ist die Kritik zunehmenden, staatlichen Engagements und mit nur wenigen Ausnahmen wie Clarke und Pitelis (Clarke und Pitelis 1993), die der Rolle des Staates anhand von Fallbeispielen differenziertere Bedeutung beimaßen.

Im Zentrum unserer Betrachtung des Privatisierungsprozesses in Japan, gleich welcher Strömung folgend, steht der Staat bzw. seine Repräsentanten auf die externe Einflüsse wie der Markt bzw. seine Akteure einwirken. Eine weitere Gegebenheit ist im Fall Japans ein hohes Engagement im Finanzwesen, das sich bis dato durch den

wohlfahrtsstaatlichen Auftrag der öffentlichen Hand nach Stiglitz (Stiglitz 1986) und die Annahme einer dem Markt inhärenten Fehlallokation begründet. Rowthorn und Chang (Chang und Rosowsky 1993) argumentieren, daß es weniger um die Frage geht, ob eine Optimierung wirtschaftlicher Prozesse durch einen apolitischen Markt möglich ist, sondern vielmehr um das Für und Wider von Privatisierung im Sinne einer effizienzsteigernden Umstrukturierung.

Am Beispiel des japanischen Postsparswesens wird die Dominanz des politischen Entscheidungsprozesses über apolitische, rein ökonomische Motive deutlich. So ist offensichtlich, daß es dem Postsparswesen im Gegensatz zu den herkömmlichen Objekten von Privatisierung wenigstens zu Beginn der Diskussion weder an Effizienz mangelte, noch private Finanzinstitute in ernsthafte Konkurrenz treten wollten oder konnten. Ähnlich verhält es sich bei den originären Dienstleistungen der Post und der postalischen Lebensversicherung (Clarke und Pitelis 1993: 15).

### 6.3.2.1 Entstehung des Problems

Tatsächlich blickt der politische Diskurs über das Für und Wider verstärkten staatlichen Engagements auf eine lange Tradition zurück. Im Gegensatz zu anderen inzwischen hochindustrialisierten Nationen setzte die damalige Meiji Regierung von Beginn der Industrialisierung an auf Regulierung und Schutz des heimischen Marktes und aktive Initiierung wirtschaftlichen Wachstums durch Pilotprojekte (*shokusan kôgyô*) oder Auswahl privater Akteure, die die Rolle des Staates übernehmen konnten. Die Reaktion folgte 1880 in Folge eines politischen Machtwechsels zu Matsukata Masayoshi, der einen großangelegten Rückzug der öffentlichen Hand (*kangyô haraisage*) einleitete. Die zweite Privatisierungswelle folgte mit der Niederlage Japans im 2. Weltkrieg, während derer viele aus dem militärischen Kalkül der Kriegsmobilisierung zusammengefügte z.T. ehemals private Unternehmen wieder zerschlagen und/oder veräußert wurden. Unter Premierminister Nakasone setzten Mitte der 1980er erneut Bemühungen ein, das staatliche Engagement in der Wirtschaft zu reduzieren. Neben Gesichtspunkten wie Effizienzsteigerung, so nahmen Verluste der *Japan National Railways* (die ehemals staatliche Eisenbahn, Anm.d.Verf.) den

zweithöchsten Stellenwert im Defizit des Staatshaushaltes ein, auch politische Rason<sup>189</sup>. Die mächtigste Gewerkschaft des Landes sollte einerseits geschwächt, andererseits ausländischem Druck, der durch die Chancen auf Markteintrittschancen motiviert war, nachgegeben werden. Hinzu kamen Aspekte, die die wirtschaftspolitische Wende schlüssig erscheinen ließen. Technologische Entwicklung, die entsprechendes Know-how und großangelegte Investitionen erforderten, die Reifung des japanischen Kapitalmarktes, die einerseits die Aufnahme großer Summen durch private Investoren ermöglichte. Außerdem konnte sich die Regierung Nakasone der ständigen finanziellen Belastungen durch die zur Unwirtschaftlichkeit aufgeblähte Organisation zu entledigen und Anteile zu veräußern versuchen.

Dieser Prozeß vollzog sich gänzlich verschieden von den Erfahrungen der westlichen Industrienationen. Weder war er ähnlich breit angelegt wie das klassische privatisierungspolitische Exempel Großbritanniens unter Magaret Thatcher, noch beinhaltete er Maßnahmen wie die gezielte Auslagerung einzelner Funktionen und damit partielle Einführung privater Wettbewerbsfähigkeit in den öffentlichen Sektor (*minkatsu*) (Yamamoto 1993: 338). Nach Untersuchung der Sachverhalte erschien im Juli 1982 der dritte Report des Rates für Administrative Reform (*rinchô*), in dem die Privatisierung der staatlichen Eisenbahngesellschaft, *Japan National Railways* (JNR), der staatlichen Telefongesellschaft, *Nippon Telegraph and Telephone Public Corporation* (NTT) und der staatlichen Tabakgesellschaft, *Japan Tobacco and Salt Public Corporation* (JSTPC) angeraten wurde. Schritte um die Überführung der JNR von ihrem Status als *kôsha* (Unternehmen unter öffentlicher Verwaltung, Übers.d.Verf.) zielten auf eine sinnvolle regionale Trennung, einer Separierung einzelner Sparten z.B. die Betreuung der *Shinkansen* (Hochgeschwindigkeitszug, Anm.d.Verf.), der Reduzierung und Aufnahme von überflüssigen JNR Angestellten in einer Auffanggesellschaft und die Einführung neuer Verwaltungs- und Kontrollmechanismen<sup>190</sup>.

Strukturelle Reorganisation stand im Vordergrund, weil die Einflußnahme politischer Interessengruppen für den desolaten Zustand der Eisenbahngesellschaft verantwortlich gemacht wurde. Die formelle Privatisierung erfolgte 1987, zu einem Zeitpunkt, in dem

---

<sup>189</sup> So war die JNR auch als eine der „K“s, die für einen Großteil des jährlichen Haushaltsdefizits verantwortlich waren, bekannt. Dazu zählten die Subvention der nationalen Landwirtschaft, insbesondere Reis (*kome*), die Zuschüsse für das nationale Gesundheitswesen (*kenpo*) und schließlich die JNR (*kokutetsu*), siehe (Yamamoto 1993: 342).

<sup>190</sup> Die japanische Post wurde 2001 in den Status einer Gesellschaft öffentlicher Verwaltung als einem ersten Schritt hin zu einer vollständigen Privatisierung bis 2007 überführt.

die nationale Wirtschaft in der Lage war, freiwerdende Arbeitskraft aufzunehmen. Da Japans Sozialisten auf eine starke Anhängerschaft in der Eisenbahnergewerkschaft *Kokuro* und deren Dachverband *Sohyo* zurückgreifen konnten, galt eine Reduzierung der Arbeitnehmerschaft als schwierig. Der überraschende Erfolg kann daher auf eine Kollusion zwischen der herrschenden, liberaldemokratischen und der sozialistischen Partei (JSP) 'hinter den Kulissen' zurückgeführt werden (Yamamoto 1993: 356).

### 6.3.2.2 Die Wirtschaftskrise - Initial des Entscheidungsprozesses

Hatte die japanische Zentralbank traditionell die Rolle des japanischen Postsparwesens kritisiert, verfügte es in der nahezu ununterbrochen regierenden Liberaldemokratischen Partei über ungebrochenen Rückhalt. Zu groß war die Abhängigkeit von den auf dem Lande über starken Einfluß verfügenden Poststellenleitern, deren politische Repräsentanten sich in Politik und Bürokratie rund um das Ministerium für Post und Telekommunikation scharten. Doch die dramatischen Zustände nach 1991 enthüllten, daß weder private Finanzinstitute sich der weitgehenden Liberalisierung des japanischen Finanzwesens angepaßt hatten, noch daß Autoritäten wie das Finanzministerium oder die Zentralbank in der Lage waren, durch Interventionen in das Geschehen einzugreifen. Senkte die Zentralbank den Leitzins, hatte das zur Folge, daß Einlagen vermehrt auf Konten des Postsparwesens verlagert wurden. Regional betrachtet wurde dies noch deutlicher, wie z.B. im Kansai Gebiet, wo sich eine solche Entwicklung nach Zusammenbruch von 7 privaten Finanzinstituten deutlich wahrnehmen ließ.

Dem Finanzministerium, dessen Treuhandfondsbüro bis dato die Schlüsselrolle innerhalb des FILP spielte, waren die Hände ähnlich gebunden. Das eigentliche Interesse an einer grundlegenden Reform mußte also durch Andere artikuliert werden. Währenddessen warb das Postsparwesen mit der *de facto* Garantie des japanischen Staates und wurde erst seit 1993 gehindert, mit vergleichender Werbung offen den Finger in die Wunde der privaten Konkurrenz zu legen, zumal Postkonten nur bis zu einem Betrag bis ¥ 10 Mio. eingerichtet werden durften, während die Einlagen bei

privaten Instituten ab dem gleichen Betrag durch die Einlagenversicherungsgesellschaft (*yokin hoken kikô*) garantiert wurden.

Der baldige Kollaps der Einlagenversicherung 1994 ließ allerdings die Erkenntnis reifen, daß das Sicherungssystem ungenügend und die Disintermediation durch das Postspargwesen der Gesundung der angeschlagenen Banken nicht förderlich war. 1994 wurden daher die bis dato unabhängig durch das Post- und Telekommunikationsministerium fixierten Zinssätze der Postkonten an die marktüblichen Raten gekoppelt und in Korrelation zu der Entwicklung zehnjähriger Staatsanleihen gesetzt. Dies änderte weder etwas an der inzwischen in der Bevölkerung verankerten Überzeugung, daß die Post schon aus Prinzip vertrauenswürdiger war als die private Konkurrenz, noch daran, daß das *teigaku* Konto der Post weiterhin die Produkte privater Finanzinstitute an Attraktivität und Flexibilität übertraf. So steigt der Zins innerhalb der ersten 6 Monate kontinuierlich an, um dann in ein Festzinskonto für eine Laufzeit von bis zu 10 Jahren zu transformieren<sup>191</sup>. Gleichzeitig hat der Einleger weiterhin Zugriff auf seine Einlage. Das *teigaku* Konto stellt damit fraglos die attraktivste, langfristige Anlageform in Hinsicht auf Liquidität, Zugänglichkeit und Risiko dar<sup>192</sup>. Die Post, die sich an den auf lange Zeit fixierten, meist überhöhten Zinssätzen des FILP Programms orientieren konnte, verfügte über Planungssicherheit, die den Privaten verwehrt blieb. Auch kamen der Post nun die Investitionsbeschränkungen zugute, die im Gegensatz zu den privaten Finanzinstituten nicht in Spekulationen involviert und daher von notleidenden Krediten verschont geblieben waren:

“Ein weiterer Grund, warum sich individuelle Investoren nicht aktiv am Kapitalmarkt beteiligt haben, ist der, daß es privaten Finanzinstituten

---

<sup>191</sup> „*Teigaku savings have a fixed interest rate for up to ten years and are thus attractive when interest rates are expected to decline. Moreover, since withdrawals can be made without penalty after the first six months, they are often compared to a ‘put’ option.*“, zit. aus Robaschik und Yoshino (2000), S. 9. Gerade das *teigaku* Konto bietet eine simple Methode zu risikominimierendem *hedging*. Besonders für ältere, tendenziell risikoaverse Kunden ist das *teigaku* damit eine beliebte Anlageform, siehe dazu (International Monetary Fund 1999: 36).

<sup>192</sup> Damit ist natürlich die räumliche Zugänglichkeit gemeint, da private Finanzinstitute inzwischen durch das Internet eine ganze Reihe dem *teigaku* Konto ähnlicher Anlageformen anbieten. Auf dem Hintergrund der demographischen Veränderung sind jedoch persönliche Präferenzen der älteren Bevölkerungsschicht von erheblichem Gewicht. Gerade in ländlichen Gebieten sind Poststellen Zentren des dörflichen Lebens und das vertrauliche Verhältnis zwischen Kunden und Postangestellten wird zu einem wesentlichen Faktor. Laut Interview mit Herrn Tachibana, ehem. Postdienststellenleiter, Postamt Osaka, Higashi Sumiyoshi am 12.4.2004.

schlichtweg nicht gelungen ist, Finanzprodukte zu entwickeln, die vom Gesichtspunkt des Gewinns und damit verbundenen Risiko das Angebot des Postsparwesens hätten ersetzen könnten. Da Kreditkonditionen für private und öffentliche Finanzinstitute inzwischen weit auseinanderklaffen, würde ihnen das auch schwer fallen (Übers. d. Verf.).<sup>193</sup>.

Weitere Unterstützung erhielt die Reformbewegung durch die Unterhauswahlen im Oktober 1996, als Hashimoto mit einer Blaupause des britischen *big bang* der 1980er in die Wahlen gegangen war und über großen Rückhalt in Politik und Bevölkerung verfügte. Eine grundlegende Reform, die auch die Privatisierung staatlicher Entitäten im Auge hatte, wurde durch das Vorbild Großbritanniens attraktiver, wo Erlöse aus der Privatisierung die Haushaltslöcher der Thatcher Regierung gestopft hatten. Auf dem Hintergrund einer global abschwingenden Wirtschaft und dem desolaten Zustand des heimischen Bankwesens waren Altlasten früherer Privatisierungen, wie die Schulden der  *Holding* der ehemaligen staatlichen Eisenbahn JNR, schmerzlich zu spüren. Studien belegten aber, daß durch Ausweitung der Privatisierung auf designierte staatlicher Institutionen bis zu ¥ 23.678 Mill. realisierbar waren, davon alleine ¥ 525,25 Mill. auf die Veräußerung von Geschäften und Anlagen der japanischen Post.

## 6.4 Das FILP im Fokus der Auseinandersetzung

In Japan sind vor allem drei Kapitalquellen gemeint, wenn von öffentlichen Mitteln die Rede ist. Dazu zählt das Postsparwesen ebenso, wie der öffentliche Rentenfonds und die postalische Lebensversicherung<sup>194</sup>. Das postalische Sparwesen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer der wichtigsten Finanzierungsquellen des FILP entwickelt und verfügt durch das postalische Netzwerk in ganz Japan über hohe Popularität. Bis vor kurzem erfreuten sich Einlagen bei der Post besonderer

---

<sup>193</sup> Zit. aus (Baba 2001: 29).

<sup>194</sup> Die Beiträge für die öffentliche Pension sind verpflichtend für den Großteil der Arbeitnehmer. Ein Fonds akkumuliert sich in klassischer Hinsicht durch die Differenz eingezahlter Prämien und ausgezahlter Pensionen. Idealerweise wird das angesammelte Kapital anschließend in sichere Projekte investiert. Im Hinblick auf die demographische Entwicklung mit fortschreitender Überalterung der japanischen Gesellschaft ist das System jedoch in Frage gestellt, siehe (Beason, D. und James, J. 1999: 180).

steuerlicher Bevorzugung und eine öffentlich mehrfach ausgesprochene staatliche Garantie strahlte Sicherheit auf die durch die wirtschaftliche Entwicklung verunsicherte Bevölkerung aus (Takigawa, Yoshio 2004: 105). Der öffentliche Pensionsfonds bezieht seine Finanzierung aus dem Angestelltenpensionssystem, auch Wohlfahrtspensionssystem (*kōsei nenkin*) und dem allgemeinen Pensionssystem für Berufstätige und freie, selbstständige Arbeitnehmer (*kokumin nenkin*). Sowohl der Pensionsfonds wie das postalische Postwesen waren in der Vergangenheit gezwungen, alle Investition über das Treuhandfondsbüro des Finanzministeriums an die verschiedenen Empfänger des FILP zu leisten. Die postalische Lebensversicherung, die ähnlich dem Postsparwesen aber für das Versicherungswesen landesweite Mindeststandards bietet, war in dieser Hinsicht freier und konnte den überwiegenden Teil der Investitionen direkt tätigen.

#### **6.4.1 Der Weg zur Privatisierung**

Wie bereits erläutert, war das Postsparwesen privaten Finanzinstituten seit jeher ein Dorn im Auge. Im Bereich der originären Finanz- und Bankdienstleistungen weigerte sich das ehemalige Ministerium für Post und Telekommunikation, die Zinssätze der Post aus Gründen der Planungssicherheit und dem Schutz der Kleinanleger an marktübliche Konditionen anzupassen. Durch die strukturelle Verschiebung innerhalb der japanischen Wirtschaft drängte die Entwicklung die Banken, sich in neuen Geschäftsfeldern oder in Bereichen, die sie bis dahin vernachlässigt hatten, verstärkt zu engagieren. In angestammten Feldern, wie der Annahme von Depositen, sahen sie sich dem Postsparwesen gegenüber, das nicht nur über eine den Kundenwünschen angepaßtere Produktpalette verfügte, sondern durch ein Netzwerk von mehr als 24.500 Poststellen im Jahr 1989 landesweit vertreten war. Die Wohnungsfinanzierungsgesellschaften, die die Banken daraufhin gründeten, um ihre Aktivitäten im sichere Margen versprechenden Immobilienbereich auszubauen, sahen sich der Konkurrenz öffentlicher Finanzinstitute ausgesetzt, die durch das FILP gespeist die *jūsen* (Wohnfinanzierungsgesellschaften, Übers.d.Verf.) zwangen, auf riskantere Geschäfte auszuweichen. Letztlich führte die Entwicklung zu Spekulationen und in das Platzen

der *bubble* 1989/90. Auf dem Hintergrund schlechter Bilanzen und hoher notleidender Kredite verlegten sich die Banken darauf, die Öffentlichkeit für die Misere zumindest in Teilverantwortung zu nehmen. Dieses erfolgte durch die Vergabe öffentlicher Gelder zur Bereinigung der faulen Kredite, ohne daß sich die Situation des privaten Bankwesens maßgeblich gebessert hätte. Mit der Wahl von Koizumi Junichiro erhielten lang von dem Verband privater Banken erhobenen Forderungen nach der Privatisierung des Postsparwesens plötzlichen Auftrieb. Am 28.08.2002, knapp einen Monat nachdem das japanische Parlament durch Verabschiedung eines entsprechenden Regelwerkes den Weg für die Überführung der Post auf die nächste Stufe zu einer Gesellschaft unter öffentlicher Verwaltung geebnet hatte, stellte das Beratergremium des Premierministers drei gangbare Optionen für eine mögliche Transformation der Post vor (siehe Graphik 2)<sup>195</sup>. Die Überführung der Post in eine Gesellschaft öffentlicher Verwaltung schien das Problem den Entscheidungsprozeß zu durchlaufen und eine Lösung in greifbare Nähe gerückt.

#### **6.4.2 Überführung in ein öffentliches Unternehmen**

Tatsächlich hat die Post eine grundlegende Restrukturierung erfahren. Die Post hat eine funktionale Teilung in die drei Bereiche originäre Dienstleistungen, Sparwesen und Lebensversicherung erhalten. Bilanzen werden getrennt erstellt und durch die Politik abgesehen. Regional hat die Organisation eine Teilung in zehn Regionen, die über eigene Service-Zentren für den Versicherungsbereich und das Postsparwesen die Verrechnung auf Kostenstellen für die Hauptgeschäftsstelle übernehmen. Innerhalb der Zentrale beschäftigt sich eine Abteilung ausschließlich mit dem Postsparwesen bzw. der postalischen Lebensversicherung. Formuliert werden Strategien und Budgets durch die Zentrale selbst. Laut dem seit April 2003 amtierenden Präsidenten Ikuta Masaharu soll sich die neue Post an Maßstäben von Effizienz, Transparenz, Kostenbewußtsein und Innovation genauso messen lassen wie jedes private Unternehmen. Darüber hinaus soll sie im Einklang mit diesen Kriterien den wohlfahrtsstaatlichen Charakter behalten

---

<sup>195</sup> Siehe (Japan Times 2002.).

und helfen, die sich verändernde japanische Gesellschaft mit der Umwelt in Einklang zu bringen<sup>196</sup>.

### 6.4.3 Transformation der Post

Innerhalb kürzester Zeit hat sich die Post als Unternehmen einschneidenden Veränderungen unterworfen. Die Gründe mögen in der Neubesetzung des Managements durch Führungspersönlichkeiten aus der freien Wirtschaft liegen. Erstaunlich ist die Radikalität des Wechsels der durch die Budgets der vergangenen zwei Jahre deutlich zum Ausdruck kommt. Noch bevor Ikuta die Präsidentschaft akzeptierte, wurde das Budget auf ¥ 1 Bio. gesenkt. Allein im Fiskaljahr 2002 gelang es der Post, ¥ 20 Mill. an Personalkosten einzusparen<sup>197</sup>. Eingedenk, daß die Post über gesamte Werte in Höhe von ¥ 414 Bio. verfügt und ein riesiges Netzwerk zu unterhalten hat, werden Kostensenkungsmaßnahmen, die noch in diesem Jahr greifen, unumgänglich sein<sup>198</sup>. Fakt ist, daß sich die Post neben dem strukturellen Wandel vor allem in der strategischen Ausrichtung neu aufgestellt hat. Neue Produkte und Dienstleistungen gesellen sich zu dem alten Sortiment. Am 10.9.2003 wurden staatliche Anleihen direkt *over-the-counter* durch Postfilialen landesweit so erfolgreich gehandelt, daß die ¥ 1.666 Mill. bereits vor Ablauf der Frist bis zum 29. desselben Monats ausverkauft waren. Gleichzeitig reagierte die neue Geschäftsleitung der Post auf jahrelange Kritik des privaten Finanzwesens über die ungleichen Ausgangsbedingungen durch die hohe Anzahl von Postfilialen, indem sie öffentlich den Wunsch zur Kooperation bekanntgab. Nach zunächst verhaltenem Echo gingen

<sup>196</sup> Interviews und der Vortrag von Ikuta, Masaharu (2005): *‘Makkô saabizu no jitsugen’ - Yûsei kôshaka de yûsei jigô ga dô kawatte iku no ka?* (‘Die Realisierung eines frontal ausgerichteten Services’ - Wie wird sich das Postgeschäft durch die Überführung in eine öffentliche Gesellschaft ändern?, Übers.d.Verf.), vom 14.05.2005, Tôkyô Kaikan, Yomiuri International Economic Society; *„Japans’ Post slogan is ‘Macco Service’, which literally means straightforward and honest service. Ikuta translates it as, ‘To provide sincere services with all our strength and heart by considering what customers want us to do.’“*. Zit. aus Japanese Times Online: *Japan post to create model offices in bid to reform - Ikuta impressed by Toyota policy*“, 15.07.2003, Stand 12.09.2004.

<sup>197</sup> Siehe Japan Times: *Postal Services log first profit since ‘97*, 13.07.2002.

<sup>198</sup> Siehe Mainichi Shinbun *„Yûsei kôsha – kaikaku no genten kara mensei suruna* (Die öffentliche Postgesellschaft – möglich wäre, daß sie es nicht vom Start wegschafft, Übers.d.Verf.)“, 18.01.2003; siehe *Nihon yûsei kôsha kanren jôhō , heisei 15 nendo keikeikaku* (Information in Verbindung mit der öffentlichen Post, Geschäftsplanung 2003 Übers.d.Verf.), 36.03.2003, <http://www.japanpost.jp/top/goannai/kousya/keiei/keikaku.html>

zuerst ausländische Finanzinstitute angeführt von der Citigroup die Zusammenarbeit mit der Post ein. Auf diese Weise wurden die japanischen Großbanken gezwungen, ihren Widerstand gegen ein kooperatives Konzept aufzugeben, wollten sie nicht hinter die ausländische Konkurrenz zurückfallen. Vorerst auf Basis gegenseitiger Annahme von Kredit-, bzw. Cash-Karten ist die Bank inzwischen mit der überwiegenden Mehrheit in Japan registrierter privater Finanzinstitute Allianzen eingegangen, die großes zukünftiges Potential für die auf Erweiterung auf differenziertere Produkte bietet. Zwar wurde von den mit dem Transformationsprozeß befaßten Behörden eine Abkehr von dem zuerst anvisierten Konzept eines "convenience store" für Finanzdienstleistungen" konstatiert<sup>199</sup>, aber die bereits erfolgreich umgesetzte und für die nahe Zukunft geplante Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor ist schon aufgrund der Geschwindigkeit beeindruckend. Eine ähnliche Kooperation strebt der Bereich originäre Postdienste innerhalb der Post an und instrumentalisierte die Idee des convenience store-Konzepts, indem landesweit Postkästen in den meisten 24-stündig geöffneten convenient stores aufgestellt wurden<sup>200</sup>.

## 6.5 Zustandsbewertung

Zu den stärksten Befürwortern einer Reform des Postsparswesens zählen traditionell die japanischen Privatbanken. Mit Antritt Koizumi's vermutete die Öffentlichkeit bereits, daß die Pläne des Premierministers für eine Privatisierung vor allem dazu gedacht war, die Interessen der Banken zu wahren, da man von Koizumi als einem banknahen Politiker ausging. Nun sind bereits mehr als zwei Jahre seit Überführung der Post in eine Gesellschaft unter öffentlicher Verwaltung vergangen. Die Verlautbarungen der Banken lassen aber keinen Zweifel, daß sie mit dem bisherigen Ergebnis nicht zufrieden sind. So stellte das weltgrößte Finanzinstitut durch unterdurchschnittliche Eigenkapitalquote nach wie vor ein Risiko für die japanische Wirtschaft dar.

---

<sup>199</sup> Zu diesem Zweck wurden mögliche Beispiele im Ausland, darunter die Deutsche Post und ihr Tochterunternehmen die Postbank AG eingehend studiert, siehe *Yûbin – yûchô wa `min` ni omakase* (Überlassen Sie die Post und das Postsparswesen den Privaten, Übers.d.Verf.) Asahi Shibun 24.11.2003.

<sup>200</sup> Siehe Yahoo News: *Yûbin kyoku kombini ga tanjô – Shibuya ni postaru rooson* (Die Geburt des Post convenient store – der Post Lawson in Shibuya, Übers.d.Verf.), <http://headlines.yahoo.jp/hl?a=20030805-00000025-kyodo-soci>, Stand 05.08.2003, siehe auch Japan Times: *Japan Post to boost warehouse ties*, 14.08.2002.

Tatsächlich ist die Post, sollte sie direkt in den voll privatisierten Zustand übergehen, mit den momentanen ¥ 1,9 Bio. deutlich unterkapitalisiert<sup>201</sup>. Einer Überprüfung durch die *Financial Services Agency* auf Grundlage des *jiko shihon hiritsu kise* (Anforderung für die Eigenkapitalquote, Übers.d.Verf.) für private Finanzinstitute würde das Unternehmen bis auf weiteres nicht standhalten. Doch da die Überführung für 2007 geplant ist, besteht für die Regierung ausreichend Spielraum, das Unternehmen mit einer Garantie bzw. ausreichend Kapital auszustatten. Ein weiterer berechtigter Kritikpunkt ist die Fortführung indirekter Subventionierung. Auch muß die Post im Gegensatz zu den privaten Finanzinstituten keine Beiträge an das Versicherungssystem für Bankguthaben abführen. Diese Beträge marktüblich verzinst, stellen eine Form der indirekten Subventionierung dar, die dem Postsparwesen einen erheblichen Vorteil gegenüber der privaten Konkurrenz verschaffen. Die Argumentation des Interessenverbandes privater Banken folgend ist das Postsparwesen aber seit April 2001, als sie mit dem Recht der freien Investitionswahl ausgestattet wurde, denselben Risiken wie herkömmliche Finanzinstitute ausgesetzt. Daher wird verlangt, daß das Postsparwesen in gleichem Umfang wie diese ein Konto bei der japanischen Zentralbank zu unterhalten hat. Auf der Kundenseite soll das Postsparwesen zu seiner ursprünglichen Aufgabe 'sinnvolle Anlagemöglichkeiten für Kleinstsparer' zurückkehren. Der momentane Maximalbetrag für Posteinlagen wird von der *Zengin kyôkai* als zu hoch empfunden. In der jährlichen Veröffentlichung zu finanzwirtschaftlich relevanten Themen forderte sie daher für den Fall, daß das Postsparwesen erhalten bleibt, eine Herabsetzung des Maximalbetrags auf ¥ 3,5 Mio.<sup>202</sup>. Sowohl die neue Post wie der Zentralverband privater Bankinstitute erstellten Statistiken über die überlegene landesweite Abdeckung durch Kreditautomaten und Filialen, sowie den Zugang durch das Internet, die zu den zu erwartenden Ergebnissen kamen. Laut Angaben des Zentralverbandes übertrifft die Dichte der privaten Kreditkartenautomaten mit 116.905 Geräten die Kapazität der Post um mehr als das Vierfache. Die Post selbst ist mit direkten Vergleichen auf dem Hintergrund des sich gerade vollziehenden Prozesses vorsichtiger und weist auf die rein geographische Zugänglichkeit der rund 23.054 Filialen hin<sup>203</sup>.

---

<sup>201</sup> Siehe (Japan Times 2002).

<sup>202</sup> Siehe (Zengin kyôkai 2002: 4).

<sup>203</sup> Sômushô yûsei kikaku kanri kyoku (Hg.) (2002): *Yûbin chokin 2002 – yûbin chokin no disukuroojaa*, S. 9.

## **Fazit:**

Im Fiskaljahr 2003 weist die Bilanz des weltgrößten Finanzinstituts, des japanischen Postsparwesens ¥ 232 Billionen auf, was einem Anteil von 16,8 % aller privaten Ersparnisse, der bislang noch zweitgrößten Wirtschaftsnation Japan entspricht. Am 01.04.2004 wurde die japanische Post als New Japan Post (*Nihon yūsei kōsha*) in die zweite Stufe eines Prozesses, der letztlich in ihrer vollständigen Privatisierung münden soll, überführt. Das Unternehmen selbst wurde grundlegend restrukturiert und steht mit 13 Dienstleistungszentren landesweit für jeden seiner Kunden zur Verfügung. Nach wie vor können Kunden der Post in jeder der 24.700 Filialen des Postnetzes Finanztransaktionen durchführen.

Als Ergebnis der Kooperation mit einzelnen privaten Finanzinstituten wird sich die Versorgung durch das postalische Postsparwesen weiter verbessern. Mit Einsetzung einer Geschäftsleitung, die über Erfahrung in der Privatwirtschaft verfügt, ist die richtige Vorgehensweise gewählt worden, um das Unternehmen auf die neuen Herausforderungen einer Teil- bzw. Vollprivatisierung vorzubereiten.

Die Arbeit setzt bei der langjährigen Kritik des postalischen Sparwesens durch die Vereinigung japanischer Banken an, die auf die Überdimensionierung eines ursprünglich für die Bündelung von Kleinstbeträgen gegründeten öffentlichen Finanzinstituts zielt. Die Kritik gilt der Existenz des postalischen Sparwesens in seiner bisherigen Form, die in einer Verzerrung natürlicher Marktbedingungen resultiert und verhindert, daß sich nun nach Deregulation des japanischen Finanzwesens Wettbewerb unter fairen Bedingungen für alle Teilnehmer etablieren kann.

Die Darstellung der Entwicklung des Finanzwesens, insbesondere des privaten Bankwesens und der Rolle des postalischen Sparwesens auf die Kritik am postalischen Sparwesen unter Verwendung eines Ansatzes der politischen Ökonomie wurde hier hinterfragt. Außerdem interessierte der sich momentan vollziehende Prozeß der allmählichen Überführung des Sparwesens in ein privates Unternehmen. Letztlich die Beantwortung der Frage, ob durch die Privatisierung der Post der Kritik ungeachtet ihrer Berechtigung entsprochen wird. Ein Ausblick auf die kurz- bis mittelfristige Entwicklung wird die Arbeit beschließen.

Nahezu gleichzeitig führten die *Meiji* Restauratoren Strukturen und Technologie aus den fortschrittlicheren westlichen Ländern nach Japan ein und griffen damit der natürlichen Entwicklung bewußt vor. Im Fall des Finanzwesens erfolgte die Harmonisierung der einzelnen Elemente, die teils sehr unterschiedlichen westlichen Systemen entlehnt waren, nachträglich und fallweise. So scheiterte das Nationalbankwesen, weil das nötige Verständnis weder unter der Bevölkerung noch unter den Gründern der Finanzinstitute ausreichend verbreitet war. Das Nationalbankwesen diente jedoch trotzdem einer ganzen Reihe von Zielen, die sich die Regierung mit seiner Einführung gesetzt hatte. Und sie bereitete zusammen mit den über ganz Japan Spareinlagen anbietenden Postfilialen den Boden für die folgende erfolgreiche Einführung eines Zentralbankwesens.

Hatte die *Meiji* Restauration zu einer unnatürlichen Wende in der natürlichen Entwicklung eines japanischen Finanzwesens geführt, kam der zweite Bruch durch den Eintritt in den Krieg und die anschließende Besetzung. Das Finanzwesen wurde effektiv durch die Institute der großen japanischen Unternehmenskonglomerate, *zaibatsu*, bis zum Eintritt in die durch die Militaristen proklamierte Kriegswirtschaft dominiert. Diese Banken konzentrierten sich weniger auf individuelle Kunden, sondern auf Firmen ihrer Gruppen. Die Citybanken, allesamt nach Kriegsende aus den *zaibatsu* Banken entstanden, sollten sich nach 1945 in ähnlicher Form weiterhin wie ihre Vorgänger auf die Bereitstellung von Kapital für die Industrie konzentrieren. Veränderung erfuhr das Finanzwesen vor allem durch die Einführung eines Trennbankensystems durch das alliierte Oberkommando und eine Segmentierung des Bankwesens. Aufgrund der Knappheit an Investitionskapital, aber auch, weil der Zugriff der Bürokratie über die Ministerien keine Alternative ließ, formierten sich Industrieunternehmen um Großbanken, denen sie teils schon während des Krieges zugeteilt worden waren, teils demselben *zaibatsu* zugehörig gewesen waren. Innerhalb eines strikt regulierten Systems entstand so zwischen den main banks einzelner Gruppen von Industrieunternehmen eine besonders enge Form der Beziehung, die beidseitige Risiken minimierte und Planungssicherheit erhöhte. Bis die Deregulierung des starren Finanzsystems Ende der 1970er Anfang der 1980er greifen sollte, war ein Wettbewerb unter den Banken de facto nicht existent. Einzelnen war es nicht gestattet, sich qualitativ, durch Produkte bzw. Konditionen, noch qualitativ, bspw. durch zusätzliche Filialen, von der Konkurrenz abzusetzen. Das Postsparswesen profitierte während dieser Phase selbstverständlich von dem landesweiten Netzwerk der Post, es war unter Verwaltung

des Post- und Telekommunikationsministerium und war in Form von Produkten und Konditionen freier als seine private Konkurrenz. Unfrei war das Postspargwesen stattdessen in der Verwendung des Kapitals, das das staatliche Darlehens- und Investitionsprogramm speiste. Mit wachsender Größe des Postspargwesens wuchs das Programm auf 40 % des staatlichen Haushalts und konstituierte einen zweiten Schattenhaushalt, dessen Verwendung größtenteils in den Verantwortungsbereich der Bürokratie fiel.

Mit Auseinanderbrechen des bis in die 1970er Jahre starr regulierten Finanzwesens erlosch die Wirksamkeit der bis dato effektiven Kontroll- und Aufsichtsmechanismen. Diese Veränderung betraf sowohl die main banks, wie die regulierenden Behörden. Internationalisierung durchlöchert das System, das, wo es weiterhin Bestand hatte, die Finanzinstitute hinderte, sich den verändernden Bedingungen anzupassen. Das Entstehen des *Heisei* Booms, der sich als Luftblase herausstellen sollte, und sein abruptes Ende kam einem Offenbarungseid des überkommenen Systems gleich, als ein Sicherungsmechanismus nach dem anderen zu versagen begann. Weder war die Zentralbank in der Lage, monetär die richtigen Impulse zu vermitteln, noch auf bewährtes Instrumentarium zurückzugreifen, um seiner originären Aufgabe gerecht zu werden. Auch das Finanzministerium bediente sich in den folgenden Jahren, die als verlorene Dekade des japanischen Finanzwesens internationale Bekanntheit erlangte, aller ihm zur Verfügung stehenden formellen und informellen Kanäle, nur um sich von ihrer Ineffektivität überzeugen zu müssen. Das dargestellte Problem der Wohnungsbaufinanzierungsgesellschaften hat anschaulich vermittelt, wie wenig tatsächliche Bedeutung die für Japan so charakteristischen informellen Kontrollmechanismen hatten. Gleichzeitig verdeutlicht das Beispiel aber auch eine erfreuliche gesellschaftspolitische Entwicklung, die ausreichten, bestimmte Annahmen politischer Ökonomen über Japan zu falsifizieren. Denn die Kritik, die den Einsatz von öffentlichen Geldern für die Bereinigung der *jūsen* begleitet, zeigen, daß die japanische Öffentlichkeit der Verflechtung aus Banken, Politik und Bürokratie gewahr geworden ist und nicht länger bereit scheint, die Kosten für die Durchsetzung egoistischer Partikularinteressen zu tragen.

Die Rolle, die das postalische Sparwesen innerhalb der japanischen Wirtschaft bis dato eingenommen hat, ist außerordentlich komplex. So komplex, daß nichts anderes übrigblieb, bis an die Wurzeln seiner Entstehung zurückzukehren und zu verfolgen, wie eine Institution, deren eigentliches Ziel war, den einfachen Bürger durch ein sinnvolles Angebot zum Sparen zu erziehen, sich zu einem essentiellen Bestandteil der staatlichen Finanzierung in Form und Ausmaßen des staatlichen Investitions- und Darlehensprogramms auswachsen konnte. Zweifellos kommt dem japanischen Postsparswesen eine solche Bescheidenheit nicht gut zu stehen. Insbesondere, wenn es in Vergleich zu seinen privaten Konkurrenten gesetzt wird. Der bloße Umfang des Postsparswesens und die Komplexität des Systems, durch das seine Einlagen als Subventionen ihren Weg in strukturfördernde bzw. erhaltende industrielle Projekte fand, lud mit abschwingender Konjunktur und Bedarf geradezu Partikularinteressen dazu ein, sich der Gelder in ihrem Sinne zu bedienen. In Einklang mit der Theorie der politischen Ökonomie entschied Informationsstand über den dominierenden Einfluß auf das System. Durch den Einfluß von Berufspolitikern auf die Bürokratie war absehbar, wann sich die Subventionen in Zukunft insbesondere dort konzentrieren sollten, wo der größte wahltaktische Nutzen für Politiker zu realisieren war. Nur so ist zu erklären, wie das System überbesetzte und nicht konkurrenzfähige Industriezweige über Jahrzehnte erhalten konnte. Strukturpolitische Argumente für den Umfang und das Ausmaß werden durch die Realität insofern entkräftet, daß durch Einsetzen der Wirtschaftskrise die Überbesetzung und unzureichende Rentabilität einzelner Objekte bisheriger Subvention offensichtlich geworden ist.

## **Ausblick**

Es ist deutlich geworden, daß die Entwicklung des privaten Finanzwesens, im besonderen der Banken und die des Postsparswesens nur mittelbar miteinander in Berührung gekommen ist. Obwohl das japanische Postsparswesen mit den privaten Banken der Vorkriegszeit langfristig in direkten Wettbewerb hätte treten können, waren zu dem damaligen Zeitpunkt Interdependenzen wohl eher selten. Zu sehr waren insbesondere die großen *zaibatsu* Banken auf industrielle Kundschaft fixiert und

begannen sich erst mit Eintritt in kapitalintensive Industriesparten der einfachen Bevölkerung zu öffnen. Ähnlich verhielt es sich unter dem starren Trennbankensystem bis in die späten 1970er, da die privaten Finanzinstitute wenig Möglichkeiten hatten, aktiven Wettbewerb zu betreiben. Weder war ihnen gestattet, nach Belieben Filialen zu eröffnen, noch Produkte und Dienstleistungen zu variieren. Konkurrenz unter den Banken geschah lediglich temporär und ihre Duldung war Bestandteil einer informellen staatlichen Führung. Zinsunterschiede bzw. Produktüberlegenheit zwischen Post und Banken existierten offensichtlich mit Billigung der zuständigen Ministerien, so daß es müßig ist, über eine eventuelle Beeinträchtigung der Privatbanken durch das Postsparwesen zu philosophieren.

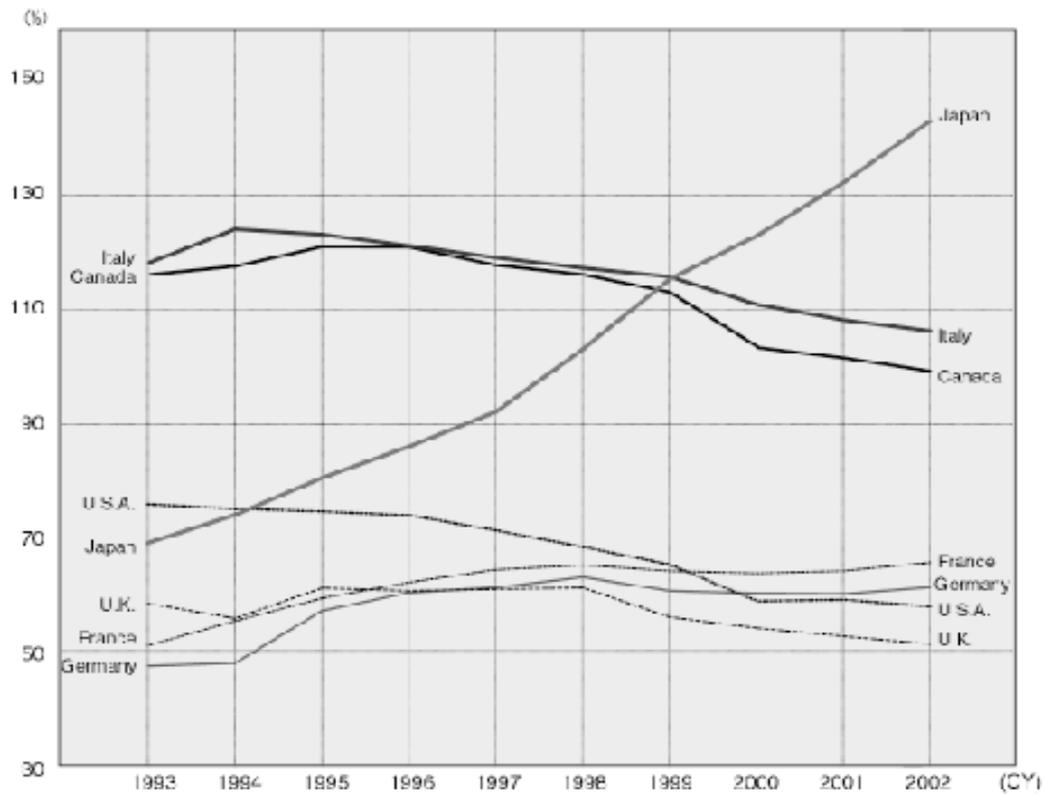
Mit der Liberalisierung des Finanzwesens und Reform des öffentlichen Sektors hat sich der Sachverhalt allerdings maßgeblich geändert. Die ideale Lösung zumindest für das private Bankwesen wäre die völlige Abschaffung des Postsparwesens. Außer ihm wäre damit jedoch niemandem gedient. Nach wie vor bestimmt der Markt, welches Angebot anderen überlegen ist.

Es ist an der Zeit, daß japanische Banken sich dieses Gesetz in Erinnerung rufen und ähnlich attraktive Finanzprodukte wie das *teigaku* Konto der Post zu entwickeln. Ob sie dazu in der Lage sind, steht in engem Zusammenhang mit der endgültigen Bereinigung der notleidenden Kredite. Wie das Beispiel der *jûsen* gezeigt hat ist es dringend erforderlich für das Privatbankwesen, Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu übernehmen. Die Reform des öffentlichen Sektors ist gleichsam wünschenswert.

Da die bis dato über das staatliche Investitions- und Darlehensprogramm subventionierten Entitäten sich in Zukunft über die Märkte finanzieren müssen, wird es hier zu einem natürlichen Ausleseprozeß kommen. Eine zukünftige Instrumentalisierung des Postsparwesens ist zwar zum heutigen Stand nicht auszuschließen, bleibt es aber bei der geplanten Privatisierung im Jahr 2007, kann das System insgesamt davon nur profitieren. Die Banken werden ihre Chance erhalten, in direktem, fairen Wettbewerb mit dem japanischen Postsparwesen zu beweisen, daß ihr Dienstleistungsangebot tatsächlich das Vertrauen der Kunden wert ist.

## Anhang:

Tabelle 6: Japanische Verschuldung im internationalen Vergleich



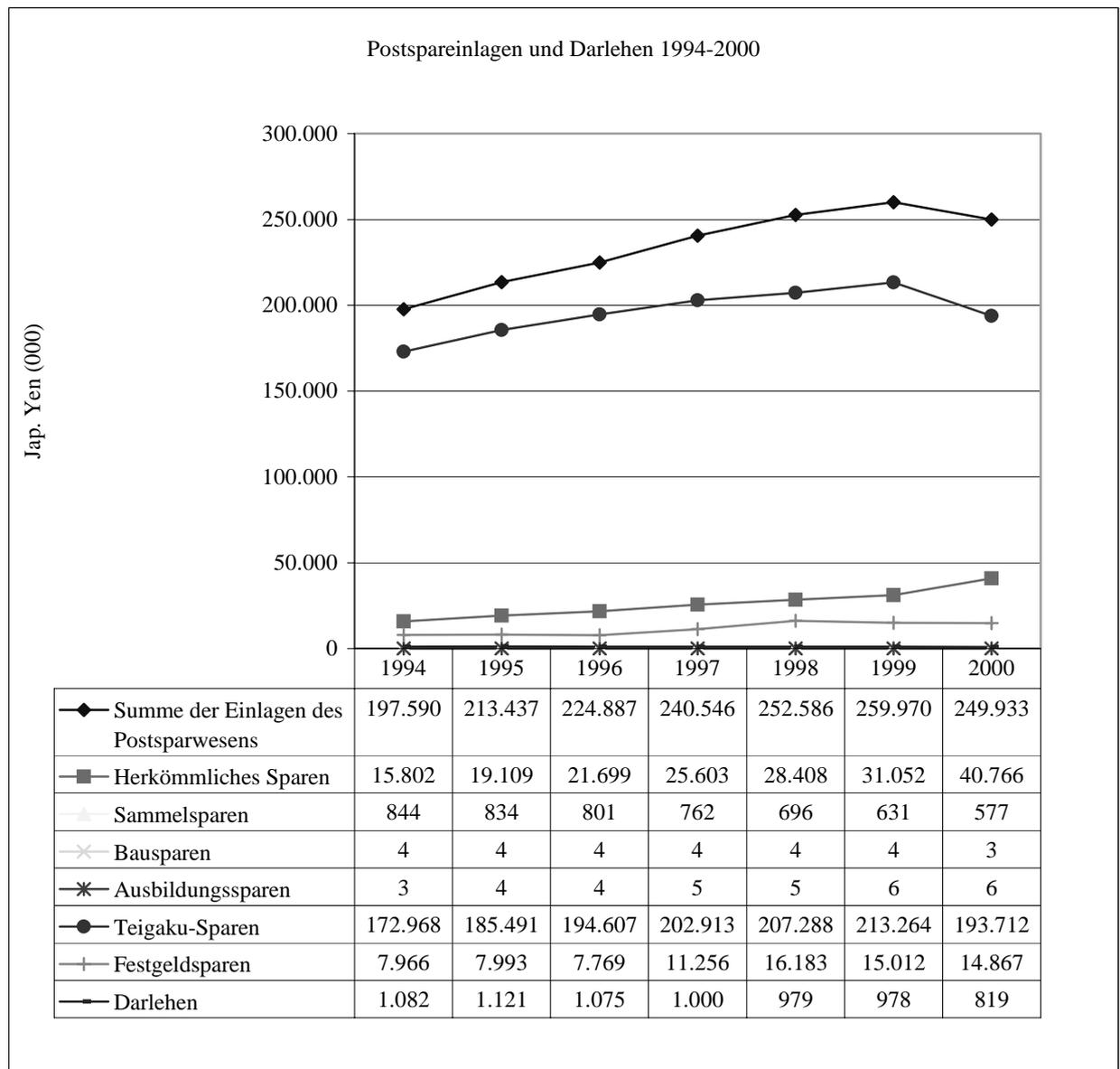
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 7: Statistik des Bankwesens der Vorkriegszeit

<b>Jahr</b>	<b>Anzahl der Banken</b>	<b>Darlehen</b>	<b>Anleihen</b>	<b>Depositen</b>	<b>Eingezahltes Kapital (in Mill. Yen)</b>
1873	2	3.352		2.867	2.440
1875	4	2.136		1.470	3.450
1877	27				24.986
1879	161				43.906
1881	239				57.333
1883	349				67.873
1885	358				66.214
1887	358				69.234
1889	353	183.410		68.476	69.653
1891	387	202.839		66.171	72.997
1893	702	309.417		111.825	84.005
1895	1.102	387.499		184.411	104.922
1897	1.276	396.642		304.616	179.488
1899	1.276	687.336	7.948	535.575	252.582
1901	1.276	776.127	14.545	579.085	318.731
1903	1.276	923.258	29.150	758.514	333.859
1905	1.276	1.048.332	47.275	973.666	341.988
1907	1.276	1.479.000	74.000	1.325.000	402.000
1909	1.276	1.527.000	112.000	1.506.000	438.000
1911	1.276	2.029.000	220.000	1.776.000	480.000
1913	1.276	2.568.000	315.000	2.110.000	574.000
1915	1.276	2.872.000	396.000	2.569.000	622.000
1917	1.276	4.795.000	427.000	5.146.000	751.000
1919	1.276	9.161.000	714.000	8.734.000	1.207.000
1921	1.276	10.239.000	1.071.000	9.494.000	1.747.000
1923	1.276	11.212.000	1.291.000	9.692.000	1.929.000
1925	1.276	12.214.000	1.569.000	10.821.000	1.918.000
1927	1.276	11.801.000	1.744.000	11.247.000	1.886.000
1929	1.276	11.059.000	1.912.000	11.972.000	1.801.000
1931	1.276	10.747.000	2.153.000	11.093.000	1.668.000
1933	1.276	10.106.000	2.126.000	12.049.000	1.617.000
1935	1.276	10.096.000	1.916.000	13.626.000	1.565.000
1937	1.276	12.328.000	2.302.000	16.405.000	1.455.000
1939	1.276	17.559.000	2.773.000	27.626.000	1.451.000
1941	1.276	24.272.000	5.212.000	41.518.000	1.436.000

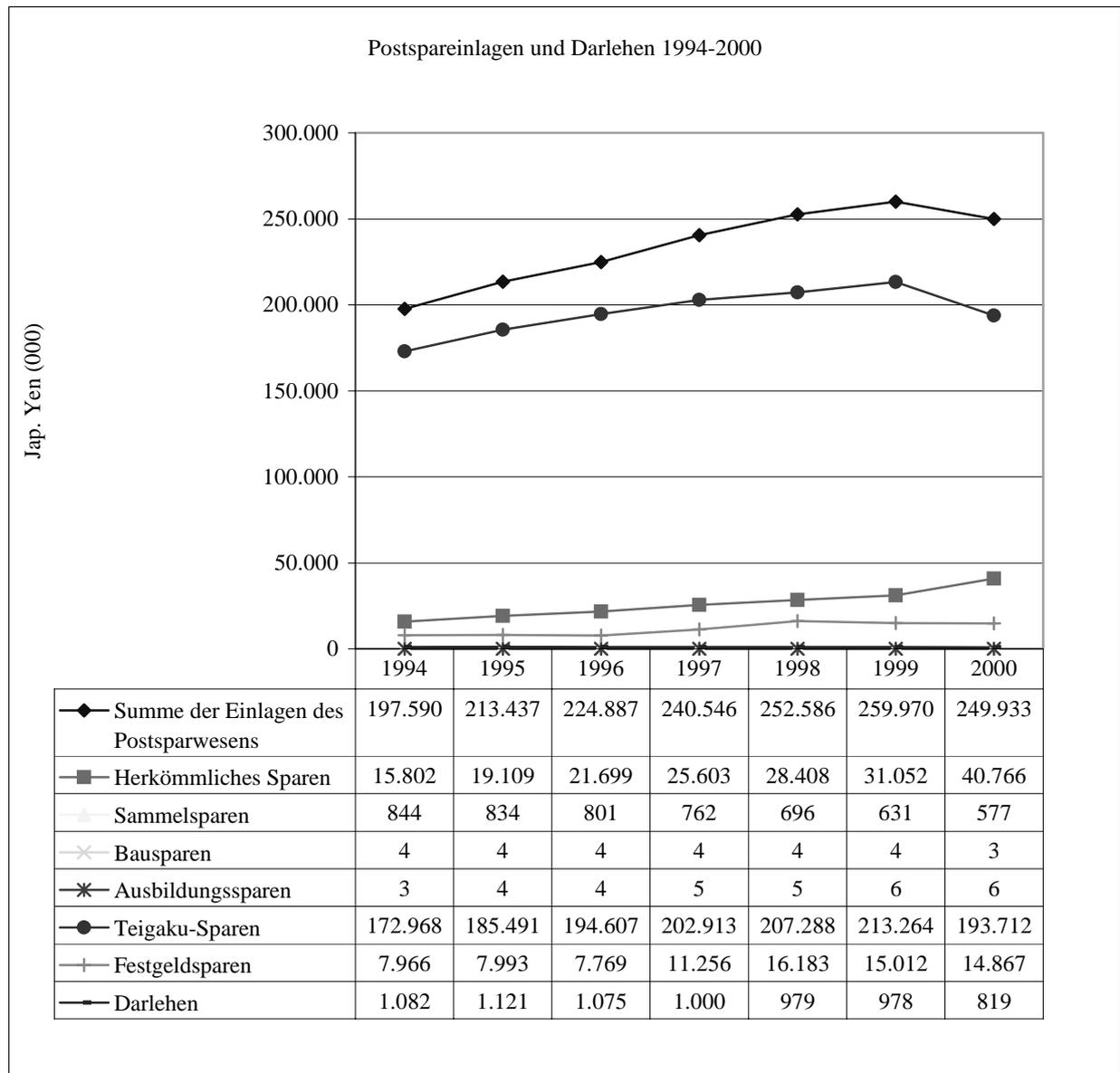
Quelle: Bank of Japan: *Meiji jiko honposhûyô keizai tokei* (Statistik über hundert Jahre der japanischen Wirtschaft), Bank of Japan, Tôkyô, 1966

Diagramm 1: Postspareinlagen und Darlehen 1994-2000



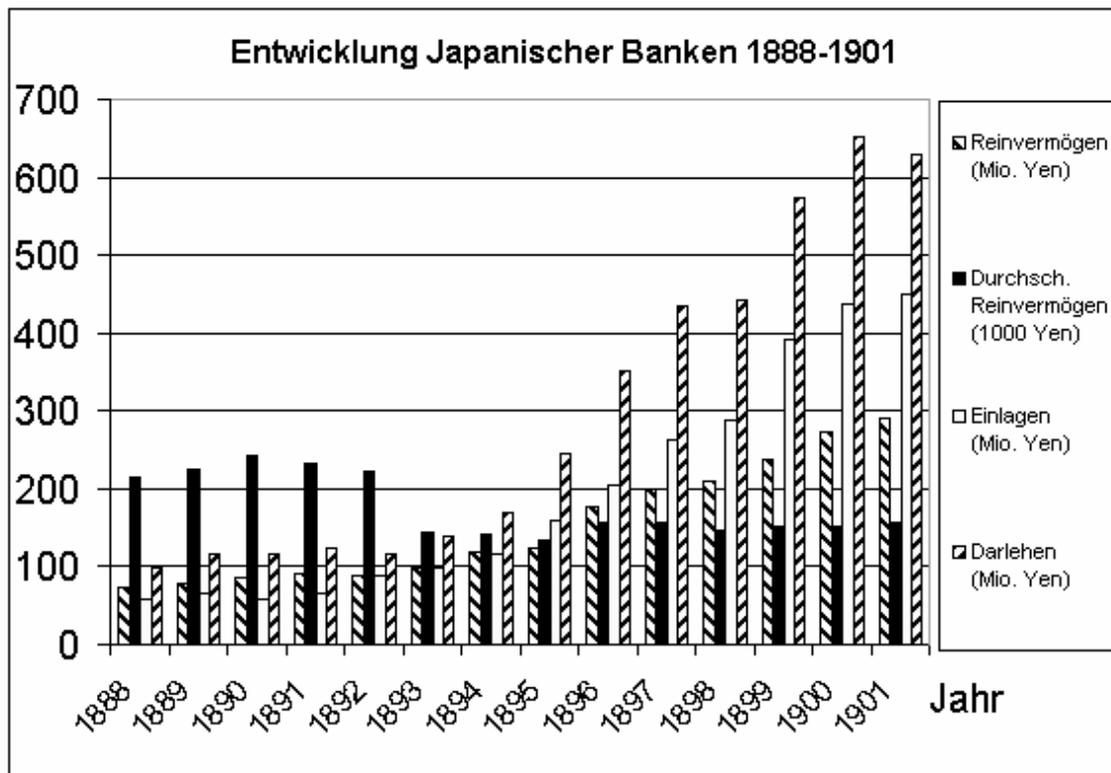
Quelle: Nach Angaben der General Affaires Division, Postal Savings Department, Postal Services Agency, 2004, Tōkyō

Diagramm 2: Postspareinlagen und Darlehen 1994-2000



Quelle: Nach Angaben der General Affairs Division, Postal Savings Department, Postal Services Agency, 2004

Diagramm 3: Entwicklung japanischer Banken 1888-1901



Quelle: Bank of Japan, <http://boj.or.jp/stat/tk/allo0406.htm>, Stand 20.10.2004

Tabelle 8: Notleidende Kredite – Stand September 2004

Name	Gewinn aus Kerngeschäft	Verlust aus Abschreibung notleidender Kredite	Gewinn/verlust aus Aktiengeschäft	Herk. Gewinn	bereinigtes Ergebnis	Eigenkapital Ratio	Notleidende Kredite	Besondere Aufmerksamkeit	Zweifelhaft	Ratio Notleidende Kredite (zum Gesamtkreditvolumen)
Mizuho Bank	4,0	1,6	104,0	2,5	701,0	10,0	15,1	6,1	9,0	3,8
Mizuho Corporation	4,8	609,0	1,9	5,2	3,5	14,3	14,9	9,7	5,2	5,2
Mizuho Trust	711,0	167,0	47,0	407,0	299,0	12,2	1,9	1,4	529,0	5,0
Mizuho Summe	9,5	2,4	2,1	8,1	4,5	12,1	31,9	17,2	14,7	4,4
Tokyo Mitsubishi	4,7	1,4	209,0	2,9	3,6	12,2	9,9	5,2	4,7	2,6
Mitsubishi Trust	1,9	297,0	3,0	1,4	1,2	15,2	4,3	2,2	2,1	4,5
Mitsubishi Group Summe	6,5	1,1	213,0	4,3	4,8	12,8	14,2	7,4	6,8	2,9
UFJ Bank	7,1	13,3	3,1	4,6	4,1	8,4	35,6	20,2	15,3	8,4
UFJ Trust Bank	865,0	400,0	223,0	317,0	332,0	12,8	3,9	1,4	2,6	9,6
UFJ Summe	7,9	13,7	2,3	4,3	3,8	8,8	39,5	21,2	17,9	8,5
Sumitomo Mitsui	10,0	8,0	1,0	1,9	3,0	11,4	28,1	12,5	15,6	5,0
Chuo Mitsui	1,7	583,0	402,0	1,2	797,0	9,6	4,7	1,8	2,8	5,0
Sumitomo Trust	1,5	218,0	256,0	1,2	739,0	12,6	2,9	1,6	1,3	2,8
10 größten Banken insgesamt	37,2	23,8	6,8	12,4	10,1	11,4	121,3	62,1	59,2	5,0
Resona	1,7	10,9	24,0	9,8	14,2	7,6	14,9	7,4	7,5	7,4
11 größten Banken insgesamt	38,9	34,7	6,8	2,6	4,1	11,1	136,2	69,5	66,6	5,2

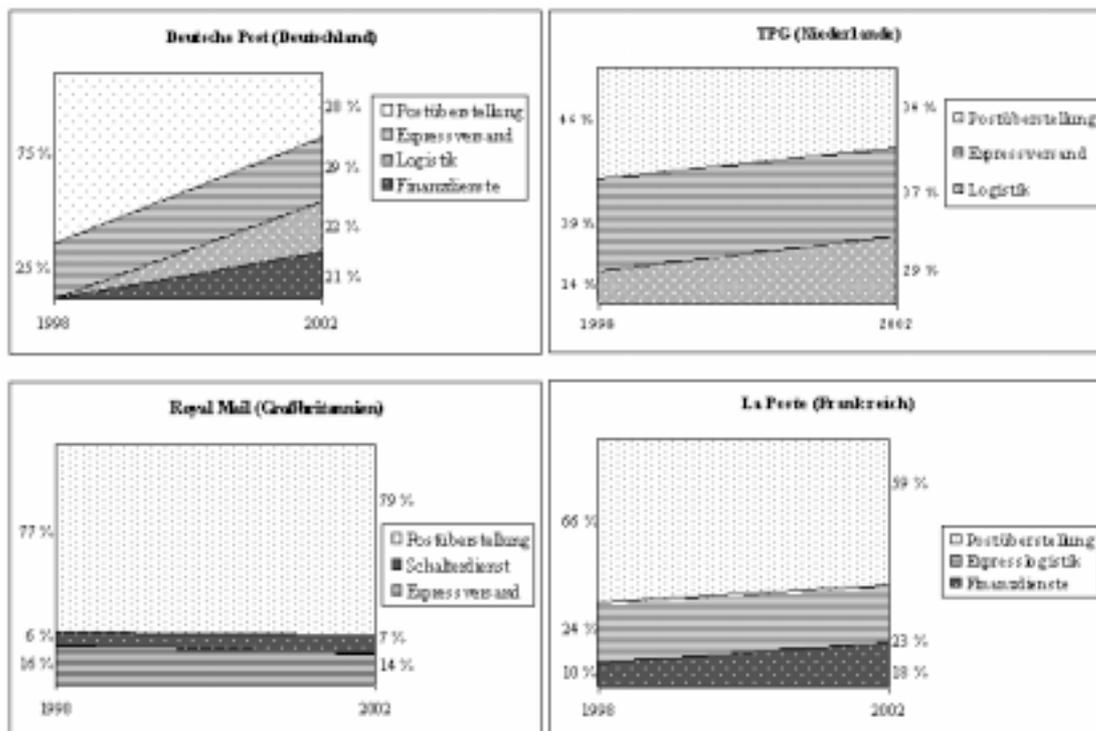
Referenz	Gewinn aus Kerngeschäft	Verlust aus Abschreibung notleidender Kredite	Gewinn/verlust aus Aktiengeschäft	Herk. Gewinn	bereinigtes Ergebnis	Eigenkapital Ratio	Notleidende Kredite	Besondere Aufmerksamkeit	Zweifelhaft	Ratio Notleidende Kredite (zum Gesamtkreditvolumen)
März 2002	41,5	77,2	15,9	48,6	34,5	10,8	268,0	113,5	154,5	8,4
exklusiv Daiwa und Asahi Bank	38,5	68,0	10,3	36,2	24,3	11,0	238,4	102,3	136,0	8,3
März 2003	39,1	49,1	32,0	44,2	44,1	9,4	202,4	115,0	87,4	7,2
exklusiv Resona	38,0	47,0	30,0	41,0	38,3	10,1	179,3	100,1	79,2	7,0
September 2003	20,2	17,7	2,0	171,0	4,7	11,3	174,6	91,0	83,6	6,5
exklusiv Resona	19,5	7,0	2,0	10,5	10,0	11,5	148,0	79,3	68,7	5,9

Quelle: Financial Supervisory Agency: Financial statements of major banks - March 2004 (Non-consolidated), Stand 19.09.2004; siehe auch International Monetary Fund (Hg.): World economic and financial surveys- International capital markets developments, prospects, and key policy issues, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/icm/1999/index.htm>, Stand 11.10.2004

Tabelle 9: Entwicklung der Geschäftsfelder nationaler Postunternehmen 1998-2002

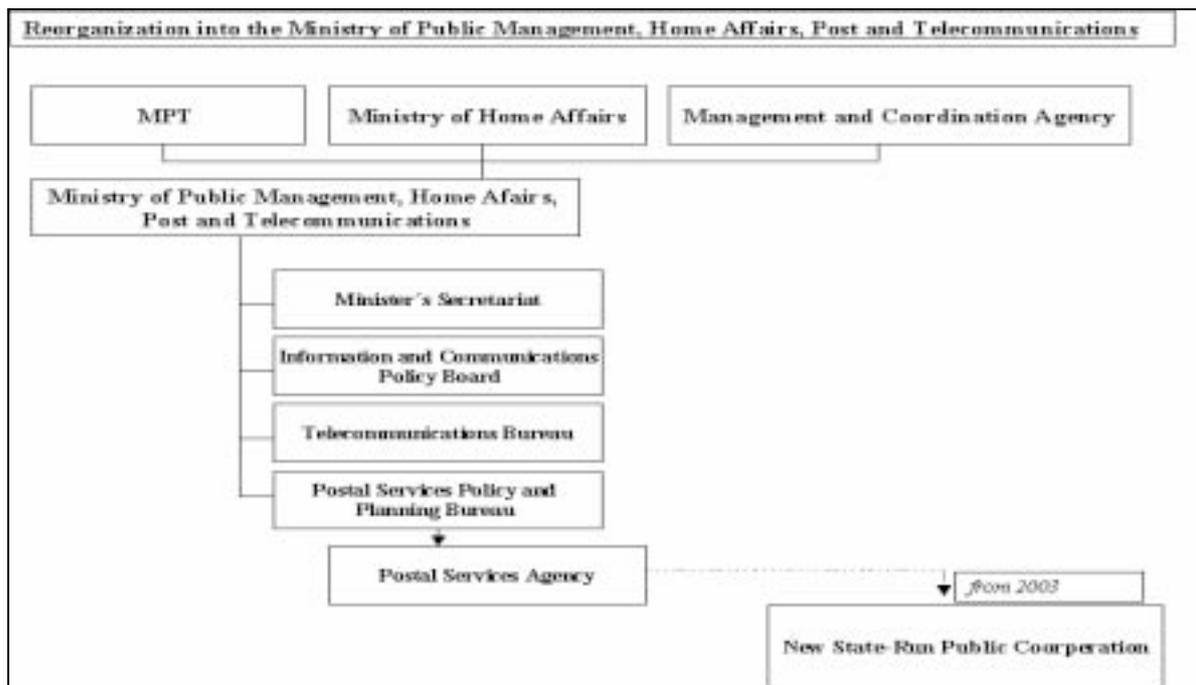
		1998	2002
<b>Royal Mail</b>	Expressversand	16	14
	Schalterdienst	6	7
	Postüberstellung	77	79
<b>La Poste</b>	Finanzdienste	10	18
	Expresslogistik	24	23
	Postüberstellung	66	59
<b>Deutsche Post</b>	Finanzdienste	0	21
	Logistik	0	22
	Expressversand	25	29
	Postüberstellung	75	28
<b>TPG</b>	Logistik	14	29
	Expressversand	39	37
	Postüberstellung	46	34

Diagramm 4: Entwicklung der Geschäftsfelder nationaler Postunternehmen 1998-2002



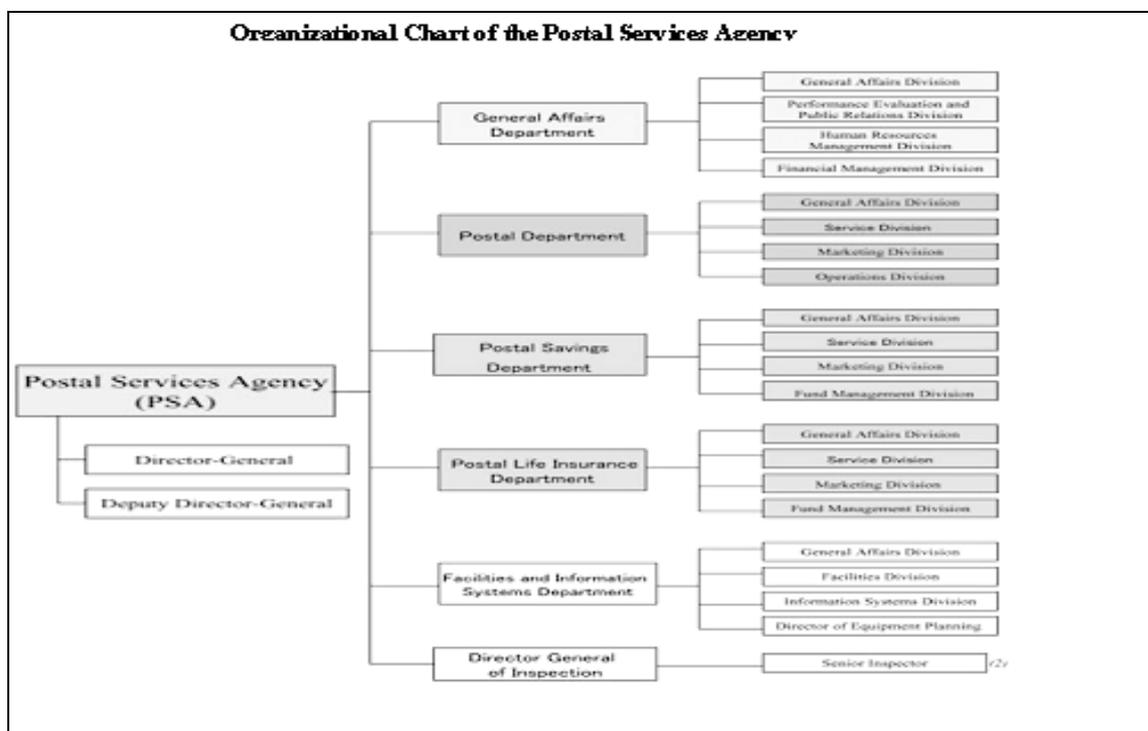
Quelle: Yûsei kenkyûjo (2004): *Kaigai jûyô yûseijigyôtai ni okeru shinbunya shinshutsu oyobi kokusai kaihatsu no dôkô* (Über die Expansion maßgeblicher ausländischer Postunternehmen in neue Geschäftsfelder und die Tendenz für die Öffnung zum Ausland), <http://www.iptp.go.jp/repo/16-h-kaigai.pdf>, Stand 13.5.2004

Diagramm 5: Reorganisation des MIAC



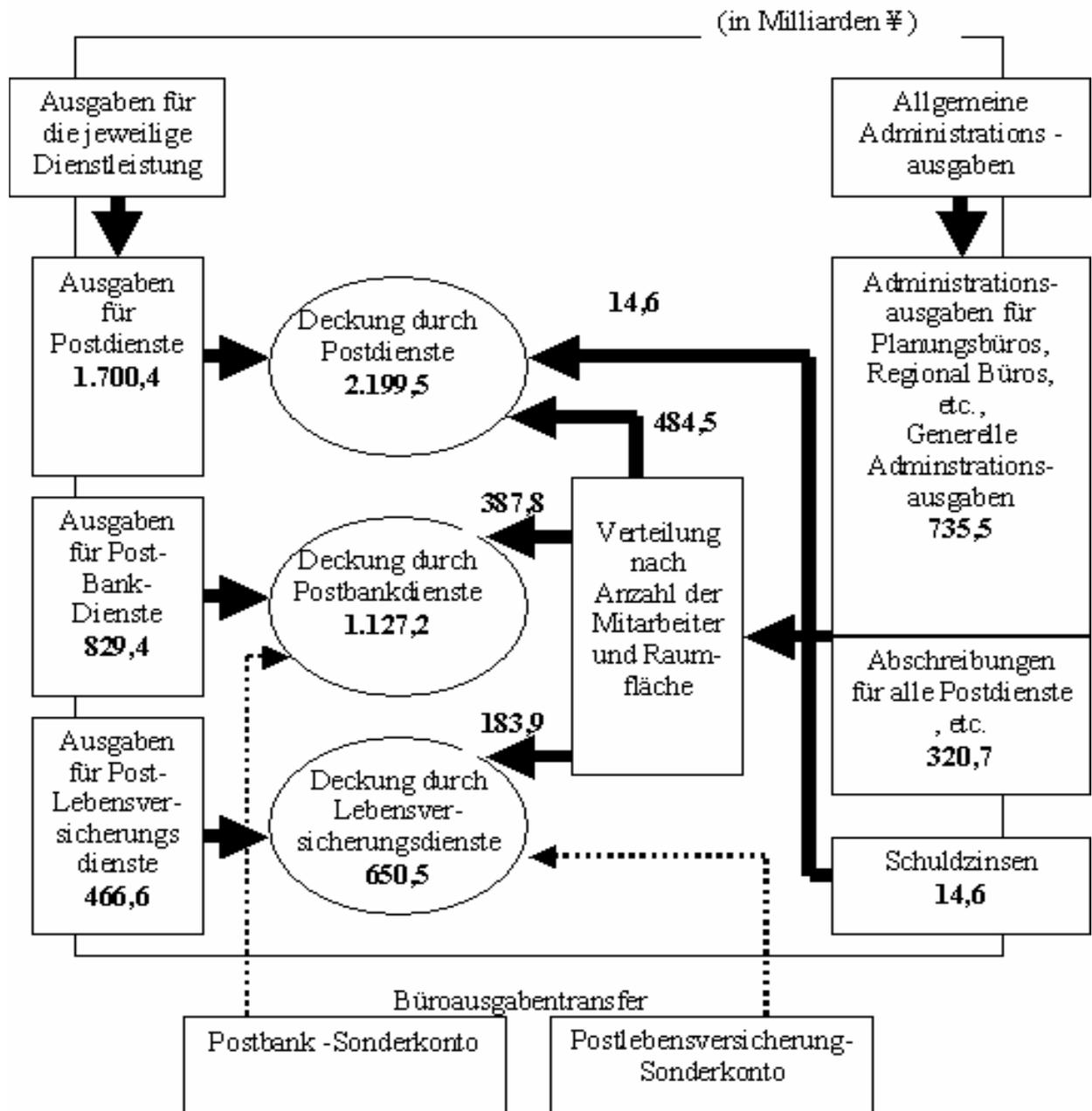
Quelle: MPHPT (Hg.): Reorganization of the Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and Telecommunications, <http://www.soumu.go.jp/english/ref/gyoukan/index.html>, Stand 02.05.2004

Diagramm 6: Reorganisation der japanischen Postdienstleistungsagentur



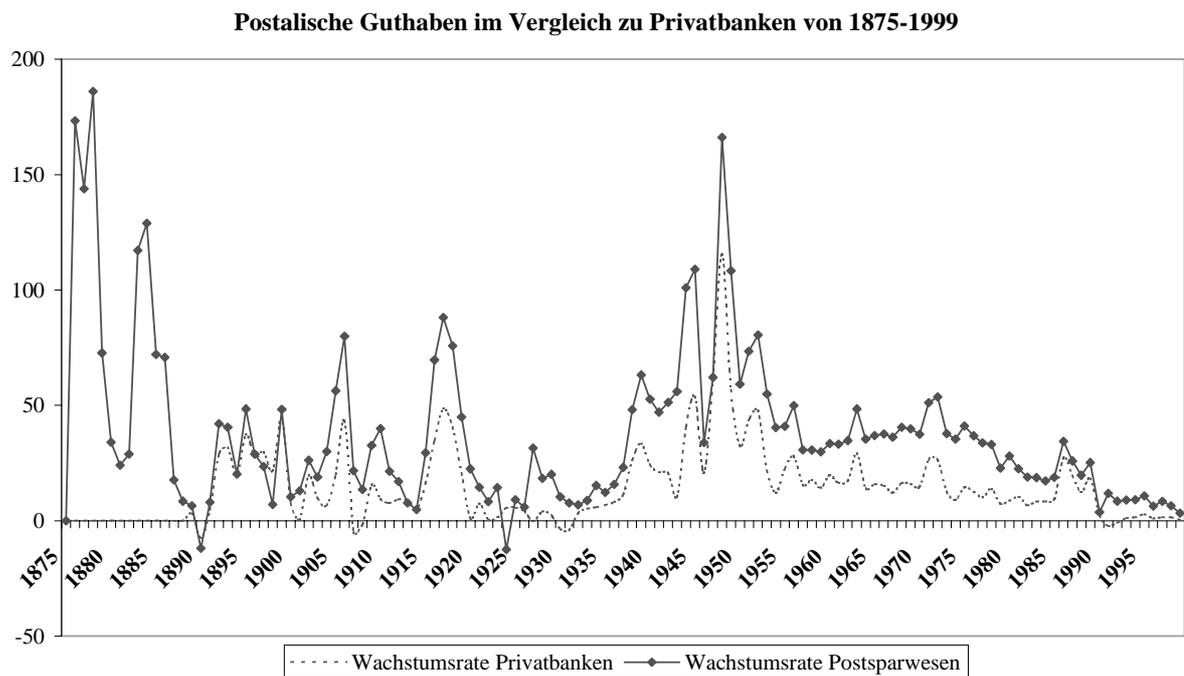
Quelle: Japan Post (Hg.): Reform of the Postal Services Agency, <http://www.japanpost.jp/top/disclosure/ref/e2003/cyokin/3-index.html>, Stand 21.03.2004

Diagramm 7: Kostenstruktur der japanischen Post 2002



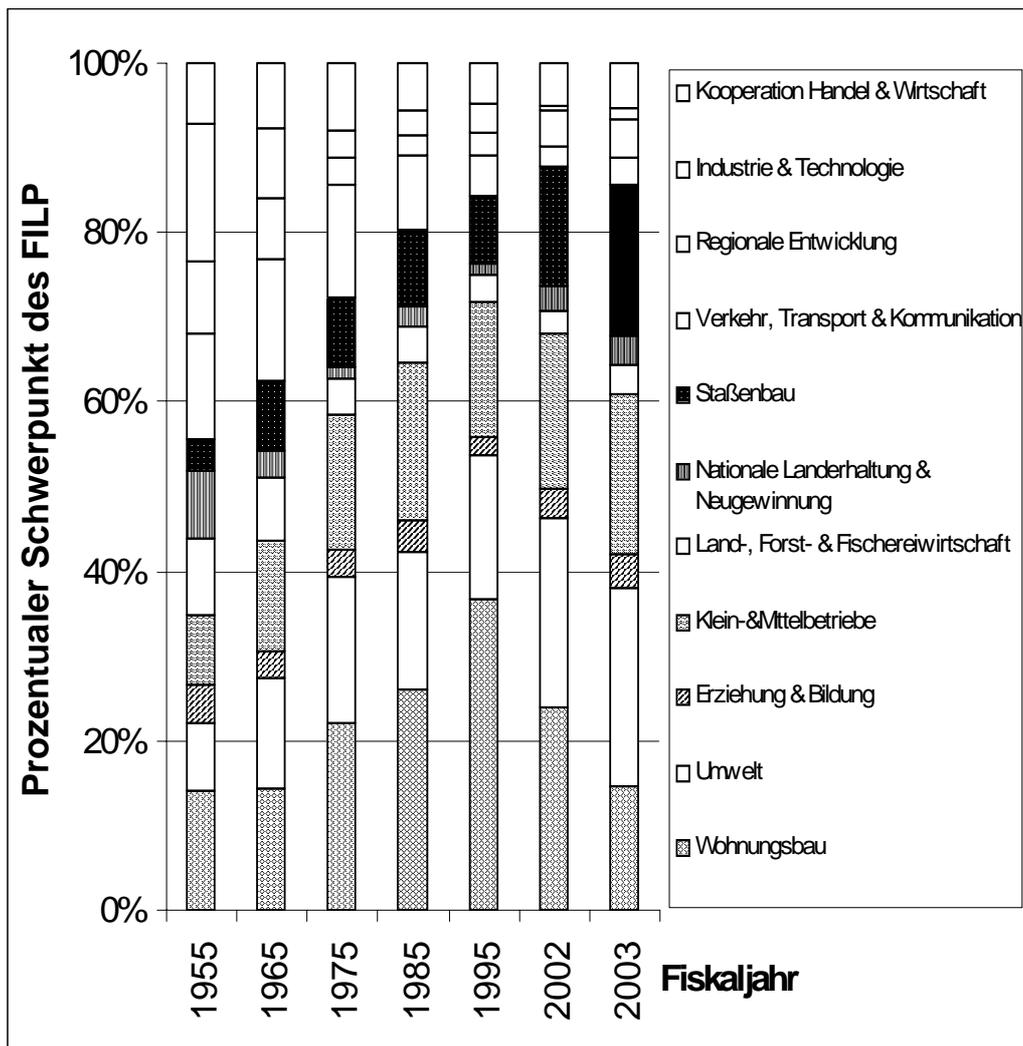
Quelle: Ministry of Finance (Hg.): Cost structure of postal services, <http://www.zaimu.japanpost.jp/tokei/eng2001.html>, Stand 17.9.2003

**Diagramm 8: Entwicklung Postalischer Guthaben 1875-1999**



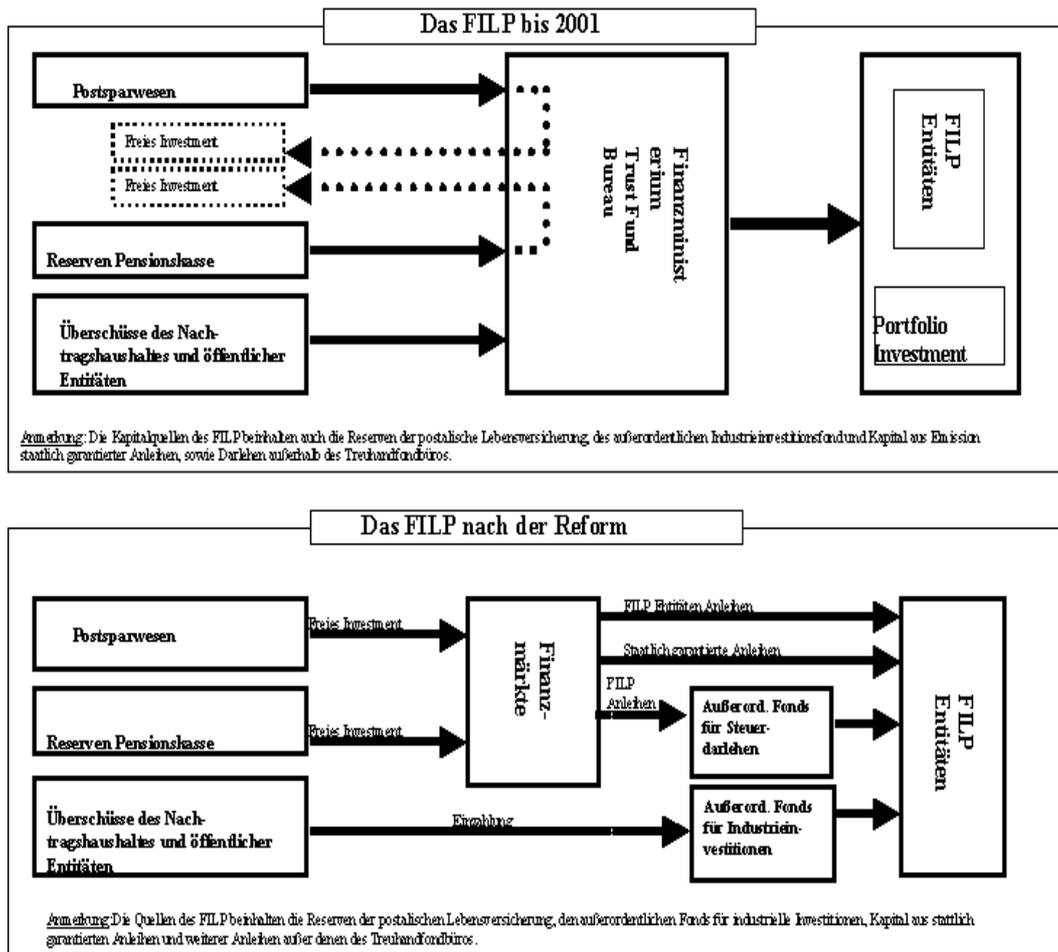
Quelle: Bank of Japan (Hg.): Development of Savings Accounts, <http://boj.or.jp/stat/tk/allo0406.htm>, Stand 05.10.2001

Diagramm 9: Schwerpunkte FILP 1995-2003



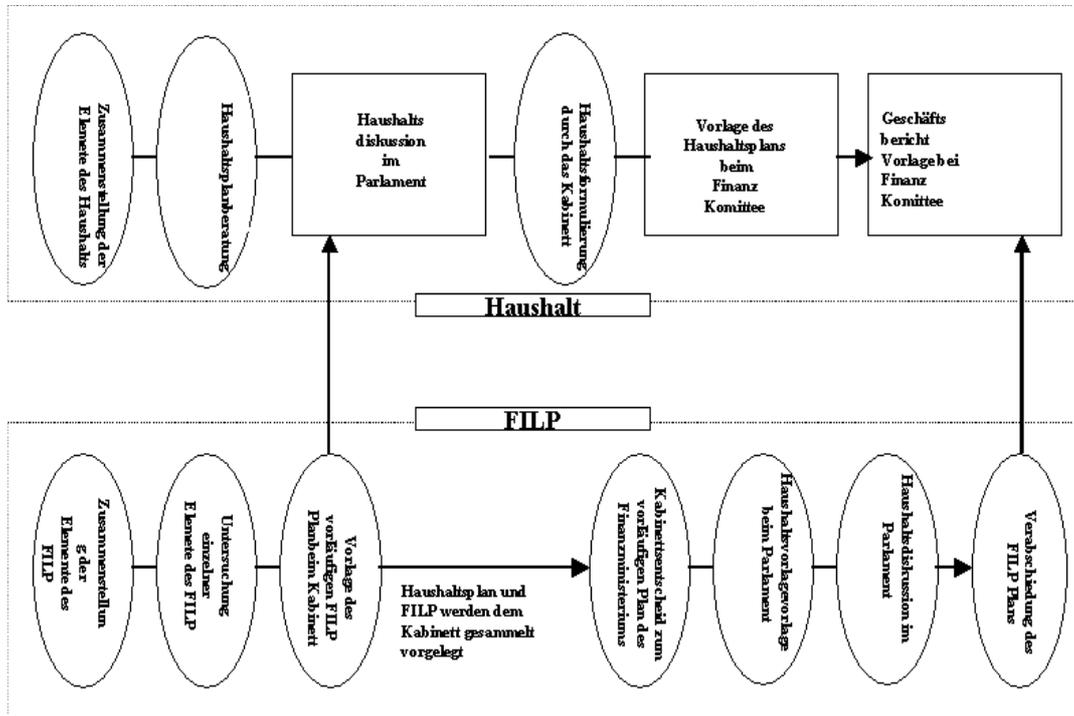
Quelle: Ministry of Finance (Hg.): FILP Reports 1995-2003, <http://mof.go.jp/english/zaito/mokuj.htm>, Stand 19.06.2004

Diagramm 10: Das FILP vor und nach 2001



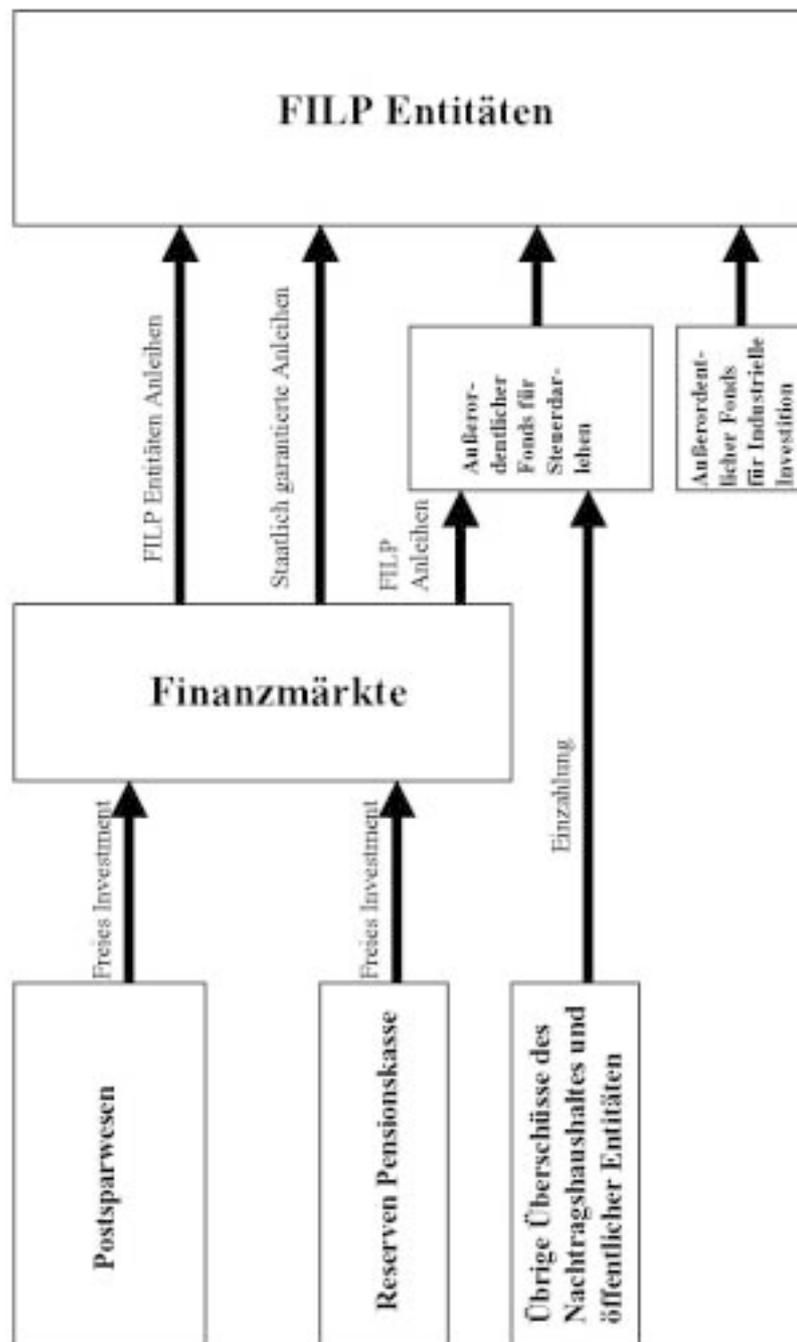
Quelle: Ministry of Finance (Hg.): Summary of the reform of the fiscal investment and loan program, <http://www.mof.go.jp/english/zaito/zae054b.htm>, Stand 12.10.2004

**Diagramm 11:** Formulierung des FILP im Haushalt vor und nach Reform



Quelle: Ministry of Finance(Hg.): Formulation of the FILP,  
<http://www.mof.go.jp/english/zaito/zae054a.htm>, Stand 12.10.2004

Diagramm 12: Finanzierung der FILP Körperschaften nach der Reform



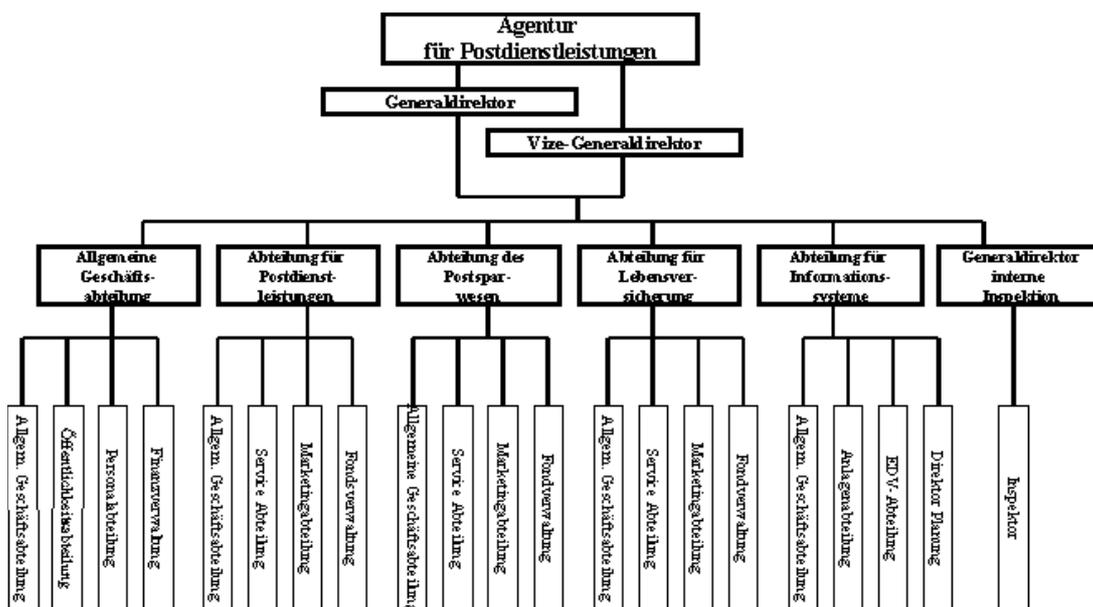
Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 10: Strukturmodelle der japanischen Post

	<Modell 1> Eineses Unternehmens	<Modell 2> Wille Privatierung bei Beibehaltung aller drei Geschäftsfelder	<Modell 3> Wille Privatierung und/oder Abschaffung des Postunternehmens und der postalen Lebensversicherung
<b>Corporate Governance</b>	Blindung einer Aktiengesellschaft durch die Regierung. Der Staat übernimmt die Aufsicht und Kontrolle in der Rolle der Mehrheitsaktionär.	Übergang in eine Aktiengesellschaft, in der der Staat einen Anteil an dem Unternehmen hält. Wirtschaftsweltliche Kontroll- und Aufsichtsfunktion von privaten Aktionären übertragen.	
<b>Drei Geschäftsfelder</b>	(Geschäftsfeld) Originäre Postdienstleistungen, Postales Sparwesen und Versicherung (Geschäftsfeld) Eine starke Geschäftsführung mit identischer juristischer Person.	(Geschäftsfeld) Originäre Postdienstleistungen, Postales Sparwesen und Versicherung (Geschäftsfeld) Vollständige Trennung der Geschäftsfelder (1) Die Post wird zur Holding. Das Postliche Sparwesen und die Versicherung werden Tochtergesellschaften, oder (2) Unter einer Holding die Post, das Sparwesen und die Versicherung als gleichberechtigte Tochter.	(Geschäftsfeld) Post, Auftragsschäfte (Geschäftsfeld) Postanlagengesellschaft, wird Hochleistungsorganisation. Allerdings wäre mögliche Abwicklung von Postdienstleistungen in Auftrag in den Händen nach Konzernführung.
<b>Geschäftsfelder in Bezug auf das Postunternehmen</b>	Anrecht der getrennten Geschäftsbereiche in Form von Holdings + Tochter.	Nachstellung der Organisation für die Durchführung von Postdienstleistungen mit Verfügung von Kreditlinien der Holding.	Keine Wechselwirkungen von Verrichten. Existenz von Vertrag zwischen der Holding + Post. Konzernführung der Geschäftsfelder in Verfügung für Kreditlinie. Abnahme der Einwirkung von Geschäft und Holding in Auftragsschäfte.
<b>Staatliche Garantie</b>	Abschaffung des staatlichen Garanties und der Eintritt in das Bankgeschäft-Versicherungssystem.	Abschaffung der staatlichen Garantie und Teilnahme an Bankgeschäft-Versicherungssystem.	Abschaffung der staatlichen Garantie im Zuge mit der Auflösung der Post.
<b>Sonstige Vorteile (Steuerbefreiung usw.)</b>	Bestimmte Vorteile können auch in Zukunft die Situation der Bedingungen entsprechend gewährt werden.		Gleiche Bedingungen wie andere private Unternehmen.
<b>Kontrollsystem</b>	Wie für private Unternehmen, doch als Unternehmen/sozialer Charakter können Verantwortlichkeiten neu werden, solange dieser Wettbewerb nicht verändert wird.	Um sicherzustellen fairen Wettbewerb im privaten wird die drei Unternehmen von den Behörden nach denselben Richtlinien geprüft und kontrolliert wie andere private Unternehmen.	

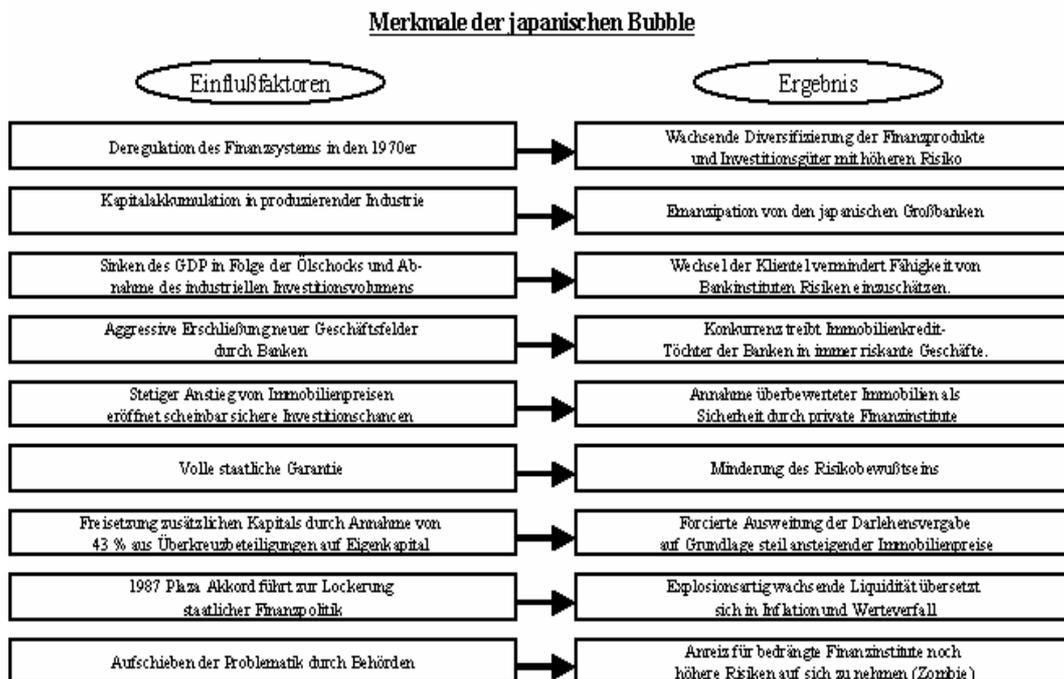
Quelle: Eigene Darstellung, siehe auch Ministry of Internal Affairs (Hg.): Reform of postal Service, <http://www.soumu.go.jp/english/index.htm>, Stand 07.10.2004

Diagramm 13: Struktur der Postdienstleistungsagentur



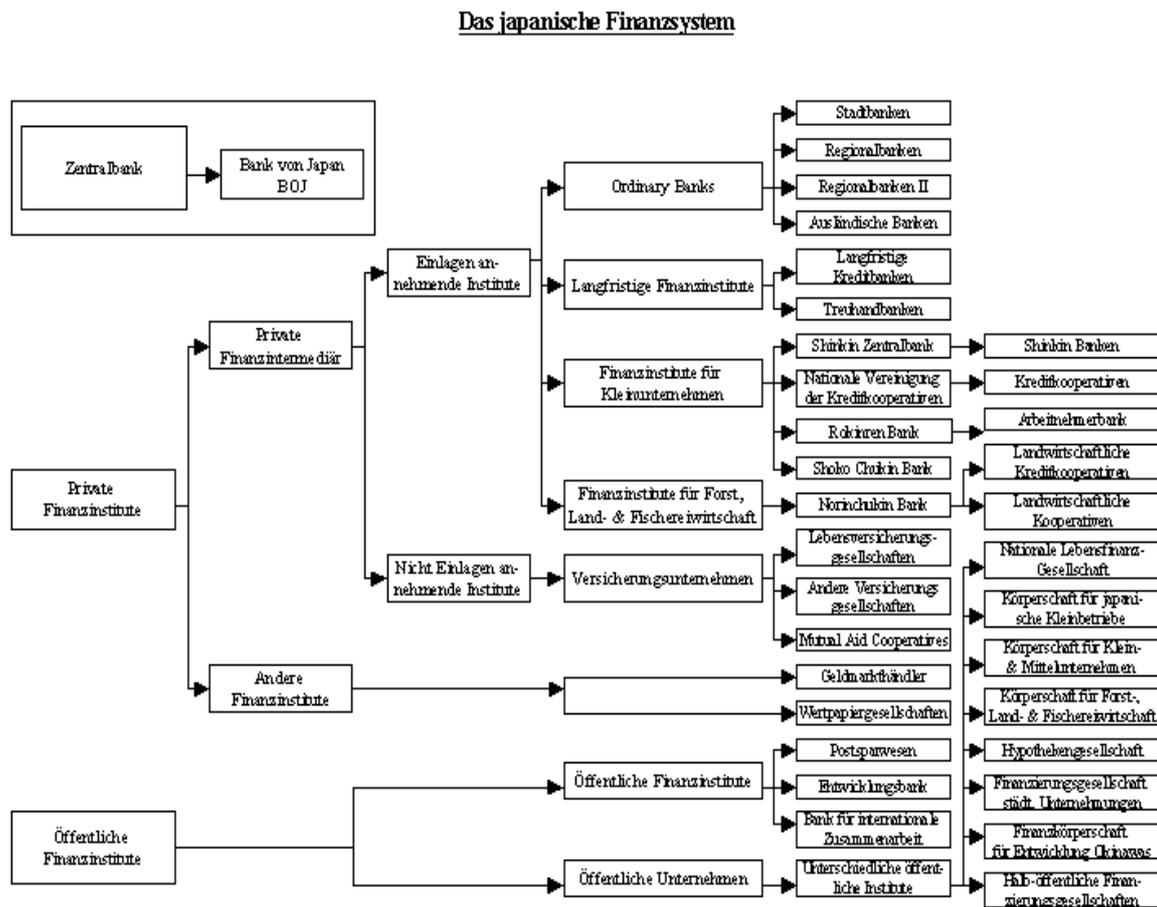
Quelle: Eigene Darstellung. Siehe auch Ministry of Internal Affairs (Hg.): Reform of postal service, <http://www.soumu.go.jp/english/index.htm>, Stand 07.10.2004

Diagramm 14: Charakteristika der japanischen Krise



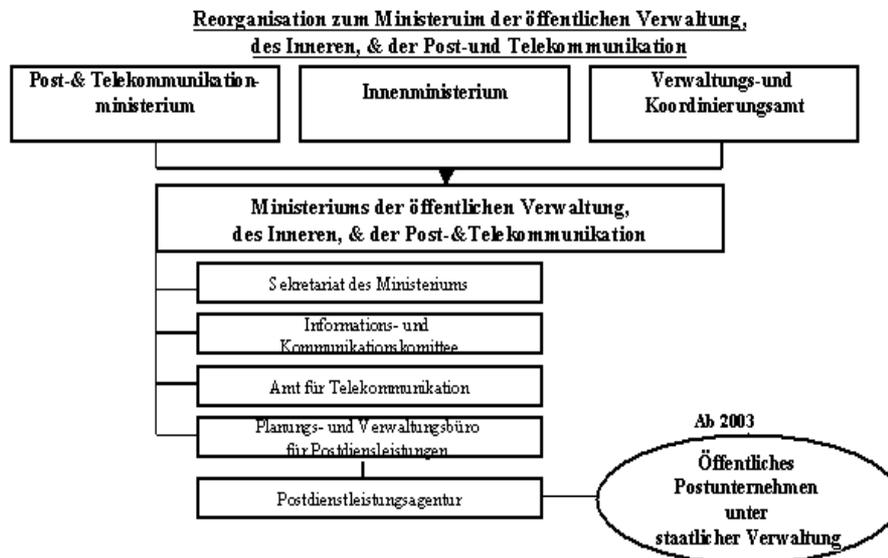
Quelle: Eigene Darstellung

Diagramm 15: Struktur des japanischen Finanzsystems



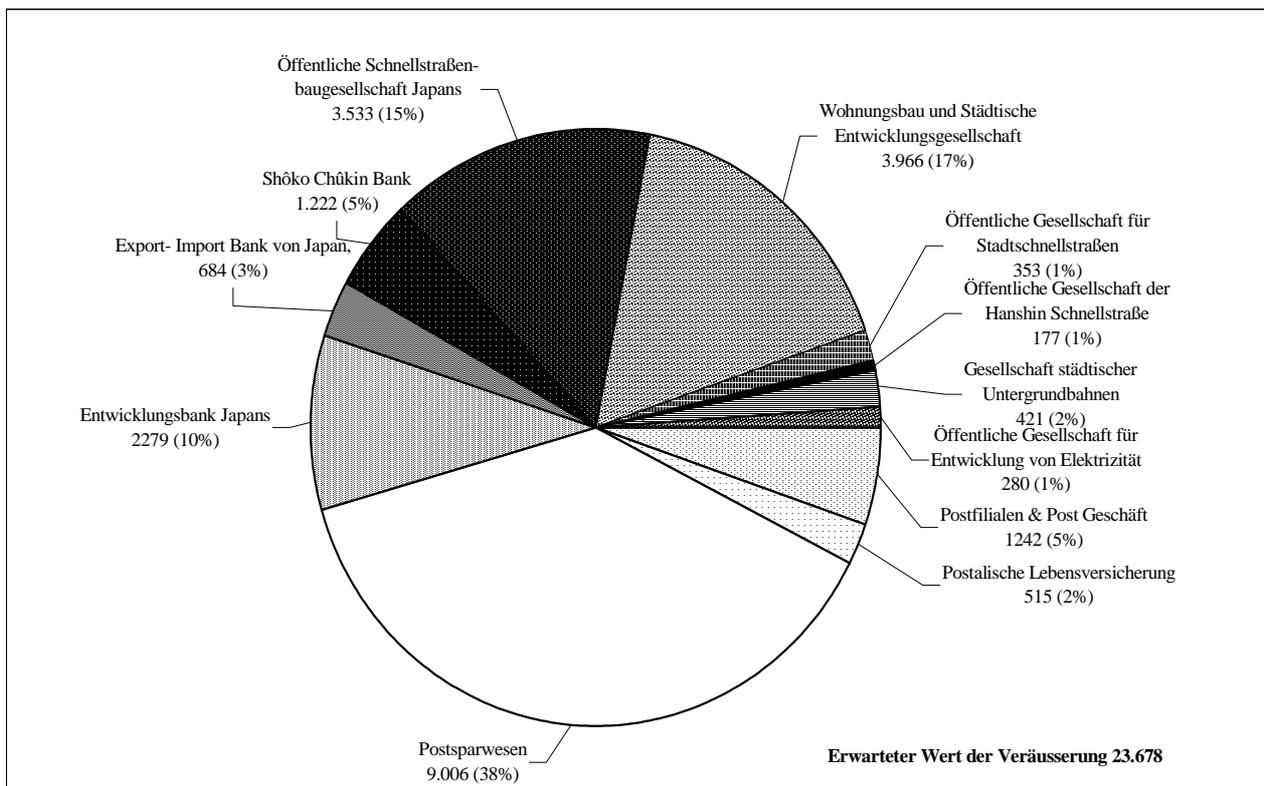
Quelle: Bank of Japan (Hg.): Structure of the Japanese financial system, [http://www.boj.or/en/set/04/set\\_f.htm](http://www.boj.or/en/set/04/set_f.htm), Stand 21.07.2002

Diagramm 16: Struktur des neuen MIAC



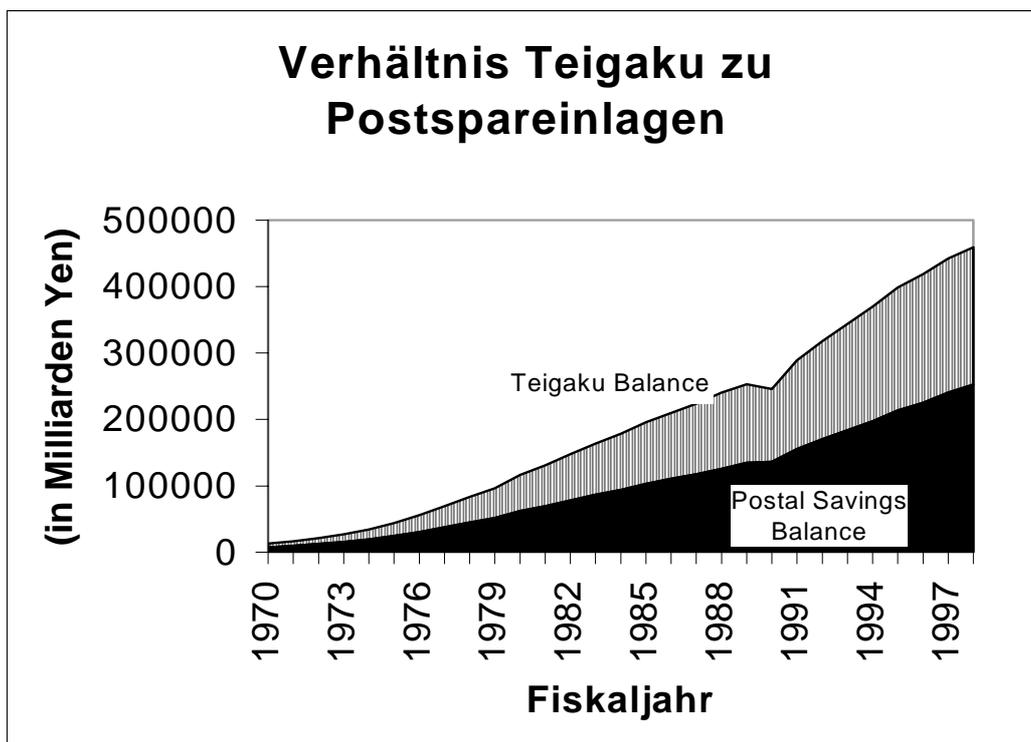
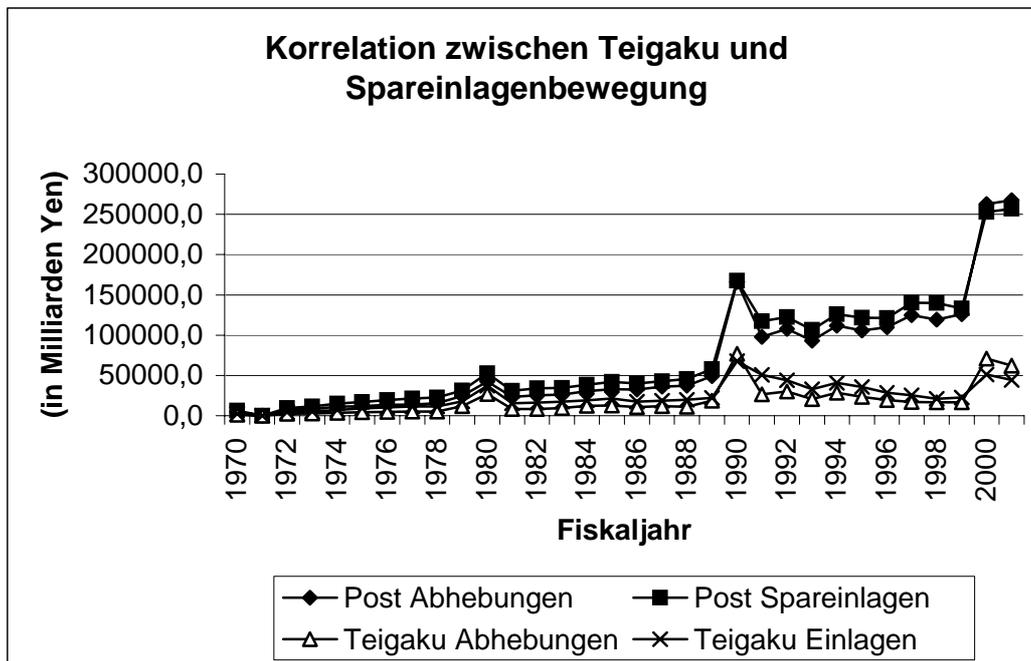
Quelle: Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and Telecommunications (Hg.): Reorganization of the Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and Telecommunications, <http://www.soumu.go.jp/english/ref/gyoukan/index.html>, Stand 02.05.2004

Diagramm 17: Erlösprognose der Privatisierung



Quelle: Cabinet Office (Hg.), Studie der Keio Universität 2003, <http://cao.go.jp/index-e.html>, Stand 20.06.2004

Diagramm 18: Korrelation Teigaku und Postspareinlagen insgesamt



Quelle: Ministry of Finance (Hg.): Savings balance of postal savings,  
<http://www.zaimu.japanpost.jp/tokei/eng2002.htm>, Stand 17.9.2003

Tabelle 11: Schwerpunktveränderung FILP – Sektor

Fiskaljahr (in Mill. Yen)	2000	2001	2002 (Initial)	2003	Gesamtes Projektvolumen		
					2002	2003	%
<b>1</b> Bauwesen	11.385.1	9.301.8	5,861.7	2,994.8	9,147.2	6,825.7	- 25.4
The Government Housing Loan Corp.	10.387.1	8.363.2	4,966.9	2,094.7	8,144.2	5,949.3	- 27.0
Urban Development Corp.	998.0	938.6	894.8	900.1	1,003.0	876.4	- 12.6
<b>2</b> Unterstützung f. Klein- & mittlere Unternehmen	6.512.9	5.445.1	4,911.2	4,361.0	7,430.5	7,430.5	0.0
National Life Finance Corp.	4.190.0	3.750.0	3,530.0	3,050.0	3,680.5	3,680.5	0.0
Japan Finance Corp. for Small Business	2.280	1.660.1	1,371.2	1,301.0	1,900.0	1,900.0	0.0
<b>3</b> Andere öffentliche Finanzinstitute	4.867.7 (600.0)	3.506.6 (502.3)	2,592.2	2,453.8	3,798.4	3,719.5	- 2.1
Japan Bank for International Cooperation	2.080.6	1.559.3	1,287.2	1,190.8	1,910.0	1,880.0	- 1.6
Development Bank of Japan	2.187.1	1.445.0	910.0	905.0	1,200.0	1,178.0	- 1.8
<b>4</b> Andere Institutionen (halb-öffentliche usw.)	6.087.8	4.796.7	4,294.9	4,380.9	5,607.2	4,681.9	- 16.5
Japan Highway Public Corporation Metropolitan	2.220.0	2.154.0	2,118.0	2,213.0	1,485.6	1,442.3	- 2.9
Expressway Public Corporation	375.6	410.0	462.1	469.0	262.0	250.6	- 4.4
Hanshin Expressway Public Corporation	328.8	356.2	357.8	370.4	144.2	141.9	- 1.6
Social Welfare & Medical Service Corporation	410.5	542.8	359.0	383.3	599.8	648.7	8.2
Japan Scholarship Foundation	182.1	219.2	221.9	227.6	295.2	340.5	15.3
<b>Zwischensumme</b>	37.342.3	23.050.2	17,660.0	14,190.5	25,983.3	22,657.6	- 12.8
<b>5</b> Lokal	9.432.0	9.497.0	9,132.0	9,221.0	16,523.9	184,845	11.9
Local governments	7.680.0	7.820.0	7,600.0	7,690.0	16,523.9	184,845	11.9
Japan Finance Corp. for Municipal Enterprises	1.752.0	1.677.0	1,532.0	1,531.0	(1,900.0)	(17,800)	(- 6.3)
<b>Insgesamt</b>	38.285.5	32.547.2	26,792.0	23,411.5	42,507.2	411,421	- 3.2

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage Zaimushô (Hg.): <http://www.mof.go.jp/zaito/za2003.htm>, (Stand 2.12.2002)

Anmerkung:

1. Übersetzungen der Körperschaften in der offiziellen englischen Übersetzung
2. Die Zahlen des FY2003 für "*Other corporations and institutions*" enthalten die Ausgaben für *Teito Rapid Transit Authority*, *Japan National Oil Corporation* und *Japan Sewage Works Agency*, die im folgenden Jahr nicht mehr erscheinen. (Gesamte Zahlungen für die 3 Organisationen betragen ¥ 30.1 Mill. gemessen an insgesamten Ausgaben von ¥ 975.5 Mill.)
3. FY 2003 der *Social Welfare and Medical Service Corp.* unter der Nachfolgeorganisation.
4. Die Zahlen der *Japan Finance Corporation for Municipal Enterprises* gehen in die Zahlen für "*Local governments*" ein. Der ursprüngliche Anteil ist in Klammern angegeben.
5. Zahlen für die *Agriculture, Forestry and Fisheries Finance Corp.* und die *Okinawa Development Finance Corp.* entfallen ab FY 2002 und gehen in die Auflistung nicht ein, werden aber in Klammern unter „*Other government financial institutions*“ für FY 2000 und FY 2001 gelistet.

**Tabelle 12: Schwerpunktveränderung FILP – Körperschaften**

<b>Fiskaljahr (in Mill. Yen)</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>
<b>1. Bauwesen</b>	2.6	-18.3	-37.0	- 48.9
The Government Housing Loan Corp.	2.7	-19.5	40.6	- 57.8
Urban Development Corp.	2.4	-6.0	-4.7	0.6
<b>2. Unterstützung kleiner &amp; mittlerer Unternehmen</b>	-0.1	-16.4	-9.8	- 11.2
National Life Finance Corp.	0.0	-10.5	-5.9	- 13.6
Japan Finance Corp. for Small Business	1.0	-27.2	-17.4	- 5.1
<b>3. Andere öffentliche Finanzinstitute</b>	-26.4	-28.0	-26.1	- 5.3
Japan Bank for International Cooperation	-28.2	-25.1	-17.5	- 7.5
Development Bank of Japan	-29.4	-33.9	-37.0	- 0.5
<b>4. Andere Institutionen ( halb-öffentl. usw.)</b>	-3.6	-21.2	-10.5	2.0
Japan Highway Public Corporation	0.8	-3.0	-1.7	4.5
Metropolitan Expressway Public Corporation	10.0	9.2	12.7	1.5
Hanshin Expressway Public Corporation	6.1	8.3	0.4	3.5
Social Welfare & Medical Service Corporation	12.6	32.2	-33.9	6.8
Japan Scholarship Foundation	22.2	20.4	1.2	2.6
<b>5. Lokal</b>	-1.6	0.7	-3.8	1.0
Local governments	-1.2	1.8	-2.8	1.2
Japan Finance Corp. for Municipal Enterprises	-3.7	-4.3	-8.6	- 0.1
<b>Insgesamt</b>	-4.6	-15.0	-17.7	- 12.6

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage Zaimushô (Hg.): <http://www.mof.go.jp/zaito/za2003.htm>, (Stand 2.12.2002)

Anmerkung:

1. Die prozentuale Veränderung der Unterstützung der Agriculture, Forestry and Fisheries Finance Corp. ist im FY 2002 unter dem Punkt „Andere öffentliche Finanzinstitute“ nicht gesondert aufgeführt, ist aber mit (-24.4 %) enthalten.

2. Die prozentuale Veränderung der Unterstützung der Agriculture, Forestry and Fisheries Finance Corp. und der Okinawa Development Finance Corp. ist im FY 2001 unter dem Punkt „Andere öffentliche Finanzinstitute“ nicht gesondert aufgeführt, ist aber mit (-21.4 %) respektive (-9.1 %) enthalten.

## **Literatur:**

- AHLBACH, Horst (Interview), 14.12.2002, WHU Koblenz, Koblenz
- ALLEN, George C. (1981): A short economic history of modern Japan, 4. Aufl.,  
Macmillan und Basingstoke, London
- ALLEN, Franklin und Douglas Gale (2000): Comparing financial systems, Cambridge,  
Mass., London, MIT Press
- AIZAWA, Kôetsu und Motô Hirakawa (1996): Seikai no chochiku kinyû kikan:  
Kinyû kikan no yakuwari (Die Sparfinanzorgane weltweit: Die Rolle der  
Finanzorgane), Nihon hyôronsha, Tôkyô
- AOKI, Masahiko (1987): The Japanese Firm in transition, in: YAMAMURA, Kôzo und  
Yasukichi Yasuba (Hg.): The political economy of Japan – the domestic  
transformation, Vol. I, Stanford University Press, Stanford California
- AOKI, Masahiko et al. (1994): The Japanese Main Bank System – An Introductory  
Overview, in: AOKI, Masahiko und Hugh T. Patrick (Hg.): The Japanese Main  
Bank System: Its Relevance for Developing and Transforming Economies,  
Oxford University Press, Oxford
- AOKI, Masahiro et al. (Hg.) (1998): The role of government in East Asian economic  
development : Comparative institutional analysis, Clarendon Press, Oxford.
- ASAIA, Takashi und Ôtomo Takafumi (1997): Bakahatsu suru yûcho to seimei  
(Explodierende Postspargewesen und Lebensversicherungen), Dai-ni kaieintai,  
Tôkyô
- ASAKURA, Kôkichi (1961): Meiji zenki kinyû kôzôshi (Die Geschichte des  
Finanzwesens der frühen Meiji Periode) - Kinyû keizai kenkyûsho kenkyû soshô  
daiichikan (Forschungsreihe der Finanzwirtschaftlichen Forschung, Bd. 1),  
Iwanami Shôten, Tôkyô

- ASAHI Net (Hg.) (2004): All about Yûbinkyoku – keijiban (2004),  
<http://www.asahi-net.or.jp/~r15y-nk/link/gyokaku.html>, Stand 22.09.2004.
- BANK of Japan (1977) (Hg.): Recent economic trends in Japan, Bank of Japan,  
 Economic Research Department, Eigenverlag, Tôkyô
- BANK of Japan (Hg.) (1996): *Meiji jiko honposhûyô keizai tokei* (Statistik über  
 hundert Jahre der japanischen Wirtschaft), Eigenverlag, Tôkyô, 1966
- BANK of Japan (Hg.) (2001): Development of Savings Accounts,  
<http://boj.or.jp/stat/tk/allo0306.htm>, Stand 05.10.2001
- BANK of Japan (Hg.) (2002): Structure of the Japanese financial system,  
[http://www.boj.or/en/set/04/set\\_f.htm](http://www.boj.or/en/set/04/set_f.htm), Stand 21.07.2002
- BANK of Japan (Hg.) (2004), <http://boj.or.jp/stat/tk/allo0406.htm>, Stand 20.10.2004
- BANK of Japan (Hg.) (2004): Tanki keizai kansoku 6 gatsu chôsa (Tankan Report  
 Juni 2004), <http://www.boj.or.jp/stat/tk/all0406> , Stand 22.09.2004
- BARON, Peter (1973): Probleme der japanischen Regionalpolitik – Unter besonderer  
 Berücksichtigung der Entwicklung Hokkaidôs (Schriften für Asienkunde in  
 Hamburg), Otto Harrassowitz, Wiesbaden
- CABINETT Office (Hg.) (2003): Studie der Keio Universität 2003,  
<http://cao.go.jp/index-e.html>, Stand 20.06.2004
- CAPRIO, Gerard Jr. und Dimitri Vitas (Hg.) (1997): Reforming financial systems –  
 historical implications for policy, Cambridge University Press, Cambridge, 1997
- CALDER, Kent E. (1993): Strategic capitalism: Private business and public purpose in  
 Japanese financial industry, Princeton, Princeton University Press

- CARGILL, Thomas F. et al. (1997): The political economy of Japanese monetary policy, Cambridge, Mass., MIT Press
- CARGILL, Thomas D. und Naoyuki Yoshino (2003): Postal savings and fiscal investment in Japan: The PSS and the FILP, Oxford University Press, Oxford
- CHANDLER, Alfred D. jr. (1984): The emergence of managerial capitalism, in: Business history Review, Vol. 58, Nr. 4, Harvard University Press, Cambridge
- CHANDLER, Alfred D. jr. (1990): Scale and Scope – The dynamics of industrial capitalism, Belknap Press of Harvard University Press, Cambridge
- CHANDLER, Alfred D. jr. (1995): Managers, families and financiers, in: ROSE, Mary B. (Hg.): Family business, S. 20- 48, Edward Elgar Publishing Ltd., Aldershot
- CLARKE, Thomas und Christos Pitelis (Hg.) (1993): The political economy of privatization, Routledge, London, New York
- CONGLETON, Roger. D. (1991): Ideological conviction and persuasion in the rent-seeking society, in Journal of Public Economies, Nr. 44
- CHURCH, Roy (1995): The family firm in industrial capitalism: International perspectives on hypotheses and history, in: ROSE, Mary B. (Hg.): Family business, S. 149- 75, Edward Elgar Publishing Ltd., Aldershot
- DONGES, Jürgen B. (1991): Statement anlässlich der Podiumsdiskussion "Deregulierung, Marktöffnung und Wettbewerb – Möglichkeiten und Grenzen" des Verbandes der Technischen Überwachungsvereine e.V. am 16.10.1991, Essen
- DOWNS, Anthony (1957): An economic theory of democracy, Harper and Row, New York
- EDÔ, Hideo (1986): Watashi no mitsui shôwa shi (Meine Geschichte der Mitsui in der

Shôwa Periode), Tôyô keizai shinpôsha, Tôkyô

FLUHRER, Magret (1994): Ansätze einer Theorie ökonomischer Theorien der Wahlen: Systematische Darstellung und Analyse der Entwicklungslinien, Rezeption und Kritik, Botermann & Botermann, Köln

FÖHR, Sylvia (1991): Ökonomische Analyse der internen Organisation, Gabler Verlag, Wiesbaden

FRANCKS, Penelope (1990): Japanese economic development theory – theory and practice, Routledge, London

FRUIN, Mark W. (1995): The family as a firm and the firm as the family, in: ROSE, Mary B. (Hg.): Family business, Edward Elgar Publishing Ltd., Aldershot

FREY, Bruno S. und Werner Pommere (1979): Ökonomische Theorie der Politik, Springer-Verlag, Berlin, New York

FREY, Bruno S. (1981): Theorie der demokratischen Wirtschaftspolitik, (Vahlens Handbücher für Wirtschafts- und Sozialgeschichte), Vahlen Verlag, München,

FINANCIAL Supervisory Agency (Hg.) (2004): Financial statements of major banks – March 2004 (Non-consolidated), Stand 19.09.2004

FUKAO, Mitsuhiro und Hisao Wada (Hg.) (1996): Kinyû kûdôka no keizai bunseki (Wirtschaftliche Analyse der Aushöhlung des japanischen Finanzwesens (Shirizû gen dai kaizai kenkyû/ Gendai kenkyû gurûpuron, No. 12), Nihon keizai shinbunsha, Tôkyô

FUKAO, Mitsuhiro und Hiroshi Yoshikawa (2000): Zero kinri to nihon no keizai (Der Nullzins und die japanische Wirtschaft), Nihon keizai shinbunsha, Tôkyô

FUKUDA, Shinichi et al. (Hg.) (2000): Makuro keizai to kinyû shisutemu (Makroökonomie und das Finanzsystem), Tôkyô daigaku shuppankai, Tôkyô

GABLER Verlag (Hg.) (1994): Gabler-Wirtschafts-Lexikon, 13. Auflg., Bd. 5, Gabler Verlag, Wiesbaden

GEORG, Stefan O. (1996): Die Leistungsfähigkeit japanischer Banken: Eine Strukturanalyse des Bankensystems in Japan, Diss., Humboldt Universität, Berlin

GOLDSMITH, Raymond W. (1983): The financial development of Japan, 1868- 1977, Yale University Press, New Heaven, London

GOTÔ, Takanori (1971): Hitokabu undô no susume (Der Fortschritt der Ein-Aktie-Bewegung), Perikansha, Tôkyô

HADLEY, Eleanor M. (1970): Antitrust in Japan, Princeton University Press, Princeton N.J.

HADLEY, Eleanor (1990): Counterpoint on business groupings and government-industry relations in automobiles, in: AOKI, Masahiro (Hg.): The economic analysis of the Japanese firm, 3. Auflg., Elsevier Science Publishers B.V., Amsterdam, S. 319- 327

HAHN, Oswald (1978): Die Postbank – Ihre Stellung in der Bankwirtschaft, Gabler, Wiesbaden

HALL, Whitney (Hg.) (1968): Das japanische Kaiserreich, (aus dem Amerikanischen übersetzt von Ingrid Schuster), Fischer Bücherei, Frankfurt am Main

HAMADA, Kôichi und Akiyoshi Horiuchi (1987): The political economy of the financial market, in: YAMAMURA, Kôzo und Yasukichi Yasuba (Hg.): The political economy of Japan – the domestic transformation, Vol. I, Stanford University Press, Stanford Calif.

HATA, Ikuhiko (1962): Gun-fashizumu undô-shi (Die Geschichte der Bewegung des

militärischer Faschismus), Kawade Shobô, Tôkyô

HARADA, Yutaka und Yutaka Kôsei (1987): Nihon keizai hatten no biggu-geemu: rento-shiikingu katsudô wo koete (Das große Spiel der japanischen Wirtschaftsentwicklung: Rent-seeking in Perspektive), Tôyô keizai shinpôsha, Tôkyô

HASHIMOTO, Jurô und Tsunehiko Yiu (1995): Kakushin no keieishi (Die betriebswirtschaftliche Geschichte der Reform), Yûhikaku, Tôkyô

HAX, Karl: Japan (1961) – Wirtschaftsmacht des fernene Ostens – ein Beitrag zur Analyse des wirtschaftlichen Wachstums, Westdeutscher Verlag, Köln, Opladen

HIRANO, Sumio (2004): Kaigai juyô yûseijigyôtai ni okeru shinbunya shinshutsu oyobi kokusai kaihatsu no dôkô (Über die Expansion maßgeblicher ausländischer Postunternehmen in neue Geschäftsfelder und die Tendenz zur Öffnung in das Ausland), Yûsei kenkyûjo, Tôkyô

HIRSCHMEIER, Johannes (1964): The origins of entrepreneurship in Meiji Japan, Harvard East Asian Series, Vol. 17, Harvard University Press, Cambridge

HIRSCHMEIER, Johannes und Hyôe Murakami (Hg.) (1979): Politics and economics in contemporary Japan, Japan Culture Institute, Tôkyô

HOBSON, Oscar (1961): Foreword, in: PAYNE, F. Peter: British commercial institutions, Harrap, London

HONJÔ, Ejirô (1969): Dainippon kaheishi (Historie des Geldes Großjapans), Vol. 4, Heibunsha, Tôkyô

HORIUCHI, Akiyoshi (1984): Nihon no kinyû seisaku: kinyû mekanizumu no jisshô bunseki (Japanische Finanzpolitik: Eine substantielle Analyse des Finanzmechanismus), Tôyô keizai shinpôsha, Tôkyô

- HORIUCHI, Akiyoshi (Hg.) (1994): Kinyû - kôza - kôteki kisei to sangyô  
(Finanzwesen – Konten- Industrie und öffentliche Regulation), Bd. 5, NTT  
shuppansha, Tôkyô
- HOSHI, Takeo (1995): Evolution of the Japanese main bank system, in: OKABE,  
Mitsuaki (Hg.): The structure of the Japanese economy: Changes on the  
domestic and international fronts, St.Martin´s Press, New York
- HOSHI, Takeo (1996): Shihon shijô no fukanzeisei to kinyû saisaku no hakyû keiro:  
Saikin no kenkyû seika no tenbô (Bestuerungssystem des Kapitalmarkts und  
Formulierung der Finanzpolitik: Ausblicke jüngerer Forschung), Nihon ginkô  
kinyû kenkyûsho, IMES (Institute for monetary and economic studies)  
Discussion Series, No. 96-J-14, Eigenverlag, Tôkyô
- HOSHI, Takeo (2000): What happened to Japanese banks? Bank of Japan, Bank of  
Japan, IMES (Institute for monetary and economic studies), Eigenverlag, Tôkyô
- HOSHI, Takeo und Anil K. Kashyap (2001): Corporate financing and governance in  
Japan, MIT Press, Cambridge Mass.
- HOKKAIDÔ Präfekturverwaltung (Hg.) (2004): Hokkaidô no hoomupeeji (Die  
homepage von Hokkaidô), <http://www.pref.hokkaido.jp/> , Stand 27.09.2004
- HUBSON, Oscar (1961): The Post Office Savings Bank, 1861-1961, Central Office of  
Information, London
- IBUCHI, Keitarô (1984): Nihon shinyôtai keizenshi (Die Frühgeschichte des  
japanischen Kreditsystems), Gakusei shobô, Tôkyô
- IKE, Nobutaka (1972): Japanese politics: Patron-client democracy, 3 Auflg., Knopf,  
New York
- INOKI, Takenori (Hg.) (1989): Kôdo seichô - Nihon keizaishi (Rasanten Wachstum –  
Wirtschaftsgeschichte Japans), Vol. 8, Iwanami Shôten, Tôkyô

- INTERNATIONAL Monetary Fund (Hg.) (1999): Annex II: Banking system developments and corporate sector restructuring in Japan, in: World economic and financial surveys - International capital markets Developments, prospects, and key policy issues, International Monetary Fund Publication Services, ohne Verlagsangabe, Washington, D.C.
- INTERNATIONAL Monetary Fund (Hg.) (1999): World economic and financial surveys- International capital markets developments, prospects, and key policy issues, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/icm/1999/index.htm>, Stand 11.10.2004
- ISHII, Kasoji (1991): Nihon keizaishi (Wirtschaftsgeschichte Japans), 2. Aufl., Tôkyô daigaku shuppankai, Tôkyô
- ISHII, Ryôsuke (1991): Shônin (Kaufleute), Akashi shoten, Tôkyô
- ITAMI, Hiroyuki et al. (1998) (Hg.): Nihonteki keiei no seisei to hatten (Werden und Entwicklung japanischer Betriebswirtschaft), Yûhikaku, Tôkyô
- Itô, Hirobumi ( 1897): Tai-shin shôroku, (Politik hinsichtlich China), in: DAI Nippon Gakkai (HG.): Jitsugyô no Nippon, Vol.1, Nr. 1, Eigenverlag , Tôkyô
- Itô, Osamu (1995): Nihon kinyû no rekishiteki kôzô (Historische Struktur der japanischen Finanz), Tôkyô daigaku shuppankai & Heibunsha, Tôkyô
- IWAI, Ryôtarô (1934): Mitsui – Mitsubishi monogatari, Senkura shobô Tôkyô
- IWASAKI Denki Kankôkai (Hg.) (1979): Iwasaki Yatarôden (Biographie von Iwasaki Yatarô), Vol. 2, Tôkyô Daigaku Shuppansha, Tôkyô
- JÄGER, Bernd (1994): Postreform I und II: Die gradualistische Telekommunikationspolitik in Deutschland im Lichte der positiven Theorie staatlicher Regulierung und Deregulierung (2 Bände), Untersuchung zur

Wirtschaftspolitik, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Kiel,  
Köln

JAPAN Post (Hg.) (2003): Reform of the Postal Services Agency,

<http://www.japanpost.jp/top/disclosure/ref/e2003/cyokin/3-index.html>,

Stand 21.03.3.2004

JOHNSON, Chalmers (1995): Japan : who governs? The rise of the developmental  
state, Norton, New York

JOHNSON, Chalmers et al. (Hg.) (1989): Politics and productivity : the real story of  
why Japan works (Research Paper of Berkeley Roundtable on International  
Economy), Ballinger, Cambridge, Mass..

JOHNSON, Christopher (1988): Measuring the economy, Macmillan Press, London

JOINT Economic Committee - Congress of the United States (Hg.) (1982): The Japanese  
financial system in comparative perspective, (97th Congress 2. Session),  
Eigenverlag, Washington D.C.

JONES, Randall Sidney (1985): The economic development of colonial Korea, Diss.,  
University of Michigan Microfilms International, Michigan

KAJINISHI, Mitsubaya et al. (1955): Nihon shihonshugi no seiritsu (Die Begründung  
des japanischen Kapitalismus), Vol. 1, Tôkyô daigaku shuppankai, Tôkyô

KAMIYA, Takanori und Toshinori Yamaguchi (1974): Nihon no kahei (Das Geld  
Japans), Vol. 5, Tôyô keizai shinpôsha, Tôkyô

KANDA, Hideki (1997): Financial bureaucracy and the regulation of financial markets,  
in: BAUM, Harald (Hg.): Japan: economic success and legal system,  
De Gruyter, Berlin

KATÔ, Hiroshi und Hiroyuki Kawanobe (1995): Nihon seiji no keizaigaku: seiken

seitô no gôriteki sentaku (Politische Macht und die rationale Entscheidung der Regierungspartei), Kôbundô, Tôkyô

KEEHN, John D. (Hg.) (1982): The Ethics of psychological research, 1 Auflg., Pergamon Press, Oxford, New York

KIM, Hyung-Kim et al. (Hg.) (1995): The Japanese civil service and economic development: Catalyst of change, Clarendon Press, Oxford

KIRSCH, Gabi (1983): Neue Politische Ökonomie, Düsseldorf 1983

KOBAYASHI, Kesaji und Masaaki Kobayashi (1980): Government promotion of manufacturing as a precondition of industrialization, in: NAKAGAWA, Keiichiro (Hg.): Government and business - Proceedings of the Fifth Fuji Conference, Tôkyô daigaku shuppansha, Tôkyô

KODAMA, Kôta et al. (1984): Nihonshi sôran (Überblick über die Geschichte Japans), Shinjinbutsu Ôraisha, Tôkyô

KOFUJI, Yasuo (2001): Nihon ginkô kôdô (Zustand japanischer Banken), Hachidai shuppansha, Tôkyô

KÔSAI, Yutaka (1984): The contemporary Japanese economy – Studies in the modern Japanese economy, Macmillan Press, London, 1984

KOZAKAI, Akimitsu (1993): Kigyô kessen Mitsui - Mitsubishi (Entscheidungsschlacht der Unternehmen Mitsui - Mitsubishi), Kadogawa Shoten, Tôkyô

KRUEGER, Anne O. (1974): The political economy of the rent-seeking society, in: AMERICAN Economic Association (Hg.): American Economic Review, Nr. 64, Eigenverlag, Nashville, S. 291-303

KRUEGER, Anne O. und Takatoshi ITÔ (1996) (Hg.): Financial deregulation and integration in East Asia, University of Chicago Press, Chicago

- KUMON, Shunpei (1992): Japan as network society, in: KUMON, Shunpei und Henry Rosovsky (Hg.): The political economy of Japan - cultural and social dynamics, Vol. 3, Stanford University Press, Stanford
- KUWAYAMA, Patricia (1999): Postal banking in the United States and Japan: a comparative analysis, Bank of Japan, Institute for Monetary and Economic Studies (IMES), Discussion Paper Series, No. 99-E-18, Bank of Japan, Eigenverlag, Tôkyô
- KYÔGOKU, Jun-ichi (1983): Nippon to seiji (Japan und die Politik), Tôkyô daigaku shuppankai, Tôkyô
- MAENO, Kazuhisa (1985): Yûseishô kenkyû, (Forschung des Ministeriums für Post und Telekommunikation), in: Gendai (August 1985), Eigenverlag, Tôkyô
- MANN, Thomas (1922): Die Buddenbrooks, S. Fischer Verlag, Berlin
- MATSUKATA, Masayoshi (1899): Report on the adoption of the gold standard, Government Press, Tôkyô
- MIKAMI, Ryûzô (1989): Yen no tanjô (Die Geburt des Yen), Tôyô keizai shinposha, Tôkyô
- MILHAUPT, Curtis J. (1999): Japan`s experience with deposit insurance and failing banks: Implication for financial regulatory design? Bank of Japan, Institute for Monetary and Economic Studies (IMES), Discussion Paper No. 99-E-8, Eigenverlag, Tôkyô
- MINAMI, Hiroshi (1994): Nihonjinron - Meiji kara konnichi (Die Theorie der Japaner - von Meiji bis heute), Iwanami Shôten, Tôkyô
- MINISTRY of Finance (Hg.) (2001): Cost structure of postal services, <http://www.zaimu.japanpost.jp/tokei/eng2001.html>, Stand 17.9.2003

MINISTRY of Finance (Hg.) (2001): Fiscal investment and loan program 2001,  
<http://www.mof.go.jp/zaito/2001/>, Stand 17.9.2003

MINISTRY of Finance (Hg.) (2002): Fiscal investment and loan program 2002,  
<http://www.mof.go.jp/zaito/2002/>, Stand 17.9.2003

MINISTRY of Finance (Hg.) (2002): Savings balance of postal savings,  
<http://www.zaimu.japanpost.jp/tokei/eng2002.htm>, Stand 17.9.2003

MINISTRY of Finance (HG.) (2003): Fiscal investment and loan program 2003,  
<http://www.mof.go.jp/zaito/2003/>, Stand 17.9.2003

MINISTRY of Finance(Hg.) (2004): Formulation of the FILP,  
<http://www.mof.go.jp/english/zaito/zae054a.htm>, Stand 12.10.2004

MINISTRY of Finance (Hg.) (2004): FILP Reports 1995-2003,  
<http://mof.go.jp/english/zaito/mokuj.htm>, Stand 19.06.2004

MINISTRY of Finance (Hg.) (2004): Summary of the reform of the fiscal investment  
and loan program, <http://www.mof.go.jp/english/zaito/zae054b.htm>, Stand  
12.10.2004

MINISTRY of Internal Affairs (Hg.): Reform of postal service,  
<http://www.soumu.go.jp/english/index.htm>, Stand 07.10.2004

MINISTRY of Post and Telecommunications (Hg.) (1999): Postal savings in Japan  
1999, Postal Savings Bureau, Ministry of Post and Telecommunication,  
Eigenverlag, Tôkyô

MINISTRY of Post and Telecommunications (Hg.) (2000): Postal savings in Japan  
2000, Postal Savings Bureau, Ministry of Post and Telecommunication,  
Eigenverlag, Tôkyô

MINISTRY of Public Management, Home Affairs, Post and Telecommunications (Hg.)  
(2001): Postal savings in Japan 2001, Postal Services Policy and Planning  
Bureau, Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and  
Telecommunications, Tôkyô

MINISTRY of Public Management, Home Affairs, Post and Telecommunications (Hg.)  
(2002): Postal savings in Japan 2002, Postal Services Policy and Planning  
Bureau, Ministry of Public Management, Home Affairs, Posts and  
Telecommunications, Eigenverlag, Tôkyô

MINISTRY of Public Management, Home Affairs, Posts and Telecommunications  
(Hg.) (2004): Reorganization of the Ministry of Public Management, Home  
Affairs, Posts and Telecommunications, <http://www.soumu.go.jp/english/ref/gyoukan/index.html>, Stand 02.05.2004

MITSUMI bunko (Hg.) (1980): Mitsui jigyôshi (Mitsui Unternehmensgeschichte),  
Bd. 1, Eigenverlag, Tôkyô

MITSUMI bunko (Hg.) (1980): Mitsui jigyôshi (Mitsui Unternehmensgeschichte),  
Bd. 2, Eigenverlag, Tôkyô

MITSUMI bunko (Hg.) (1980): Mitsui jigyôshi (Mitsui Unternehmensgeschichte),  
Bd. 1, Eigenverlag, Tôkyô

MITSUMI ginkô chôsabu (Hg.) (1984): Monogatari Mitsui ryôgaeten – Mitsui ginkô 300  
no genten (Die Erzählung der Mitsui Wechselstuben – Der 300-jährige  
Ursprung der Mitsui Bank), Tôyô Kaizai Shinpôsha, Tôkyô

MITSUMI ginkô kabushiki gaisha (1983): Mitsui ryôgaeten (Die Wechselstuben der  
Mitsui), Eigenverlag, Tôkyô

MIYAJIMA, Hideaki (1994): The privatization of ex-zaibatsu holding stock and the  
emergence of bank-centered corporate groups in Japan, in: WASEDA daigaku  
keizai kenkûka (Hg.): Sengo nihon keisei no kisoteki kenkyû,

Grundlagenforschung der Formierung Nachkriegsjapans), Eigenverlag, Tôkyô

MIYAJIMA, Shigeki und Warren E. Weber (2000): A comparison of national banks in Japan and in the United States between 1872 and 1885, in: Bank of Japan, IMES (Institute for Monetary and Economic Studies), Discussion Paper E-Series (2000-E-22), Eigenverlag, Tôkyô

MIYAMOTO, Mataji (1970): Ôno gumi no kenkyû – zenkiteki shihon no tenkai katei (Forschung über die Ôno Gruppe – kapitalmässiger Erweiterungsprozess), Bd. 4, Ôhara shinseisha, Tôkyô

MIYAMOTO, Matao (1998): Mitsui no taigenkata (Die Gründer von Mitsui), in: ITAMI, Hiroyuki et al.(Hg.): Sôyû shisutemu to shoyûsha shûken no seigen (Gemeinschaftlicher Besitz und Grenzen der Souveränität der Eigentümer), Dainippon hôrei insatsu, Tôkyô

MIYAO, Hideo (1956): Chôki kinyû no genjô to mondaiten (Die gegenwärtige Praxis und Problempunkte langfristiger Finanzierung), in: Ginkô kenkyû (Bankforschung), Nr. 296, Bungadô ginkô kenkyûsha, Tôkyô

MIYASHITA, Kenichi und David W. Russel (1994): Keiretsu – Inside the hidden Japanese conglomerates, McGraw-Hill, New York

MORIKAWA, Hidemasa (1970): The organizational structure of Mitsubishi and Mitsui zaibatsu, 1868-1922: A comparative study, in: Economic Business History Review, Vol. XLIV, No. 1, Harvard University Press, Cambridge

MORIKAWA, Hidemasa (1992): Zaibatsu – The rise and fall of family enterprise in Japan, University of Tôkyô Press, Tôkyô

MORISHIMA, Michiô (1984): Naze nihon ha `seikô´ shita ka? Senshin gijutsu to nihonteki shinjô (Warum hatte Japan `Erfolg´? Westliche Technologie und Japanisches Ethos), TBS Britannica, Tôkyô

MORISHIMA, Michiô (1991): Seijika no jôken: Igrisu, EC, Nippon (Bedingungen für Politiker: Großbritannien, EU und Japan), Iwanami Shôten, Tôkyô

MURAKAMI, Yasusuke (1987): The Japanese model of political economy, in:  
YAMAMURA, Kôzo und Yasukichi Yasuba (Hg.): The political economy of Japan – the domestic transformation, Vol. I, Stanford University Press, Stanford Calif.

HISADA, Naohiko und Takamasa Hisada (2001): Waga kuni kinyû shisutemu no shôraizô kaikaku no atsuryôku to kinyû tôkyoku no yakuwari, Nihon ginkô kinyû kenkyûsho, Discussion Paper Nr. 2001-J-22, Tôkyô

NAKAGAWA, Kiichiro (1975): Business strategy and industrial structure in pre-world-war II Japan, in: NAKAGAWA, Keiichiro (Hg.): Strategy and structure of big business, Proceedings of the First Fuji Conference, University of Tôkyô Press, Tôkyô

NAKAGAWA, Keiichi (1980): Government and business in Japan: A comparative approach, in: NAKAGAWA, Keiichiro (Hg.): Government and business, Proceedings of the Fifth Fuji Conference, University of Tôkyô Press, Tôkyô

NIHON kôgyô ginkô chôsa bu (Hg.) (1998): Nihon kôgyô ginkôshi (Die Geschichte der japanischen Industriebank), Toppan, Tôkyô

NIHON takushoku ginkô (Hg.) (1972): Hokkaidô takushoku ginkôshi (Die Geschichte der Kolonialisierungsbank von Hokkaidô), Dainippon insatsu, Tôkyô

NIHON yûsei kôsha (Hg.) (2004): Hachi gatsuki yûbin chokin jôhō, <http://www.yu-cho.japanpost.jp/n000000/n0001000.htm>, Stand 14. 9 2004

NOGUCHI, Yukio (1996): The role of the fiscal investment and loan program in postwar Japan, Elsevier Science Publishers B.V., Amsterdam

TAKEZWA, Yasuko: Nihon no chochiku kinyû kikan (Japanische Sparorgane), in:

AIZAWA, Kôetsu und Motô Hirakawa (Hg.): Sekai no chochiku kinyû kikan, (Die Sparorgane dieser Welt), Nihon hyôron ronsha, Tôkyô

ODAGIRI, Hiroyuki (1992): Nihon no kigyô senryaku to soshiki - seichô to kyôsô (Japanische Unternehmensstrategie und Organisation: Wachstum und Wettbewerb), Tôyô keizai shinpôsha, Tôkyô

ÔDAKA, Konosuke (1989): Seichô no kiseki 2 (Das Wunder des Wachstums 2), in: INOKI, Takenori und Yasukichi Yasuba (Hg.): Kôdo seichô (Rasantes Wachstum), Nihon keizaishi (Japanische Wirtschaftsgeschichte), Iwanami Shôten, Tôkyô

OGURA, Seiritsu und Naoyuki YOSHINO (1984): Zaisei to zaisei tōyūshi (Fiskalpolitik und das staatliche Darlehens- und Förderungsprogramm) in: KOMIYA, Ryūtarō et al. (Hg.) : Nihon no sangyō seisaku (Industriepolitik Japans), Tôkyô daigaku shuppankai, Tôkyô

OKUNO-FUJIWARA, Masahiro (Hg.): Nippon no sangyō seisaku (Japanische Industriepolitik), University of Tôkyô Press, Tôkyô

OGURA, Shinji (1990): Senzeki Mitsui ginkō kigyō torihiki kankeishi no kenkyū (Studien über die Zahlungsströme der Mitsui Bank an Unternehmen in der Vorkriegszeit), Senbudō, Tôkyô

OHARA, Keiji und Kenzō KIGA (1968): Nichibei keizai no hikaku kenkyū (Vergleichende Forschung zwischen Amerika und Japan), Tôyô hyôronsha, Tôkyô

OKA, Hiromi und Shigeo YANAGIHARA (2001): Koko made kita – yūsei mineika seigekiron (Bis hierhin sind wir gekommen – eine Schrift über die Intensivierung der Auseinandersetzung über die Privatisierung der Post), Takarajima, Tôkyô

OKIMOTO, Daniel I. (1989): Between MITI and the market : Japanese industrial policy

for high technology, Stanford University Press, Stanford, Calif.

OKUNO-FUJIWARA, Masahiro und Tetsuji OKAZAKI (1993): Gendai nihon keizai no genryû (Ursprung der japanischen Wirtschaft), (Shiriizu Gendai keizai kenkyû gurûpuron No. 6), Nihon keizai shinbunsha, Tôkyô

ÔKURASHO (Hg.) (1927): Meiji zaiseishi (Finanzgeschichte der Meiji Ära), Bd. 12, Meiji zaiseishi hakkôsho, Tôyo Keizai Shinpôsha, Tôkyô

ÔKURASHO (Hg.) (1978): Shôwa zaisei-shi: shûsen kara kôwa made - tokei, (Finanzgeschichte Japans: Vom Kriegsende bis zum Friedensvertrag, Statistische Daten), Vol. 19, Tôyô Keizai Shinpôsha, Tôkyô

ÔKURASHO (Hg.) (1981): Ginkôka dai-ichi hôkoku, (Erster Bericht des Bank Büros), (zuerst erschienen 1880), Neuauflage, Ôkurashô shokikyoku ginkôka, Tôkyô

ÔKURASHO (Hg.) (1983): Shôwa zaisei-shi (Die Finanzgeschichte der Shôwa Periode), Tôyo Keizai Shinpôsha, Tôkyô

ÔKURASHO (Hg.) (1993): Shôwa zaisei-shi (Die Finanzgeschichte der Shôwa Periode), Band 13, Tôyô keizai shinpôsha, Tôkyô

ÔUCHI, Hyôe (Hg.)(1958): Nihon keizai tôkeishû (Sammlung japanischer Wirtschaftsdaten), Nihon hyôron shinsha, Tôkyô

TOKOSHU hôjin tô rôdôkumiai renraku kyôgikai (Hg.) (1994): Kanryô - amakudari mondai kenkyû shiriizu (Bürokratie und das Amakudari Problem), Eigenverlag, Tôkyô

PATRICK, Hugh (Hg.)(1976): Japanese industrialization and its social consequences, University of California Press, Berkeley

PATRICK, Hugh T. und Yung Chul Yung Park (Hg.) (1994): The financial development of Japan, Korea and Taiwan – growth, repression, and

liberalization, Oxford University Press, New York, Oxford

PATRICK, Hugh (1999) : Japanese banking in historical perspective, in: Tsutsui, William M.: Banking in Japan, Routledge, London

PATRICK, Hugh und Hoshi Takeo (Hg.) (2000): Crisis and change in the Japanese financial system, Kluwer Academic, Boston.

PELTZMANN, Sam (1989): The economic theory of regulation after a decade of deregulation, in: Brookings Paper on Economic Activity, Microeconomics, Washington D.C.

PEMPEL, T.J. (1981): Policy and politics in Japan : creative conservatism, Temple University Press, Philadelphia

PEMPEL, T.J. (1990): Uncommon democracies : the one-party dominant regimes, Cornell University Press, Ithaca.

PEMPEL, T.J. (1999): Diskussionsbeitrag im Rahmen des SSJ Forums vom August 1999 unter <http://web.iss.u-tokyo.ac.jp/newslet/SSJ17/SSJ17.pdf>, (Stand 12.09.2004)

PEMPEL, T.J. (1998): Regime shift: Comparative dynamics of the Japanese political economy, Cornell University Press, Ithaca N.Y.,

POSNER, Roger A. (1987): The social costs of monopoly and regulation: A game-theoretic analysis, in: Journal of Political Economy, Nr. 83

POSNER, Roger A. (1989): Theorie of economic regulation, in: The Bell Journal of Economics and Management Sciences, Vol. 5 , Santa Monica, Kalifornien

REIMANN (1986): Aspekte der Entwicklung des Unternehmens Mitsui, 1886-1906, Diss., Humboldt-Universität, Berlin

- RIXTEL, Adrian van (2002): *Informality and monetary policy in Japan: The political economy of bank performance*, Cambridge University Press, Cambridge
- RIXTEL, Adrian van (1993): *Amakudari in the private banking industry: Empirical verification of the equalization hypothesis*, in: BIRD, Allan (Hg.): *Best paper proceedings: The 1993 Annual Meeting of the Association of Japanese Business Studies*, Eigenverlag, Philadelphia.
- ROBASCHIK, Frank und Yoshino Naoyuki (2000): *Public banking in Germany and Japan's Fiscal Investment and Loan Program – A comparison*, Universität Duisburg-Essen, DUETT – Elektronische Dissertationen und andere Hochschulschriften aus Duisburg, <http://www.ub.uni-duisburg.de/ETD-db/theses/available/duett-07182002-#113113/>, Stand 15.09.2004
- ROSENBLUTH, Mary und Frances McCall (1988): *The political economy of Japan's financial deregulation*, U M I Dissertation Information Service, Ann Arbor, Michigan.
- ROSOSVSKY, Henry (Hg.) (1966): *Industrialization in two systems – Essays in the honor of Alexander Gerschenkron*, Wiley and Sons, New York
- SAALER, Sven (2000): *Zwischen Demokratie und Militarismus – Die Kaiserlich-Japanische Armee in der Politik der Taishô Zeit (1912-1926)*, Bier'sche Verlagsanstalt, Bonn
- SAKAMOTO, Fujiyoshi (1995): *Bakumatsu ishin no keizaijin* (Wirtschaftspersönlichkeiten der Restauration des Bakumatsu), 6 Auflg., Chûô kôronsha, Tôkyô
- SAKURAI, Kinichiro (1964): *Financial aspects of the economic development of Japan*, The Science Council of Japan Division of Economics, Commerce & Business Administration, Economic Series, Nr. 34, Eigenverlag, Tôkyô
- SCHAEDE, Ulrike (1994): *The 'old boy'-network and government business*

relationships in Japan: A case study of consultative capitalism, Association of Japanese Business Studies, Eigenverlag, Vancouver

SCHAEDE, Ulrike (1994): The 1995 Financial Crisis in Japan, Mimeo, University of California, San Diego Graduate School of International Relations and Pacific Studies, <http://www.jiaponline.org/dereg/papers/bbankfa.html>, Stand 12.09.2004

SCHAEDE, Ulrike (2001): Is Japan changing - 'Permeable Insulation', in: Japan's Political Economy, Washington D.C., <http://www.jiaponline.org/whatsnew20Paper.pdf>, Stand 12.09.2004

SCHAEDE, Ulrike und William GRIMES (Hg.) (2003): Japan's managed globalization : Adapting to the twenty-first century, M.E. Sharpe, London

SCHER, Mark J. (2001): Policy changes and the reform of postal savings in Japan, <http://www-1.gsb.columbia.edu/japan/pdf/WP211.pdf> , Stand 20.09.2004

SCHUMPETER, Joseph A. (1946): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern

SHIBAGAKI, Kazuo (1965): Nihon kinyûshihon bunseki (Analyse des Japanischen Finanzkapitals), Tôkyô Daigaku Shuppansha, Tôkyô

SHIBAGAKI, Kazuo (1968): Mitsui-Mitsubishi no hyakunen – Nihon shihonshugi to zaibatsu (100 Jahre Mitsui und Mitsubishi – Der japanische Kapitalismus und die Geldliquen), Chûô Kôronsha, Tôkyô

SHIMIZU, Tokiko und Takashi Ui (1999): Contagious expections and malfunctions of markets: Some lessons from Japanese financial institutions failures of 1997, Bank of Japan, Institute for Monetary and Economic Studies, IMES discussion paper series, 99-E-3, Eigenverlag, Tôkyô

STIGLER, George J. (1971): The theory of economic regulation, in: The Bell Journal of Economics and Management Science, Vol. 2, No. 1, S. 3-21

SUZUKI, Yoshio (1980): Money and banking in Japan – The theoretical setting and its applications, New Haven, London

SUZUKI, Yoshio (1997): Bikku ban no jirenma (Das Dilemma des big bang), Tôyô keizai shinpôsha, Tôkyô

SÔMUSHÔ gyôsei kansatsu kyoku (Hg.) (1999): Ijime to futôkô no mondai nado no jôtai to kadai, (Thema und Zustand des Problems der Quälerei und des Schulferableibens), Ôkurashô insatsu kyoku, Tôkyô

SÔMUSHÔ tôkei kyoku (Hg.) (2003): Nihon no tôkei 2003 (Statistiken des Innenministeriums), <http://www.stat.go.jp/english/data/nenkan/zuhyou> Stand 20.09.2004

SHIMIZU, Tokiko und Ui Takashi (1999): Contagious expectations and malfunctions of markets: Some lessons from Japanese financial institutions failures of 1997, Bank of Japan, Institute for Monetary and Economic Studies (IMES), Discussion Paper No. 99-E-3

SHÔDA, Kenichirô: Comments on: Tsunoyama, Sakae: Government and Business, in: NAKAGAWA, Keiichiro (Hg.): Government and Business (Proceedings of the Fifth Fuji Conference), Tôkyô daigaku shuppansha, Tôkyô, 1980, S. 21-27

TAKEDA, Hiruhito (1997): Zaibatsu no jidai (Das Zeitalter der zaibatsu), Shinyôsha, Tôkyô

TAKEZAWA, Yasuko (1996): Nippon no chochiku kinyû kikan (Japans Sparinstitute), in: AIZAWA, Kôetsu und Hirakawa Motô (Hg.): Sekai no chochiku kinyû kikan (Sparinstitute der Welt), Yûseiken kyûsho kenkyûsôsho (Forschungsserie des Forschungsinstituts der Post), Nihon hyôronsha, Tôkyô

TAKIGAWA, Yoshio (1985): Money finance, bond finance and „yûcho“ [Postal Savings] finance, in: Kôbe University Economic Review, Nr. 31, ohne Verlagsangabe, KôbeNr. 31 (1985), S. 53-68

- TAKIGAWA, Yoshio (2004): Aete `yûsei mineika´ ni hantaisuru (Opposition gegen die `Privatisierung der Post´ zu wagen), Nihon hyôronsha, Tôkyô
- TAKITA, Masahiro (1929): Development of banking in Japan, in: The Oita Commercial College, Research Department Bulletin, ohne Verlagsangabe, Oita
- TAMAKI, Norio (1995): Japanese banking – A history 1859-1959, Cambridge University Press, Cambridge
- TATEKAWI, Kazuo (1991) Banking and finance in Japan : An introduction to the Tôkyô market, Routledge, London, New York
- TECCE, David. J (1993): The dynamics of industrial capitalism: Perspectives on Alfred Chandler`s “Scale and Scope”, in Journal of Economic Literature, Vol. XXXI (März 1993), S. 199-255
- TERANISHI, Jûro(1984): Nihon no keizai hatten to kinyû (Die Entwicklung der japanischen Wirtschaft und des Finanzwesens, Iwanami Shôten, Tôkyô
- TERANISHI, Jurô (1979): 1920-1945 no okeru ginkôgyô sangyô soshiki no hendô to ginkôseisaku, Hitotsubashi daigaku keizai kenkyûjo, Discussion Paper Series, Nr. 21, Eigenverlag, Tôkyô
- TERANISHI, Jurô and Yutaka KÔSAI (1993): The Japanese experience of economic reforms, St. Martin`s Press, New York
- TERANISHI, Jûro(1995): Senzeki ni okeru- seisaku kinyû ginkô (Über die Vorkriegszeit und die Finanzstrategie der Banken), Keizai kenkyû (Wirtschaftsforschung), in: Hitotsubashi daigaku kezai kenkyûsho (Hg.): Keizai kenkyû, Vol. 46 (April), Nr. 2, Tôkyô
- TERANISHI, Jûro (1999): Kôdo seichôki no wagakuni ginkôkôritsusei (Die Profitabilität japanischer Banken während der Hochwachstumsphase),

Hitotsubashi keizai kenkyûjo, Discussion Paper Series A, Nr. 321, Tôkyô

TÔKYÔ University (Hg.) (1999): SSJ- Special Report, <http://web.iss.u-tokyo.ac.jp/newslet/SSJ17/SSJ17.pdf>, Institute for Social Science (SSJ), Dez. 1999, Stand 20.09.2004

TOLLISON, Robert B. und Roger D. Congleton (Hg.) (1995): The economic analysis of rent-seeking, Edward Elgar Publishing, Aldershot,

TÔYÔ Keizai Shinposha (Hg.)(1924): Kinyû rokujû nenshi (Sechzig Jahre Finanzgeschichte), TÔYÔ Keizai Shinposha, Tôkyô

TSUCHIYA, Takao (1934): Nihon keizaishi gaiyô (Umriss der japanischen Wirtschaftsgeschichte), Iwanami shôten, Tôkyô

TSÛSHÔ Sangyôshô (Hg.) (1997): Bikku ban kôzô (Die Struktur des big bang), Marui kôbunsha, Tôkyô

TULLOCK, Gordon (1967): The welfare costs of tariffs, monopolies and theft, in: Western Economic Journal, Nr. 5, 1967, S. 224-32

TULLOCK, Gordon et al. (2000): Government failure - a primer in public choice, Institute of Economic Affairs, CATO Institute, London

WATANABE, Tamotsu (1995): Kanjinchô: Nihonjinron no genzô (Schrift der Tugenden: ursprüngliches Statut der Theorie der Japaner), Chikuma shobô, Tôkyô

WILKINS, Mira (1986): Japanese multinational enterprises before 1914, in: Business History Review, Vol. 60, Harvard University Press, Harvard, S. 214 f

WOLFEREN, Karel van (1989): The enigma of Japanese power : people and politics in a stateless nation, Macmillan Press, London

- YAMAMURA, Kôzo (1976): Nippon keizaishi no atarashi hôhō: Tokugawa - Meiji shoki no sûryô bunseki (Eine neue Sichtweise japanischer Wirtschaftsgeschichte: Quantitative Analyse der Tokugawa und frühen Meiji Periode) Minerva, Kyôto
- YASUOKA, Shigeaki (1970): Zaibatsu keisei shi no kenkyû (Forschung der zaibatsu Unternehmensführungsgeschichte), Minerva shobô, Kyôto
- YASUOKA, Shigeaki (Hg.) (1976): Nihon no zaibatsu (Die japanischen zaibatsu), Nihon keizai shinbunsha, Tôkyô
- YOKOHAMA shokin ginkô (Hg.) (1978): Yokohama shokin ginkôshi (Die Geschichte der Yokohama Devisen Bank), Sakamoto keizai kenkyûsho, Eigenverlag, Tôkyô
- YOSHINO, Naoyuki und Akira Furukawa (1991): Kinyû jiyûka to kôteki kinyû (Liberalisierung des Finanzwesens und die öffentliche Finanz), Nihon hyôronsha, Tôkyô
- YOSHINO, Naoyuki (1996): 200 chô en no kyôdai ga ayumu: Itsutsu no shiinario, in: Ekonomisuto, Mainichi Shuppansha, Tôkyô, 28.10.1996
- YOSHINO, Naoyuki und Takanobu Nakajima (1999): Kôkyô toshi no keizai kôka (Öffentliche Investition und wirtschaftliche Wirkung), Nihon hyôronsha, Tôkyô
- YÛBIN chokin ni kansuru chôsa kenkyûkai (Hg.): Hokokusho PART I – paasunaru fainansu no jûjitsu hatten to yûbin chokin (Komplette Entwicklung individuellen Finanzgebarens und das Postsparewesen), Eigenverlag Tôkyô, 1990
- YÛBIN chokin ni kansuru chôsa kenkyûkai (Hg.)(1990): Hokokusho PART II – paasunaru fainansu no jûjitsu taiôshita kinyû shisutemu to yûbin chokin no kinô (Komplette Korrespondenz mit individuellem Finanzgebaren und die Funktion des Postsparewesen), Eigenverlag, Tôkyô
- YUI, Tsunehiko (1987): Yasuda ryogaeten no shiryô shûshû to kenkyû (Forschung und

Sammlung von Quellen der Yasuda Wechselstuben), Nihon ginkô kenkûjô,  
Tôkyô

YUI, Tsunehiko (1986): Yasuda zaibatsu, Nihon keizai shinbunsha, Tôkyô

YÛSEI kenkyûjo (2004): *Kaigai jûyô yûseijigyôtai ni okeru shinbunya shinshutsu oyobi  
kokusai kaihatsu no dôkô* (Über die Expansion maßgeblicher ausländischer  
Postunternehmen in neue Geschäftsfelder und die Tendenz für die Öffnung  
zum Ausland), <http://www.ippt.go.jp/repo/16-h-kaigai.pdf>, Stand 13.5.2004

YÛSEISHÔ (Hg.) (1971): *Yûseishô hyaku nenshi* (100jährige Geschichte des  
Postministeriums), Yoshikawa Kôbunkan, Tôkyô, 1971

ZAISEI chôsakai (Hg.) (1973): *Kuni no yôsan* (Der Staatshaushalt), Dôyû shobô,  
Tôkyô

ZENKOKU ginkyôkai (Hg.) (2000): *Ôshû juyôkoku no yûbinchokin no kôshaka* (Die  
Überführung des Postsparwesens der wichtigen westlichen Nationen in  
öffentliche Unternehmen), Eigenverlag, Tôkyô

**Glossar:****Orts-Personennamen**

Edô	江戸	ehemaliger Name der Hauptstadt, mit Änderung Umzug des tennô nach Tôkyô
Inoue Kaoru	井上馨	1836-1895, Prominenter Wortführer der Meiji Restauration. Einer der mächtigen, älteren Ratgeber, Chôshû genrô. Initiator und Förderer industrieller Projekte. Oft als „Patron“ der Mitsui bezeichnet.
Itô Hirobumi	伊藤弘文	1841-1909, Einer der Führer der Meiji Restauration und Kopf der politische Gruppe aus Chôshû. Erster Premierminister Japans und genrô.
Iwasakai Yatarô	岩崎弥太郎	1835-1885, Vom Schiffsbau ausgehend, Begründer des Mitsubishi zaibatsu.
Maejima Hisoka	前島密	1835-1919, Beamter und Begründer, „Vater“, des japanischen Postsystems
Matsukata Masayoshi	松形正義	1835-1924, Anhänger der Satsuma Gruppe und von Ôkubo Toshimichi. Federführend bei der Einführung eines modernen Steuerwesens,

		Finanzminister und später Premierminister.
Mitsui Hachirôbei Takatoshi	三井八郎辺 隆俊	1622-1694, Gründer des Mitsui Familiengeschäfts und Inhaber des berühmten Echigôya, wo er die erste Wechselstube, ryôgae, der Mitsui einrichtete.
Mitsui Hachirôemon	三井八郎衛門	Grundsteinleger des Mitsui zaibatsu; 1722 führte er die Mitsui Familienverfassung ein. Der Name vererbte sich in Folge an den ältesten männlichen Erben.
Mitsubishi Meiji	三菱 明治	zaibatsu der Iwasaki Familie Nengô, Periodenname (1868- 1912) und postumer Name von Mutsuhito tennô.
Ôkubo Toshimichi	大久保重信	1830-1878, Einder der Führer der Meiji Restauration. Kopf der politische Gruppe aus Satsuma. Teilnahme an der Iwakura Mission. Maßgeblich für die militärische Niederschlagung der Satsuma Revolte verantwortlich, die Motiv für das Attentat, dem er zum Opfer fiel, wurde.
Ono	小野	Kaufmannsfamilie, Teilhaber mit den Mitsui an der Gründung der ersten japanischen Bank, der Dai- ichi kokuritsu ginkô

Shibusawa Eiichi	渋沢栄一	1840-1931, anfangs Finanzbeamter. Als Regierungsvertreter Direktor der Dai-ichi kokuritsu ginkô. Begründer des Dai-ichi zaibatsu; das einzige zaibatsu ohne familiären Ursprung.
Shôwa	昭和	Nengô, Periodenname (1926- 1989) und zukünftiger postumer Name von Hirohito tennô.
Taishô	大正	Nengô, Periodenname (1912- 1926) und postumer Name von Yoshihito tennô.
Sumitomo	住友	Kaufmannsfamilie, traditionell besonders im Bergbau und Minengeschäft tätig. Später Wachstum zum zaibatsu, heute eine der großen Unternehmensgruppen, keiretsu.
Tokugawa Ieyasu	徳川家康	1543-1616, Letzter der drei Reichseiniger und Begründer des baku-han Systems. Führte die Abschliessung des Landes ein, die Japan 250 Jahre isolierte.
Yasuda Zenjirô	安田善次郎	1838-1921, Begründer des gleichnamigen, auf das Finanzwesen konzentrierten zaibatsu.
Hashimoto Ryûtarô	橋本竜太郎	1937- , bis 2004 Führer einer der starken LDP Faktionen.

Koizumi Junichirô	小泉純一郎	<p>Von 11.01.1996 bis 30.07.1998 Premierminister. Initiator der Liberalisierung des japanischen Finanzwesens. 1942- , prominenter Außenseiter der LDP. Ehemals Minister für Post und Telekommunikation. Seit 2001 amtierender Premierminister. Dominierendes politisches Ziel ist die Privatisierung öffentlicher Körperschaften, insbesondere der japanischen Post.</p>
Takenaka Heizô	竹中平蔵	<p>1951- , ehemals Keio Professur für Wirtschaft. Seit 2001 Wirtschafts- und Fiskalminister. Amtierender Minister für Wirtschaft, Fiskalpolitik und Staatsminister für die Privatisierung der Post.</p>

### Institutionsnamen

Amamijima shinkô	奄美群島振興	Amami Promotion and
kaihatsu kikin	開發基金	Development Funds
Bakufu	幕府	Tokugawa Shôgunatsregierung
Chokin hoken kikô	預金保險機構	Deposit Insurance Company/ Einlagenversicherungs-

Chokin kyoku	預金局	gesellschaft Abteilung für Sparwesen
Chûshô kigyô kinyû kôko	中小企業金融公庫	Japan Finance Corporation for Small and Medium enterprises/ Bank für die Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben
Dai-ichi kokuritsu ginkô	第一国立銀行	Dai-ichi Nationalbank
Dokuritsu gyôsei hôjin Chûko kigyô kiban seibi kikô	独立行政法人中小 企業基盤整備機構	Organization for Small and Medium Enterprises
Dokuritsu gyôsei hôjin Jôhō kanri suishin kikô	独立行政法人情報 処理推進機構	Information Technology Promotion Agency
Dokuritsu gyôsei hôjin fukushi iryô kikô	独立行政法人 福祉医療機構	Welfare and Medical Service Corp./ Selbstverwaltung der Körperschaft für Wohlfahrt und medizinische Dienstleistungen
Dokuritsu gyôsei hôjin iyakuhin iryôhin kikô	独立行政法人 医薬品医療機器 総合機構	Pharmaceuticals and Medical Devices Agency/ Selbstver- waltung der Organisation für Pharmazie und medizinische Instrumente
Dokuritsu gyôsei hôjin Jôhō tsûshin kenkyû kikô	独立行政法人情報 通信研究機構	National Institute of Information and Communications Technology
Dokuritsu gyôsei hôjin kagaku gijutsu shinkô kikô	独立行政法人 科学技術振興機構	Japan Science and Technology Agency
Dokuritsu gyôsei hôjin kankyô saisei	独立行政法人 環境再生	Environmental Restoration and Conservation Agency of

hozen kikô	保全機構	Japan (ERCA)/ Selbstverwaltung der Körperschaft für ökologische Wiederherstellung und Bewahrung
Dokuritsu gyôsei hôjin kokuritsu daigaku zaimu ・ keiei sentaa	独立行政法人国立大学 財務・経営センター	Center for National University Finance and Management
Dokuritsu gyôsei hôjin kokusai byôin kikô	独立行政法人 国立病院機構	National Hospital Corp./ Selbstverwaltung der Körperschaft für staatliche Krankenhäuser
Dokuritsu gyôsei hôjin midori shigen kikô	独立行政法人緑資源 機構	Japan Green Ressources Agency
Dokuritsu gyôsei hôjin mizushigen kikô	独立行政法人 水資源機構	Japan Water Agency/ Selbstverwaltung der Körperschaft für Wasserressourcen
Dokuritsu gyôsei hôjin nihon gakusei shien kikô	独立行政法人日本学生 支援機構	Japan Student Services Organization
Dokuritsu gyôsei hôjin nôgyô ・ seibetsukei tokutei sangyô gijutsu kenkyû kikô	独立行政法人農業・ 生物系特定産業技術 研究機構	National Agriculture and Bio- oriented Research Organization
Dokuritsu gyôsei hôjin sekiyû tennen gasu kinzoku kôbutsushigen	独立行政法人 石油天然ガス・ 金属鉱物資	Japan Oil, Gas and Metals National Corp./ Selbstverwaltung für Öl, Gas, Metall und Mineralien
Dokuritsu gyôsei hôjin shin enerugii sangyô gijutsu sôgô kaihatsu kikô	独立行政法人 新エネルギー・ 産業技術総合開発機構	New Energy and Industrial Technology Development Organization
Dokuritsu gyôsei hôjin tetsudô kensetsu ・ unyu shisetsu seibi shien kikô	独立行政法人 鉄道建設・運輸施設 整備支援機構	Japan Railway Construction Transport and Technology Agency/ Selbstverwaltung der

		Körperschaft für Eisenbahn- konstruktion, Transport und Technologie
Hanshin kôsokudôro kôdan	阪神高速道路公団	Hanshin Expressway Public Corporation
Honshû-Shikoku renraku hashi kôdan	本州四国連絡橋公団	Honshû-Shikoku Bridge Authority
Hokkaidô takushoku ginkô	北海道拓殖銀行	Hokkkaidô Kolonialbank
Jiyû minshutô/jimintô	自由民主党	Liberal Democratic Party/LDP/ Liberaldemokratische Partei
Jûtaku kinyû kôko	住宅金融公庫	Government Housing Loan Corporation/ Öffentliche Bau- spargesellschaft
Kansai kokusai kûkô kabushiki gaisha	関西国際空港 株式会社	Kansai International Airport Corporation
Kinyûchô	金融庁	Financial Services Agency/Amt für Finanzdienstleistungen
Kôei kigyô kinyû kôko	公営企業金融公庫	Japan Finance Corporation for Municipal Enterprises/ Bank für Finanzierung öffentlicher Betrieb
Kokumin seikatsu kinyû kôko	国民生活 金融公庫	National Life Finance Corporation/Nationale Lebensfinanzkasse
Kokusai kyoku	国際局	Internationale Abteilung
Kokusai kyôryoku ginkô	国際協力銀行	Japan Bank for international Cooperation/ Bank für Internationale Zusammenarbeit
Kômeitô	公明党	New Kômeitô/Neue Partei für Aufrichtigkeit
Kyôsantô	共産党	Japanese Communist Party/ Kommunistische Partei Japans

Naimushô	内務省	ehemaliges Inneministerium
Nihon ginkô	日本銀行	Gegründet 1882, Zentralkbank, Bank of Japan
Nihon kôgyô ginkô	日本工業銀行	Industriebank von Japan
Nihon rôdô kumiai	日本労働組合	Allgemeiner Japanischer
Nihon yûsei kôsha	日本郵政公社	Japan Post, Gesellschaft öffentlicher Verwaltung
Shamintô	社民党	Social Democratic Party/ Sozialdemokratische Partei
Sôhyô gikai	総評議会	Gremium des Gewerkschaftsverband
Minkan kaihatsu suishin kikô	民間都市開発 推進機構	Organization for Promotion Urban Development
Minshutô	民主党	Democratic Party/ Demokratische Partei
Narita kokusai kûkô kabushiki gaisha	成田国際空港 株式会社	Narita International Airport Corporation
Nihon seisaku dôshi ginkô	日本政策投資銀行	Development Bank of Japan/ Japanische Entwicklungsbank
Nihon shiritsu gakkô shinkô kyôsai jigyôdan	日本私立学校振興・ 共済事業団	The Promotion and Mutual Aid Corporation for Private Schools of Japan
Nippon keidanren	日本経団連	Japanese Business Federation/ Wirtschaftsdachverband
Nôkô ginkô	農工銀行	Landwirtschafts- und Industriebank
Nôrin gigyô kinyû kôko	農林漁業金融 公庫	Agriculture, Forestry and Fisheries Finance Corp./ Bank für Finanzierung von Land, Forst- und Fischereiwirtschaft
Nihon rôdo kôdan	日本道路公団	Japan Public Highway

Nôshômushô	農商務省	Corporation ehemaliges Ministerium für Landwirtschaft und Handel.
Okinawa shinkô kaihatsu kinyû kôko	沖縄振興開発 金融公庫	Okinawa Development Finance Corporation/ Finanzierungsgesellschaft für die Erschließung Okinawas
Ôkurashô	大蔵省	ehemaliges Finanzministerium
Ôsaka bôseki kabushiki gaisha	大阪紡績株式会社	Ôsaka Spinnerei Ag
Shikin unyô bu	資金運用部	Fondsverwaltungsbüro
Shôkô kumiai chûô kinkô	商工組合中央金庫	Shoko Chukin Bank
Sôhyô	総評	Japanischer Gewerkschaftsverband
Teishinshô	逓信省	ehemaliges Kommunikationsministerium
Sômushô	総務省	Ministerium für öffentliche Verwaltung, Inneres, Post und Telekommunikation
Shuto kôsokudôro kôdan	首都高速道路公団	Metropolitan Expressway Public Corporation
Yokohama shôken ginkô	横浜証券銀行	Yokohama Devisenbank, später Bank of Tôkyô, nun Teil der Bank of Tôkyô - Mitsubishi
Yûbin chokin ginkô	郵便貯金銀行	Postal savings system/ Postsparswesen
Yûseishô	郵政省	ehemaliges Postministerium
Zenkoku ginkô kyôkai	全国銀行協会	Japanese Bankers Association/ Verband japanischer Banken

**Begriffe:**

amakudari	天下り	„Vom Himmel herabsteigen“, gemeint ist der Wechsel ehemaliger Beamter in die Privatindustrie
bushi	武士	Kriegerstand des Ständesystems
chochiku ginkô	貯蓄銀行	Sparkasse
shônin	町人	Stadtleute, meist Händler
daimyô	大名	Im ehemaligen Ständesystem war nur ihnen ein Familienname gestattet. Fürsten ähnlich regierten sie ihr Einflußgebiet bis das Land geeinigt wurde. Seitdem Lehnsfürsten der Tokugawa.
ekitei kyoku	駅亭局	Amt beim Bahnhof
Fukoku kyôhei	富国強兵	„Bereichere das Land und stärke die Armee“, Motto der Industrialisierung während der Meiji Periode.
futsû ginkô	普通銀行	gewöhnliche Banken
genrô	元老	„ältere Ratgeber (des tennô)“, waren die einflußreichsten politischen Persönlichkeiten der späten Meiji Periode.
ginkô ruiji kaisha	銀行類似会社	Quasi-Banken
gosô sendan hôshiki	護送船団方式	Konvoi System
go-yôkin	御用金	gepresste Darlehen

habatsu	派閥	Fraktionen, Splittergruppen
han	藩	Lehen des Bakufu
jûsen	住専	Wohnungsbaufinanzierungs- gesellschaften
kangyô haraisage	勸業払い下げ	Devestition staatlicher Beteiligung an industriellen Unternehmen unter Matsukata 1882.
Kani seimei ho/Kampo	簡易生命保	Postal Life Insurance Postalische Lebensversicherung
kawase gaisha	為替会社	staatlich initiierte Wechselgeschäfte
keiretsu	系列	„Unternehmenslinie“, geprägt für die modernen japanischen Unternehmensgruppen
kikan ginkô	機関銀行	Organ Bank
kizoku	貴族	Hofadel
kokuritsu ginkô	国立銀行	Nationalbanken
kokusai	国債	Staatsanleihen
kokutai	国体	Staatswesen, Staatskörper.
kôsha	公社	öffentliche Gesellschaft
madoguchi shidô	窓口指導	„Schalterführung“, staatliche Lenkung des Bank- und Finanzwesens über Zentralbankkredite
matsubazue	まつばずえ	„Krückenliefern“
meen banku shisutemu	メインバンクシステム	main-bank System
Meiji ishin	明治維新	Meiji Restoration, 1867. Sturz der Tokugawa Regierung, des Bakufu, Restaurierung der Stellung

		des tennô als Oberhaupt Japans.
mibun	身分	gesellschaftlicher Rang
Mineika	民營化	Privatisierung
Minkatsu	民活	Aktivität des privaten Sektors
ôsei-fukko	王政復古	Restauration der tennô Herrschaft
ryôgae	両替	Wechselstube, -geschäft. Ursprünglich auf Kupfer oder Gold- und Silber spezialisiert.
samurai	侍	Krieger, Vasallen der daimyô
seishô	政商	politische Kaufleute
seinan sensô	西南戦争	„West-Süd Krieg“, die Satsuma Revolte 1877 in der Saigo Takamori, den Samurai Aufstand gegen die Meiji Regierung anführte.
shiritsu ginkô	私立銀行	Privatbanken
shokusan kôgyô	殖産興業	Industrieförderung
shusenji keizai	主戦時経済	Kriegswirtschaft
Sonnô-jôi	尊皇攘夷	„Verehrt den Kaiser und vertreibt die Barbaren“, Motto der Restaurationsbewegung.
teigaku chokin	定額貯金	teigaku Spareinlagen
tennô	天皇	Dem Shintô Glauben nach Abkömmling der Sonnengöttin Amaterasu. Das zeitweilige auch politische, nun ausschliesslich spirituelles Oberhaupt und Repräsentant Japans.
toshi ginkô	都市銀行	Stadt-, oder Citybanken

Diagramm 14: Charakteristika der japanischen Krise	184
Diagramm 15: Struktur des japanischen Finanzsystems	185
Diagramm 16: Struktur des neuen MIAC	186
Diagramm 17: Erlösprognose der Privatisierung	187
Diagramm 18: Korrelation Teigaku und Postspareinlagen	188
Tabelle 11: Schwerpunktveränderung FILP - Sektor	189
Tabelle 12: Schwerpunktveränderung FILP - Körperschaft	190
<b>Literatur</b>	191
<b>Glossar</b>	216

tsûshô gaisha	通商会社	staatlich initiierte Handelsgesellschaften
shinkansen	新幹線	Hochgeschwindigkeitszug
zaibatsu	財閥	„Geldclique“, politisch verbrämter Begriff, der für die, meist von Familien dominierten Unternehmensgruppen bis zu deren Auflösung geprägt wurde.
Zaisei tôyushi	財政投融资	Fiscal Investment and Loan Program/ Investitions- und Darlehenprogramm

## Tabellarischer Lebenslauf:

NAME: Niels Bernd Fuhrmann

SCHULLAUFBAHN: 1978 - 1982 Martinus Grundschule, Meerbusch  
1982 - 1991 Meerbusch- Gymnasium, Meerbusch  
1988 - 1991 (parallel) Cecilien-Gymnasium, Düsseldorf

STUDIUM: 1991 - 2000 Studium der Japanologie, Betriebswirtschaftslehre  
und Politischen Wissenschaften, Bonn  
1996 - 1997 Studium der Betriebswirtschaftslehre, Kanazawa,  
Japan  
07. - 10.1997 Forschungsaufenthalt, Tokyo, Japan; Stipendiat der  
Toshiba International Foundation

PROMOTION: 01.04.2000 Aufnahme der deutschen Promotion  
01.10.2000 Eintritt in die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Kôbe, Japan (Mitsubishi & Monbusho  
Stipendium)  
28.08.2002 Aufnahme der japanischen Promotion  
03.11.2004 Deutsche Promotion  
seit 8.11.2004 Nihon Schering, K.K.

Niels Fuhrmann